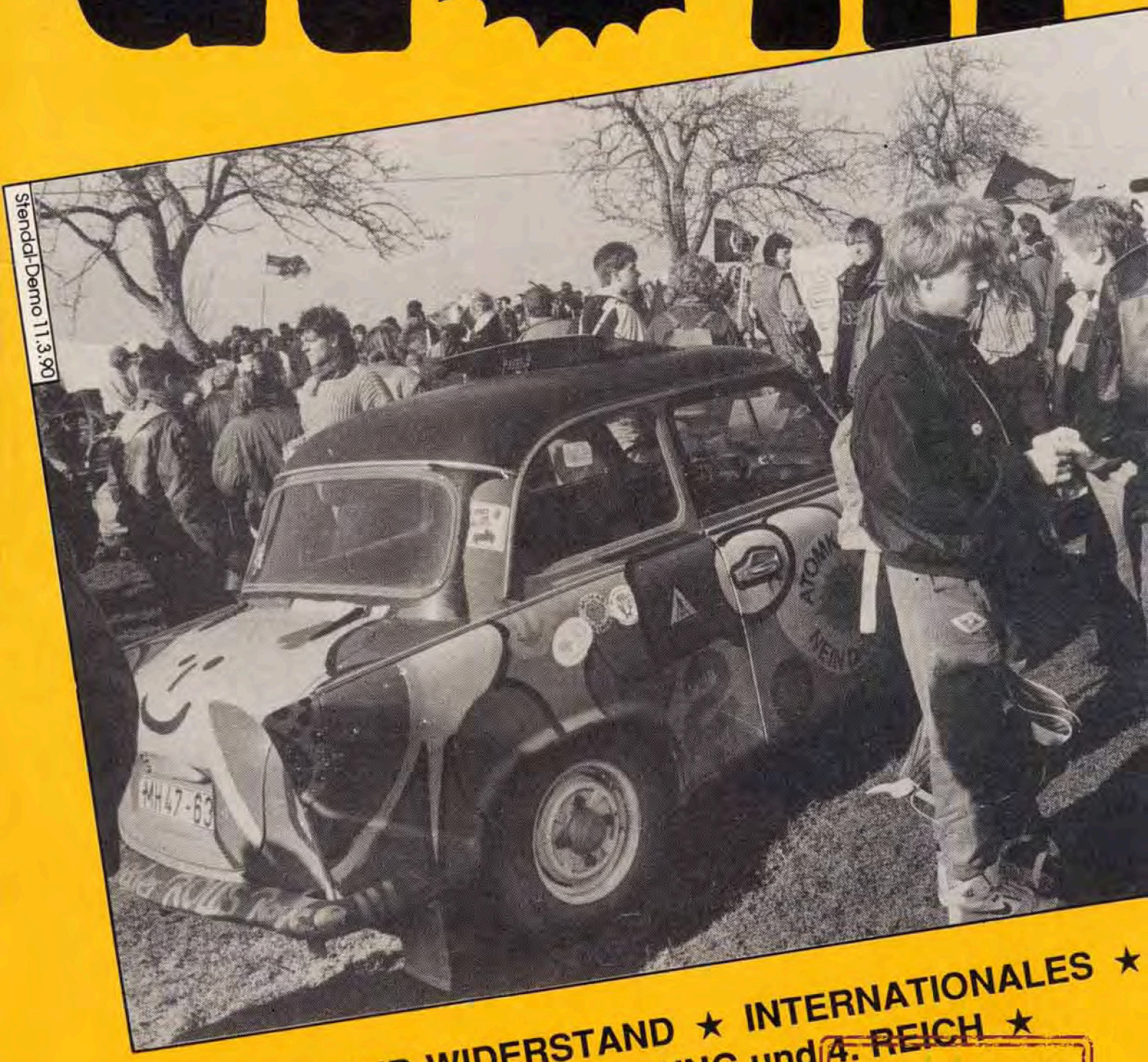
April/Mai 1990
Nr. 30 DM 4,-

Atom Express & Atommüllzeitung

atom



Stendal-Demo 11.3.90

★ WENDLAND-WIDERSTAND ★ INTERNATIONALES ★
★ ANTI-AKW-BEWEGUNG und 4. REICH ★
★ ..... ★

Collection Lafka foundation
www.lafka.org
Digitized 2016

[redacted]

AFAZ

Zeitschrift für ein HERRschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben
Hinter der der schönen Aussicht 11,
6000 Frankfurt 1, Tel. 069 - 296335

Wir versuchen jeglicher Herrschaft ein Leben in Lust und Freiheit entgegenzusetzen. Wir, Frauen und Männer, begreifen uns den feministischen, bzw. anarchistischen und autonomen Bewegungen nahestehend oder sind darin aktiv. Wir meinen, daß wir und diese Bewegungen sowohl in der Theorie als auch in unserem alltäglichen Leben viel voneinander lernen können.
Dazu soll die AFAZ Informationen, Gedanken und Gefühle an Menschen, die sich angesprochen fühlen, vermitteln und Mut machen, sich selbstbewußt für eine freie Gesellschaft einzusetzen. Hauptbezugspunkt wird für uns das Rhein-Main-Gebiet sein, da wir hier leben und Kontakte zu verschiedenen Menschen und Gruppen haben bzw. suchen wollen.

Die AFAZ soll ca. alle drei Monate erscheinen und kostet 5.-DM (+ 0,80 DM Porto für ein Probeexemplar). Wer sie direkt von uns als ABO haben möchte, überweise 20.-DM für 5 Ausgaben auf folgendes KONTO:
T.Schupp, Postgirokonto Frankfurt 560975 - 607, BLZ 500 100 60. WiederverkäuferInnen erhalten ab drei Exemplaren 30% Rabatt.

anti-atom-aktuell

die anti-atom-aktuell ist eine bundesweite Zeitung der Anti-Akw-Initativen

monatlich aktuell:
- Infos von den Standort BIs über Aktionen, Termine, Diskussionen und Einschätzungen
- Berichte von Treffen und Veranstaltungen und Konferenzen.
- Infos über Atommülltrasporte, Uranabbau, Atomanlagen, End- u. Zwischenlagerpläne
- Internationale Nachrichten: über die Europäisierung und aus aller Welt
- Infos über die Zivil-Militärische Nutzung, Proliferation, Atomschiebereien
- Berichte über Strategien und Taktiken der Atommafia
- Atomstaat - Kriminalisierung neue Sicherheitsgesetze -
- Neue und Alte Recht in den Umweltbewegungen
- Adressen, Kontakte, Materialien

Pobeheft anfordern (g. Portospende)!
oder direkt abonnieren:
Jahresabo 60 DM

A Eberhard, - Sonderkonto - Postgiro Dortmund
Nr.: 2975 45- 465, BLZ: 440 100 46

aaa c/o Umweltzentrum
Scharnhorststr.57,44Münster
0251/521112 (Do.13-18 Uhr)

[redacted]

sand im getriebe der bundeswehr
oder: total verweigern
---
michael jackson ist kein mensch sondern ein produkt
---
red cops: streetgangs gegen nazis
---
diskussion um einen neuen radikalen jugendzusammenschluß
---
gedichte, "the ex" - interview, techno-beat, deserteure, infoläden, koedukation, antifa, militarismus und sexismus, der kampf um unsere träume, frauen u. sprache...
---
probeheft gegen 1,60
bei: sterneck,
im schloßhof 1
6450 hanau 1

Impressum

Die atom ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/38707 (tagsüber) oder: 04131/37835

V.i.S.d.bgl.P.:
Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:
Eine Ausgabe kostet 4 Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3 Mark (jeweils plus Porto); Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 25 Mark inkl. Porto und Versand.
Förder-Abo ab 35 Mark
Konto: "atom", G. Garbers
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann, Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898 - 304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Moderne Zeiten:
Wer für die atom Artikel schreibt, kann uns diese in Zukunft auch auf PC-Diskette abgespeichert zusenden (zusätzlich einen Ausdruck). Folgende Disketten können wir weiterverarbeiten:
1.) 3,5 Zoll-Disketten für Apple/Macintosh
2.) 5 1/4 Zoll-Disketten für MS-DOS-Laufwerk. Diese Disketten müssen auf 360 Kilobyte und einseitig formatiert sein.
Die Artikel müssen als Wordstar, Txt, Pagemaker oder Word-Perfekt Dokumente abgespeichert sein. Disketten und Ausdrucke bitte an die Lüneburger Redaktion.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die atom Nr. 30, April/Mai 1990.
Nach der guten alten Zählweise für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 70
atommüllzeitung Nr. 56
Titelbild: Stendal/DDR, 11.3.90, Foto: Umbruch
Rückseite: PKA-Gelände, 10.3.90, Foto: Käptain Nuß

INHALT

Demo in Stendal 4
Warum sind wir gegen Atomkraft 7
Expansionsgelüste der Energieversorgungsunternehmen 8
Greifswald 9
Stromtrassen in die DDR 10

Schwerpunkt 1: Diskussion: Wie weiter mit "deutsch-deutsch"?

Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, unter der Bedingung der vollständigen Kapitulation der DDR und des bedingungslosen Anschlusses an die BRD stellt sich auch der Anti-AKW-Bewegung die Frage: **Wie weiter mit deutsch-deutsch?** 13
Anti-AKW-Bewegung und 4. Reich 14
Der "aufrechte Gang" gegen die WIEDERvereinigung 18
Viertes Reich? 20
Aufruf "Nie wieder Großdeutschland" 22
Frühjahrskonferenz und Großdeutschland 24

Standorte: Schacht Konrad, Lingen, Karlsruhe, Ahaus, Gronau, Würgassen... 25
Verstärkt Atomenergie den Treibhauseffekt? 30
Krümmel-Blockade 32
US-Atombombenmüll noch nicht in die Asse 34
Wackersdorf 36

Schwerpunkt 2: Wendland - Widerstand

Die Fieberkurve des Wendland-Widerstands aktuell jenes gegen die geplante Konditionierungsanlage PKA, hat einen kräftigen Trend nach oben bekommen. Dies ist Ausdruck und Folge einer ganzen Reihe verschiedenster Aktivitäten, die in den vergangenen Wochen das politische Bild im Landkreis Lüchow-Dannenberg und darum herum geprängt haben. Mittlerweile hat die Entwicklung jedoch auch ein Stadium erreicht, an dem ein wenig Bilanz gezogen werden muß, um zumindest mittelfristig Perspektiven zu entwickeln
PKA-Widerstand im Aufwind, Gorleben - Chronik 37
Erklärung zur Räumung des PKA-Baugeländes 39
Vom Strohfeuer zur Sparflamme? 41
Interview mit einer Schülerin 44
OVG - ein schwarzes Kapitel 46

Schwerpunkt 3: Internationales

Tschernobyl, Bürgerprotest in Gorkij 53
Sellafield - Genveränderungen durch Strahlenbelastung 58
Schwerer Unfall in tschechischer Uranaufbereitungsanlage 55

Startbahn-Prozeß: Urteilsverkündung und Einschätzung 60

Demo in

Autonomer Familienausflug zur 'internationalistischen' Anti-AKW-Demo nach Stendal

Am Sonntag den 11. März fand eine Demonstration gegen das geplante AKW in Stendal an der Elbe, ca 150 km westlich von Berlin statt. Auf dem Baugelände wird dort seit über 10 Jahren von der staatskapitalistischen Mangelökonomie versucht, vier Reaktorblöcke eines sowjetrussischen Reaktortyps hochzuziehen. Bislang fertig geworden sind - im sozialistischen Gang der Planerfüllung für den soundsovielten Parteitag - glücklicherweise nur zwei bombastische Kühltürme und gerade mal ein Drittel von einem AKW-Block. Ansonsten rosten einen Haufen Stahlrohre, Baubuden und sonstige Gerätschaften freundlich vor sich hin. Offenbar scheinen die Genossen Bauarbeiter dort in den letzten Jahren mit einen netten Lenz einen konsequenten Kampf gegen die Arbeit geführt zu haben. Auch aus diesem Grund möchten wir an dieser Stelle die 'Helden der Arbeit' noch einmal von ganzen Herzen grüßen.
Als wir von der Demo hörten, war es für eine Reihe von autonomen GenossInnen schnell klar, daß sie große Lust hatten, sich daran zu beteiligen. Einige von uns haben sich in der Anti-AKW-Bewegung politisiert und in diesem Bereich eine jahrelange politische Praxis entwickelt (Brokdorf, Gorleben, Wackersdorf, Siemens-KWU-Kampagne). Die von uns gegen die Atomenergienutzung entwickelten Argumente haben sich durch Tschernobyl noch einmal auf traurige Weise bestätigt und sind in der BRD einen großen Mehrheit der Bevölkerung wohl bekannt. Sie brauchen deshalb an dieser Stelle auch nicht mehr aufgeführt zu werden.
In der Vorbereitung gab es es unter uns ein paar kontroverse Diskussionen über den Charakter unserer Beteiligung an der Demo. Die Standpunkte reichten von "Einfach-mal-so-gucken-wer-alles-so-kommt" bis hin zu "rauf-auf-das-Baugelände-um-soviel-wie-möglich-kaputt-zu-machen". Für die erste Position sprach, daß keiner von uns mehr eine Praxis im AKW-Bereich hat und es falsch ist, als Autonomer einfach in der DDR mit unsereren Demonstrationsformen aufzutauchen und an allen anderen DemonstrationsteilnehmerInnen vorbei putschistisch unsere Aktionen durchzuziehen. Aus diesem Grund stieß auch der Aufruf aus Hamburg für einen "starken autonomen und antiimperialistischen Block" auf Unverständnis und Kopfschütteln. Für die andere Position sprach, daß es vor dem Hintergrund unserer Geschichte selbstverständlich ist, Atomanlagen überall da anzugreifen, wo sich die Möglichkeit dazu bietet. Es kann nicht angehen, alle Erfahrungen mit neuen Leuten immer wieder von vorne zu machen. Relativ schnell bestand Konsens darin unter allen Umständen einer Konfrontation mit den Volkspolizeibullen auszuweichen. Nach unserer gemeinsamen Einschätzung wäre ein `Putz' zwischen denen und den `westdeutschen Chaoten' in den darauf folgenden politischen Auseinandersetzungen gegen uns gekippt. Auf der anderen Seite wurde massiv die Befürchtung laut, daß wenn wir einfach "nur-hingehen-um-zu-gucken", diese ganze Aktion zu einer allgemein moralischen Betroffenheits- und Schweigedemo von grünen Reformdemokraten aus der BRD und der DDR werden würde. Lange kontroverse Debatten, nicht gelöste Fragen, kurzer Sinn: Wir beschlossen ersteinmal gemeinsam mit handelsüblichen Seitenschneidern, Spraydosen, Musikinstrumenten, Fahnen und Megas `bewaffnet' nach Stendal zu fahren, um zu "gucken-was-möglich-ist".
Die Demo war hauptsächlich von Funktionären der BRD-Deutsch-Grünen, der BI-Lüchow-Dannenberg und einigen Menschen aus dem Neuen Forum und der DDR-Grünen vorbereitet worden. Wie zu erfahren war, bestand ein wesentliches Anliegen dieser Gruppen darin, mit den Volksbullen eine "Sichheitspartnerschaft" gegen die `Chaoten' zu schmieden. Es ist uns unklar, wer die treibende Kraft dieses `Sichheitspartnerschaftskonzepts' gewesen ist. Wenn`s die DDR-Gruppen gewesen sind, dann scheint uns das doch ein merkwürdiger Unterwerfungsreflex gegenüber einer Staatsmacht zu sein, die in den letzten 40 Jahren alles andere als "Sichheitspartnerschaften" mit der Bevölkerung eingegangen ist. Wie dem auch sei, eine derartige Haltung ist den BRD-Deutsch-Grünen vermutlich gar nicht einmal so unrecht, denn in ihrem `gewaltfreien Kampf' für Parlamentsposten arbeiten sie ohnehin lieber mit den berechenbaren Bullen zusammen.
Die Demo, an der knapp 5000 Menschen teilnahmen war im Verhältnis 3 zu 1 West dominiert. Die relativ geringe Beteiligung aus der DDR erklärt sich zum einen daraus, daß aufgrund der im Vergleich zur BRD geringeren Motorisierung längere Entfernungen ein viel größeres Problem sind, um weite Strecken zu Demos zurück zu legen. Auf der anderen Seite scheinen sich kaum linke DDR-Gruppen an der Mobilisierung gegen Stendal beteiligt zu haben. Die Gründe dafür lassen sich nur vermuten: Neben dem aktuellen Wahlkampfstreß scheint ein Grund jedoch darin zu liegen, daß die DDR-Grünen auch mit massiver Unterstützung bundesdeutscher Grünen-Realos jede Zusammenarbeit mit linken Gruppen geblockt haben. Auf westdeutscher Seite gab es es breite Beteiligung von grünen ParteimitgliederInnen an dieser ersten "deutsch-deutschen Anti-AKW-Demo", ein paar Parlamentsbonzen dieser Gruppierung waren ebenfalls anwesend.

Stendal

Foto: Pan Foto

Wir reihten uns im vorderen Drittel des Demozuges ein, der insgesamt mit vielen Fahnen und Transparenten ein zwar buntes jedoch irgendwie ein zu sauber gelecktes Bild aus dem West-Werbefernsehen abgab. Nachdem die Spitze der Demo das Baugelände erreicht hatte, gingen ziemlich viele Leute direkt an den Zaun. Manche hängten Tafeln daran, andere nutzten die Gelegenheit zu einer kurzen Sichheitsüberprüfung, die ergab, daß das Baugelände nicht 'ordnungsgemäß' gegen das Betreten von AtomkraftgenerInnen gesichert war. Dies machten sich etwa 200 Leute für eine Besichtigung und Fortsetzung der Demonstration auf dem Baugelände zu Nutze. In nur kurzer Zeit wurden die unnütz vor sich hinrostenden Stahlrohre mit zutreffenden bunten Parolen wie z.B. "was'n Rostkram hier" und "Hier entsteht die Atomruine Stendal" verziert. Von ein paar Mitgliedern des neuen Forums gab's hektische Aufforderungen sofort mit den "Gewalttätigkeiten" aufzuhören und vom Baugelände wieder herunter zu gehen, die jedoch freundlich ignoriert wurden. Als die Volksbullen etwas verschüchert auf die BauplatzbesucherInnen zurückten und der gesamte Demozug bereits weitergezogen war, gab's über Megas ein organisiertes Verlassen des Baugeländes, um den Anschluß an die Demo nicht zu verlieren.

In der weiteren Folge gab's mit vielen DemonstrationsteilnehmerInnen zum Teil sehr heftige Debatten über diese Aktion, wo die BauplatzbesucherInnen mit dem ganzen Repretoire der legalistisch-gewaltfreien Argumentationslinien aus den letzten 15 Jahren traktiert wurden: Angefangen von "bezahlten Provokateuren, die nur den Rechten nützen", "autonomen Chaoten, die nur Gewalt um der Gewalt willen wollen" bis hin zum Vorwurf wir würden die "gewaltfreie Revolution in der DDR nicht respektieren". Einmal abgesehen von der Frage, ob das bundesdeutsche Kapital in Zukunft mit seinen Methoden so freundlich sein wird, die "gewaltfreie Revolution" in der DDR zu respektieren scheint es uns bemerkenswert zu sein, daß ein Teil dieser Leute, die den "Einmischungsvorwurf" erhoben, sich keineswegs daran störten, daß etwa 80% der Redezeit auf der Kundgebung von westdeutschen SprecherInnnen in Beschlag genommen wurde. Zum Inhalt der allermeisten Redebeiträge sei nur kurz vermerkt, daß es gerade westdeutsche Funktionäre der Reformgrünen immer gut verstanden haben in langen unnützen Reden einen haufen Scheiße zu verbraten. Zumindestens weiß jetzt jeder nach ihren Kundgebungsreden daß sie Atomkraft wirklich schlimm, schlimm, schlimm, schlimm, einfach total schlimm finden. Ein wenig vermißt haben wir, daß die Deutsch-Grünen nicht auch noch wie ihre Kumpels in Bonn im November '89 die Nationalhymne gegröhlt haben, am besten die erste Strophe leicht grünlich abgewandelt: "Einig ökologisch Vaterland, von der Maaß bis an die Memel ..." Jedenfalls erinnerte die Kundgebung in Stendal eher an eine deutsch-grüne Wahlkampfdemonstration. Wir wollen's an dieser Stelle mit der Nörgelei bewenden lassen, von den Deutsch-Grünen ist ohnehin nichts anderes zu erwarten gewesen. Die Kundgebung war kein witziger und widerspenstiger Ausdruck einer Anti-AKW-Bewegung, die sehr wohl ihre Mittel klug einzuschätzen weiß und sie sich trotzdem niemals hat von irgendwem vorschreiben lassen. In diesem Sinne war der Bauplatzbesuch eine kleine entschiedene Geste, um den Verantwortlichen zu signalisieren, daß wir weder dort noch irgendwo anders ein AKW, ob nun von Siemens oder wem auch immer dulden werden.

Die nur schwer erträgliche Kundgebung wurde jedenfalls von einer Reihe von Leuten mit Spraydosen intensiv dazu genutzt, ihre Meinung gegen den ganzen Atomscheiß an den Mauern und Wändern der Verwaltungsgebäude kund zu tun. Im Werkseingang wurde für die AKW-MalocherInnen die 0-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich geordert. Der Rückweg von der Kundgebung wurde noch einmal dazu benutzt, den Zaun um das Baugelände kurz und klein zu schneiden. Vielleicht wurde auch deshalb in allen Meldungen auf diese Aktionen hingewiesen, weil die Kundgebung ohnehin nichts ausgedrückt hat. Die Unterstellung in einigen Pressemeldungen, daß "alkoholisierte Chaoten" während der Demo einen Schaden von 500000 Mark angerichtet haben sollen, weisen wir auf's entschiedenste zurück. Die Schmierenjournalisten mit den Schnapsfahnen wissen genau, daß für uns immer noch gilt: "Kein Alk bei Demos und Aktionen." Und falls es

Foto: © Umbruch

sich bei den 500000 Mark um die Scheine mit dem Karl-Marx-Kopf handeln soll, dann muß an dem Tag der Demo der Schwarzmarktkurs von West auf Ost-Kohle bei weit über 1:100 gelegen haben...
Derzeit ist es nicht ganz klar wie es genau im Energiebereich der DDR im allgemeinen und im Stendal im besonderen weiter geht: Fakt ist, daß der wahnsinnig hohe Verbrauch an Braunkohle zur Energieerzeugung in der DDR aus ökologischen und ernergieökonomischen Gründen genausowenig vertretbar ist wie eine AKW-Nutzung. Auf der anderen Seite existiert eine unbestreitbare Energiemangelsituation in der DDR, die schnelle Lösungen erfordert. Der jetzige DDR-Energieminster Pflugbeil vom Neuen Forum hat vorgeschlagen, für eine "Übergangszeit" von 10 Jahren Atomstrom aus der BRD zu importieren. Wir lehnen das natürlich auf`s schärfste ab. Raus kommen wird dabei nur, daß sich die steinreichen Energieversorgungskonzerne aus der BRD mit einem DDR-Anschluß goldene Nasen verdienen werden und die AKW`s natürlich nach dieser komischen Übergangszeit weiter betreiben werden, weil`s doch so schön 10 Jahre lang geklappt hat ... Stendal ist derzeit glücklicherweise immer noch ein Torso und wir wünschen uns nichts sehnlicher, als daß das so bleibt. Das wird sich vermutlich dann ändern, falls der Siemens-KWU Konzern dort einsteigen sollte. Erste Kontakte in diese Richtung hat es bereits gegeben. Für diesen Fall würde eine Situation entstehen, wo wir als Autonome überlegen sollten, wie wir trotz der deutsch-grünen Ökologiemafia diesem Schweineprojekt Knüppel in den Weg werfen könnten.

Lotte, Lisa, Kuddl und noch'n paar andere Autonome aus Rest-Berlin!

Presseerklärung vom 13. März zur Stendal Demo

Die zweite gemeinsame Aktion der gesamtdeutschen Anti-Atom-Bewegung am 11. März brachte AKW-GegnerInnen aus allein Teilen beider deutscher Republiken nach Stendal. Nicht zuletzt diese Tatsache trug zum Erfolg der Demonstration bei.
Interessant ist die Reaktion der staatlichen Stellen in der DDR im Nachfeld der Aktion. Wenn am Sonntag der verantwortliche + aus Stendal, Major Meyer, gegenüber der Presse und dem Funk noch von einem friedlichen Demonstrationsverlauf mit vereinzelten Ausschreitungen und von einer bewährten *"Sicherheitspartnerschaft"* sprach und die offiziellen DDR-Medien am Montag Ähnliches berichteten, waren am Dienstag von dieser Seite ganz andere Töne zu hören bzw. Zeilen zu lesen.
Von Schäden durch Randalierer, die sich auf ca. 400.000 Mark belaufen, war da die Rede und davon, daß die Möglichkeit einer Schadensersatzanzeige gegen den Veranstalter geprüft wird. Besonders bezeichnend ist, daß diese Mitteilung, die wahrscheinlich von zentraler Stelle herausgegeben wurde, in den ach so unabhängigen Bezirkszeitungen nahezu gleichlautend veröffentlicht wurde.
Es hat den Anschein, daß sich ähnlich wie in der Bundesrepublik auch in der DDR die Staatsgewalt als verlängerter Arm der sich etablierenden Atomlobby präsentieren wird. Das Gummi wird gedehnt und gestaucht, wie es der Lobby paßt. Das der Bauzaun schon vor der Demo völlig durchlöchert und marode war und von den durchgebrochenen DemonstrantInnen keine Gewalt ausging, wird überhaupt nicht erwähnt. Die mit der Klagedrohung verfolgte Absicht liegt auf der Hand: Die AKW-GegnerInnen sollen eingeschüchtert, von weiteren Aktionen dieser Art abgebracht werden.
Doch die Stendaler Grünen und andere Anti-AKW-Initiativen werden ihren Widerstand mit gleichem Engagement fortsetzen. Nächster Termin: 24. März in Dahlen (Bez. Leipzig) am geplanten AKW-Standort Schwarzer Kater.

Grüne Partei KV Stendal
Kontakt: Dirk Fritsche 00921/216103 tags.

Transport symbolisch blockiert

Osterburger stoppen Baumaterial für Stendaler Atomkraftwerk

Osterburg. Osterburgs Bevölkerung macht ihr Versprechen wahr, sich gegen die Begleiterscheinungen der Atomkraftwerksbaustelle in Stendal zu wehren. Man will die geplanten Schwertransporte durch die Stadt verhindern, Blockadeaktionen sollen diesem Ziel dienen. Ein erstes Mal gingen rund 1000 Osterburger Bürgerinnen und Bürger am vergangenen Mittwoch in dieser Sache auf die Straße.

Rund 1000 Osterburger hatten sich gegen 21 Uhr auf dem Osterburger Weinberg versammelt. Sie waren damit einem Blockadeaufruf des Neuen Forums gefolgt, mußten schließlich aber unverrichteterdinge wieder nach Hause gehen, da der erwartete Transport schon anderenorts aufgehalten worden war.

Erst am Donnerstag wurde es ernst. Der Rat der Stadt hatte um 15 Uhr einen Lautsprecherwagen organisiert, der den Zeitpunkt der Transportankunft bekanntgab. Um 15.30 Uhr wurde der Schwerlastwagen erwartet. Und trotz der recht kurzen Reaktionszeit beteiligten sich erneut zahlreiche Osterburger an der Protestaktion.

Trotz strömenden Regens und eisigen Windes formierte sich ein Protestzug, um die Durchfahrt des Lkw symbolisch zu verhindern. Osterburgs Bürgermeister Alexander Gronner (LDP) und Horst Walderaff, der Sprecher des Neuen Forums, hielten an der Spitze der Protestierenden ein Plakat in die Höhe. „Wir spaßen nicht", heißt es da. Gemeint als Versprechen, die Protestaktionen nicht aufgeben zu wollen, bevor nicht die dringend benötigte Ortsumgehungsstraße fertiggestellt ist. Sie soll Osterburg besonders von den nun immer häufiger auftretenden Schwertransporten für die Atombaustelle entlasten.

Mit dem Fahrer des Tieflasters führte man ein kurzes Gespräch und erläuterte die Gründe für die vorerst nur symbolische Protestaktion. Sollte die Umgehungsstraße aber nicht vor Jahresende fertiggestellt sein, so will man auch im Widerstand deutlicher werden. „Durch Osterburg werdet ihr nicht durchfahren", gab man dem Lkw-Fahrer mit auf den Weg nach Stendal. -jö-

Rundbrief an alle Freunde auf unseren Planeten

WARUM SIND WIR GEGEN ATOMKRAFT?
WEIL ATOMKRAFT GEGEN UNS IST!

Lesen und weitergehen!

Liebe Freunde der Anti-Atomstrom-Bewegung!

Nach der ersten deutsch-deutschen Anti-Atomstrom-Demo in Gorleben (Bundesrepublik Deutschland) wenden wir Leipziger uns an Euch. Schon in Gorleben haben wir viele neue Freunde kennengelernt und für unseren Kampf neuen Mut geschöpft. Es ist ein schönes Gefühl, in diesem ungleichen Kampf nicht allein zu sein. Die internationale Atomlobby macht auch ein internationales Vorgehen gegen sie notwendig. Nun unsere Vorstellung:
Unsere Gruppe gibt es seit Mai 1988. Sie ist entstanden aus kirchlichen und privaten Umweltgruppen und aus interessierten Menschen. Auch wir bluteten im Sommer/Herbst 1989 aus. Viele Mitglieder kehrten dem "Sozialismus" den Rücken. Sicher kann man die Motive der Menschen verstehen, aber sie ließen uns in unseren Kampf alleine.
Nun haben wir uns neu formiert. Dabei stehen wir erneut am Anfang. Wie überall haben auch wir gegen drei Riesen zu kämpfen:

1. gegen die internationale Atomlobby und Atom fanatiker
2. gegen die jeweiligen Machthaber im Lande
3. gegen die Unwissenheit unserer Mitmenschen (besonders in der S02 gebeutelten Umgebung Leipzigs)

Zur Zeit sind wir etwa 60 Mitglieder und Freunde in unserer Gruppe. Unsere Mittel sind bescheiden, es fehlt uns faktisch noch an allem. Wir haben weder Kopierer, Computer usw.. Selbst Papier, Schreibtechnik... sind kaum vorhanden. Unsere Flugblätter lassen wir meist in Copyshops anfertigen und geben sie von Hand zu Hand.

Aber eins haben wir, den unbeugsamen Kampfeswillen gegen die internationale Atomindustrie!

Liebe Freunde! Bitte entschuldigt diesen unpersönlichen Abzug. Aber rationelle Arbeit ist alles. Wir wollen mit diesem Papier erst einmal zu Euch Kontakt aufnehmen! Auf persönliches Kennenlernen und gemeinsamen Aktionen freuen wir uns schon jetzt.

Bitte meldet Euch! Schreibt uns!

Mit herzlichen (radio)aktiven Grüßen!

Reinhard Görbing
im Auftrag der Gruppe
Initiativkreis: Anti-AKW-Gruppe "Alfred Brehm", Unabhängige AG in der Grünen Partei (Leipzig), c/o. Reinhard Görbing, Aug.-Bebel-Str. 18/1420, Borsdorf 7122 DDR

Expansionsgelüste

Eroberungsfeldzug der bundesdeutschen Energieversorgungsunternehmen in der DDR

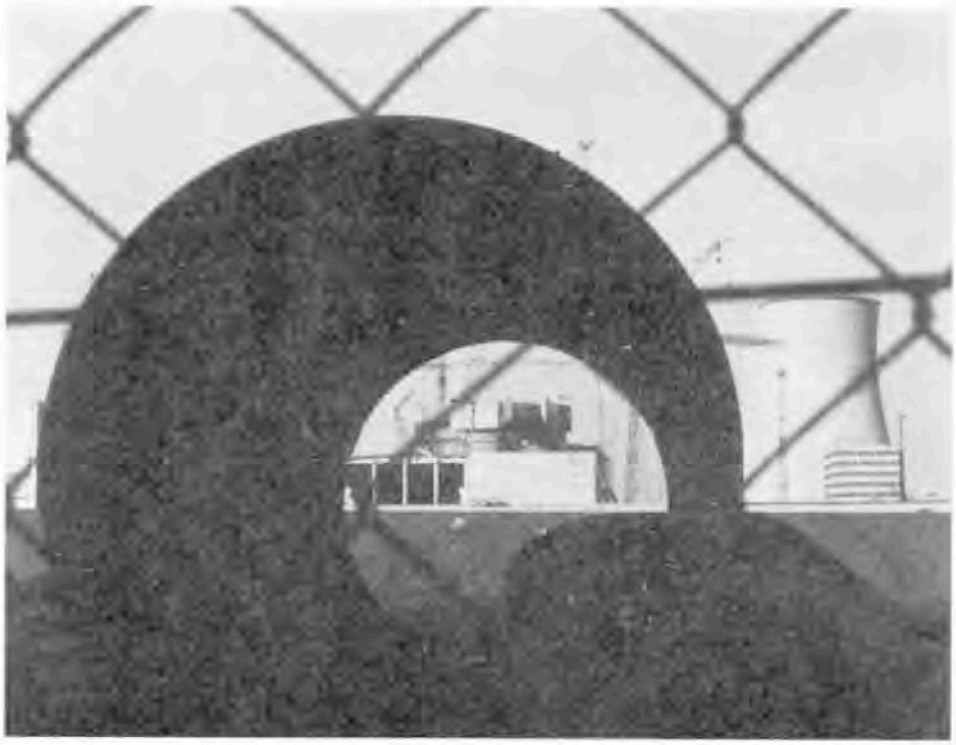
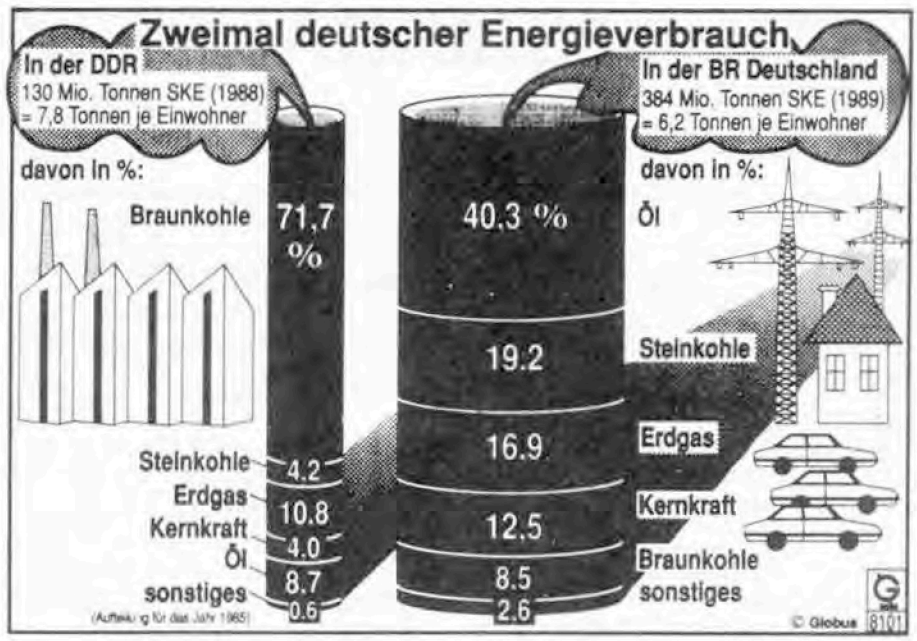


Foto: Bernd Morell

Das Freiburger Öko-Institut verurteilt den energiewirtschaftlichen Eroberungsfeldzug der bundesdeutschen Verbund-Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) in der DDR aufs Schärfste. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein neuer geplanter Schachzug zur Aufteilung des neuen Energiekuchens DDR von den EVU der Öffentlichkeit präsentiert wird. Preussen Elektra und Bayernwerk planen und bauen drei 380kV-Leitungen in die DDR, mit Hilfe derer sie eine Leistung von bis zu fast 5000 MW bereitstellen könnten. Die Herauslösung der DDR aus dem östlichen Energieverbundsystem und die Integration in das westliche System scheint bei den Konzernchefs längst beschlossene Sache zu sein, nur über den Zeitplan wird noch verhandelt. Auch für die Atomkraftwerksbauer sind dann die Tore weit geöffnet, um den Kraftwerkspark der DDR auf bundesdeutsches Niveau zu sanieren. Entsprechende Offerten wurden bereits unterbreitet. Versuchen die Energiekonzerne kurz- oder mittelfristig Überkapazitäten aus ihrem Kraftwerkspark über die geplanten Stromtrassen in die DDR zu verscherbeln, so planen sie langfristig die atomare Aufrüstung mit dem Bau von AKWs in der DDR.
Der Export der bundesdeutschen Energiewirtschaftsstrukturen scheint - oberflächlich betrachtet - ein Fortschritt für die DDR, weil dort die Schadstoffemissionen weit über den bundesrepublikanischen Werten liegen. Doch der Schein trügt. Mit dem Bau der 380kV-Leitungen werden Investitionsmittel verschwendet, die Entwicklung der energiewirtschaftlichen Strukturen in der DDR in eine falsche Richtung gelenkt und gleichzeitig die ineffizienten Strukturen der westdeutschen Energiewirtschaft weiter zementiert.
Es ist mehr als Heuchelei, wenn sich die westdeutschen EVU, die bei einem Wirkungsgrad von nur 33% bei der Stromerzeugung gigantische Energieverschwender sind, sich als die großen Saubermänner der Nation aufspielen. Auch in bundesdeutschen Atomkraftwerken sind Kernschmelzunfälle möglich, die zur unmittelbaren Freisetzung großer Mengen radioaktiver Stoffe führen.

Anstatt heute immer noch auf das längst überholte Großkraftwerksverbundsystem zu setzen, müßte nach Ansicht des Öko-Institutes das Kapital in effiziente Nutzungstechnologien investiert werden, um auf den Bau von Stromtrassen und neuen Großkraftwerken verzichten zu können.
Neue Anlagen dürften nur noch als Kraft-Wärme-Kopplungskraftwerke (KWK) gebaut werden, die einen Wirkungsgrad von bis zu 90% erreichen. Dafür böte die DDR mit ihren Fernwärmenetzen gute Voraussetzungen. Der Aufbau von dezentralen KWK-Anlagen würde nach Einschätzung der Firma Siemens ca. zwei Jahre dauern, also genausolange wie der Bau der 380kV-Leitung.
Ein wesentlicher Vorteil der Nutzung der Einsparpotentiale sowie der Schaffung dezentraler KWK-Anlagen läge aber auch in der Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze in der DDR. Mit dem Bau der Stromtrassen wird die Arbeitslosigkeit in die DDR exportiert.
Das Öko-Institut fordert deswegen die EVU's auf, ihre Eroberungsfeldzüge sofort zu beenden und eine ökologisch und sozial orientierte Energiepolitik in der DDR zu unterstützen, die nur durch die Mobilisierung der Einsparpotentiale und den Bau dezentraler und effizienter KWK-Anlagen möglich ist. Diese Strategie wäre nicht nur ökologisch sinnvoller, sondern auch billiger.

Rückfragen an:
Stephan Kohler, Öko-Institut, Binzengrün 34a, 7800 Freiburg
Tel.: 0761-473038



Der BRD-Atomminister Töpfer schickte seine Experten der Reaktorsicherheitskommission (RSK) zur sicherheitstechnischen Untersuchung der maroden Atomstromzentrale Greifswald. Parallel dazu bat der Zentrale Runde Tisch in Berlin-Ost Experten Ihres Vertrauens nach Greifswald, da ihnen die Experten der Atommafia allein nicht glaubwürdig erschienen. Eine genauere Darstellung der Ereignisse dieser Untersuchung veröffentlichen wir in der nächsten Ausgabe der atom.
Genaueres zum katastrophalen Risikopotential dieser fünf Atomreaktoren ist in der atom Nr. 29 nachzulesen.

Kernkraftwerk Greifswald - Risiko katastrophalen Versagens

Presseerklärung der Experten des Vertrauens des Zentralen Runden Tisches zur Beurteilung des Sicherheitszustandes der Blöcke 1 - 4 des KKW "Bruno Leuschner" am 1. März 1990

Schon die bisher zugänglichen, lückenhaften Informationen belegen ein - im internationalen Vergleich - außergewöhnlich hohes Risiko katastrophalem Versagens der Blöcke 1 - 4.
Angesichts der ungeklärten Sprödbruchsicherheit der Reaktordruckbehälter (RDB) hat die Gesellschaft für Reaktorsicherheit der BRD bereits am 15.2. - kurz nach der Begutachtung - die sofortige Abschaltung der Blöcke 2 und 3 empfohlen. Tatsächlich ist die Sprödbruchsicherheit des RDB Block 4 ähnlich ungeklärt. Vorauseilende Proben gibt es für keinen der 4 RDB. Der Gehalt an Kupfer und Phosphor (die die Versprödung begünstigen), ist für RDB 4 so wenig bekannt, wie für DRB 2/3, die Fluenz liegt bemi RDB 4 nur wenig unter der bemi RDB 2/3. Für den RDB Block 1 ist der Effekt der 1988 erfolgten Glühung nicht geklärt, da die damals entnommenen Probeplatten noch nicht untersucht worden sind.
Das Havarie-Kühlsystem ist äußerst schwach dimensioniert, zudem wegen mangelnder Redunanzen unzuverlässig. Auch bei auslegungsgemäßen Funktionieren könnte es Lecks im Primärkreislauf nur bis zu einem (äquivalenten) Druckmesser von 32 mm beherrschen. Die Gefahr größerer Lecks, damit katastrophalem Versagens, ist aber gravierend angesichts
- massiver Schädigungen der Nadelrohre des Dampferzeugers infolge Spannungsrißkorrosion,
- unzureichender Leckageüberwachung in Verbindung mit bereits aufgetretenen Rißschäden an anderen Primärkreiskomponenten (bis hin zum zufällig entdeckten Durchriß einer 200 mm-Rohrleitung),
- des Risikos, daß Primärsicherheitsventile nach einem Öffnen nicht wieder schließen.

Darüberhinaus gibt es auslegungsbedingt zahlreiche schwerwiegende Mängel hinsichtlich Dimensionierung, räumlicher Anordnung, Redunanz und Vermaschung von Sicherheits relevanten Komponenten und Systemen, die zu katastrophalem Versagen führen könnten.
Dies gilt insbesondere für:
- bau- und anlagentechnischen Brandschutz,
- Notstromversorgung,
- Notspeisesysteme.

Jeder einzelne der genannten Problemkreise müßte bei Anlegung der auch für ältere Anlagen international weithin geltenden Maßstäben zu Stillegung des Kernkraftwerkes führen - wie beispielsweise in der BRD - kürzlich das Kernkraftwerk Würgassen wegen mangelhaftem Brandschutzes stillgelegt wurde.
Hinzu kommt eine veraltete Meß-, Regel- und Steuertechnik, insbesondere eine geringe Dichte von Überwachungs- und Eingriffsmöglichkeiten auf der Warte sowie mangelnde Geräte zur Störfalldiagnose. In Verbindung mit organisatorischen Mängeln hinsichtlich der Analyse aufgetretener Mängel (auf die kürzlich das IAEV-ASSET-Team hingewiesen hat) ergibt sich daraus ein relativ hohes Potential für menschliche Fehlhandlungen, die Störfälle auslösen oder verschärfen können.
Angesichts dieser Massierung von Risiken ist der weitere Betrieb des Kernkraftwerkes Greifswald nicht zu verantworten.

Die Experten sind:
- Sebastian Pflugbeil
- D. Rieck vom KKW Greifswald
- W. Meyer vom KKW Greifswald
- Klaus Traube
- Michael Sailer vom Öko-Institut Darmstadt
- Ilse Tweer, Gruppe Ökologie Hannover
- Helmut Hirsch, Gruppe Ökologie Hannover

Stromtrassen in die DDR: Die kurze Leine des Kapitals

Rechtzeitig zur Übernahme des DDR-Strommarktes ist im November 1989 die erste deutsch-deutsche Stromtrasse vom Helmstedt nach Wolmirstedt bei Magdeburg fertiggeworden. Zunächst 300 MW Leistung werden von der Preußen Elektra (PREAG) über die 380-KV-Leitung in das DDR-Netz eingespeist. Dazu ist das Kohlekraftwerk Offleben C vorübergehend aus dem Netz der PREAG, des größten deutschen Atomstromproduzenten, ausgekoppelt worden. Geplant ist, diese Leitung über eine nördliche Trasse zwischen Rathenow und Brandenburg hindurch in den Norden Westberlins weiterzulegen, doch gibt es neuerdings wieder Diskussionen, den Strom ganz der DDR „zugute kommen" zu lassen. Auch im Süden der DDR werden im Augenblick Pläne für Strommasten geschmiedet. Die Bayernwerke, der dort angrenzende bundesdeutsche Atomstromproduzent, planen angeblich sogar zwei 380-KV-Trassen, auf denen insgesamt 3.200 MW Leistung transportiert werden könnten.

Die Stromlieferung von Helmstedt nach Wolmirstedt ist Teil eines Stromlieferungsvertrages, den schon im März 1988 die PREAG mit der DDR-Außenhandelsgesellschaft INTRAC und den (West-)Berliner Elektrizitätswerken (BEWAG) geschlossen hatte.

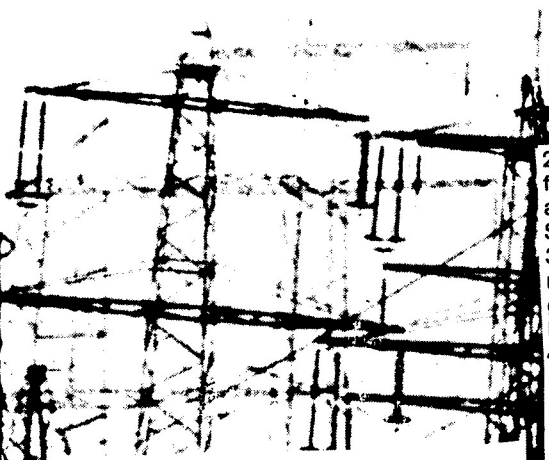
Der Vertrag verdient das nähere Hinsehen. Schon die Vertragspartner an sich sind bemerkenswert.

Die Vertragspartner

Die 1927 gegründete PREAG, eine 87prozentige Veba-Tochter, produziert fast 80 % ihres Stroms in AKWs. Sie ist an den AKWs Würgassen, Stade, Brokdorf, Esenshamm, Grohnde, Brunsbüttel und Krümmel maßgeblich beteiligt und damit der größte bundesdeutsche Atomstromproduzent. Die ehemals zentrale Figur der bundesdeutschen Atomwirtschaft, Rudolf von Bennigsen-Foerder (Vorstandsvorsitzender der Veba), war bei der PREAG Aufsichtsratsvorsitzender.

Bennigsen-Foerder war gleichzeitig auch der Aufsichtsratsvorsitzende der BEWAG. Zwar gehören nur 10 Prozent des BEWAG-Kapitals der PREAG und mehr als 50 Prozent dem Land Berlin, aber der CDU-Senat hatte dem einflußreichen Bennigsen-Foerder diesen Platz eingeräumt. Neben Bennigsen-Foerder saß gleich auch noch PREAG-Vorstand Heinz-Cramer im Aufsichtsrat der BEWAG. Der Senat hatte von den fünf ihm nach Kapitalanteilen zustehenden Sitzen nur zwei besetzt. Die BEWAG hat als westberliner Strommonopolist eine Kapazität von 2.800 MW aufgebaut, dabei aber keine Atomkraft nutzen können.

Dritter im Vertragsbund war die DDR-Außenhandelsgesellschaft INTRAC. Die INTRAC gehört zum KOKO-Konglomerat des Honecker-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski. Die KOKO sollte sicherstellen, daß immer genug Devisen für spontane Großeinkäufe von Bananen und Westcomputern vorhanden war.



Der Vertrag

Der Vertrag hatte es in sich: Über eine 200 km lange 380-KV-Leitung sollte Strom von der PREAG nach Westberlin fließen. Ab 1992 muß die BEWAG jährlich mindestens 825 Mio. KWh Strom abnehmen (220 MW Leistung). Als Zwischenstation soll in Wolmirstedt bei Magdeburg ein Umspannwerk eingerichtet werden, mit dem gleichzeitig Strom in das DDR-Netz eingespeist werden könnte. Immerhin hat die 380-KV-Leitung eine Kapazität von 1.600 MW, d.h. außer dem Kohlekraftwerk Offleben C, dessen 300 MW Leistung heute in das DDR-Netz eingespeist werden, könnte noch ein komplettes AKW der Brokdorf-Klasse an die Leitung gehängt werden. Die Leitung durch die DDR wird für rund 350 Mio. D-Mark von der INTRAC gebaut und von den beiden westlichen Stromkonzernen mit Strom beglichen. Auch die Kosten für den Berliner Teil der Stromleitung sind horrend. Je nach Variante werden sie zwischen 80 Mio. (Masten) und 400 Mio. D-Mark (Komplettverkabelung) geschätzt. Zusätzlich soll die INTRAC für 20 Jahre jeweils 25 Mio. DM als Wegezoll für die Energiedurchleitung erhalten.

Absatzklemme und Stromkolonialismus

Das Interesse der PREAG ist offensichtlich. Sie könnte keine bessere und langfristigere Auslastung ihrer Kraftwerkskapazitäten sichern. Bennigsen-Foerder lotete schon seit der Leipziger Frühjahrsmesse 1986 die Möglichkeiten für einen solchen Vertrag aus. Der Vertrag gibt dem Atomkonzern auch eine Art Absicherung gegen Ausstiegsforderungen von Atomkraftgegner. Statt die massiven Überkapazitäten der PREAG als Ansatzpunkt für den Ausstieg zu nutzen, soll damit nun der östliche Strommarkt kolonisiert werden. Außerdem bringt eine bessere Kapazitätsauslastung natürlich auch mehr Geld. Konkret:

1. Der Stomabsatz und Umsatz der PREAG stagnieren seit 1987. Dabei hat sie seit der Inbetriebnahme von Brokdorf erhebliche Überkapazitäten von etwa 1.000 MW im Grundlastbereich, die offenbar um jeden Preis abgebaut werden sollen. Der Preis für den an die BEWAG gelieferten Strom soll mit 8 Pf/kwh deutlich unter dem norddeutschen Strompreis liegen.
2. Die politischen Rahmenbedingungen für die PREAG-Atommeiler sind unsicherer als die für süddeutsche AKWs (Würgassen/Stade).
3. Die Renaissance von Versuchen kommunaler und dezentraler Energieversorgung wie z.B. in Bremen macht der PREAG beim Absatz Sorgen.
4. Großkunden wie der größte bundesdeutsche Chlorproduzent Dow Chemical in Stade stehen wegen ihrer Produktionslinien unter politischem Beschuß und nehmen in der Zukunft unter Umständen weniger Strom ab.
5. Nicht zu vergessen ist auch der 1992 drohende europäische Binnenmarkt. Der hochverschuldete staatliche französische Atomkoloß EDF drängt auf den deutschen Strommarkt und wird, wenn es denn der Wasserstand der französischen Flüsse zuläßt, mit Dumpingpreisen Atomstrom zu exportieren versuchen.

Welche Interessen aber verfolgte die BEWAG?

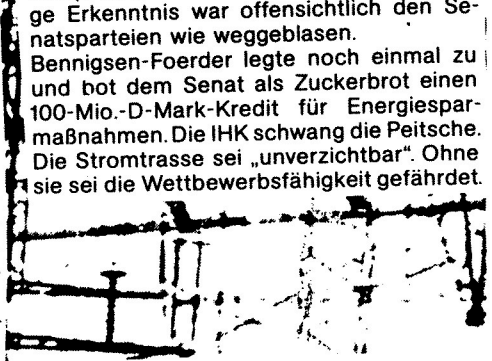
1. 1988 ging in Westberlin das Kohlekraftwerk Reuter-West ans Netz. Die zwei 300-MW-Blöcke erhöhten nicht nur die BEWAG-Überkapazitäten auf über 800 MW, sie brachten gleichzeitig Netzprobleme. Diesem Kraftwerkskoloß stand nämlich im kleinen Westberliner Netz von 2.000 MW Kapazität kein Gegengewicht gegenüber. Das heißt bei einem Ausfall des Grundlastkraftwerks Reuter-West könnte schnell das Netz zusammenbrechen. Als im Dezember 1989 kurz hintereinander die beiden neuen Reuter-Blöcke ausfielen, mußte die BEWAG in einigen Teilen der Stadt für fast eine Stunde den Strom abschalten. Für diese selbstgestellte Falle bietet die Stromtrasse nun einen teilweisen Ausweg.
2. Im Juni bekannte die BEWAG im Umweltausschuß, daß auch daran gedacht sei, superbilligen „Spotstrom" aus französischen AKWs über die Trasse zu beziehen. Es gibt Spekulationen, daß die Trasse nach Westberlin weiter in andere Teile der DDR und vielleicht sogar bis nach Polen gelegt werden könnte, um einen weiteren Ostblockstaat an den westlichen Stromtropf zu hängen.
3. Eine Rolle werden bei dem Vertragsabschluß sicher auch die finanziellen und personellen Verzahnungen (Aufsichtsratsvorsitzender Bennigsen-Foerder) gespielt haben.
4. Deutschlandpolitische Argumente haben dazu geführt, daß der Vertragsabschluß zunächst für die Bonner Altparteien ein anzustrebendes Ziel war. Einzig in der Westberliner SPD hatten sich zeitweilig die umwelt- und energiepolitischen Gegner der Trasse im Wahlprogramm für die Wahl im Januar 1989 verankern können.

Orange-Grüner Katzenjammer

Für Berlin bedeutet die Stromtrasse energiepolitisch einen Schritt in die völlig falsche Richtung. Atomstromüberkapazitäten kommen nach Berlin und machen den Aufbau einer dezentralen, sparsamen Energieversorgung fast unmöglich. Außerdem könnten mit den mindestens 700 Mio. D-Mark, die die Trasse incl. „Wegezoll" kostet, an anderer Stelle vernünftige Energiepolitik gemacht werden. Darüber waren sich auch die Experten von SPD und AL einig. Im SPD-Wahlprogramm hieß es, der „Vertrag behindert die Einsparung von Strom in Berlin und erzeugt neue Abhängigkeiten. Deshalb ist der Stromlieferungsvertrag durch einen echten regionalen Stromverbund mit der DDR zu ersetzen." Und bei der AL: „Die Stromtrasse lehnen wir (...) ab, denn das vorliegende Konzept verfolgt allein den durchsichtigen Zweck, die nicht ausgenutzten westdeutschen Atomkraftwerke besser auszulasten und damit die Todestechnologie Atomkraft zu stützen. Es trägt weder zur rationalen Energienutzung bei, noch zielt es auf den Abbau von Kraftwerkskapazitäten in Berlin." Beste Chancen also, um nach der Wahl des rot-grünen Senats die Stromtrasse zu kippen.

In der Koalitionsvereinbarung vom 13. März 1989 konnte mensch allerdings stattdessen lesen: „Der Senat wird prüfen, ob der (...) Stromlieferungsvertrag die Ziele der Versorgungssicherheit für Berlin, der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung und einer rohstoffschonenden und möglichst wenig umweltbelastenden Stromerzeugerstruktur gleichrangig gewährleistet. Gegebenenfalls wird der Senat darauf hinwirken, den Vertrag zu kündigen oder entsprechend zu modifizieren." Alle vorherige Erkenntnis war offensichtlich den Senatsparteien wie weggeblasen.

Bennigsen-Foerder legte noch einmal zu und bot dem Senat als Zuckerbrot einen 100-Mio.-D-Mark-Kredit für Energiesparmaßnahmen. Die IHK schwang die Peitsche. Die Stromtrasse sei „unverzichtbar". Ohne sie sei die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.



Keine aktive Energiepolitik

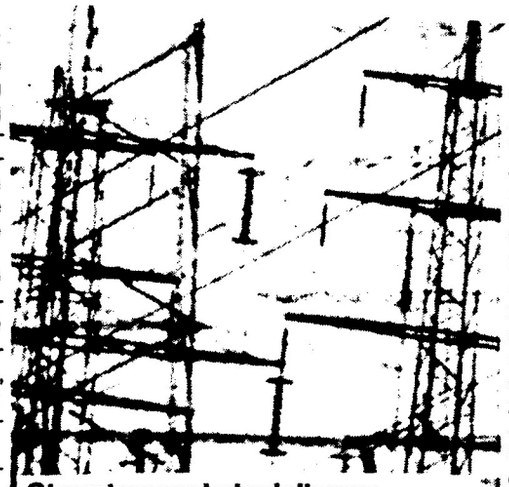
Der Senat ließ es praktisch bis zum Sommer 1989 bei einer nachlässigen juristischen Prüfung bewenden und betrachtete damit das Thema Stromtrasse als erledigt. Den Prüfauftrag erhielt bezeichnenderweise der sozialdemokratische Verwaltungsrechtler Helmut Wollmann. Er kam zu dem Ergebnis der Vertrag sei unanfechtbar rechtsgültig.

Bewegung kam erst wieder in die Szenerie als sich die AL-Mitgliedervollversammlung im September diesen dreisten Wahlbetrug nicht einfach bieten lassen wollte und auf einer grundsätzlichen Ablehnung des Stromlieferungsvertrags bestand. Die AL-erInnen verpflichteten ihre Mandatsträger, „diese Entscheidung zur verbindlichen Grundlage ihres Handelns zu machen".

Nun ging vor allem bei der AL-Fraktion und im Umweltsenat der Eiertanz los. Angesichts des deutlichen Unwillens der SPD (Wahlversprechen hin oder her), den Stromvertrag überhaupt zur Debatte zu stellen, befürchten die AL-Funktionäre den Bruch der „aus übergeordneten Gesichtspunkten" notwendigen Koalition.

Neu in die Debatte geworfen wurde nun eine 110-KV-Leitung samt begleitender Maßnahmen zur Schadensbegrenzung für die Berliner Energiepolitik. Neue Rechtsgutachten sollten gleichzeitig die juristische Unumgänglichkeit mindestens einer kleinen Trasse stützen. Gleichzeitig wurde ein hausinternes Gutachten der Umweltverwaltung, das weitergehende Zweifel an der Gültigkeit des Stromtrassenvertrages schürte, zurückgehalten.

Mitte Dezember kam es trotz dieser Konfliktunterdrückungsstrategie zum Showdown mit der SPD. Getragen von seiner neuen Popularitätswoge als „König von Berlin", ging Momper aufs Ganze. Die SPD machte die komplette 380-KV-Leitung zur Koalitionsfrage und peitschte sie ohne wenn und aber durch. Die AL-Senatorinnen „nahmen zustimmend zur Kenntnis". Nicht einmal ein konkretes Maßnahmenbündel zur Begrenzung des energiepolitischen Schadens konnte die AL der SPD abringen. Trotzdem wurde die MVV zur Koalitionsfrage auf Februar, später auf Anfang März verlegt, in der Hoffnung, daß sich bis dahin die Gemüter beruhigt haben würden. Anfang März waren die AL-erInnen tatsächlich mit anderen Sorgen beschäftigt.



Stromtrassenkolonialismus

In der derzeitigen politischen Situation wird die Stromtrasse nach Westberlin zum Einstieg in die Kolonialisierung des Strommarktes der DDR. Sogar eine Abgrenzung der Einflußzonen zwischen den beiden Hauptkolonisatoren PREAG und Bayernwerke scheint schon stattgefunden zu haben. Die im Dezember bekanntgewordenen Atomkraftwerkspläne der beiden Atomstromer sehen vor, daß die PREAG im Norden der DDR mit Siemens-KWU-Reaktoren die Blöcke 3 und 4 in Stendal baut und daß die Bayernwerke offensichtlich eine Option auf zwei AKWs am Standort Schwarzer Kater (40 km von Leipzig) im Süden haben. Die 1.300-MW-Reaktoren, wie sie Siemens baut, tauchten sogar in offiziellen Konzepten für eine DDR-Energiepolitik der nächsten 20 Jahre auf. Bezahlt werden sollten diese Reaktoren ursprünglich durch Stromlieferungen aus den fertigen Reaktoren in die BRD. Angeblich planen die Bayernwerke auch zwei 380-KV-Leitungen in den Süden der DDR, mit denen noch einmal 3.200 MW Atomstrom(über)kapazität in die DDR transportiert werden könnte.

Auch der Berliner Senat spielt bei der Kolonisierung mit. Bei SPD und AL wird laut darüber nachgedacht, daß der über die Stromtrasse fließende Strom ja auch komplett der DDR zugute kommen könnte. Noch nicht einmal zwei Monate nach dem Showdown plädiert der geschäftsführende Landesvorsitzende der SPD, Lorenz, nun für eine erneute Überprüfung der Stromtrasse. Wenn die Trasse für ein großberliner Energiekonzept untauglich sei, so Lorenz, müsse eben eine andere Lösung gefunden werden. Die BEWAG schloß am 2. März einen Kooperations- und Optionsvertrag mit dem (noch) VEB-Energiekombinat in Ostberlin. Geplant ist, im Notfall westberliner Strom nach drüben fließen zu lassen.

Wiederbelebung der Atomindustrie?

Von innovativer Energiepolitik ist in der DDR also nicht mehr viel zu sehen. Dabei gäbe es durchaus Möglichkeiten, das nicht zu leugnende Energiefiasko der DDR produktiv zu nutzen. Lutz Mez hat im Februar in Berlin vorgerechnet, daß allein der Weggang der Übersiedler z.B. im vergangenen Dezember für die DDR die Kapazität von mehr als zwei Blöcken in Greifswald überflüssig gemacht hat. Wenn man die Grenzbeleuchtung abschalten würde, ergäbe das für die DDR noch einmal Einsparungen von 500 MW Leistung. Die DDR hat mit ihrem sehr hohen Energieverbrauch pro Kopf zudem erhebliche Einsparungspotentiale, die sich billiger und schneller als Kraftwerkszubauten realisieren lassen.

Statt dessen sieht es nun so aus, als werde die Kolonisierung der DDR zu einem Hindernis für den westdeutschen Sofortausstieg und sorgt für die Wiederbelebung des AKW-Baus. Skepsis, aber nicht Resignation, ist angesagt. Neue AKWs sind auch in der DDR nicht mal eben so gebaut.

Gefährlicher sind die Atomstromtrassen. Sie exportieren und stabilisieren den Atomstaat. Aber Stromtrassen sind auch allgegenwärtige und sichtbare Angriffsziele für die politische Auseinandersetzung mit dem Atomstaat. Da braucht es keinen Demonstrationstourismus. Über den Atomkolonialismus ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. *Hermann, Anti-Atom-Büro Berlin*

Wie weiter mit deutsch-deutsch?

Der deutsch-nationale Taumel, so erschrak der "Arbeiterkampf", hat nun auch die "atom" ereilt. Den Beweis blieb er schuldig; seine Feststellung ist aber immerhin Beweis für die Hektik und Rigidität, mit der innerhalb der Linken das Thema DDR und "Vereinigung" diskutiert wird.
Tatsächlich haben wir es in der atom-Redaktion bisher versäumt, über die Umbrüche in Osteuropa und das "Projekt Viertes Reich" eine gemeinsame, tiefergehende Diskussion zu führen. Geplant ist das für ein Wochenendseminar, das - mehrfach verschoben - nun im Mai stattfinden soll. Die Beiträge in diesem Schwerpunktteil zum Thema "Großdeutschland" sind also nicht als vereinheitlichte oder ausdiskutierte Stellungnahmen zu verstehen; es handelt sich um Einzelmeinungen. Aufs Ganze gesehen spiegeln sie wohl das wieder, was auch sonst in der Linken an Meinungen existiert; es besteht jedenfalls kein Anlaß, die Redaktion als Ganzes in irgendwelche Ecken zu rücken.
Was unter uns an Differenzen vorhanden ist, wurde bislang vor allem sichtbar in der Diskussion um den Aufruf der "Radikalen Linken" zu Demo "Nie wieder Deutschland". Dabei gab es keine Meinungsunterschiede über die Gefahren, die von einem Großdeutschland insbesondere für andere osteuropäische Staaten, aber auch für die hiesige linke und alternative Bewegung ausgehen.
Es gibt aber eine Minderheitenposition in der Göttinger Redaktion, die eine Ablehnung der "Wiedervereinigung" für unhistorisch hält; eher müsse mensch froh sein, daß diese "Vereinigung" mit einer militärischen Deeskaltion in Europa zusammenfällt und nicht Produkt oder Ursache einer Eskalation ist. Das prinzipielle "Recht auf staatliche Einheit" sei Deutschland jedenfalls nach 1948 von keiner einzigen relevanten politischen Kraft abgesprochen worden und müssen von den Gefahren eines imperialistischen Großdeutschland getrennt gesehen werden.
Eine andere Minderheitenposition (die sich in dem Bericht zur Braunschweiger Fühjahrskonferenz ausdrückt) lehnt zwar die "Vereinigung" prinzipiell ab, hält es aber für idealistisch noch auf eine Verhinderung dieser Pläne zu orientieren oder Aktionen wie die Frankfurter Demo dagegen zu organisieren. Die linke/Anti-AKW-Bewegung müsse in ihren strategischen Überlegungen vielmehr von der Realität eines Großdeutschland ausgehen.
Diese Position bildet den einen "Flügel" im redaktionellen Meinungssprektrum; es gibt dann eine Reihe von Differenzierung bis hin zum anderen Flügel, der den "Nie wieder Deutschland" - Aufruf ohne Wenn und Aber unterschreiben will.
Alter Tradition gemäß, wird in der Göttinger Redaktion der Demo-Aufruf nicht gegen das Minderheiten-Votum unterstützt.
Die Lüneburger Redaktion unterschreibt den Aufruf mit "einigen Bauchschmerzen", da die gesamten Aussagen des Aufrufs nicht geteilt werden. Ausschlaggebend für eine Unterstützung war die Problematisierung der Gefahren eines Großdeutschland in der Öffentlichkeit.
Wir drucken den Aufruf, da ihn alle für wichtig halten, innerhalb dieses Schwerpunktes ab. Dazu kommt ein Artikel, der - ausgehend von der Position des Aufrufs - die Pläne der Atommafia in bezug auf die DDR analysiert und Schlußfolgerungen für die linke und Anti-AKW-Bewegung zieht. Wolfgang Ehmke von der BI Lüchow-Dannenberg befaßt sich in einem weiteren Beitrag mit tatsächlichen oder vermeintlichen Wiedervereinigungs-Tendenzen in der Anti-AKW-Bewegung; zwei weitere redaktionelle Beiträge und ein Leserbrief gehen solchen Tendenzen bezüglich der letzten atom-Ausgabe auf die Spur.
Spät, aber nicht zu spät ist also die Debatte auch in der atom eröffnet. Hoffen wir, daß sie nicht selbstzerfleischend geführt wird wie in gewissen grün-alternativen Listen. Das Projekt "Großdeutschland", dessen Geburt wohl nicht mehr abzuwenden ist, dürfte mit einer zersplitterten linken/alternativen Bewegung jedenfalls noch unerträglicher und gefährlicher werden, als es ohnehin schon zu werden droht.

Anti-AKW-Bewegung und Viertes Reich

Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, unter der Bedingung der vollständigen Kapitulation der DDR und des bedingungslosen Anschlusses an die BRD, entsteht ein neuer großdeutscher Staat, der sich in der Rechtsnachfolge des deutschen Reiches sieht. Nach gescheiterten Dreien wird damit Anlauf genommen zu einem IV. Reich. Das wird ein atomares IV. Reich sein.

- **Entgegen allem Gerede von Ausstieg deutet immer mehr auf eine neue Renaissance der Atomwirtschaft. Nach der Einverleibung der DDR droht die Kolonisierung Osteuropas, auch atomar.**
- **Entgegen allem Gerede von einer Denuklearisierung deuten bereits jetzt Zeichen darauf hin, daß ein verstärktes nukleares Drängeln des neuen Großdeutschland zu befürchten ist. Dieses Deutschland macht sich schon heute, bevor es zusammengewachsen ist, unzeitgemäße Gedanken auf eine Atombewaffnung seines IV. Reiches.**
- **Die Akzeptanz für die Atomenergie, nach Tschernobyl auf dem Tiefpunkt, ist wieder im Steigen begriffen.**
- **Das Deutschland das heute zusammenwächst, wird kein Deutschland der sozialen Bewegungen sein. Eine neue Stärke der Anti-AKW-Bewegung ist nicht in Sicht. Auch nicht in der DDR. Im Gegenteil, den sozialen Bewegungen wird ein verschärfter nationalistischer Wind ins Gesicht wehen.**

Alles das macht es auch für die Anti-AKW-Bewegung bedeutsam, sich mit Wiedervereinigung, "Deutschland" und neuen deutschen Nationalismus auseinanderzusetzen und diesem Prozeß entgegenzutreten.

Renaissance der Atomwirtschaft?

Die Atomindustrie der BRD sieht mit der Wiedervereinigung erwartungsvoll einer blühenden Zukunft entgegen.
Im Verhältnis zu den zurückliegenden eher mageren Jahren, in denen sie weitgehend von dem leben mußte was sie hatte - Neuaufträge waren kaum zu verzeichnen - rechnet sie mit der DDR als neuen Markt, der ihr konkurrenzlos offen steht.
Die "atomwirtschaft" begrüßte ihre Leserschaft zum Jahresbeginn mit viel Zuversicht: "Ein neues Jahrzehnt beginnt...Es zeichnet sich ab, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie in den Ländern mit hohem technologischen Stand während der 90er Jahre eine Renaissance erfahren wird. Dieser Entwicklung wird sich auch die Bundesrepublik Deutschland nicht entziehen können. Die Redaktion der "atomwirtschaft" wünscht allen Lesern inmitten einer ereignisreichen Zeit zum Jahreswechsel Gesundheit, Glück und einen klaren Blick für richtige Entscheidungen."(atw, 1/90, S.1) Auch Claus Berke, Präsident des Atomforums, sah auf der letzten Wintertagung unter dem Thema "Kernenergie im Umfeld der 90er Jahre", weltweit eine "Trendwende" und einen "Stimmungsumschwung". Mit der Entwicklung in den osteuropäischen Staaten und insbesondere in der DDR kämen "neue Aufgaben auf die Kernenegiefachleute des Westens zu". Denn ohne "Einsatz der Kernenergie werden die Länder Osteuropas ihre immensen Umweltprobleme nicht in den Griff bekommen". Laufende Anlagen bedürften "dringend der sicherheitstechnischen Nachbesserung".(vgl. taz, 1.2.90)
Die Energiewirtschaft in der DDR befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Die BRD-Atomindustrie bietet sich als Retterin an. Was letztlich realisiert werden wird, ist bisher noch nicht gesichert auszumachen. Aber was im

Krieger 1. Reich

Gespräch ist reicht, um einen schaudern zu lassen.

- Im Gespräch ist der Bau von 4 neuen 1300-MW-Reaktoren vom Typ Biblis, der von der Preußen Elektra und den Bayernwerken angeboten wurde. Gebaut von Siemens/KWU und finanziert von den beiden EVUs, soll die Bezahlung über Stromlieferungen erfolgen, wobei die DDR 50 % des in den 4 AKWs erzeugten Stroms in das bundesrepublikanische Leitungsnetz einzuspeisen hätte.
- Von Riesenhuber wurde der HTR ins Gespräch gebracht. Auf einer Pressekonferenz mit dem DDR-Wissenschaftsminister Peter-Klaus Budig verwies er auf "Überlegungen, ob der in der Bundesrepublik entwickelte Hochtemperaturreaktor bei der Stromerzeugung in der DDR eine Rolle spielen könne."(taz, 26.1.90)
- Auch bei den bis zum Jahr 2000 geforderten Ersatz-AKWs für stillgelegte BRD-Altreaktoren wird scheinbar auf die DDR gesetzt. Bennigsen-Foerder nannte als Standorte Leipzig, Rostock und Dessau.
- Neue technische Sachzwänge dafür, daß die DDR auf alle Fälle neue Kraftwerke brauche, wurden auch schon gefunden. Ein Stromverbund von BRD und DDR stände vor der "technischen Schwierigkeit", daß "selbst nach Angleichung der Netzfrequenz zu große Schwankungen der Netzspannung bestehenblieben. Bei einer Zusammenschaltung bewegten sich gewaltige Ausgleichströme in den schwächeren Teil des Netzes. Die Strom-

versorgung bräche in Ost und West zusammen. Das ist so lange nicht zu ändern, wie die DDR nicht über ausreichende Reserven in der Kraftwerkskapazität verfügt."(Faz, 8.2.90)

* Weichenstellungen sollen bereits in der Ausbildung der DDR-Atomtechniker erfolgen. Wie der DDR-Wissenschaftsminister Klaus-Peter Budig mitteilte erwägt die DDR "ihre Atomtechniker in Zukunft im Kernforschungszentrum Karlsruhe ausbilden zu lassen."(FR, 26.1.90)

* Weiter im Gespräch sind Nachrüstungen der DDR-Reaktoren, mit denen diese an die Unsicherheitsmaßstäbe der BRD-AKWs angepaßt werden sollen. Für die vier Reaktoren in Greifswald werden dabei Summen von "bis zu 500 Millionen Mark-West" pro Meiler genannt.(Spiegel 4/90) Doch es geht nicht nur um Nachrüstungen für AKWs in der DDR.

Osteuropa: Hinterhof eines atomaren Großdeutschland.

Nach der Einverleibung der DDR steht mit den Plänen des BRD-Kapitals die Kolonisierung Osteuropas bevor. Töpfer ist seit Monaten in diesen Ländern unterwegs. Dabei sind auch die Interessen der Atomindustrie Teil des Programms. Anfang Februar vor seiner Moskau-Reise erklärte Töpfer: "Es geht nicht nur um vier Kernkraftwerke in der DDR, sondern um insgesamt 13 Kernkraftwerke dieser Art, die gegenwärtig in Bulgarien, der CSSR, der DDR und der UdSSR betrieben werden."(FR, 8.2.90) Erfahrungen für Nachrüstungen dieser Reaktoren vom Typ WWER wurden von Siemens/KWU bereits in Finnland gesammelt.

Nach Berichten aus Polen, die den Grünen Ende Januar zugingen, beabsichtigt Siemens/KWU sich durch die Lieferung westlicher Technik in Höhe von 180 Millionen US-Dollar an der Fertigstellung des Atomkraftwerkes Zarnowiec bei Danzig zu beteiligen. Lilo Wollny (MdB Die Grünen) erklärte: "Obwohl Polen mehrheitlich auf die Fertigstellung des Reaktors verzichten wollte, drängt Siemens mit entsprechenden Angeboten auf die Fertigstellung des Reaktors. Laut verhandeltem Vertrag vom 19.8.89 soll Polen die von Siemens investierte Summe durch Stromlieferungen zurückzahlen." Verschiedene Anhaltspunkte sprächen auch dafür, "daß Siemens bei diesem Geschäft Rückendeckung von der Bundesregierung erhält. In den Verhandlungen der Bundesregierung über Wirtschaftshilfen für Polen soll u.a. das Projekt Zarnowiec einbezogen gewesen sein." Damit würde die polnische Regierung unter Druck gesetzt, den Reaktor fertigzustellen, um in den Genuß bundesdeutscher Wirtschaftshilfe zu kommen.

Insgesamt zeichnet sich so ab, daß die bundesdeutsche Atomindustrie die wirtschaftlich und speziell energiewirtschaftlich problematische Situation der Länder Osteuropas auszunutzen versucht, um ihre eigenen ungenutzten Kapazitäten wieder in Schwung zu bringen und gleichzeitig diesen Ländern das westdeutsche Energieversorgungsmodell aufzuzwingen. Durch Verträge wie dem von Siemens/KWU mit Polen Abgeschlossenen - Reaktoren gegen Strom - werden diese Länder zur Energiekolonie eines neuen Großdeutschland degradiert.

Nukleares Drängeln

Die Umwälzungen in Osteuropa und die anlaufende totale Wiedervereinigung zu einem Deutschland haben das internationale Kräfteverhältnis unübersehbar verändert. Während der Warschauer Pakt zerbröckelt und selbst nicht ausgeschlossen ist, daß die UdSSR an ihren inneren Konflikten als Weltmacht zerbricht, konnte die NATO mit der Intervention ihrer Führungsmacht USA in Panama auf der anderen Seite demonstrativ vorführen, wer heute einzig der Weltpolizist ist, ohne daß das noch einen Aufschrei der Weltöffentlichkeit auslöste. Die militärisch-strategische Konstellation in

Krieger 2. Reich

Europa hat sich entscheidend verschoben. Noch ist nicht absehbar, was als Ergebnis am Ende dieses Prozesses stehen wird. Im sozialdemokratischen und im grünen Lager werden Hoffnungen auf eine neue "europäische Friedensordnung", auf eine Denuklearisierung oder sogar Entmilitarisierung Großdeutschlands, oder auf eine Bundesrepublik Deutschland ohne Armee, ja gar "eine europäische Welt ohne Rüstung und Militär" als "eine realistische Perspektive"(BoA-Aufruf, taz 8.3.90) geschürt. Dementgegen steht die reale Gefahr, daß am Ende dieses Prozesses eine neue atomare Supermacht Europa unter der Hegemonie eines Großdeutschland stehen wird. Diese Gefahr wird selbst in den realistischen Kreisen der Sozialdemokratie gesehen, wenn auch die daraus gezogene Orientierung in der Konsequenz eine ebenso unfriedliche ist, nämlich eine Stärkung der Integration der NATO zwischen USA und Europa unter Aufgabe und Neubestimmung der bisherigen Strategie der flexible response, die aufgrund der angenommenen konventionellen Überlegenheit der UdSSR immer in einem Einsatz von Atomwaffen gipfelte. Karsten Voigt als Vertreter dieses "atlantischen Flügels" in der SPD warnt vor einer auch von "linken" SozialdemokratInnen befürworteten "Konzeption einer von den USA und der UdSSR entkoppelten europäischen Verteidigungsunion". Diese würde, so Voigt, nur "das Streben nach einer militärischen Großmachtrolle der Europäer begünstigen: Die britischen und französischen Nuklearwaffen werden im Rahmen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft zum Kern einer künftigen europäischen Atomstreitmacht."(taz, 16.3.90)
Auf diese Forcierung der alten Pläne einer "Europäischen Verteidigungsunion", eingebaut in die NATO, setzt die Christdemokratie, wobei der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Lamers in einem Interview mit der taz dabei kürzlich die Betonung auf die Forderung legte, "Deutschland darf nicht diskriminiert werden" und mit drohendem Unterton hinzufügte: "Eine besondere Behandlung hätte eine besondere Entwicklung Deutschlands zur Folge." Jegliche Hintanstellung Deutschlands führe in der Konsequenz zu einem neuen deutschen Nationalismus. In dieser Hinsicht fühle er sich "mit Willy Brandt auf einer Linie."(vgl. taz, 13.3.90) In der Debatte des Bundestages vom 7. Dezember 1989 - einen Monat nach dem Fall der Mauer - hatte er bereits erklärt, in Anbetracht der europäischen Umbrüche werden sich die sowjetischen und die amerikanischen Streitkräfte ein Stück weit aus Europa zurückziehen und das hieße, die Europäer "müssen also mehr und auf Dauer sogar die entscheidende Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen." Das erfordere aber "die französischen und natürlich auch die britischen Nuklearwaffen müssen eine europäische Funktion erhalten" und "die Bundesrepublik Deutschland ... ihre Haltung vor allem zur Zukunft des nuklearen deutlicher machen als bisher." (Stenograf. Bericht d. BT-Sitzung v. 7.12.89, S.14021ff)
Klang hier die nukleare Ambition der BRD noch relativ dezent an, wurden die deutschen Ansprüche auf nukleare "Gleichberechtigung" wenige Tage später, zwei Tage nachdem die Ministerialbeamten beider deutscher Staaten mit denen der vier Siegermächte in Bonn zu ersten Beratungen im Rahmen der sogenannten "Vier-Plus-zwei-Verhandlungen" zusammentrafen, in der FAZ deutlicher, ja in bisher nicht für angemessen gehaltener Unverhohlenheit ausgesprochen. Unter der Überschrift "Deutschland - künftig ein politischer Riese?" thematisierte der renommierte sozialdemokratische Historiker Amulf Baring das heiße Eisen. "Weder Frankreich noch gar Großbritannien" hieß es da, "waren (und sind) bisher willens, ihr

Schicksal mit dem der Bundesrepublik militärisch - oder politisch - unauflöslich zu verbinden. Und selbst wenn sie ihre Einstellung änderten (worauf nichts hindeutet, im Gegenteil: ihre Neigung zur Abgrenzung wächst): wer kann glauben, daß den Westdeutschen der doch sehr begrenzte Kernwaffenschutz dieser beiden Länder das gleiche Sicherheitsgefühl vermitteln würde wie bis heute der große Atomschirm der Vereinigten Staaten? Es bleibt die Frage, was werden soll, wenn die Vereinigten Staaten künftig von sich aus ihre Schutzgarantie abschwächen sollten. Wie steht es dann mit einer eigenen, deutschen atomaren Abschreckung?"(FAZ,16.3.90) Einen Tag zuvor war eine bisher unveröffentlichte Studie des US-Generalstabs bekanntgeworden, aus der der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses des US-Repräsentantenhauses, Les Aspin, die Schlußfolgerung zog, daß "eine nukleare Abschreckung der USA in Europa überflüssig" sei, da "die veränderten militärischen und politischen Bedingungen in der Sowjetunion zusammen mit einem Vertrag über die konventionelle Abrüstung den alliierten Truppen eine rein konventionelle Verteidigung Europas ermöglichen werde."(taz, 15.3.90) Offen wie seit der Debatte um den Atomwaffensperrvertrag Ende der 60er Jahre nicht mehr warf Baring in der FAZ die Frage auf: "Wird es immer ein Fehler sein, nach deutschen Kernwaffen zu streben, oder werden heute umgekehrt Situationen denkbar, in denen wir sie haben müßten, auch im Interesse der europäischen Nachbarn und Partner? Das sind unzeitgemäße Gedanken. Aber morgen oder übermorgen könnte Deutschland ... "die militärischen Attribute" brauchen, um einem ökonomischen Einfluß politischen Nachdruck zu verleihen - nicht bedrohlich, sondern zur Stabilisierung eines demokratischen Europa."(FAZ, 16.3.90)

Das sind erste Anzeichen eines verstärkten nuklearen Drängelns. Noch zielen sie auf die diplomatische Bühne, konkret auf die Vier-plus-zwei-Verhandlungen, um hier keine Optionen verschließen zu lassen. Die Worte "morgen oder übermorgen" beinhalten aber auch hier eine zeitliche Drohung. Die Zeit läuft nicht in einem harmonischen Prozeß in Richtung Denuklearisierung, sondern heute geht es um Weichenstellungen für eine nukleare Supermacht Europa unter der Hegemonie eines Großdeutschland. Dem muß sich die Anti-AKW-Bewegung stellen. Die militärische Dimension des Atomprogramms ist nicht ad acta gelegt, sondern wird in Zukunft verstärkt neu thematisiert werden müssen.

Neue Akzeptanz für's Atomprogramm

Der Widerstand gegen all diese Entwicklungen und gegen das Atomprogramm insgesamt wird schwerer werden. Die Akzeptanz für die Atomenergie ist wieder im Steigen begriffen. Der aktuelle Werbefeldzug den die Atomwirtschaft in den westlichen Staaten angesichts der Gefahr einer drohenden Klimakatastrophe führt, zeigt Wirkung. Jüngstes Beispiel dafür ist der ehemalige Hamburger Wissenschaftssenator Meyer-Abich. Ausgerechnet auf dem "Ausstiegskongreß" zu dem die Kieler Universität und die schleswig-holsteinische Landesregierung Anfang März geladen hatten, verkündete der ehemalige Atomkritiker seinen Abschied von der Forderung nach einem Ausstieg aus der Atomenergie. Meyer-Abich: "Wir dürfen uns einer **national** eingegangenen und von uns gemeinsam zu verantwortenden Gefahr Atomenergie nicht dadurch entziehen, indem wir andere Länder einer anderen Gefahr, der Klimagefahr, aussetzen."(taz, 6.3.90) Einen "Sofortausstieg", den er "schon immer kritisch gesehen" habe, halte er jetzt "sogar für unverantwortlich". Was dann als "mittelfristiger" Ausstieg verkauft wird, ist für eine "Übergangszeit" nicht nur ein "Bestandsschutz für die Atomenergie", sondern ein wenn auch zaghaft geforderter Zubau! In einem Interview mit der tageszeitung konkretisierte Meyer-Abich was er für anstrebenswert hält: "Wir haben in der Klima-Enquete-Kommision über den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern beraten. Dort zeichnet sich folgendes Ergebnis ab: 13 Einheiten Kohle sollen ersetzt werden durch 10 Einheiten Einsparung, durch 2 Einheiten Sonnenenergie und 1 Einheit Atomenergie. Das ist ein Vorschlag, den ich in diesem Verhältnis bemerkenswert finde." (taz, 8.3.90)

Krieger 3. Reich

Der "Informationskreis Kernenergie" hat beim Allensbacher Institut für Demoskopie eine Umfrage in Auftrag gegeben, in dem die bisherigen Ergebnisse der Werbekampagne Atomenergie und Klimakatastrophe versucht werden demoskopisch abzuschätzen. Die Umfrage kommt zu dem Ergebnis, "daß im Rahmen der zur Zeit anhaltenden Diskussion um die Gefahr einer drohenden Klimaveränderung die Kernenergie immer positiver beurteilt wird. Waren im Jahre 1984 erst 37 % der Bundesbürger davon überzeugt, daß Kernkraftwerke umweltverträglicher sind als Kohlekraftwerke, so teilen heute 45 % diese Überzeugung."(atw 1/90, A10) Zu den weiteren Ergebnissen der Studie heißt es in der "atomwirtschaft" an gleicher Stelle: "Noch Anfang Februar 1988 unterstützten 43 % der Bundesbürger einen baldigen Ausstieg aus der Kernenergie. Bis Juli 1989 hat sich diese Einstellung spürbar geändert: Nur noch 34 % der Bevölkerung möchten der Kernenergie in der Bundesrepublik keine Zukunftschancen geben. Für eine Fortsetzung des Kernenergieeinsatzes in der Bundesrepublik sprechen sich heute 54 % der Befragten aus. Die Unterstützung für eine Ausstieg aus der Kernenergie ist bei den Anhängern **aller vier** Bundestagsparteien rückläufig."(atw 1/90, A 10) Ohne Frage muß diese Studie -eindeutig interessegeleitet im Sinne der Propaganda der Atomwirtschaft - mit Skepsis betrachtet werden. Auf der anderen Seite sollte die Tendenz einer wieder zunehmenden Akzeptanz für die Atomenergienutzung, wie sie in dieser Studie zum Ausdruck kommt, nicht vorschnell mit dem Argument reiner Propaganda der Atommafia, vom Tisch gewischt werden, wie das Beispiel Meyer-Abich zeigt. Auch der derzeitige Zustand der Anti-AKW-Bewegung gibt kein Anlaß zur Selbstberuhigung.

Eine Tendenz steigender Akzeptanz für die Atomenergie wird durch die Wiedervereinigung absehbar nochmals scharfen Aufwind bekommen, denn im Zuge dieses Prozesses wird die Problematik der DDR-Braunkohlekraftwerke zur gesamtdeutschen Problematik.

Den BürgerInnen der DDR werden die Atomreaktoren westlicher Bauart als die umweltfreundliche Alternative zu den dreckschleudernden Braunkohlekraftwerken angeboten. Hier gewinnt das alte eigentlich totgeglaubte Motto - saubere Luft durch Atomkraftwerke - angesichts der katastrophalen Zustände in den DDR-Braunkohlerevieren, neue Publizität. Eine jüngste Umfrage in der DDR "im Auftrag des Bundesumweltamtes in Berlin" kommt zu den Ergebnis: "45 Prozent, das sind weit mehr als in der Bundesrepublik, halten einen Ausbau der Atomstromversorgung für geeignet, um bessere Luft atmen zu können." (Faz, 17.3.90) Radioaktivität stinkt nicht, ist unsichtbar und erzeugt auch keine Atembeschwerden, wirkt ganz unbemerkt, krebserregend und tödlich im Normalbetrieb oft erst nach Jahren und das auch nur "im statistischen Mittel". Nichtrauchen erhöht die Chance auf der Seite deren zu stehen die durchkommen.

Diese platteste "Umweltpropaganda" fügt sich nahtlos in die Werbekampagne Atomenergie und Klimakatastrophe ein. Die Abschaltung und Ersetzung der DDR-Braunkohlekraftwerke wird dabei im Konsens von CDU bis SPD zur vorrangigen nationalen Umweltaufgabe erklärt werden, vor der alle anderen zurückzustehen haben. Atomkraftwerke werden zukünftig von der SPD wieder zum kleineren Übel erklärt, das Beispiel Meyer-Abich macht das deutlich.

Die "atomwirtschaft", die immer einen scharfen ideologischen Kurs gegen die sozialdemokratische Atompolitik gefahren hat, kommentiert den sich in der SPD vollziehenden Prozeß zum energiepolitischen Konsens wie folgt: Noch immer scheine zwar "im Vordergrund" die "starre ideologische Haltung" zu stehen. "Vielleicht sollte man trotzdem die Wendigkeit der Opposition nicht unterschätzen. Wie schnell gestern noch Unverrückbares heute oft bereits als niemals vorhanden gewesen hingestellt wird, kann man seit den atemberaubenden Umbrüchen im Osten täglich erleben." (atw, 2/90)

Nationalistischer Wind gegen die sozialen Bewegungen

In der BRD hat sich in der Frage der Wiedervereinigung in den letzten Monaten ein nationaler Konsens herausgebildet, der von den Republi-

kanern, Konservativen, Liberalen bis zu den Sozialdemokraten reicht, mit weichen Wiedervereinigern bei den Grünen im Schlepptau. In der DDR sind die BürgerInnenbewegungen in der gleichen Zeit von einer Welle nationalen Taumels an die Wand gedrückt worden. Die Wahlen werden von der Bundesregierung als eindeutiges Mandat für den aggressiven Kurs Kohls interpretiert werden, sei es in der Frage der polnischen Westgrenze oder der rücksichtslosen Annexion im Sinne des Kapitals.
Die BürgerInnenbewegungen, die schon zum Vorbild für die BRD-Bewegung avanciert waren, erhielten vom deutschen DDR-Spießer ganze 2,9 % zugestanden. Zusammen mit den Grünen und dem Unabhängigen Frauenverband gab es für die alte und neue Opposition ganze 4,9 %. Das ist bitter. Aber auch eine bittere Lehre, für alle diejenigen, die im Neid des Erfolges der Bewegungen in der DDR bis zum 9. November meinten, die Konzepte der "gewaltfreien Revolution" der DDR (mit deutlicher Polemik gegen die radikale und militante bundesdeutsche Linke) auf die BRD übertragen zu können.

Genauso falsch wäre es heute, die Konzepte der sozialen Bewegungen in der BRD den Bewegungen in der DDR anzupreisen und aufzudrücken. Beides ignoriert die realen Bedingungen und die sind in beiden Staaten immer noch Andere.

Das Verhältnis das die Anti-AKW-Bewegung der BRD zu der in der DDR aufzubauen hat, sollten wir nach wie vor als ein internationalistisches definieren, es sei denn wir definieren uns bereits als großdeutsch-alternativ. Aber selbst als internationalistisch sich solidarisch kritisierende und respektierende Bewegung wird die Anti-AKW-Bewegung dem neuen Raumgewinn der Atomindustrie mit der atomaren Modernisierung der DDR kaum ausreichenden Widerstand entgegensetzen können. Das wäre eine Illusion.

Die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung mußte selbst nach Tschernobyl zum Zeitpunkt des weitestgehenden Akzeptanzverlustes für die Atomenergienutzung in der Bevölkerung die Inbetriebnahme des AKW Brokdorf hinnehmen. Die damals noch einmal erreichbare Massenmobilisierung war beim Hanauer Atomskandal zwei Jahre später schon nicht mehr wiederholbar. Ein Kristallisationspunkt des Protestes blieb noch die WAA in Wackersdorf. Aber auch hier bröckelte der Widerstand schon vor der Einstellung des Projektes ab.

Eine Anti-AKW-Bewegung in der DDR ist quasi erst in der Entstehung begriffen. Das wurde bei verschiedenen Treffen, Gesprächen und öffentlichen Veranstaltungen mit Anti-Atom-AktivistInnen aus der DDR, wo diese über die politischen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit und über ihre konkreten Handlungsansätze und Perspektiven berichteten, deutlich. Die Eindrükke, die sich auf den Gedelitz-Treffen vermittelten, waren die einer großen "Heterogenität der Bewegung in der DDR." "Sowohl in Bezug auf das Bewußtsein um die Atomenergieproblematik, als auch in Bezug auf Strukturen und Konzeptionen", so die Einschätzung in der letzten "atom", befände sich die Anti-AKW-Szene in der DDR "in einer Phase, in der allgemeine konsensfähige Standpunkte erst noch entwickelt werden müssen."(atom Nr.29, 7)

Krieger 4. Reich

Neuen Schwung für die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung aus der DDR zu erwarten, bleibt auch nach der ersten Anti-AKW-Demo in der DDR in Stendal eine Illusion. Nach Schätzungen kamen auf dieser Demo zwischen 75 und 90 % der TeilnehmerInnen aus der BRD. Eine radikale linke Anti-AKW-Bewegung sieht bitteren Zeiten entgegen. Ein deutscher Nationalismus war immer verbunden mit einem auf verschärfte Repression und Ausgrenzung setzenden autoritären Staat. Mit einem drohenden neuen deutschen Nationalismus werden die Spielräume für alternative gesellschaftliche Bewegungen enger werden. Die Isolation der Opposition und der Druck zur nationalen Anpassung, feierte in der DDR-Wahl seinen ersten Erfolg. Eine radikale Anti-AKW-Bewegung, die weiterhin zumindest Sand im Getriebe sein will, wird sich diesem Druck zur nationalen Anpassung entgegenstellen müssen, oder zerrieben werden.

Ich meine deshalb, daß wir uns nicht auf den reinen Kampf gegen Atomanlagen und Brennstoffzyklus, gegen Transporte und Energiepolitik zurückziehen dürfen. Es muß sich heute auch zu den mit der Wiedervereinigung auf die Tagesordnung gesetzten grundsätzlichen Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse verhalten werden. Die Tragweite dieser Prozesse erfordern eine radikale Opposition und das heißt: Wir haben das politische Mandat nicht nur ein klares Nein zur Atomenergie, sondern auch ein klares Nein zur Wiedervereinigung auszusprechen. Auch wenn die Verhältnisse gegen uns sind, kann uns niemand nehmen, weiterhin für die Zweistaatlichkeit, gegen den deutschen Nationalismus und gegen ein IV. Reich aufzutreten.

r. karsten

Was fehlt?
Der "aufrechte Gang" gegen die WIEDERvereinigung

Vorweg: Es gibt auch in der "atom"-Redaktion ganz erhebliche Differenzen, ob und wie wir uns zur Wiedervereinigung (WV) verhalten sollen - eine gemeinsame Diskussion hierüber hat bisher noch nicht stattfinden können. Der folgende Text ist ein individueller Diskussionsbeitrag, ausgehend von der Überzeugung, daß in jedem Land der Kampf um gesellschaftliche und individuelle Befreiung die nationalen Spezifika zu berücksichtigen hat. In den USA etwa wird eine allgemeine Emanzipation ohne die vollständige Beseitigung des dort in allen weißen Klassen vorhandenen "Nigger"-Rassismus ganz ausgeschlossen sein. Das spezifische Problem der Deutschen ist die Katastrophe des Holocoust und die Tatsache, daß unsere Gegenwart mit jener Vergangenheit durch 1000 Fäden verbunden ist. Das Agieren der westdeutschen Linken wird deshalb international und auch im historischen Rückblick ganz entscheidend daran gemessen werden, wie wir den Faschismus analysiert und aufgearbeitet und welche Schlußfolgerungen wir aus ihm gezogen haben. Alles, was heute zu "Deutschland" gesagt und getan wird ist aber ganz zwangsläufig mit einer bestimmten Interpretation des NS-Imperialismus verknüpft. Gerade deshalb bedeutet die Neukonstituierung des Deutschen Reichs für uns Linke der politische GAU, gerade deshalb halte ich den Widerstand hiergegen für momentan wichtiger als a l l e s andere. Auf welche Art von Großdeutschland wir uns künftig einzustellen haben, ist schon jetzt an der Methoden abzulesen, mit denen die DDR-Annektion, die Polenfrage und das Reperationsproblem behandelt wird. Angst und Bange wird mir bei der Vorstellung, daß sich der grüne Trend der Mitmachens auch in den sozialen und linken Bewegung weiter so fortsetzen könnte, wie bisher.

Beispiel Friedensbewegung: Niemals zuvor hatte die BRD in den 40 Jahren ihrer Existenz auf eigene Faust mehr Destabilisierung provoziert, mehr alte und neue Ängst wachgerüttelt, als in den letzten Monaten. Doch die Friedensszene schweigt. Anfang März organisierte sie in Hannover eine Konferenz unter dem Motto "Aufgaben der Friedensbewegungen in beiden deutschen Staaten": Die BRD-Expansion in Richtung Osten war a priori selbst als Debattenpunkt auf dem Konferenzprogramm verbannt. Was haben wir geglotzt, als seinerzeit die Flotte der britischen Königin im nationalen Taumel die Falklands "befreiten" und von der mächtigen britischen Anti-Atomwaffenbewegung nicht einmal Spurenelemente von Protests zu vernehmen waren. Heute haben wir dieselbe Katastrophe im eigenen Land, trotz 1914 und 1933ff.

Nicht Ja und nicht Nein sondern lieber gar nichts zu Großdeutschland sagen: diesem Motto folgt ebenfalls der "Eurotopia"- Aufruf der BI-Lüchow-Dannenberg zur Durchführung eines wendländischen Ost-West-Camps. (siehe letzte atom, S.8) Anstatt die WV-Politik auch nur zu erwähnen flüchtet man in die Utopie: *"Gibt es ein Gegenmodel von dem sogenannten Europäischen Haus, in dem wir uns alle wiederfinden? Wir wollen mit vielen Menschen aus West- und Osteuropa unsere Gedanken austauschen, uns an der Vision eins "Eurotopia" versuchen.*

Die Geschichte zwingt uns zu neuen Ansätzen, zur Entdeckungsreise nach Gemeinsamkeiten und zur Überwindung der Grenzen in unseren Köpfen." (aus: BI-Aufruf) Daß das ganze *"zwischen Himmelfahrt und Pfingsten"* stattfinden soll, ist irgendwie passend.

Was ist der Grund für das beredete Schweigen zum Thema Wiedervereinigung? Sind wir alle plötzlich mit dem großdeutschen Virus geimpft? Träumt die alte und neue, die 68'er Linke urplötzlich von einer Wiedergeburt der alten Reichshauptstadt an der Spree? Wohl kaum. Die oben genannten Beispiele sind wohl eher symptomatisch für die Schwierigkeiten der sozialen Bewegungen und der linken und linksradikalen BRD-Szene, auf den politischen Orkan, der über uns abgeht, einigermaßen adäquat zu reagieren, bzw. sich überhaupt erst einmal zu berappeln und einen von der imperialistischen Medienmaschinerie unabhängigen Standpunkt zu beziehen. Ich bin davon überzeugt, daß alleine in Hamburg mindestens 20.000 Menschen mit klammheimlich geballter Faust durch die Gegend düsen, weil sie Großdeutschland als Perspektive einfach zum Kotzen finden. Nicht unbedingt aus den eingangs von mir genannten Gründen. Sondern weil sie mit "Deutschland", zumal Großdeutschland schlichtweg nichts Positives verbinden. Oder weil sie Antiimperialisten sind, und deshalb eine Machtausweitung des BRD-Imperialismus schon aus Prinzip ablehnen. Nur: Warum kommt die Faust nicht aus der Tasche? Offenkundig reicht derzeit das Bekenntnis, gegen Großdeutschland zu sein, nicht aus, um Mobilisierungen zu erreichen. Ich meine deshalb, daß wir uns die aktuelle Schwierigkeit eines aufrechten Gangs gegen die WV eingestehen und die Ursachen hierfür erfassen müssen.

1. "Der Zug ist doch längst abgefahren!"

Es ist momentan keine politische Kraft erkennbar, die die Wiedervereinigung noch aufhalten könnte. Viele, die ursprünglich überhaupt keine WV wollten, haben deshalb von heute auf morgen ihren Standpunkt über Bord geworfen, um sich für das kleinere Übel zu engagieren: Wenn schon Wiedervereinigung, dann eine, bei der wir mitbestimmen! Man votiert für Bonn statt Berlin und kämpft um einen Anschluß unter der Nr.146. Dieses Verhaltensmuster zeugt von der Dominanz des sozialdemokratischen Politikverständnisses. Wer progressive Veränderungen will, wird realpolitisch hiermit keinen Blumentopf gewinnen können. Denn:

- Diejenigen, die uns tagtäglich das Bild vom dahinrasenden Zug einhämmern, unterschlagen mit Bedacht, daß jeder Zug von menschlicher Hand gelenkt, beschleunigt oder gestoppt wird. Wer glaubt, nur noch auf fahrende Züge aufspringen zu können, anstatt an den Weichen zu fummeln oder Blockaden zu errichten, ist mitverantwortlich, wenn die Reise eines Tages im Abgrund endet.

- Immer deutlicher entlarvt sich das Gerede zu Großdeutschland per Sturzgeburt zu kommen, als eine von Größenwahn und politischem Kalkül gespeiste Fiktion. Der Zeitpunkt wird inzwischen selbst von Bonn immer mehr nach hinten geschoben, zahlreiche ungelöste Widersprüche, etwa in der NATO-Frage, sind inzwischen offenkundig. Um so unsinniger wäre es, auch weiterhin die das Karnickel auf die Schlange starren, und, ohne es je versucht zu haben, so zu tun, als könnten wir auf die Entwicklung überhaupt keinen Einfluß mehr nehmen.

- Die einzig richtige und "realpolitisch" bewährte Antwort auf jene lähmende Logik des Sachzwangs liegt in der Losung: "Seid realistische - fordert das Unmögliche". Wenn wir in der Ver-

gangenheit den Herrschenden Zugeständnisse abgenötigt haben, dann nicht durch Anpassung, sondern durch Gegenpolarisierung. Sand ins Getriebe der herrschenden Politik streuen zu wollen, mag heute als antiquiert gelten. Sich lang zu machen, um die Gangschaltung zu berühren, gilt demgegenüber als zeitgemäß. Schlimm wird es jedoch, wenn die Aufgabe jeder eigenständigen Politik unter dem Etikettenschwindel "Realpolitik" firmiert. Das gilt für den Widerstand gegen Großdeutschland nicht minder wie für den Widerstand gegen AKWs. Und dennoch gibt's da noch einen Unterschied: Das eine will das Volk, das andere will es nicht.

2. "Die Menschen wollen das doch!"

Das für die Lähmung der BRD-Linken vielleicht wirkungsvollste, zugleich aber dümmste Sachzwang-Argument besteht in dem Verweis, daß die Mehrheit des DDR-Bevölkerung die Wiedervereinigung will.

Darf mensch sich als Linker gegen das "Volk", zumal gegen das der DDR stellen und den Deutschen ein Recht auf "nationale Selbstbestimmung" absprechen? Aber immer! Es ist doch grundsätzlich schon eine schlimme Zeitgeist-Marotte, wenn das "Volk" idealisiert und die Interessengegensätze innerhalb desselben ignoriert werden. (Zur Erinnerung: 1975 wurde der Bauplatz in Wyhl besetzt, nachdem sich per Bürgerentscheid die Mehrheit f ü r das AKW ausgesprochen hatte.) Überhaupt kein Vertrauen verdient, speziell in "nationalen" Fragen freilich das Volk der Deutschen, das sich als Mitverursacher und Mittäter am Holocoust bis heute überwiegend weigert, hierüber auch nur zu trauern. Vermutlich ist die Realität der deutschen Verbrechen nirgendwo in Europa ist so gründlich verdrängt wie in der Bevölkerung beider deutscher Staaten. Angesichts jener Vergangenheit erscheint es geradezu absurd, sich mit dem Argument selbstberuhigen zu wollen, daß nicht nur der Imperialismus, sondern vielfach auch die "Massen" auf Großdeutschland abfahren. Dies macht die Sache nicht besser sondern schlimmer und den Widerstand der Andersdenkenden nur noch notwendiger. Wie viel bzw. wie wenig darüberhinaus die Wiedervereinigung mit "Selbstbestimmung" zu tun hat, ist in den letzten Monaten mehr als deutlich geworden. Ein "nationales Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" anzuerkennen, hieße, eine zentrale Kampfparole des BRD-Imperialismus zu übernehmen und gegen seine früheren und künftigen Opfer in Anschlag zu bringen. In bestimmten Fragen: Großdeutschland, deutsche Atomwaffen etc.pp. muß uns die Meinung der ehemaligen NAZI-Gegner auch heute noch wichtiger sein, als die der Deutschen.

3. Der Imperialismus als Naturgesetz

Aus vollkommen durchsichtigen Gründen versuchte die Bundesregierung von Anfang an den Eindruck zu erwecken, eigentlich nur mehr oder weniger gezwungenermaßen auf Entwicklungen in der DDR zu reagieren. Es geht mir nicht darum, den Anteil der RgW- und DDR-Krise an der momentanen Entwicklung zu 'erleugnen. Darüber reden alle. Total unterbelichtet ist jedoch das reale Ausmaß des bundesdeutschen Anteils an der "Fluchtbewegung" von Ende 1989, an der allgemeinen DDR-Destabilisierung und an der Schürung von WV-Forderungen in der DDR.[note] Am 9.11. wurde die Mauer geöffnet, in Bonn sang der Bundestag das Deutschlandlied. Am 10.11. forderte Kohl vor dem Schöneberger Rathaus die WV. Am 11.11. hieß es im Leitkommentar der BILD: " *'Wir sind das Volk'*, rufen sie heute. *'Wir sind ein Volk', rufen sie morgen.*" Zwei Wochen später wurde die Parole erstmals von der Leipziger Montagsdemonstration gemeldet, drei Wochen später wurde sie dort massiv vorgetragen. Wir müssen davon

ausgehen, daß bisher überhaupt nur die Spitze des Eisberg in Sachen BRD-Einmischung bekannt ist: Seit 40 Jahren ist die DDR immerhin der Haupttummelplatz der bundesdeutscher Geheimdienste. Der Widerspruch ist jedenfalls frappant: Auf der einen Seite tun die Machthaber so, als sei die Zweitstaatlichkeit etwas Unnatürliches und die Wiedervereinigung das Natürlichste von der Welt. Nicht zufällig verwendet der unerhört erfolgreiche Brandt-Slogen, wonach zusammenwächst, was zusammengehört, eine Metapher aus der Natur. Von Anbeginn sollte der Widerstand dagegen als "unnatürliche" Verücktheit abgestempelt und marginalisiert werden. Auf der anderen Seite ist überhaupt nicht zu übersehen, daß der BRD-Imperialismus absolut nichts "seinem natürlichen Verlauf" oder gar dem Zufall zu überlassen gedenkt, sondern die Annektion generalstabmäßig und mit geradezu brutaler Perfektion vollzieht. Dabei demonstriert schon die Machart der WV, was für eine Art Großmacht da aus dem Schatten Hitlers heraus und auf uns losmarschiert. Großdeutschland wird uns mit der Notwendigkeit konfrontieren, noch ganz anders als bisher gegen den eigenen Imperialismus Widerstand leisten zu müssen. Zumal sich jener Imperialismus "danach" als vollständig rehabilitiert und damit in neuem Stile intervention sbereit fühlen wird. Ich bin davon überzeugt, daß gegen diese Politik sich nicht wappnen kann, wer den heutigen WV-Prozess als "Sachzwang" akzeptiert. Scheinbar ist es heute unrealistisch, gegen die WV noch zu kämpfen zu wollen. Tatsächlich unrealistische ist es jedoch, zu glauben, wir könnten den besonderen Problemen Großdeutschlands jemals die Stim bieten, wenn wir bereits in seiner Entstehnungsphase die Sachen einpacken.

In Bonn jedenfalls sind Profis am Werk. Bisher hat ihr Kurs und haben ihre Metaphern vom Zug, von der Natur etc. entscheidend dazu beigetragen, daß im Widerstandspotential gegen Großdeutschland Lethargie und Fatalismus grassieren. Eine Agitation gegen WV, die auch die Schwankenden erreichen will, muß m.E. die Probleme der Anti-WV-Mobilisierung thematisieren und gezielt entmystifizieren. Andernfalls besteht die Gefahr, daß nur die Kombination von gutem Wetter und schlechtem Gewissen Menschen nach Frankfurt mobilisiert. Das Ziel der Demo und des sich anschließenden Kongresses der Radikalen Linken sollte demgegenüber darin bestehen, die Trendwende herbeizuführen und die Vereinzelung und Sprachlosigkeit in der Linken aufzubrechen.
Wo die real existierende Anti-AKW-Bewegung hierbei ihren Platz sehen wird, ist noch offen. Die eine Option wurde im jüngsten Reader der Braunschweiger Frühjahrskonferenz so auf den Punkt gebracht: "*Egal, ob zwei deutsche Staaten, eine Konförderation oder eine Vereinigung: Radioaktivität bleibt Radioaktivität und Atommüll bleibt gefährlich.*" Egal, ob mit oder ohne Brett vor dem Kopf: Wir bleiben eine Ein-Punkte-Bewegung! Die andere Möglichkeit bestünde darin, nach Frankfurt nicht nur aus Gründen des Anti-AKW-Kampfes zu mobilisieren. Warum sollte es in Frankfurt unter diesem Vorzeichen nicht sogar einen Block der Anti-AKW-Bewegung geben können?

Matthias, 29.3.90

Viertes Reich?

Im Vorfeld der Doppeldemos in Gorleben und Stendal im Februar und März gab es vereinzelt Kritik und warnende Stimmen. Befürchtet wurde, daß die Anti-Atom-Bewegung nun auch noch auf deutsch-deutsch abfährt. Ein Trauma, fürwahr: schwarz-rot-goldene Fahnen auf einer Anti-AKW-Demo. Wir haben aber deutlich gemacht, daß wir uns von dem deutschnationalen Taumel distanzieren. Weder in der Vorbereitung noch im nachhinein haben Wiedervereinigung und/oder nationale Töne eine Rolle gespielt. Unsere Zusammenarbeit mit Initiativen auf seiten der DDR bestimmt sich von der Sache her. Zieht mensch einen Kreis um Gorleben herum, so liegt 75% des Territoriums im Umkreis von 50 km auf DDR-Gebiet. Wir haben Kontakt zu den Basisinitiativen und ökologischen Arbeitsgruppen des Neuen Forum gesucht. Schon seit längerem hatten einige wenige von uns Kontakt zu AKW-GegnerInnen im Raum Stendal. Vor Öffnung der Grenze war es nicht unproblematisch, Infomaterial und Broschüren durch die Kontrollen zu schmuggeln. Von daher gab und gibt es für uns zwei Aufgaben:

- die Gorleben-Problematik im grenznahen Bereich bekannt zu machen
- die atomkritische Diskussion in der DDR mit anschieben zu helfen.

Von welchem Grundverständnis ich dabei ausgehe beim Anschiebenhelfen ist sicher diskussionswürdig, ich will es knapp skizzieren und hoffe auf Reaktionen und Stellungnahmen. Auf der Gorleben-Demo am 3.2. sagte ich, unsere Zusammenarbeit mit Gruppen aus der DDR solle "keine miese Kopie des deutsch-nationalen Taumels" sein, der von so vielen Leuten derzeit Besitz ergriffen hat. Die nukleare Bedrohung kennt keine nationalstaatlichen Grenzen, der globalen Bedrohung können wir allerdings nur lokal, wenn auch bisweilen wie in diesem Fall grenzüberschreitend entgegentreten. Dort, wo es nationalistische Zwischentöne gab, und es gab nach meiner Kenntnis nur ein Beispiel, haben wir darüber gestritten und es korrigiert. So hatte die konservative, atomkritische UWG (Unabhängige Wählergemeinschaft Lüchow-Dannenberg) ein Transparent zur PKA-Platzbesetzung gemalt mit dem Titel "Mitbestimmungsrecht für alle Deutschen". Gemeint war, daß im PKA-Erörterungsverfahren die DDR-BürgerInnen ausgeschlossen waren. Wir haben dann die "Deutschen" gestrichen und durch "Menschen" ersetzt. Es ist möglich, daß derartige Ausrutscher immer wieder passieren, aber es ist meines Erachtens eher die seltene Ausnahme.

Es reicht allerdings nicht - und dieser Aspekt ist mir wichtiger - nur von der Betroffenheit her zu argumentieren, denn die atomare Bedrohung ist kein Abstraktum. Das "4.Reich" allerdings mit abstrakter Phraseologie "(Nie wieder Deutschland") bekämpfen zu wollen, wird nichts bringen. Dabei haben wir ausgezeichnete Möglichkeiten, konkret und überzeugend darzustellen, welche miesen Folgen der kalte Anschluß der DDR an die BRD hat - das läßt sich an den eigenen politischen Ideen und Vorstellungen messen. Und das vermisse ich in den gegenwärtigen Debatten, daß die Ablehnung des "4. Reiches" nur selten ausgehend von unseren Zielen und Vorstellungen in der Anti-AKW-Bewegung heraus abgeleitet wird. Wir selbst haben keine einheitliche Ideologie, und die Argumentation nach außen ist auch immer eine Argumentation nach innen: ich kann nicht erkennen, daß unter Standortini's, Energiewendegruppen, Frauen nach Tschernobyl, radikalen AKW-GegnerInnen aus den Städten um diese Fragen gestritten wird mit dem Ziel, trotz Vielfalt der Anschauungen in diesem Punkt auf einen Nenner zu kommen. Dazu ein paar Gedankensplitter.

Punkt 1: die katastrophalen Folgen des Braunkohleabbaus und der Verbrennung will die westdeutsche Atomindustrie nutzen, um AKWs, die hierzulande politisch nicht durchsetzbar sind, in der DDR zu bauen. Hier bekämpft, dort beklatscht, so hätten sie es gern. Aber welche Gegenstrategie haben wir? Die Doppel-Demos können nicht alles gewesen sein. Der Einstieg von Siemens/KWU und Cie in den Energiemarkt DDR würde uns enorm zurückwerfen. Wackersdorf ist gestoppt, Hamm auch, Kalkar noch nicht richtig beerdigt, Würgassen und Stade stehen auf der Strichliste... dafür wird dann Stendal und der KKW-Komplex bei Leipzig gebaut?!

Punkt 2: Die politisch noch offene Situation in der DDR bis hin zum Anschluß an die BRD bietet die Chance, Vorstellungen in Richtung Kommunalisierung der Stromwirtschaft, Kraft-Wärme-Koppelung, Steigerung der Energieeffizienz zu verwirklichen. Der Konflikt ist vorgezeichnet: die Stromkonzerne werden alles daran setzen, das Modell der Gebietsmonopole auch auf die DDR zu übertragen. Von wegen Marktwirtschaft! Gerade hier haben wir Aufgaben: das naive Bild von der sozialen, ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft zu destruieren, fällt angesichts der Geschäftsgebahren der monopolistischen Energiekonzerne nun wirklich leicht. Die Energiewendegruppen, die bei uns für die Rekommunalisierung der Stromversorgung kämpfen, haben Material in Hülle und Fülle, wie es anders ginge (kleine Vision), warum dagegen das Nazigesetz aus dem Jahre 1935 ("Energieförderungsgesetz") bis heute die Grundlage der Strompolitik ist, wie verbrecherisch die Energiewirtschaft im 3.Reich die faschistische Großmachtpolitik unterstützt hat, welch historische Kontinuität bis hin zur Förderung(!) der Atomwirtschaft es in der BRD gibt. Diese Debatte sollten wir führen, nicht unter uns, sonder mit den Initiativen in der DDR. Im Rahmen des Ost-West-Camps zwischen Himmelfahrt und Pfingsten im Wendland werden wir diese Debatte führen, aber das reicht vorne und hinten nicht.

Punkt 3: Fast unbeachtet vollzieht sich der Anschluß der DDR an die BRD konkret. Ich meine die Stromtrasse und den Bau des Hochspannungskurzkupplungswerks in Wolmirstedt bei Magdeburg. Wie sagte so treffend einer der kapitalistischen Großväter der Stromkartelle, Oskar v. Miller: "Hochspannungsleitungen sind die neuen Heerstraßen der Elektrizität". Was 1918 galt, gilt heute immer noch. Die AL Berlin hätte Möglichkeiten gehabt, die Trasse zur Nagelprobe der Koalition zu machen. Der Bestand des SPD/AL-Senats galt mehr. Überkapazitäten des Atomstroms werden also in die DDR geliefert werden können. Auch hier wäre ein Hebel, den Stromkonzernen und ihrer Politik, sich den Energiemarkt der DDR einzuverleiben, etwas entgegenzusetzen.

Wir haben also allen Grund, uns der Vereinigung von DDR und BRD zu widersetzen. Nach den DDR Volkskammerwahlen stehen die Zeichen natürlich auf Unterwerfung der DDR unter das Diktat des westdeutschen Kapitals. Die verbleibenden Chancen müssen wir dennoch nutzen. "We move in small circles", das aber macht nichts. Auch in der DDR gibt es kleine Zirkel wie die Basisgruppen des Neuen Forum und das Bündnis von Unabhängigem Frauenverband und Grünen, mit denen wir viel intensiver Erfahrungen austauschen müssen. Wir können viel von den FreundInnen aus der DDR lernen, die viel dichter dran sind/waren an der Formulierung einer gesellschaftlichen Utopie. Zu der gehört auch die Erarbeitung von Modellen der Energieversorgung. Gerade die doppelte Sackgasse Braunkohle bzw. Atomenergie zwingt zu derartigen (utopischen) Entwürfen, während wir uns in der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung lässig auf "Abschalten sofort" zurückziehen konnten, angesichts der Überkapazitäten hier. Ganz schön systemimmanent! Denn die Gebietsmonopole sind damit überhaupt nicht tangiert. Das ist unser Dilemma.

Wolfgang Ehmke

Leserbrief:

Wiedervereinigung und nationale Gefühle - auch die atom dabei!?

Liebe Leute von der atom-Redaktion,

Was ist bloß in Euch gefahren?
Mit großem Erstaunen habe ich die letzte Ausgabe der atom (Nr. 29, Februar/März) gelesen und dachte die spinnen; die atom jetzt auch. Seit Wochen und Monaten erleben wir in der bundesdeutschen Medienlandschaft ein massives Trommeln für die Wiedervereinigung und für nationale Gefühle. Und was macht die atom in dieser Situation? Sie schwimmt mit auf dieser nationalen Welle!
Da wird auf der Titelseite das vereinte Atom-Deutschland gezeigt, um auf der Rückseite gleich die dazu passende reaktionäre Parole: "Wir sind ein Volk in Ost und West und wehren uns gegen die Pest", abzulichten.
Völlig kritiklos wird dies im Innenteil fortgesetzt. Dort ist u.a. die Rede von den "beiden Teilen Deutschlands" oder aber in einem anderen Artikel wird der "Zusammenschluß" der beiden deutschen Anti-AKW-Bewegungen in die Diskussion gebracht. Freudig wird festgestellt: "Die Zeiten sind vorbei in denen die Menschen der jeweils anderen Seite des Stacheldrantes nicht mitreden durften." Ganz im Sinne der Wiedervereinigung von unten, wie wir es vielerorts heute von Bürger-, Sport-, Wander-, Segel-, oder Kneipenvereinen erleben. Aber eben Wiedervereinigung - alternativ.
Kein Wort über die Gefahren eines Großdeutschland. Kein Wort darüber, daß Töpfer den "westdeutschen Sicherheitsstandard" in die DDR bringen will. Getreu dem Motto: "An den bundesdeutschen Sicherheitsstandards soll der Osten genesen".
Kein Wort von der Gefahr, daß nach der Wiedervereinigung der Anspruch auf eigene Deutsche Atomwaffen aggressiver vorgetragen wird. All dies wird von Euch in der atom 29 nicht behandelt. Als Leser bekommt man den Eindruck, die Redaktion stehe hinter den Aussagen der einzelnen Artikel. Bisher kannte ich die atom als eine Zeitschrift der Linken, die sich gegen jede Art der Anpassung zur Wehr setzte und sich kritisch bis ablehnend mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzte. Meiner Meinung nach sollte diese "Tradition" von Euch beibehalten werden und nicht ins falsche Fahrwasser abgleiten.

Holger,
Hamburger Arbeitskreis Atomwaffenverzicht

Kettenreaktion zur letzten atom

Anmerkung der Redaktion:

Die unterschiedlichen Positionen innerhalb der atom Redaktion sind in der Einleitung zu diesem Themenkomplex dargestellt. Unbesehen der Widersprüche ist das in dem Leserbrief "Die Zeiten sind vorbei..." und dem AK-Artikel vom 5.3.90 herausgegriffene Zitat ein Beispiel der Verkennung bisheriger Tatsachen im Wendland-Widerstand. Nicht ohne Hintergedanken wurden die Grundsteine solcher Anlagen (wie z.B. das Endlager, die PKA, und auch die WAA bei Wackersdorf), die ein großes gesellschaftliches und politisches Konfliktpotential mit sich bringen, an die Ostgrenze der BRD gelegt.
Die Hauptbetroffenen der Atomanlagen bei Gorleben leben nämlich zu 70 % in der DDR in den Städten wie Salzwedel, Schwerin etc. . Bisher hatten sie keine Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren. Noch schlimmer: Atomenergie war ein absolutes politisches Tabu in der DDR. Seit den alles verändernden Ereignissen in der DDR können sie darüber informieren, gegen die Anlage demonstrieren und dagegenklagen. Das tun sie auch!
Was hatte es mit Neo-Nationalismus zu tun, wenn wir uns empörten, daß Leute aus Österreich nicht an Demos und Aktionen gegen die WAA in Wackersdorf teilnehmen dürften, weil sie an der Grenze von den Bullen festgehalten wurden. Dasselbe galt für Niederländer, die gegen Kalkar oder Westdeutsche, die gegen Cattenom demonstrieren wollten. Es gibt sogar Konferenzen und andere Zusammenschlüsse, die grenzübergreifend sind, z.B. EUREGIO oder im Dreyecksland im Widerstand gegen das AKW Wyhl, das AKW Fessenheim in Frankreich und Atomanlagen in der Schweiz.
Selbstverständlich kommt auch eine Frau Dr. Drees zu Wort, da sie seit langer Zeit unter repressiven Bedingungen Anti-AKW-Arbeit in Stendal geleistet hat. Einen Hilferuf in Form eines offenen Briefes an den Atomminister Töpfer zu senden wird auch von uns als falsch angesehen. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß die Kultur politischen Widerstandes in der DDR eine völlig andere ist als hier in der BRD. Deshalb haben wir diesen Brief auch bewußt dokumentiert.
Zugegeben, es ist eine Schwäche der atom-Redaktion, zur Wiedervereinigung von BRD und DDR noch keine gemeinsame Position gefunden zu haben. Sicher ist das kritisierte Foto auf der Rückseite der Nr. 29 eher unpassend, aber als jahrelange AtomleserInn sich einzelne Begriffe oder Fotos herausgreifen und uns damit gleich des Neo-Nationalismus zu entlarven, halten wir eher für eine Biertisch-Einschätzung. Mit keinem Satz ist für die "deutsche Einheit" gesprochen worden, sondern vielmehr für die politische Autonomie der Anti-AKW-Bewegung etc. in der DDR und der BRD.

Auszug aus dem Artikel: NeoNationalismus von links

Arbeiterkampf (ak) v. 5.3.90

Mensch traute seinen Augen kaum beim Auspacken der neuen Ausgabe der „atom", Zeitung der KernkraftgegnerInnen im Umfeld der Radikalen Linken. Mochte man das vereinigte Atom-Deutschland auf der Titelseite noch für einen Lay-out-Lapsus halten, so ließ spätestens die Umschlagrückseite Böses ahnen: Ein großes Demo-Plakat verkündet dort den dämlich-reaktionären Slogan *„Wir sind ein Volk in Ost und West — und wehren uns gegen diese Pest"*. Im Innenteil geht es weiter auf dieser Linie: So wurde in einem Artikel zum AKW Greifswald vor einem untragbaren Risiko für *„die Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands"* gewarnt; mehrfach kommt eine Dr. Erika Drees zu Wort, die anläßlich des Töpfer-Besuches im AKW Stendal keine andere Sorge kannte, als diesen im Kohl-Stil vor Verhandlungen mit der *„nicht mehr legitimierten Regierung Modrow"* zu warnen und den BRD-Minister zu bitten: *„Helfen Sie uns, da wir uns energiepolitisch am Null-Punkt befinden, bei der Energiewende..."*.

Quo vadis, „atom"?

Die „atom"-Redaktion, die in der Vergangenheit immer wieder linke Themen außerhalb der Energiepolitik analysiert hat (Sonderheft zur Volkszählung, Schwerpunktausgaben zu Repression, Startbahnschüssen usw.), nimmt zu den Gefahren, die von einem neuen Großdeutschland ausgehen, nicht nur nicht Stellung, sondern läßt Positionen wie die oben skizzierten kommentarlos durchgehen, um die aktuellen politischen Veränderungen naiv zu bejubeln: *„Die Zeiten sind vorbei, in denen die Menschen der jeweils anderen Seite des Stacheldrahtes nicht mitreden durften."*

Die einzige Gegenposition in dem fast 30 Seiten umfassenden Schwerpunktkomplex kommt vom Plenum des Hüttendorfes Gorleben, das angesichts der auch von DDR-AtomgegnerInnen unterstützten Aktivitäten erklärte: *„Diese Demonstration soll keine miese Kopie des deutschnationalen Taumels sein, der von so vielen Menschen in der BRD und der DDR Besitz ergriffen hat. Wir wollen nicht als alternatives Zugpferd vor den Karren der Gründung eines Vierten Reiches gespannt werden! (...) ‚Radioaktivität kennt keine Grenzen' — damit wollen wir die Grenzen aber nicht verwischen. Unser Hüttendorf ist eine Initiative nicht nur gegen das Atomprogramm, sondern auch gegen die Gründung eines Vierten Reiches."*

Aufruf für eine Demonstration am 12. Mai 1990 in Frankfurt

Nie wieder Deutschland!

Demonstration gegen deutschen Nationalismus, gegen die Kolonialisierung Osteuropas und gegen die Annexion der DDR

Was gestern noch unmöglich schien, steht heute auf der Tagesordnung der Politik: Die Wiedervereinigung von BRD und DDR mit Berlin als alt-neuer Hauptstadt. Die von der Bundesrepublik behauptete Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs ist nicht nur Realpolitik der Bonner Koalition geworden: Eine gesamtdeutsche Parteienkoalition von den Republikanern über die CDU/CSU-FDP-Koalition zur SPD bis in die Grünen hinein hat sich in der BRD nach Öffnung der Mauer an die Spitze des nationalistischen Taumels gesetzt und steuert zielstrebig auf die deutsche Einheit zu. Mit diesem Denken und dieser Politik wollen wir nichts zu tun haben.

Beschwichtigungen, ein Viertes Reich sei nicht geplant, sind wirklichkeitsfern, werden "Reiche" heute doch weniger durch Einsatz von Armeen als durch Kontrolle des Weltmarkts gebaut. Ein ökonomischer und politischer Koloß in der Mitte Europas, der sich auf seine Identität mit dem deutschen Nationalstaat zwischen 1871 und 1945 beruft, ist ein Viertes Reich. Mit Bedacht zetteln die Herrschenden eine endlose Diskussion um die polnische Westgrenze an.

Differenzen zwischen den Parteien lösen sich auf und sind nur unterschiedliche Wege zur staatlichen Einheit. Vertragsgemeinschaft- und Konföderationsmodelle erweisen sich als verschiedene Vorstufen zu einer Wiedervereinigung unter gleichem imperialistischen Vorzeichen. Wir lehnen alle Wiedervereinigungspläne - in welcher Form auch immer - ab. Wir befürworten die Öffnung der Grenzen, aber nicht ihre Revision.

In der Auseinandersetzung der Systeme nach dem Zweiten Weltkrieg setzt sich derzeit der Kapitalismus gegenüber nichtkapitalistischen Gesellschaftssystemen durch. Die innere Brüchigkeit der bürokratischen Herrschaft in den Staaten des RGW beschleunigen diesen Vormarsch.

Dies ändert aber nichts an den menschenfeindlichen Grundlagen des Kapitalismus. Der kapitalistisch produzierte Wohlstand basiert auf Krisen, Erwerbslosigkeit, Frauenunterdrückung und Rassismus in den Staaten des Westens und Nordens, und er basiert auf dem Hunger und Elend der Staaten des Südens und Ostens. Weltweit werden die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Und wenn auch die RGW-Staaten ihren Beitrag dazu leisten, so ist doch klar, daß die globale ökologische Zerstörung von den kapitalistischen Zentren bestimmt wird.

Es wäre zynisch, von der Bevölkerung der DDR zu erwarten, daß sie auf die Möglichkeiten und Vorteile verzichtet, die im Westen wie selbstverständlich wahrgenommen werden. Noch zynischer ist es allerdings, ihr mit der vagen Aussicht auf eine zweifelhafte Konsumwelt alles abzunehmen, was sie sich in vierzig Jahren an Werten erarbeitet hat.

Gegen eine Annexion der DDR!

Sie nennen es "Selbstbestimmung der Deutschen" und meinen die Einverleibung der DDR gemäß Artikel 23 eines Grundgesetzes, das immerhin auch eine Notstandsgesetzgebung enthält: dem Geltungsbereich dieser Verfassung kann man beitreten, wer aber austreten will, bekommt es mit der Bundeswehr zu tun (Art. 87 a). Sie nennen es Freiheit und verfolgen die alten nationalistischen und expansionistischen Ziele des Deutschen Reiches.

Nationale Selbstbestimmung kann nur eine Waffe der kolonisierten und in Abhängigkeit gehaltenen Völker gegen ihre Unterdrücker sein. Weder die BRD noch die DDR sind kolonisierte Länder. Ein durch Selbstbestimmung der Deutschen zu realisierendes Recht auf Vorherrschaft, ein Recht auf Imperialismus, kann es nicht geben, selbst wenn sich Mehrheiten in Umfragen für eine Deutsche Einheit aussprechen. Dem stehen nämlich die Rechte der anderen Länder auf Sicherheit, Frieden und eigenständige Entwicklung entgegen.

Welche Selbstbestimmung bringt die Wiedervereinigung den Menschen in der DDR? Es ist die Selbstbestimmung zu Erwerbslosigkeit, Armut und weiterer Umweltzerstörung. Vor allem die Frauen der DDR werden die Verliererinnen sein. Sie sind die ersten, denen gekündigt wird und die nicht mehr eingestellt werden. Wie in der BRD werden sie mit verschärfter Flexibilisierung und Billiglohnpolitik konfrontiert werden, durch unbezahlte Arbeit sollen sie die sozialen Kürzungen wettmachen. Gleichzeitig formieren sich konservative und neofaschistische Organisationen in der DDR zum Angriff auf abtreibende Frauen. Ihr Ziel ist es, Frauen auf ihre "natürliche Bestimmung" zurückzuweisen und sie zu Objekten ihrer aggressiven Bevölkerungspolitik zu machen.

Daß das Versprechen auf Selbstbestimmung eine Lüge ist, zeigt sich schon daran, welche Politik der DDR Tag für Tag diktiert wird:

- Die meisten DDR-Parteien werden zu Abziehbildern der BRD-Parteien umgemodelt. Der Westen exportiert seine Programme, Redner und Ehrenvorsitzenden;
- Wiedervereinigung bedeutet den Zwangseintritt der DDR in das Militärbündnis NATO;
- anstatt zur Zahlung eines Reparationsausgleichs die DDR wirtschaftlich voranzubringen, wird sie destabilisiert, um der Bevölkerung den Anschluß als einzig erfolgversprechenden Weg anzudienen;
- Selbst die DGB-Führung bekämpft das DDR-Gewerkschaftsgesetz mit weitgehenden politischen Rechten und eine Sozialcharta.

Was das Kapital stört, behindert die Wiedervereinigung und was die Wiedervereinigung stört, behindert die nationale Selbstbestimmung.

Gegen den neuen Nationalismus!

Nicht allen RGW-Staaten gilt die gleiche "Fürsorge", wie sie gegenüber der DDR zur Schau gestellt wird. Polen und anderen droht eine der Dritten Welt vergleichbare Situation. Sie sollen "Hinterhof" der reichen westeuropäischen Staaten werden.

Der DDR winkt eine andere Entwicklung, weil sie "deutsch" ist - aber nur wenn sie "gesamtdeutsch" werden will. Ein vereinigtes Deutschland wird die ökonomische Hegemonie über West- und Osteuropa besitzen und die politische Führung behaupten. Imperialistischer Größen- und Eroberungswahn und eine auch militärische Dynamik könnten die Folge sein.

Außen- und innenpolitisch will der Nationalismus aus dem Schatten Hitlers heraustreten und die "Gnade der späten Geburt" zur neuen Doktrin erheben. Bisher geriet es noch jedesmal zum Skandal, wenn die Rechten und Rechtsradikalen - in der Historikerdebatte 1986 oder bei der Ehrung von SS-Gräbern in Bitburg 1985 - versuchten, Auschwitz zu relativieren und vergessen zu machen. Heute droht die Schlußstrichtmentalität zum neuen nationalen Konsens zu werden. Es ist heute wieder oder immer noch möglich,

- am Jahrestag der Reichsprogromnacht (wie am 9. November 1989 im Deutschen Bundestag geschehen) parteiübergreifend die Nationalhymne anzustimmen,
- Menschen jüdischer Herkunft oder linke PolitikerInnen zu Nichtdeutschen zu deklarieren,
- ehemaligen KZ-Häftlingen das Recht abzusprechen, sich zur Wiedervereinigung zu äußern, wie es sich Rudolf Augstein gegenüber Elie Wiesel anmaßte,
- den Menschen aus Israel deutlich zu machen, daß die deutsche Schuld durch finanzielle Leistungen beglichen sei.

Bereits heute gehören gewaltsame Übergriffe und rassistische Diskriminierungen gegen Nichtdeutsche zum Alltag. Immer stärker wird zwischen deutsch und nichtdeutsch unterschieden. Die Ausländergesetzgebung beruht auf einer völkischen Definition, die BürgerInnenrechte nur denen gewährt, die "deutschen Blutes" sind. Das neue AusländerInnengesetz hebt das Grundrecht auf Asyl fast vollständig auf und macht die Bespitzelung der Nichtdeutschen zur "ersten deutschen BürgerInnenpflicht".

Der Blick auf die Vergangenheit verrät die Pläne für die Zukunft. Deshalb lehnen wir ein wiederentstehendes Deutschland ab. Wir werden uns weiterhin für die Zweistaatlichkeit von BRD und DDR einsetzen und für ein friedliches, emanzipatorisches und solidarisches Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen kämpfen.

Wir rufen auf, am 12. Mai in Frankfurt, dem Finanzzentrum der zur Expansion drängenden BRD zu demonstrieren:

- **Nie wieder Deutschland - Keine Wiedervereinigung!**
- **Für Zweistaatlichkeit und die Anerkennung der DDR!**
- **Für die Anerkennung der polnischen Westgrenze!**
- **Aufhebung der Sondergesetzgebung für Nichtdeutsche (sog. AusländerInnengesetze); volle rechtliche, soziale und politische Gleichstellung!**
- **Internationalismus statt Nationalismus!**
- **Für einseitige Abrüstung hier und sofort - für eine BRD ohne Armee!**

Unterschriften bis 2. April 1990 an: Büro Friess (0228 - 163538), Büro Eich (0228 - 169146), Bundeshaus, 5300 Bonn
V.i.S.d.P.: Siggi Friess MdB, Hochstadenstr. 21, 5000 Köln 1, Tel. dienstlich 0228 - 163538

Die Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung Mitte März in Braunschweig war eine eher trostlose Angelegenheit. Eine ätzende Debatte über die zu späte Einladung und eine reichlich dürftige inhaltliche Vorbereitung (was nahezu alle Beteiligten angeht) prägten von vorneherein das Bild. Ratlosigkeit war angesagt: Zu deutlich ist die Diskrepanz zwischen den allgemeinen politischen Entwicklungen und den Antworten der linken und der Anti-AKW-Bewegung.

Inhaltliche Debatten fehlten in Braunschweig weitgehend, zumal das Teilnehmerspektrum der Konferenz ziemlich begrenzt war. Die Nach-Tschernobyl-Gruppen fehlten weitgehend, ebenso die meisten linken/autonomen Strömungen.

Von den angebotenen acht AG's tagten faktisch nur drei: Transporte, Endlagerung und BRD/DDR. Berichte zu den ersten beiden stehen an anderer Stelle; die letztere AG bildete den kläglich Rest des eigentlich geplanten „Ost-West-Forums", das mangels TeilnehmerInnen aus der DDR (nur eine war erschienen) ausgefallen war. Innerhalb dieser AG beschränkte sich die Diskussion weitgehend auf einen Informationsaustausch.

Was schließlich in AG's und Plenum an Perspektiven diskutiert wurde, bezog sich denn auch eher auf mögliche Aktionsfelder der Anti-AKW-Bewegung als auf inhaltliche Perspektiven:
- Ein wichtiger Aktionsbereich muß mit Gorleben, Schacht Konrad und Asse die Entsorgungsproblematik bleiben.
- Ebenso die Ver/Behinderung von Atommülltransporten
- Der Kampf um die Stillegung laufender Anlagen müsse ein zentraler Punkt werden, da die Anti-AKW-Bewegung ansonsten den Betrieb dieser Anlagen faktisch toleriere und sich damit „vor den Karren der SPD spannen läßt" (Jens Scheer).
- Aktionen gegen große Stromtrassen (als Symbol der Europäisierung der Energiemafia) wurden in die Diskussion gebracht; insbesondere Trassen in Richtung DDR.
- Schließlich ist allen klar, daß die Kommunikation und Kooperation von Gruppen aus BRD und DDR intensiviert werden muß.

Ob das deutsch-deutsche Schauspiel aber damit angemessen verarbeitet wird, ist sehr die Frage. Was die „nationale Frage" angeht, scheint das Entsetzen vor der Realität zugleich eine Verdrängung dieser Realität zu bewirken. Daß aber Großdeutschland im Sauseschritt Realität wird, davon ist spätestens seit den DDR-Wahlen leider auszugehen. Mensch sollte sich darauf einstellen. Das alte Wunschbild der Anti-AKW-Bewegung als Igel, das dem Atom-Hasen ein fröhliches „Ick bin all dor" entgegenrufen kann, droht sich sonst in puncto DDR umzudrehen. Während nun der Igel auf seiner alten ausgelatschten Furche langschlurft, ist der Hase längst dem Ziel nahe.

Bei aller Abscheu und Ablehnung des deutschnationalen Taumels: Es macht keinen Sinn, so zu tun, als bleibe die DDR Ausland, vergleichbar Polen oder der CSSR, und als ginge es nur darum, eine „Kolonialisierung" der DDR und ihrer Energiestruktur zu verhindern. Eine Kolonialisierung ist gar nicht geplant. Was ablaufen soll, ist die Integration in die Struktur der BRD, ist die Ausdehnung der ökonomischen Basis der Energiekonzerne auf (demnächst) eigenem Territorium, wobei die Konzerne mit einigem Recht behaupten können, daß es in der DDR auf diesem Gebiet wenig Positives zu erhalten gibt.

Rechtlich wird es bald keinen Unterschied mehr machen, ob eine Trasse nach Sachsen oder ins Saarland geplant, ob ein AKW in Bayern oder in Mecklenburg gebaut werden soll. (Schlimmstenfalls wird es, wie Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel ankündigte, vorübergehend einige Lockerungen im Umweltrecht für das DDR-Gebiet geben). Materiell wird es auch keinen Unterschied machen, denn in beiden Fällen geht es zunächst einmal um Konsolidierung heimischer Marktmacht, nicht um Exportgeschäfte und nicht um die Ausbeutung kolonialer Ressourcen. Letzteres droht, wenn die deutsche Großmacht sich etabliert hat, den anderen osteuropäischen Staaten.

Die Tatsache, daß die BRD sich mit der DDR eine marode Energiestruktur einverleibt und in bewährter Weise sanieren will, wirft einen Haufen Fragen für AKW-GegnerInnen auf. Einige Positionen, die in den letzten Jahrzehnten erarbeitet wurden, sind erst mal Makulatur.

★ Der Nachweis beispielsweise, daß es in der BRD Stromüberkapazitäten gibt und die AKW's schon deshalb sofort abgeschaltet werden können, wird bald infragegestellt. Stromlieferungen aus dem Westen werden vielen DDR-BürgerInnen jedenfalls erstmal als plausibelste Alternative zu ihren schrottreifen Braunkohle-Dreckschleudern und dem technisch veralteten AKW Greifswald erscheinen. Der Anti-AKW-Bewegung bleibt da nur die Wahl zwischen Fundamentalismus („Lieber Stromsperre als Super-GAU") oder fundierten Alternativ-Konzepten, die notgedrungen gesamtdeutsch sein müßten.

★ Ähnliches gilt für die Gefahr, daß Atomenergie im Hinblick auf die Energiesituation in der DDR einen Legitimationsschub auch in der BRD erfährt. (Dies auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die Klima-Katastrophe.)

★ Die Frage der Europäisierung dürfte auch neu zu diskutieren sein. Das durchaus realistische Bild eines nach europäischer Hegemonie strebenden großdeutschen Reiches paßt erstmal schlecht zu dem Bild einer BRD, die auf dem zentralen Energiesektor bis zur wechselseitigen Abhängigkeit europäisch verflochten ist.

★ Schließlich: wenn alle Karten neu gemischt werden, der alte Ost-West-Konflikt in Mitteleuropa so nicht mehr existiert und die NATO einem Funktionswandel unterliegen wird, stellt sich auch die Frage deutschen Atombewaffnung neu (und damit auch die Frage nach der Funktion, die der „zivile" Atomsektor dabei erfüllt). Der Widerstand gegen den deutschen Griff zur Atombombe könnte eine zentrale Aufgabe auch der Anti-AKW-Bewegung werden.

Ich fühle mich außerstande, hier alle Fragen in diesem Zusammenhang aufzuwerfen, geschweige denn irgendwelche Antworten anzubieten. Klar ist für mich nur, daß die Karten neu gemischt werden und die Anti-AKW-Bewegung umso schlechter zum Zuge kommen wird, je länger sie der Fiktion der Zweistaatlichkeit hinterherläuft. Deshalb sollte die nächste (die Herbst-) Konferenz der Anti-AKW-Bewegung eine sein, auf der Gruppen aus DDR und BRD gleichermaßen vertreten sind und einen gemeinsamen Widerstand diskutieren. Die Konferenz in Braunschweig ist es wert, die letzte gewesen zu sein, die eine BRD-weite Konferenz war.

Die Ausdehnung des westdeutschen Atomprogramms auf die DDR zu verhindern, müßte in den nächsten Jahren die zentrale Aufgabe aller AtomkraftgegnerInnen in Ost und West werden. Und zwar aus ökologischen Gründen wie als konkreter Widerstand gegen das vom BRD-Kapital anvisierte Projekt Großdeutschland. **Mi.**

Termine & Termine

Es ist fraglich, ob die bundesweiten **Konferenzen der Anti-AKW-Gruppen** *künftig weiterhin im Halbjahresrythmus stattfinden werden. Auf der Frühjahrskonferenz in Braunschweig einigte mensch sich erstmal darauf, am 9. Juni in Marburg ein „Arbeitstreffen" zu machen, um weiteres zu bereden.*

Die **Demo '90** *mit Schwerpunkt Entsorgungsproblematik, die eigentlich im Frühsommer in Hannover stattfinden sollte, ist aufgeschoben, nicht aufgehoben. Interessierte Gruppen verabredeten sich in Braunschweig darauf, sich am 21. April in Münster zu treffen und das weitere Vorgehen zu beraten.*

Pressemitteilung

Belastungen durch Transporte zum geplanten Endlager Schacht Konrad

Die Gruppe Ökologie ist seit 1982 als Gutachter im Genehmigungsverfahren für das geplante Endlager Schacht Konrad tätig und verfolgt kontinuierlich die einzelnen Schritte der Behörden. 1988 wurde die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) mbH vom Bundesumweltministerium beauftragt, ein Gutachten zu den möglichen radiologischen Auswirkungen von Abfalltransporten zum geplanten Endlager Schacht Konrad anzufertigen. In einem "Ergebnisbericht zum ersten Untersuchungsabschnitt" wurden vor kurzem Individualdosisabschätzungen für sogenannte kritische Personengruppen vorgelegt. Für eine der Personalgruppen, den Anwohnern im westlichen Bereich des Rangierbahnhof Braunschweig, ergab sich danach bei vollständiger Anlieferung der Abfälle mit der Bahn ein Wert, für die Ganzkörperdosis von 0,4 mSv/a (40 mrem/a). Damit wurde eine häufig geäußerte Befürchtung bestätigt. Die Gruppe Ökologie hält dies für eine nicht hinnehmbare Strahlenbelastung eines Teils der Bevölkerung. Dieses Ergebnis zeigt, daß eine offizielle Einbeziehung der Transportproblematik in das weitere Planfeststellungsverfahren nach unserer Meinung unumgänglich ist.

Begründung: Die Strahlenschutzverordnung enthält keine Grenzwerte für den Transport radioaktiver Stoffe, sondern nur für ortsfeste Atomanlagen - nämlich 30 mrem pro Jahr (0,3 Milli-Sievert pro Jahr - in § 45-). Wird dieser Grenzwert zur Beurteilung der Strahlenbelastung herangezogen, so ist festzustellen, daß für einige bestimmte Anwohner des Rangierbahnhofs Braunschweig bei der Einlagerung von Abfällen in Schacht Konrad mit Grenzwertüberschreitungen zu rechnen ist.

Darüberhinaus ist diese Strahlenbelastung weitaus höher, als diejenige, die sonst für Anwohner in der Umgebung von Atomanlagen abgeschätzt wird.

Es ist darüberhinaus sogar eine Verdopplung des abgeschätzten Wertes, also 0,8 mSv/a, zu befürchten. Die Physikalisch Technische Bundesanstalt (jetzt Bundesamt für Strahlenschutz) geht nach den Planfeststellungsunterlagen nämlich von einem möglichen Zweischichtbetrieb aus.

Zusammenfassung:

Die Gruppe Ökologie sieht durch das Ergebnis der GRS-Untersuchung ihre Befürchtungen bestätigt. Die durch die Atomtransporte zu erwartende Strahlenbelastung, zumindest eines Teiles der Bevölkerung, liegt über derjenigen, die in der Strahlenschutzverordnung für Anwohner von Atomanlagen maximal zugelassen ist.

Die Landesregierung Niedersachsen als Genehmigungsbehörde wird aufgefordert offiziell zu erklären, daß die Transporte der radioaktiven Abfälle in das Planfeststellungsverfahren für das geplante Endlager Schacht Konrad als gleichberechtigter Punkt aufgenommen wird.

Für weitere Fragen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Lingen:

Beim niedersächsischen Umweltministerium kann das Wortprotokoll der Anhörung zum Ausbau der Brennelementefabrik ANF Lingen bestellt werden (21,60 DM). Der Erfahrungsbericht der amerikanischen Pilotanlage ist mittlerweile auch fertig.

Für das AKW Lingen II wurde eine Leistungserweiterung von 1300 MW um 2% (ca. 25MW) genehmigt. Die VEW will zur "Entsorgung" einen Vertrag bis zum Jahr 2015 mit BNFL (Sellafield) abschließen.

Die Molke-"Entseuchungs"-Anlage läuft seit Ende Februar. Bis zum Jahresende soll ihr "Werk" vollendet sein.

Anfang März war im Raum Oldenburg eine Regionalkonferenz gegen Atomanlagen, bei der auch Mitglieder der BEgA waren.

Am 26.4.90 startet die BEgA in Lingen eine Anti-Atom-Filmreihe.

KfK-Versuchsanlage: Dioxinwerte unerklärlich

Grünen-Vorwürfe gegen Kernforschungszentrum Karlsruhe

Das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) unterhält nach Vorwurf der Grünen-Landtagsfraktion *"eine der schlimmsten noch im Betrieb befindlichen Dioxinschleudern in Baden-Württemberg"*. Die Verbrennungsanlage für radioaktive Abfälle im KfK setze in einer Stunde Abluft frei, die so giftig ist wie 730 Mikrogramm Seveso-Dioxin, berichtete der Landtasabgeordnete Jürgen Rochlitz in Mannheim.

Der "kleine" Verbrennungsofen des KfK, der erst seit April 1989 im Betrieb sei, blase damit in der Stunde 50mal soviel giftigen Gegenwert des Seveso-Dioxins wie etwa die Schwäbisch Haller Klinikmüll-Verbrennungsanlage in die Luft. Die Verantwortung dafür trage die Leitung des KfK und das Umweltministerium in Stuttgart, das diese *"enormen Belastungswerte"* kenne. (...)

Bestätigt hat Dr. Klaus Körting vom KfK den Vorwurf der Grünen die Verbrennungsanlage für radioaktive Abfälle im KfK setze Dioxin fein. Obgleich die Versuchsanlage mit einer bei 1.200 Grad Celsius arbeitenden Nachverbrennung der Rauchgase ausgestattet sei, ergeben sich laut Körting bei Versuchskampagnen seit Mai 1989 unerklärlich hohe Dioxinkonzentrationen im Abgas. Diese sollen im Rahmen weiterer Versuche gesenkt werden.

Körting betonte, daß die festgestellten Dioxinemissionen keine der Umgebung darstellen.

Ahaus

Neue Aufregung gibt es um das Atommüll-Lager Ahaus: Ein neues Genehmigungsverfahren ist überraschenderweise angekündigt worden und soll im Laufe diesen Jahres durchgeführt werden.
Was ist der Hintergrund?
Hier zunächst kurz zusammengefaßt der Stand der Dinge bis zum heutigen Tag:Seit 13 Jahren gibt es Pläne, in Ahaus ein sogenanntes "Brennelement-Zwischenlager (BEZ)" für die ausgedienten, aber dennoch hochradioaktiven Brennelemente aus den bundesdeutschen Atomkraftwerken (AKW) zu errichten. "Sogenanntes" Zwischenlager deshalb, weil weltweit kein Endlager existiert, so daß das BEZ eben de facto ein End- oder zumindest Dauerlager ist. Die Lagerdauer für die einzelnen Brennelemente soll denn auch nach den Genehmigungsunterlagen immerhin 40 Jahre betragen.
In jahrelangen Auseinandersetzungen ist es uns immer wieder gelungen, diese Pläne für ein BEZ zu verändern und ihre Verwirklichung aufzuschieben. Auch nachdem 1984 mit dem Bau einer Lagerhalle begonnen wurde, gelang es noch einmal, von 1985 bis 1989 einen dreijährigen Baustop bei den Gerichten zu erwirken. Seit Sommer 1989 ist die Lagerhalle aber fertiggestellt und die baurechtliche Genehmigung dafür höchstinstanzlich durch das Bundesverwaltungsgericht in Berlin für rechtmäßig erklärt.
Geplant und gebaut wurde die Halle zunächst einmal für die Aufnahme von 1500 t hochradioaktiven Abfalls in Form von ausgedienten Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren (LWR), die dort in insgesamt 420 Transport- und Lagerbehältern ("Castor") senkrecht aufgestellt und durch natürlichen Luftzug gekühlt werden sollten. Um diesen Naturluftzug zu ermöglichen, sind an den Seitenwänden und in der Decke der Halle große Öffnungen angebracht.
Eine atomrechtliche Genehmigung für die Einlagerung der LWR-Brennelemente wurde bereits 1987 durch die PTB in Braunschweig erteilt. Diese Genehmigung ist aber nicht rechtskräftig: Denn dagegen haben der Landwirt Hermann Lentning, dessen Hof sich unmittelbar neben der Lagerhalle befindet, und das Mitglied der Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus," Hartmut Liebermann, Klage beim Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster erhoben. Diese Klage ist dort noch immer in erster Instanz anhängig. Von seiten der Betreiberfirma BZA GmbH (früher eine Tochterfirma von Steag und DWK, jetzt von Steag und GNS) wird auch anscheinend gar nicht so sehr auf eine baldige Entscheidung in dieser Angelegenheit gedrängt. Der Grund: Nach mehrfachen Äußerungen der BZA-Geschäftsführung ist auf absehbare Zeit mit einer Einlagerung von LWR-Brennelementen im BEZ Ahaus ohnehin nicht zu rechnen, da aufgrund der zahlreichen Auslandsverträge bundesdeutscher AKW-Betreiber (La Hague, Sellafield) vorläufig gar keine Bedarf bestehe.
Stattdessen hofft die BZA nunmehr, ihre auf Arbeit wartende Belegschaft demnächst anderweitig beschäftigen zu können: Denn der Thorium-Hochtemperatur-Reaktor (THTR 300) in Hamm-Uentrop soll ja endgültig stillgelegt werden. Zwar wissen dessen Betreiber noch gar nicht, wie das denn eigentlich geschehen kann. Auf jeden Fall wollen sie als erstes den Reaktorkern entleeren. Noch ist nicht klar, ob ihnen das überhaupt technisch gelingt. Wenn ja, dann wird jedenfalls für die dabei anfallenden rund 600 000 Kugel-Brennelemente eine Lagerungsmöglichkeit gesucht. die Kugeln sollen deshalb in "Kannen" gefüllt und diese dann in etwas kleineren Lagerbehälter ("Castor-THTR") nach dem gleichen Prinzip wie die LWR-Elemente in Ahaus "zwischengelagert" werden.
Im Mai 1989 fand in Ahaus ein zu diesem Vorhaben von der PTB durchgeführter "Anhörungstermin" statt, auf dem die vorher von Bürgerinnen und Bürgern schriftlich eingereichten Einwendungen erörtert werden sollten. Wie die schon früher durchgeführten Anhörungstermine zur LWR-Brennelementelagerung war auch diese Anhörung nach Auffassung von Betreibern und Genehmigungsbehörden ein "freiwilliges Zugeständnis" an die Bürgerinnen und Bürger, da der für die BEZ-Genehmigung einschlägige § 6 des Atomgesetzes (AtG) eine Öffentlichkeitsbeteiligung gar nicht zwingend vorschreibt.

Die Einwender haben diesen Termin nach dem 1.Tag geschlossen boykottiert. Grund dafür waren Mauscheleien der Behörden um angeblich vorhandene Gutachten, die nicht veröffentlicht werden sollten, sowie die nicht ausreichenden Information der benachbarten und mitbetroffenen niederländischen Bevölkerung: Ahaus liegt nur 10 km von der niederländischen Grenze entfernt!
Seit dem ersten November 1989 ist nun nicht mehr die PTB, sondern das Bundesamt für Strahlenschutz (BAfS) in Salzgitter als atomrechtliche Genehmigungsbehörde für das BEZ zuständig. Und diese Behörde (für die freilich die gleichen Leute tätig sind, die vorher im Rahmen der PTB mit der Angelegenheit befasst waren!) hat nun die Bekanntmachung vom 28.2.90 bekanntgegeben, daß das öffentliche Genehmigungsverfahren für die Lagerung der THTR-Brennelemente noch einmal stattfinden wird!
Der Grund dafür: Mit der Novellierung des Atomgesetzes vom 15.7.89 wurde auch der § 6 AtG geändert. Dieser schreibt jetzt eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach den Regeln der atomrechtlichen Verfahrensordnung zwingend vor. Diese Regeln waren aber bei dem vorjährigen Verfahren nicht eingehalten worden. Wir als Bürgerinitiative hatten zwar angesichts der damals kurz bevorstehende AtG-Novelle die PTB auf diesen Mangel hingewiesen, aber die PTB wollte seinerzeit nichts davon wissen. So wurde im Mai 1989 eine Veranstaltung just for show durchgezogen, natürlich auf Kosten des Steuerzahlers.
Andererseits kann den gegen das BEZ Widerstand Leistenden diese Entwicklung nur recht sein: Denn zumindest bedeutet die Neuaufrollung des Verfahrens eine weitere Zeitverzögerung. Und, wie unsere niederländischen Freunde zu sagen pflegen: "Van uitstel komt afstel" (zu deutsch etwa: aus aufgeschoben wird aufgehoben)!
Konsequenzen: Bitte unterstützt uns!
Verfahrensmäßig sieht die Angelegenheit jetzt so aus, daß vom 12.3 bis 11.5.1990 die Genehmigungsunterlagen zur Einsichtnahme beim Bundesamt für Strahlenschutz und im Kreishaus in Ahaus ausliegen. Im gleichen Zeitraum können Einwendungen bei dem BAfS eingereicht werden. Wir haben deshalb einen Sammeleinspruch mit den wichtigsten grundlegenden Bedenken gegen das Vorhaben vorbereitet und legen ihn diesem Bericht bei.
Wir bitten um Veröffentlichung, Vervielfältigung und Sammeln von Einsprüchen, je nach Euren Möglichkeiten. Die vollen Listen sollen bis spätestens 5. Mai 1990 an die BI "Kein Atommüll in Ahaus", Auf der Haar 2, 4422 Ahaus, zurückgeschickt werden, damit wir sie rechtzeitig gesammelt beim BAfS einreichen können. Der Erörterungstermin ist noch nicht zeitlich festgelegt, findet aber keinesfalls vor dem 12.6.90 statt. Wir werden darüber rechtzeitig informieren. Wir haben bereits jetzt vom BAfS gefordert, daß er

nicht während der Sommerferien, die in NRW bereits am 14.6.90 beginnen, stattfinden darf, daß er außerdem an einem Wochenende beginnen soll, um Berufstätigen die Teilnahme zu ermöglichen.
Um Eure Unterstützung bitten wir aber nicht nur beim Sammeln von Einsprüchen und - sofern möglich - hinsichtlich der Teilnahme am Erörterungstermin: Denn auch unsere Gerichtsverfahren müssen fortgeführt werden und das heißt auch finanziert werden! Wir haben in den vergangenen Jahren nach und nach bereits eine sechsstellige Summe dafür aufbringen müssen und sind daher weiterhin dringend auf Hilfen angewiesen. Spenden können eingezahlt werden auf das Treuhandkonto "Klage gegen das BEZ", Kontonummer 19 20 300 bei der Volksbank Ahaus (BLZ 401 632 24)!
Weitere Unterstützung brauchen wir dann, wenn es dieses oder nächstes Jahr tatsächlich zu einer Einlagerung von Atommüll in Ahaus kommen sollte: Dann ist sicher eine größere Aktion fällig. Wir denken dabei zur Zeit an eine Menschenkette um das BEZ. Gruppen und Einzelpersonen, die uns dabei ggf. unterstützen würden, bitten wir schon mal um Kontaktaufnahme, damit wir sie zu gegebener Zeit zu einer Vorbesprechung einladen können.

Kontaktadressen:
- **"Die Spielecke", Wüllener Str. 11, 4422 Ahaus,Tel.: 02561/3411**
- **Margaret Schäfer, Wessumer Str. 16., 4422 Ahaus, Tel.: o5261/5939**
- **Hartmut Liebermann, Auf der Haar 2, 4422 Ahaus, Tel.: 02561/7101**

Auch Atomkraft rettet die Welt nicht vor dem Treibhauseffekt

„Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs" fordern auf

Kieler Kongreß Sofortausstieg / Immer mehr kranke Kinder in Tschernobyl

KIEL, 4. März. Atomstrom ist nicht die angeblich saubere Energiequelle, die einen Ausweg aus der drohenden Klimakatastrophe biete. Die Erzeugung von Atomenergie trage zum Treibhauseffekt bei, sagte der Darmstädter Wirtschaftswissenschaftler Peter Hennicke, Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestags „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre", am Wochenende auf einem Anti-Atom-Kongreß in Kiel. Weil bei Schürfung und Transport des Urans, bei Fertigung von Brennelementen und bei der Wiederaufarbeitung fossile Brennstoffe benötigt würden, verursache die Produktion von 100 Megawattstunden Atomstrom 5000 Kilo Kohlendioxid-Ausstoß.

Die Teilnehmer des Kongresses, veranstaltet vom internationalen Verein „Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs", forderten in einer „Kieler Erklärung" den Sofortausstieg aus der Atomenergie: Die Gefahren der Radioaktivität seien bislang unterschätzt worden, eine Katastrophe wie in Tschernobyl sei auch heute jederzeit möglich.

Vor rund 500 Ärzten, Medizinstudenten, Umweltschützern und Wissenschaftlern berichtete die Hamburger Publizistin Gundula Bahro von Folgen der Reaktorkatastrophe. In dem Gebiet rund um den im April 1986 explodierten russischen Atomreaktor litten immer mehr Kinder an Krankheiten, die Zahl an Krebs gestorbener Kinder steige ständig. Auch kämen immer mehr Kinder mit Mißbildungen zur Welt, berichtete Bahro, die ihre Informationen während einer Studienreise in der Sowjetunion gesammelt hat.

Die im IPPNW organisierten Ärzte wenden sich erst seit Tschernobyl auch gegen die „friedliche" Nutzung der Atomenergie. Nicht zu handhabende Risiken beim Betrieb von Atomkraftwerken sprechen ihnen zufolge ebenso gegen diese Energieart wie das weltweit noch immer ungelöste Problem, wie hochradioaktive Abfälle beseitigt und sicher gelagert werden können. Der Hamburger Geologe Eckhard Grimmel bestritt auf dem Kongreß, daß die „Endlagerung" von abgebrannten Brennelementen in Salzstöcken — wie in der Bundesrepublik geplant, in den USA und Kanada hingegen längst verworfen — eine sichere Methode sei. Die Salzstöcke seien weder ruhig, noch könnten sie als stabil bezeichnet werden, wenn sie hohen Temperaturen durch Atommüll ausgesetzt würden.

Grimmel richtete scharfe Angriffe gegen „staatskonforme, kritiklose" Kollegen, die mit „mangelndem Sachverstand" Salzstöcke zur Endlagerung empfählen und Probleme verschwiegen. Atommüll könne nirgends sicher gelagert werden.

Stephan Kohler, Ingenieur am Freiburger Ökoinstitut, hält es für möglich, die notwendige Menge Energie auch ohne Atomstrom zu erzeugen. Man müsse dafür „keinesfalls auf fossile Energieträger zurückgreifen", sondern durch Energiesparen und den Einsatz erneuerbarer Energien ein „grundlegend neues Energieszenario" verwirklichen.

Der schleswig-holsteinischen Landesregierung warf der Kieler Kongreß vor, ihre Aufsichtspflicht zu vernachlässigen. Die Regierung unter Ministerpräsident Björn Engholm (SPD) sehe tatenlos zu, wie der Energiekonzern Schleswag „mit zum Teil haarsträubenden Methoden" kleine Gemeinden im Land zu vorzeitigen Abschlüssen neuer Stromversorgungsverträge nötige. Mit diesen Verträgen werde der Bezug von zentral erzeugtem Atomstrom auf Jahre zementiert, hieß es.

FRANKFURTER RUNDSCHAU

Gronau

Die Kapazität der UAA Gronau beträgt 400 t Urantrennarbeit pro Jahr (UTA/a), deren Betrieb auch genehmigt ist. Für diese Kapazität waren ursprünglich 3 Trennhallen vorgesehen; nach der Entwicklung leistungsstärkerer Zentrifugen wurden jedoch nur 2,5 Hallen benötigt. Urenco ist zur Zeit dabei, in der freien Hälfte der dritten Halle Zentrifugen für eine weitere Trennleistung von 130 t UTA/a zu errichten. Es ist zu erwarten, daß die Landesregierung NRW nach der Landtagswahl im Mai die Inbetriebnahme dieser Zusatzstufe genehmigen wird. Insgesamt darf Urenco die UAA Gronau auf 1 000 t UTA/A ausbauen; die entsprechenden Bauarbeiten dürften bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Dann muß die Landesregierung die Inbetriebnahme der Ausbaustufe genehmigen, bzw. ablehen.

In Homer/Luoisiana (USA) plant Urenco gemeinsam mit amerikanischen Unternehmen den Bau einer UAA (Zentrifugentechnik). Es wäre die erste Zentrifugenanlage in den USA; die US-Regierung muß dem Bau zustimmen, da eine ausländische Firma (Urenco) beteiligt ist, und die Anlage unter militärischen Aspekten äußerst sensibel ist. Eventuell müssen auch alle drei URENCO-Länder (BRD,NL,GB) dem Bau zustimmen; noch im März soll in den Niederlanden eine Parlamentsdebatte stattfinden. Am 8.3. fand in Washington eine Art Erörterungstermin statt, an dem zufällig auch Lilo Wollny und Heinz Laing (Die Grünen im Bundestag) teilnahmen. Die Veranstaltung lief wohl ziemlich "showmäßig" ab, so wurde z.B. mit einem Uran-Pellet herumgespielt. Es gibt erste kontakte zwischen dem AKU Gronau und der örtlichen BI in Homer. Wer in der Presse oder anderswo Infos über den Bau der US-UAA findet, Aktionsideen hat etc. sollte sich beim AKU Gronau melden. Die Zentrifugen für die UAA in Homer sollen übrigens in Europa hergestellt werden, vermutlich dann wohl auch in Gronau.
Angeblich will die Sowjetunion auch eine UAA in den USA mit enormen Kapazitäten errichten. Am 29.3. findet in Gronau eine Info-Veranstaltung des AKU zur Niedrigstrahlung statt. (11 Jahre nach Harrisburg, 28.3.79). Am 15.3. informierte der AKU in Ochtrup über die UAA bei einer Veranstaltung der Anti-Giftmüll-Gruppe "Gegengift". Vor einigen Tagen hat Greenpeace in Ochtrup eine Veranstaltung zur Atomenergie gemacht, bei der auch die UAA thematisiert wurde.
Immer noch finden am 1. Sonntag im Monat an der UAA die Sonntagsspaziergänge statt (14.00 Uhr bei der Zufahrt). Die Beteiligung hat wieder etwas zugenommen, lag aber im März immer noch unter 20! am 1.4. gehts weiter!!

Deutsch - niederländischer Aufruf

Die Kinder von Tschernobyl mahnen:

Um an die Opfer von Tschernobyl zu erinnern rufen wir alle besorgten Menschen dazu auf, am 28.04.1990 an der grenzüberschreitenden Warnwache gegen Atomanlagen teilzunehmen.

Am 26.04.90 jährt sich die Atomkatastrophe von Tschernobyl zum vierten mal. Tschernobyl hat uns allen gezeigt, wie gefährlich Atomanlagen sind. Die verantwortlichen Behörden sind und waren gegen die radioaktive Verseuchung machtlos. Haben sie aus den Fehlern und aus der Ohnmacht gelernt?
Nichts gelernt haben auf jeden Fall die verantwortlichen Politiker und Industrie - Bonzen. Noch immer wird die Atomindustrie in der Euregio und anderswo ausgebaut.
Gerade im deutsch - niederländischen Euregiogebiet denken die Atomfirmen nicht an den Ausstieg aus der Atomenergie; im Gegenteil. In Gronau (BRD) und in Almelo (NL) befinden sich Urananreicherungsanlagen (UAA's). Dort wird unter anderem auch Uran aus der sogenannten Dritten Welt verarbeitet. Nachdem die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen (SPD) vor einem Jahr die Ausbaugenehmigung für die UAA Gronau erteilt hat, wird die Gronauer Atomfabrik jetzt von einer Kapazität von 3400 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr (UTA/a) auf eine Kapazität von 1.000 Tonnen UTA/a ausgebaut (hochgerüstet). Damit steigt das Gefahrenpotential der Anlage enorm an. Auch die militärische Bedeutung der UAA's sollte nicht verkannt werden. Sowohl in Almelo wie auch in Gronau könnte nach Umbauarbeiten Uran für Atomwaffen gewonnen werden.

In Lingen befindet sich eine atomare Brennelementefabrik, die ständig ausgebaut wird, in der Ruine des Lingener Atomkraftwerkes wird radioaktive Molke "entseucht", und vor zwei Jahren ging das Atomkraftwerk Lingen II in Betrieb. In Ahaus befindet sich das sogenannte Brennelemente"zwischen"lager (BEZ). Falls diese Atommülldeponie in Betrieb genommen wird, würde sie automatisch zu einem Endlager werden. In Bad Bentheim ist der Stammsitz der C. Deilmann AG, die an der Uranerzbergbau GmbH massiv beteiligt ist. Diese wiederum ist am Uranabbau beteiligt, und fördert somit den Grundstoff für den Betrieb von Atomkraftwerken. In den Niederlanden werden Salzstöcke gesucht, in denen hochradioaktiver Atommüll für immer und ewig gelagert werden soll. Mögliche Standorte sind auch im hiesigen Grenzgebiet.
Die deutsch-niederländische Grenze hat für uns verschiedene Bedeutung: vor vier Jahren zogen die Atomwolken von Tschernobyl über die Grenze hinweg und bedrohten uns beiderseits der Grenze; höchst gefährliche Uranhexafluoridtransporte rollen über den Grenzübergang Gronau/Glanebrug auf ihren Wegen zwischen Almelo, Hanau, Gronau und den Nordseehäfen; die Atomfirmen arbeiten grenzüberschreitend zusammen, sie sind europaweit und sogar weltweit miteinander verflochten. So hat z.B. die Urenco, die die UAA's in Gronau und Almelo betreibt, auch eine UAA in Großbritannien, eine weitere wird in den USA geplant. Ein weiteres Beispiel: Uran aus Kanada oder Namibia wird in der Euregio angereichert und landet nach langen Transportwegen z.B. in Schweden oder Brasilien. (...)
So sollen jetzt z.B. in der DDR neue Atomkraftwerke gebaut werden. Wir setzten unser klares **NEIN** dagegen, zumal die Atomenergie auch keine Lösung für den Problemkomplex "Treibhauseffekt" darstellt. Den international arbeitenden Atomfirmen wollen wir die grenzenlose Zusammenarbeit der Anti-Atomkraft-Bewegung entgegensetzen.

Wir setzen uns für eine neue Energiepolitik ein und fordern:

- Sofortige Stillegung aller Atomanalgen, weltweit!
- Atomtransporte dürfen uns nicht länger bedrohen - die rollenden Zeitbomben müssen sofort verboten werden!
- Aufhebung aller politischen Gerichtsurteile, die gegen Atomkraftgegner und -gegnerinnen gefällt worden sind! Diejenigen, die für die ständige radioaktive Verseuchung verantwortlich sind, müssen zur Rechenschaft gezogen werden!

Diesen Aufruf unterstützen als ErstunterzeichnerInnen:
Arbeitskreis Umwelt Gronau (AKU); BürgerInneninitiative (BI) gegen Atomkraft Rheine; BI "Kein Atommüll nach Ahaus"; EuKo-Info (Redaktion); Die Löffelente (Redaktion); Naturkostladen "Rund um Natur"/Reine; Lako NRW; Öko-Haufen Dortmund; Atom-Stop Recklinghausen; Anti-Atom-Gruppe Duisburg; Euregio-Konferenz;...

Ablauf der Warnwache:

Beginn: 11.00 Uhr, Grenzübergang Gronau/Glanebrug.
11.55 - 12.05 Uhr: Sperrung der Grenze
Infostände, Kundgebungen, Kulturprogramm etc.

Spendenkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ: 440 100 46), Konto: 31712 - 469, AKU Gronau, c/o. Gertrud Leuders, Stichwort: Tschernobyl.

Kontaktadressen: W. Leuders, Tannenbergstraße 61, 4432 Gronau, Tel.: 02562/24837. W. Neumann, Tel.: 05971/66837 & 12341.

Würgassen: Super-GAU vor dem Wirtschaftsministerium

Seit dem 26.4.1989 (Tschernobyl Jahrestag) wird eines der ältesten AKWs der Bundesrepublik an jedem dritten Samstag bzw. Sonntag für einige Stunden blockiert. Damit wollen Bürgerinitiativen aus der gesamten Region (Göttingen, Kassel, Paderborn, Höxter) auf die nach ihrer Meinung nicht hinnehmbaren Mängel, die diesem AKW in kritischen Gutachten bescheinigt werden, aufmerksam machen. MitarbeiterInnen der Göttinger Initiative zur endgültigen Stillegung des AKWs haben bisher vergeblich versucht, den Leiter der nordrhein-westfälischen Atomaufsichtsbehörde, Herrn Beimann, zu einer öffentlichen Diskussion über sicherheitstechnische Probleme und über rechtliche Fragen des Ausstiegs aus der Atomenergie nach Göttingen zu holen. Kurzentschlossen beendeten sie dieses lange Werben um Gesprächsbereitschaft. In den frühen Morgenstunden des 22.3. konnten die MitarbeiterInnen des nordrheinwestfälischen Wirtschaftsministers Jochimsen den Bau eines Modell-AKWs vor der eigenen Haustür beobachten. Später wurde das in Würgassen real drohende Bersten des Reaktordruckbehälters symbolisiert. Unter Sirenengeheul entstiegen dem AKW-Nachbau gelbe Luftballons und lösten beim Betrachter ein Wechselbad zwischen Heiterkelt über die gelungene Aktion und ernster Nachdenklichkeit aus.

In den nachfolgenden Gesprächen, zu dem eine Abordnung der Demonstrationsteilnehmer in das Ministerium geladen worden war, stellten sich die Leiter der Atomaufsichtsbehörde und weitere 6 Mitarbeiter den Fragen ihrer Kritiker. Sicherheitstechnische und rechtliche Fragen bildeten den Schwerpunkt der etwa zweistündigen Diskussion. Dabei gingen die Kritiker davon aus, daß Minister Jochimsen über einen größeren Spielraum für eine endgültige Stillegung des AKWs aufgrund des Atomgesetzes verfüge als er durch seine Handlungsweise erkennen lasse. Leiter und Mitarbeiter der Atomaufsichtsbehörde betonten hingegen, daß dringend ein Abwicklungsgesetz, das die Modalitäten eines Ausstieges aus der Kernenergie regele, geschaffen werden müsse. Hierzu habe die Landesregierung im Bundesrat eine Gesetzesinitiative eingebracht. Bisher gelte, daß Bundesumweltminister Töpfer in die Befugnisse des Landesministers eingreifen könne.

Immerhin wertet es die Göttinger Bürgerinitiative als einen Erfolg, daß in absehbarer Zeit in Höxter eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zu den nach wie vor offenen Fragen unter Beteiligung der Atomaufsichtsbehörde stattfinden soll.

Hatte die Aktion mit lautem Gepolter von 25 Fässern, die vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt zum Wirtschaftsministerium gerollt worden waren (Symbole für die nicht gelöste Atommüllproblematik, Transporte von Atommüll und der nicht gelösten Frage der Endlagerung) begonnen, so endete sie in eher leisen Tönen und Zeichen. Neben den 4 RednerInnen, die auf dem Vorplatz des Wirtschaftsministeriums die unterschiedlichsten Probleme atomarer Energieversorgung angesprochen hatten, trug der Göttinger Schriftsteller Karl Gebauer einige seiner kritischen Gedichte vor und überreichte am Schluß dem Leiter der Atomaufsichtsbehörde zwei seiner Plakate, mit denen er besonders auf die Gefahren, die vom AKW Würgassen für die gesamte Region ausgehen, hinweist.

BI Gewaltfreie Blockaden am AKW Würgssen

Schwarzes Brett

1. Mai Autonomietreffen Paris

Ein Internationales Treffen soll es da in Paris geben, wo so alles diskutiert werden soll, was die jüngsten Entwicklungen so hergeben, Demo, Feier und Kultur sollen auch dabei sein. Also: Mit dem Taxi nach Paris. Näheres bei: Iris, La Lezarde, Contre u.a., La Lezarde, BP 161, 75966 Paris cedex 20, Frankreich, Tel. (1) 42.72.0455, sonntags 18-20 Uhr.

***

Wunder Punkte Wendland

Kulturelle Landpartie, jede Menge Veranstaltungen, Kulturelles etc. übers ganze Wandland verstreut, zwischen Himmelfahrt und Pfingsten, wirklich ein Superprogramm mit tollen Ideen, auch zum Jubiläum der Republik Freies Wendland. Kontakt: Werkhof Kukate, Kukate zwei, 3131 Waddewitz, Tel. 05849-468.

***

Kein Friede mit den Banken

Das neue Prozeß-Info dieses Namens mit Infos zum Prozeß um den Brandanschlag auf die Börse gegen Gabi, Sven, Stephan und Sigrid ist da und kann bezogen werden über Prozeßinfo / Prozeßgruppe, c/o Zentrum, Hinter der schönen Aussicht 11a in 6000 Frankfurt / M. 1

***

Straßenmedizin

Dieses Zentralorgan des Chaotengenesungswerks, wie es sich selbst nennt, liegt nun in der 35. Ausgabe vom März 90 vor. Es ist das Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen, kostet 6 Märker West und kann bestellt werden über die BUU, Hohenesch 63 (Hinterhaus) in 2 Hamburg 50.

***

Öko-Achse Freiburg-Moskau

Am 26.4. jährt sich zum 4. Mal der Supergau von Tschernobyl. Aus diesem Anlaß wird an diesem Tag die Verbindung für den computergestützten Austausch von ökologierelevanten Daten zwischen Moskau und Freiburg aufgenommen. Zu diesem Ereignis werden in Freiburg Vertreter der kooperierenden Sowjetischen Akademie der Wissenschaften und der sowjetischen Grünen Bewegung erwartet, die bereits den ersten Teil einer Datenbank im Gepäck haben. Nähere Infos zu diesem Projekt beim Freiburger Ökoinstitut, Stephan Kohler, Gerd Deininger, Binzengrün 34a, 78 Freiburg, Tel. 0761-473031.

***

Neapel muß unser bleiben.
Deutschland in den Grenzen von 1228!

Diesen Aufkleber gibt's ab sofort bei: Verlag Die Werkstatt, Lotzestr. 24a, 3400 Göttingen. Er ist zweifarbig rot-schwarz, Preis 1,—, ab 10 Stück 30% Rabatt.

Verstärkt Atomenergie den Treibhauseffekt?

Die Diskussion um eine drohende Klimakatastrophe wird von der Atommafia gerne dazu benutzt, Atomenergie als „umweltfreundliche" Alternative zu Kohlekraftwerken darzustellen. In der letzten atom haben wir uns mit dieser Propaganda kritisch auseinandergesetzt. Ein zusätzliches, neues Argument ist jetzt vom ökologischen Forschungsinstitut Kollert & Donderer (Bremen) in die Diskussion gebracht worden. Im Rahmen des Enquêteberichts der Klima-Kommission des Bundestages wiesen sie auf mögliche klimatische Folgen der Atomenergie-Nutzung hin. Vor allem durch den Betrieb von Wiederaufarbeitungsanlagen werde das radioaktive Edelgas Krypton 85 freigesetzt, was langfristig „zu einem kernenergiespezifischen Treibhauseffekt" führen könne. Genaue Prognosen wagen die Autoren angesichts des noch zu geringen Kenntnisstandes über mögliche Effekte eines erhöhten Strahlenpegels in der Atmosphäre nicht, aber: „In jedem Fall bedeutet eine zunehmende Freisetzung von Krypton-85 ein Experiment mit der Atmosphäre in globalem Maßstab."

Im folgenden drucken wir eine Zusammenfassung des Enquêteberichtes in (durch uns) gekürzter Form ab. Fortgelassen wurde insbesondere der wichtige Teil über luftchemische Wirkungen der Krypton-Emissionen. Der vollständige Beitrag ist ab Mai als Teil des Enquêteberichtes über die Pressestelle des Bundestages erhältlich.

Krypton 85 – Risikofaktor für die Atmosphäre

Krypton ist ein radioaktives Edelgas, das bei der Atomkernspaltung erzeugt und besonders in Wiederaufarbeitungsanlagen freigesetzt wird. Es ist hinsichtlich der Bestrahlung der Luft das bedeutendste Radionuklid anthropogener Herkunft. Andere radioaktive Edelgase wirken wegen ihrer kurzen Halbwertszeiten nur in der Umgebung von Reaktoren.

Krypton-85 geht in der Atmosphäre keine chemischen Verbindungen ein. In den Meeren löst es sich nur gering, etwa 15mal weniger als CO_2. Deshalb bleibt es in der Atmosphäre solange präsent, bis es radioaktiv zerfallen ist. Von einer vorhandenen Menge an Krypton-85 zerfällt pro Jahr 6,24%, innerhalb von 100 Jahren geht die Ausgangsmenge auf etwa 1 Promille zurück, sofern nichts nachgeliefert wird.

Zum ersten Mal wurde Krypton-85 in größeren Mengen freigesetzt bei den Serien der Atomtestexplosionen zwischen 1956 und 1963. Das damals emittierte Krypton-85 macht heute jedoch nur etwa 0,5% der in der Atmosphäre vorhandenen Krypton-85-Menge aus. Der „Löwenanteil" stammt aus der kontrollierten Kernspaltung in Reaktoren. Freigesetzt wird Krypton-85, das zunächst im abgebrannten Brennstoff enthalten ist, im wesentlichen bei der nuklearen Wiederaufarbeitung. Bis Mitte der 60er Jahre waren die amerikanischen und sowjetischen Wiederaufarbeitungsanlagen zur Gewinnung von Waffen-Plutonium die Haupt-

quelle von Krypton-85. Im Zuge des damaligen atomaren Wettrüstens wurde sogar der Krypton-85-Gehalt der Atmosphäre als Indikator für stattgefundene Wiederaufarbeitungsaktivität benutzt, d.h. man schloß daraus auf die Plutoniumsproduktion beim Gegner.

Ab der zweiten Hälfte der 60er Jahre machte sich zusätzlich die Emission der kommerziellen britischen Wiederaufarbeitungsanlage Windscale, ab Mitte der 70er Jahre die der französischen Anlage am Cap de la Hague bemerkbar. Diese beiden Anlagen sind in Europa neben der russischen Anlage bei Kyshtym im Südural nach wie vor die Hauptquellen. Mehr als 99,9% des heutigen Krypton-85 in der Atmosphäre stammt aus Wiederaufarbeitungsanlagen.

Krypton wird aus Wiederaufarbeitungsanlagen nicht gleichmäßig, sondern als ein- bis zweistündige Emissionsspitze („Spike") emittiert. Dementsprechend registrieren die europäischen Meßstellen Schwaden von Krypton-85, deren typische Durchzugsdauer einen halben Tag beträgt. Die Konzentration der Schwaden erreicht zur Zeit ein mehrfaches des Grundpegels an Krypton-85. Innerhalb von ein bis zwei Jahren verteilt sich freigesetztes Krypton-85 in der gesamten Atmosphäre, auch in vertikaler Richtung.

Der Krypton-85-Grundpegel der Luft beträgt zur Zeit 1 Becquerel pro Kubikmeter, das Gesamtinventar der Atmosphäre etwa 3.300 Peta-Becquerel (1 PBq = 1015 Bq). Dies entspricht einer Gasmasse von 230 kg und einem Volumen von 60 m^3 reinem Krypton-85 (bei Normalbedingungen).

Krypton-85 ist ein Beta-Strahler mit einer mittleren Energie von 250 Kiloelektronenvolt. Seine Strahlung hat in Luft eine maximale Reichweite von 1,8 m, in menschlichem Gewebe von 2,2 mm. Nach Einatmung reichert es sich im Körper nur wenig an. Deshalb ist sein strahlenbiologisches Risiko vergleichsweise gering. Das Risiko von Krypton-85 im Hinblick auf luftelektrische und luftchemische Wirkungen in der Atmosphäre ist bislang kaum betrachtet worden.

Luftelektrische Wirkungen

Radioaktive Strahlung ionisiert die Luft, erzeugt aus den Molekülen negative und positive Ionen und macht damit die Luft leitend. Dies ist der luftelektrische Aspekt der „ionisierenden Strahlung" von Krypton-85 in der Atmosphäre.

Der natürliche Ionengehalt und die natürliche Leitfähigkeit der Luft entsteht im wesentlichen durch die natürliche Radioaktivität. In der Atmosphäre fließt ein elektrischer Strom in senkrechter Richtung. Bei schönem Wetter beträgt seine globale Stärke etwa 1000 Ampère. Der Strom fließt zwischen Ionosphäre (jenseits von 70 km Höhe) und Erde über einen globalen Widerstand der Luftsäule von etwa 230 Ohm ab. Die Spannung zwischen Ionosphäre und Erde beträgt im Durchschnitt etwa 240.000 Volt. Das entsprechende elektrische Feld hat eine mittlere Stärke von etwa 100 Volt pro Meter, dieser Wert ist mitsamt seinen Schwankungen wenigstens seit einigen Jahrzehnten im globalen Maßstab konstant geblieben.

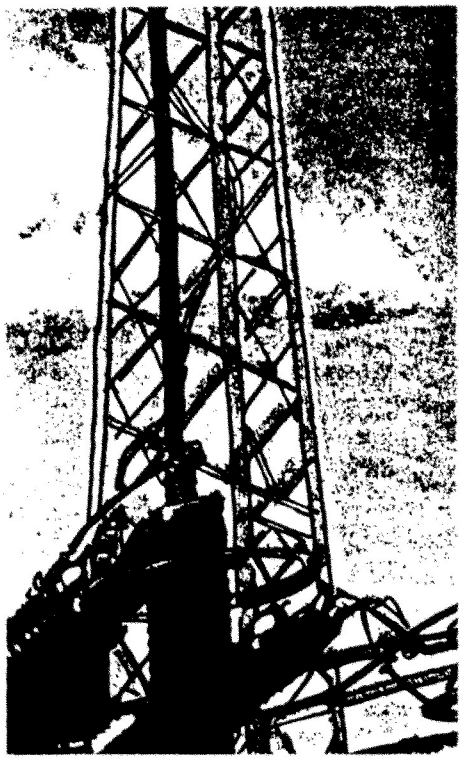
Das elektrische Feld zwischen Ionosphäre und Erde würde binnen kurzem zusammenbrechen, wenn nicht ein globaler „Lademechanismus" – ein Spannungsgenerator existierte. Nach der gängigen Theorie besteht dieser Generator aus der weltweiten Gewitteraktivität. Pro Tag finden weltweit etwa 50.000 Gewitter statt, die meisten davon in den Tropen. Die Erdblitze aus den Gewitterwolken laden die Erde gegenüber der Ionosphäre auf.

Freilandmessungen haben gezeigt, daß Schwankungen der natürlichen Radioaktivität sich auf die lokale Feldstärke auswirken. In Schweden hat man nach dem radioaktiven Fallout aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl eine signifikante Zunahme der Blitzhäufigkeit über kontaminiertem Gebiet festgestellt. Was ein gestiegener Pegel an Krypton-85 für die globale Elektrizität der Atmosphäre bedeuten könnte, läßt sich anhand einer Modellrechnung abschätzen. Demnach könnte eine Zunahme auf 60 Bq/m^3 Krypton-85 die Luftleitfähigkeit über der Meeres- und Polarregion so weit vergrößern, daß der globale Widerstand der Atmosphäre sowie die globale elektrische Feldstärke um etwa 10% abnehmen. Folgen dieser merklichen Änderung des globalen elektrischen Stromkreises könnten sein:

★ Veränderungen im Verhältnis der verschiedenen Aggregatszustände von Wasser in der Atmosphäre (Dampf, Flüssigwasser, Eiskristalle) mit ungewissen Folgen auf Wetter und Klima.

★ Eine globale Zunahme der Blitzhäufigkeit und/oder der Blitzstärke, eine entsprechende Zunahme von Unwettern, eventuell auch von Waldbränden, besonders in den Tropen.

★ Ein gebremstes Wachstum der Wolkenwassertröpfchen, was eine Verringerung von Niederschlägen und damit eine Zunahme der Verweildauer und Konzentration von Wasserdampf in der Atmosphäre bedeutet.



★ Unmittelbare Wirkungen auf das menschliche Wohlbefinden durch Abnahme der Schönwetterfeldstärke (Wetterfühligkeit, Föhnkrankheit, Depressionen).

Darüberhinaus bedeutet eine Zunahme von Ionen in der Luft eine Zunahme von Kondensationskernen. Dies könnte ebenfalls zu einer verstärkten Bindung von Wasserdampf und damit zu einer Verringerung von Niederschlägen und zu einer Erhöhung des Wasserdampfgehalts in der Atmosphäre führen.

Prognose

Aus Weltenergieprognosen, die von einem globalen Ausbau der Atomkernenergie ausgehen, läßt sich das zukünftige Weltinventar an Krypton-85 berechnen. Es ergibt sich, daß eine luftelektrisch kritische Konzentration von 60 Bq/m^3 sich nach der Energieprognose der Weltenergiekonferenz von 1986 (FUSER) spätestens im Jahr 2050 einstellen wird. Auch nach den Vorgaben einer neuen Weltenergiestudie von W. Häfele, Kernforschungsanlage Jülich, stellt sich diese Krypton-85-Konzentration noch vor 2050 ein.

Bei der Berechnung des Krypton-85-Pegels wurde angenommen, daß der anfallende abgebrannte Kernbrennstoff zur Gewinnung von Plutoniumbrennstoff vollständig wiederaufgearbeitet wird. Dabei wurde eine Rückhaltung von Krypton-85 in den Wiederaufarbeitungsanlagen nicht unterstellt. Daß eine solche innerhalb der kommenden Jahrzehnte weltweit realisiert wird, ist fraglich angesichts der noch offenen technischen Probleme bei der Rückhaltung im industriellen Dauer- und Großeinsatz, sowie bei der Konditionierung und Endlagerung von Krypton-85.

Ein weltweiter Ausbau der Kernenergie in der gegenwärtig diskutierten Größenordnung würde die Kontamination der Atmosphäre mit Krypton-85 spätestens in der Mitte des nächsten Jahrhunderts (in 60 Jahren) auf einen voraussichtlich kritischen Wert bringen. Eine merkliche Abnahme der globalen elektrischen Feldstärke sowie eine Zunahme von Kondensationskernen könnten über einen veränderten Wasserdampfhaushalt zu einem kernspezifischen Treibhauseffekt führen.

Auch kann derzeit nicht ausgeschlossen werden, daß bereits ein Anstieg der Luftionisation über der Meeres- und Polarregion um etwa 10% – entsprechend einem Krypton-85-Pegel von etwas mehr als 10 Bq/m^3 – das luftelektrische System merklich beeinflußt. Eine Gleichgewichtskonzentration von 10 Bq/m^3 Krypton-85 würde sich bei einer vollständigen und fortlaufenden Wiederaufarbeitung des abgebrannten Brennstoffes einstellen, der bei der gegenwärtigen Kernenergieleistung weltweit produziert wird.

Der Kenntnisstand zu den gesamten möglichen Effekten eines erhöhten Strahlenpegels in der Atmosphäre ist derzeit noch sehr gering. In jedem Fall bedeutet eine zunehmende Freisetzung von Krypton-85 ein Experiment mit der Atmosphäre in globalem Ausmaß.

Im Rückwärtsgang durch's Ziel

Foto: Bernd Morell

Die Krümmel-Blockade

Die Gleise, die vom AKW Krümmel zunächst ins benachbarte Bergedorf weisen und dann weiter zur entfernteren Wiederaufarbeitungsanlage von La Hague, haben durchaus Weltniveau. Sie verlaufen einigermaßen parallel.

Die allermeisten Schwellen sind noch da, und nur die wenigsten können mit bloßer Hand herausgenommen werden. Auch die übergroße Zahl der Schrauben macht einen mit den entsprechenden Löchern festverwurzelten Eindruck. Bisweilen drängt sich zwar der Verdacht auf, sie aus dem Gewinde einfach herauspusten zu können, doch sind dies Randerscheinungen. Unkraut, Moos und andere Unwägbarkeiten der Natur überwuchern keineswegs durchgehend die Strecke, sie ist vielmehr als solche zum großen Teil noch erkennbar. In anderen Worten: Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß der für Anfang Februar geplante Atomtransport heil durchgekommen wäre.
Diese - einige werden sagen gewagte - Prognose kann nun nicht mehr überprüft werden. Der Atomtransport blieb im Planungsstadium und damit im AKW stecken.

Als nämlich pünktlich zur Mittagspause am Montag, den 5. Februar 1990 die Lokomotive heranrauschte, um im AKW einen bestimmten Güterwaggon abzuholen, tat sich eine unüberwindbare Hürde auf: der auch sonst gemeinnützigen Zwecken dienende Doppeldeckerbus von ROBIN WOOD. Unerschütterlich stand er da auf den Gleisen, unmittelbar vor dem Tor zum AKW, Lok von Fracht trennend. Die eigens herbeigeeilte uniformierte Ordnungsmacht wird diese Fakten bestätigen können. Letztendlich dürften auch Luftaufnahmen existieren, jedenfalls demonstrierten zwei unaufhörlich kreisende Hubschrauber ihre Solidarität. Auch der Bürgermeister von Geesthacht, Herr Walter von der SPD, in dessen Zuständigkeitsbereich das AKW Krümmel fällt (räumlich gesehen), besuchte erstmalig die DemonstrantInnen, zunächst allerdings unmittelbare Nähe zum gemeinnützigen Bus meidend. Gen Nachmittag dann war der Informationshunger von uniformierten und nicht-uniformierten Offiziellen gestillt. Die AktivistInnen von ROBIN WOOD und drei örtlichen Bürgerinitiativen konnten unter sich den weiteren Verlauf der Dinge ausmachen. Infolgedessen wurde die Übernachtung vor Ort vorbereitet.

Der eingekernte Frieden trog jedoch. Kurz nach Sonnenuntergang - vorübergehend zählte die Busbesatzung nur vier Personen - tauchten drei PKW-Ladungen deutsch aussehender Schläger auf. Zwei Blockierer wurden tätlich angegriffen. Der eine erntete ein blaues Auge, der andere einen gebrochenen Finger. Die Schläger zogen ab, als sie sahen, daß vom Bus aus, der mit Funktelefon ausgestattet war, telefoniert wurde. Wie die Polizei später mitteilte, schlug die Gang wenig später in einem nahegelegenen Grill zwei türkische Mitbürger krankenhausreif. Vier Verhaftungen wurden vorgenommen. Deutschland Anfang 1990! Die niedergeschlagene Stimmung besserte sich erst wieder, als reichlich Verstärkung aus Hamburg angekommen war.

Das war der Montag. Der Dienstag brachte die Nachricht, die HEW, also die Eigner des AKW Krümmel, hätten Antrag auf Räumung gestellt. Gleichzeitig sickerte durch, daß die Transportgenehmigung für die 32 Brennstäbe sowie der "TÜV" des Transportbehälters (Typ TN-1200) am 15. Februar 1990 ablaufen würden. Intensive Recherchen ergaben, daß der Bus sozusagen auf einem Knäuel von Zuständigkeiten stand: Das AKW untersteht den HEW und darüber hinaus der Landesregierung von Schleswig-Holstein; dort sinnigerweise zuständig dem Sozialministerium. Die monierten Gleise stehen unter der Aufsicht der Stadt Geesthacht

und des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums in Kiel. Für den Transport als solchen wiederum ist das Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter sowie der "Nuclear Cargo Service" der Bundesbahn zuständig.

Nachdem aus Kiel und Geesthacht mitgeteilt wurde, daß an einer gewaltsamen Lösung kein Interesse bestehe, rückte der Räumungsantrag der HEW in den Mittelpunkt der Diskussion. Es wurde befürchtet, daß eine Räumung unter Hinweis auf die von den HEW geschaffenen "Sachzwänge" erfolgen könnte. In dieser Situation beschlossen die BlockiererInnen, den lästigen HEW-Antrag aus der Welt zu schaffen und den Politikern die volle Verantwortung aufzubürden. Der Bus wurde ca. 100 Meter rückwärts gesetzt. Dort stand er zwar immer noch auf einschlägigen Gleisen, aber nicht mehr auf HEW-Gebiet! Nun war die Stadt Geesthacht samt ihrem Bürgermeister am Zug!

Das unmittelbare Ergebnis dieses Manövers bestand zunächst darin, daß Besuch von der Landesregierung aus Kiel des abends eintraf. Herr Gustav Sauer vom Sozial-Ministerium wußte dann auch gleich für alle Beteiligten Überaschendes zu berichten. Bei fortschreitender Blockade sei eine Rückführung der abgebrannten Brennelemente in das Abklingbecken des Atomkraftwerks nur dann möglich, wenn reichlich "Dreck" inkauf genommen würde. Der Temperaturunterschied zwischen den abgebrannten Brennstäben einerseits und dem Kühlwasser andererseits führe zu chemischen Reaktionen, bei denen eine verhältnismäßig hohe Radioaktivität freigesetzt würde. Eine Rücklagerung der Brennelemente sei mithin nur unter Umgehung des Minimierungsgebotes der Strahlenschutzverordnung möglich. Dies sei jedenfalls so lange der Fall, wie das AKW Krümmel nicht mit einer entsprechenden modernen Rückführungstechnologie ausgestattet sei.

Auf Fragen der verdutzten BlockiererInnen, was denn passiert wäre, wenn anstatt des ROBIN WOOD-Busses ein anderes - jederzeit mögliches - Hindernis den Transport verhindert hätte, wußte auch Herr Sauer bei gegebenem Stand der Technik keine zufriedenstellende Antwort.

Da kann man/frau nur sagen: "Atomkraft - nein Danke!".

Am Mittwoch morgen folgte dann Herr Walter recht bereitwillig einer Einladung zum Kaffee im Bus. Sichtlich übermüdet sagte er umgehend eine gemeinsame Streckenbegehung zu. Auch sollten die Mängel der Gleisanlage sofort behoben werden - trotz der von etlichen Gutachtern bescheinigten "Betriebssicherheit". Dies sei sein politisches "Entgegenkommen".

Das "Entgegenkommen" entpuppte sich am Donnerstag morgen als schlichte Verpflichtung. Die Begehung unter Beteiligung von ROBIN WOOD ergab nämlich nicht nur eine Bestätigung bereits bekannter Mängel, sondern darüber hinaus, daß die Strecke im Stadtgebiet schlichtweg vorschriftswidrig ist. Auf 1620 von gut 4000 Metern ist der Abstand der Gleise zueinander zu gering! Ein dummer Umstand für diejenigen, die sonst für die Einhaltung von "Vorschriften" stets bereit sind auf die Barrikaden zu gehen. Und seien es eben Dienstvorschriften der Bundesbahn.

Der Freitag brachte dann mehrere Appelle, den Bus doch bitte wegzufahren. Der Bürgermeister tat, was er konnte. Mal bat er, mal forderte er ein "letztes Mal" auf. Als schließlich die Blockademenschen den geschilderten Bemühungen die Erkenntnis beisteuerten, daß - unabhängig vom Bus - die Menschen auf jeden Fall dazubleiben entschlossen seien, verschwanden die Herrschaften auf Nimmerwiedersehen.

Am Sonntag letztendlich fand ein volksartiger Tanztee statt, mit Life-Musik und allem Drum und Dran. Der Strom wurde direkt vom Info-Zentrum des AKW abgezwackt. Es stellte sich als richtig heraus, daß der Strom aus der Steckdose kommt. Ebenso wahr ist, daß der ROBIN WOOD-Bus am Sonntag abend abgezogen wurde. Wahr ist weiterhin, daß an seiner statt ein von Greenpeace zur Verfügung gestelltes Indianerzelt samt Insassen Einzug hielt. Das Zelt stand bis Montag. Dann wurde die Strecke stillgelegt, bis auf weiteres. Und wo die Landesregierung schon mal dabei war, legte sie auch die Strecke zum AKW Brunsbüttel vorläufig still. Die längste Atomtransport-Blockade in der Geschichte der BRD wird nun amtlicherseits fortgesetzt!

Mathias Kock

Foto: Bernd Morell

All Tied GODEn WIND

Nimm mich mit, Kapitän, auf die Reise....

Nach einer Pause und einer längeren Afrikareise für Sloman Neptun ist sie nun wieder regelmäßiger Kunde im Hamburger Hafen: Die GODEWIND.

60-70 Polizisten mußten am 1. März zwei LKWs im Hamburger Hafen sichern, damit deren Verladung auf die M/S "Godewind" erfolgen konnte. Rund 40 AtomkraftgegnerInnen hatten sich um 23 Uhr auf dem Gelände der HHLA eingefunden, um den Export von 32 frischen Brennelementen für das Atomkraftwerk "TVO Olkiluoto" in Finnland zu verhindern. Die Brennstäbe stammten aus dem Siemens-Werk im bayerischen Karlstein. Aus einer Blockade wurde jedoch nichts, da die beiden strahlenden LKWs der Spedition Thomsen bereits vor 22 Uhr auf dem HHLA-Gelände eingetroffen waren und unter Polizeischutz auf dem Roll on/Roll off Anleger auf die Ankunft der Godewind warteten. Die Polizei hinderte selbst die anwesenden PressevertreterInnen am Betreten des Anlegers.

Bereits am 13. und 21. Februar war die Godewind mit gleicher Ladung im Hamburger Hafen zu Gast.

Im vergangenen Jahr haben die AtomkraftgegnerInnen die Godewind bereits viermal erfolgreich blockiert. Selbst Umweltsenator Jörg Kuhbier (SPD) hat inzwischen die Atomtransporte mit der Godewind als "unnötig" kritisiert. Denn während zum Beispiel die Siemens-Brennelemente Fabriken frische Brennelemente nach Schweden verkaufen, transportiert die schwedische Brennelemente-Fabrik der Asea Brown Bovery (ABB) frische Brennstäbe zu bundesdeutschen Atomkraftwerken. Statt sicherheitsrelevanter Gesichtspunkte spielten lediglich wirtschaftliche Gründe eine Rolle.

Neuerdings ist nicht mehr Siemens, sondern die Deutsche Bundesbahn Inhaber der vom Bundesamt für Strahlenschutz erteilten Genehmigungen für Godewind-Transporte. An der Transport-Abwicklung hat sich jedoch nichts geändert. Obwohl die Bundesbahn mit dem Motto "Gefährliche Güter gehören auf die Bahn" hausieren geht, läßt sie radioaktive Gefahrengüter weiterhin mit Straßentransporten durch die Bundesrepublik rollen.

Für die Godewind liegen bereits Genehmigungen für Lieferungen von frischen Brennelementen nach Schweden (Ringhals und Oskarshamm)vor, die vermutlich in den nächsten Monaten stattfinden werden.

Dirk Seifert, Hamburg

Alle sind traurig

US-Atombombenmüll noch nicht in die Asse

Ende letzten Jahres war bekannt geworden, daß das Bundesministerium für Forschung und Technolgie (BMFT) für runde 40 Millionen DM bereits 1984 in den USA Atommüll eingekauft hat, um mit diesem in der Asse bei Salzgitter Endlagerversuche durchzuführen. Sinn und Zweck soll es sein, in einem fünf Jahre dauernden Versuch, die Reaktionen von Salz auf radioaktive Bestrahlung zu testen, um dann Aussagen für die Eignung von Salz als Endlagermedium machen zu können. Ein wahrhaft kühnes Unternehmen.

Im Vergleich zu westeuropäischem Atommüll strahlen die in Glas verpackten Abfälle aus der USA doppelt so hoch. Sie wurden bei den Battelle Pacific North-West Laboratories (PNL) in Hanford im US-Staat Washington eingekauft. Mit dem Kaufvertrag wurde auch eine Zusammenarbeit über die Endlagerforschung vereinbart.

Über das Zustandekommen des Kaufvertrages berichtete Klaus Kuhn, Mitarbeiter bei der GSF in Braunschweig jüngst während eines Vortrages: Im Jahre 1982 unterhielt sich Kuhn in der Pause einer Tagung in Las Vegas im "sonnenüberfluteten Innenhof" des "Silver Slipper Hotel" mit Al Platt und Jack McElroy von den Northwest Laboratories über die Möglichkeit, an hochaktiven Abfall zu kommen. Wie es im Leben nun mal so geht, wurde hier, so Kuhn, die Idee geboren, die gewünschten Stoffe bei den Northwest Laboratories in Hanford herstellen zu lassen. Zwei Jahre später, 1984, war der Vertrag perfekt.

Die Geschichte von 30 und 2 Kokillen

Bisher wurde immer von 30 Versuchsquellen mit einer Masse von jeweils 150 kg ausgegangen. Die Bonner Grünen Heinz Laing und Lilo Wollny, beide gerade von einer Reise durch die USA zurückgekehrt, berichten jedoch, daß insgesamt 32 Glaskokillen von der Bundesregierung gekauft wurden. Diese zwei zusätzlichen Gebinde sind erst nachträglich in den Vertrag mit den US-Department of Energy (USDOE) eingegangen.

Ein Sprecher des BMFT, Rainer Jansen, bestätigte dies. Die zwei zusätzlichen Kokillen seien als "Vorlaufkokillen" zu betrachten, mit denen versucht werden sollte, ob die vom BMFT geforderten Qualitäten in den USA tatsächlich erreichbar seien. Diese beiden Atommüllpäckchen sollen nach Angaben des BMFT in die Kernforschungsanlage nach Jülich gehen, wo untersucht wird, wie sich das Glas als Verpakkungsmaterial für den hochaktiven Abfall verhält.

Und das Zeug hat es in sich: Die 30 Versuchsquellen für die Asse mit einer Masse von jeweils 150 kg enthalten 62 kg Cäsium 137, 28 kg Strontium 90, 79 kg Thorium 232 und immerhin noch 40 Gramm Plutonium 239 sowie weitere Radionuklide. Während der Einlagerung in der Asse sollen diese Versuchsquellen das Salz auf 250 ° Celsius erhitzen. Nach Angaben des BMFT soll die Intensität des hochaktiven Abfall nach lediglich 200 Jahren auf ein Prozent abgeklungen sein. Dies bezieht sich jedoch nur auf den Cäsium-Anteil. Das Plutonium 239 beispielsweise hat eine Halbwertzeit von 2,41111 * 104 Jahre, das macht also runde 24000 Jahre, bis es zur Hälfte seiner Intensität abgeklungen ist.

Der Rechtsweg wird abgesteckt

Nachdem den Verantwortlichen in Bonn lange Zeit unklar war, auf welcher rechtlichen Grundlage diese Stoffe überhaupt in die BRD transportiert und in der Asse eingelagert werden können, kommt nun langsam etwas Licht in den juristischen Wald. Der Transport aus den USA bedarf der Genehmigung nach §4 des Atomgesetzes (ATG, diese Entscheidung bedeutet nach Angaben des BMFT auch, daß die Stoffe nicht als Abfall, sondern als Wirtschaftsgut betrachtet werden müssen.).

Am 12. März 1990 hat der Oberkreisdirektor Koneffke in Wolfenbüttel eine Genehmigung der Endlagerversuche in der Asse nach § 9 Atomgesetz in Aussicht gestellt. Nach seinen Aussagen wird diese in absehbarer Zeit vom niedersächsischen Wirtschaftsminister Hirche erteilt werden. Bis Ostern solle auch geklärt sein, wo die hochaktiven Abfälle verbleiben, falls aus technischen Gründen ein vorzeitiger Abbruch der Versuche erfolgen muß. Vorgesehen ist entweder die Zwischenlagerung in Gorleben oder eine andere Möglichkeit "im In- oder Ausland".

Und was die Entsorgung angeht: Das BMFT will das Zeug ins Transportbehälterlager in Gorleben verfrachten, bis zu irgendeinem fernen Tag, an dem es ein taugliches Endlager gegen soll. (Mit anderen Worten: der Versuch in der Asse darf gar nicht zu dem Ergebniss führen, das Salz zur Endlagerung nichts taugt. Ins TBL Gorleben sollen übrigens auch die verglasten Abfälle aus der Wiederaufarbeitung aus Frankreich und England, die ab 1993 bzw. 1994 von der BRD zurückgenommen werden müssen.)

Endlagerung at its best

Nur hat auch dieser Plan einen kleinen Hacken. Denn zum ersten ist das Lager in Gorleben zwar seit Jahren fertiggestellt, aber bis heute aufgrund erfolgreicher Klagen der BI Lüchow-Dannenberg nicht in Betrieb. Zum zweiten muß der bestehende Genehmigungsantrag des Betreibers (DWK) für die Zwischenlagerung von high-active-waste (HAW)-Gebinden aus der Wiederaufarbeitung bundesdeutscher "Kern"brennstoffe für die Aufnahme der Versuchsquellen erst noch erweitert werden. "Die Vorbereitungen dazu werden derzeit getroffen", heißt es dazu aus Bonn lakonisch. Na prima!

Pikant ist auch die kleine Nebensächlichkeit, daß selbst die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) die Asse II für ein Endlager für hochaktive Abfälle als untauglich bezeichnet hat. Wieso man dann gerade in einem untauglichen Salzbergwerk Untersuchungen für ein taugliches Endlager machen kann, soll dahin gestellt bleiben.

Das es um die Asse II auch sonst nicht zum Besten bestellt ist, pfeifen die Spatzen bereits seit Jahren aus den Bergwerksstollen. Um die Gefahr des Einstürzens einzelner Stollen im Salzbergwerk zu verhindern, hat die Bundesregierung 1986 unterhalb von 511 Meter tiefe diese auffüllen lassen, damit die rund 1500 Fässer mit mittelaktiven Atommüll, die in dieser Tiefe lagern, nicht nach unten durchfallen können. Und das ganz schlimme Zungen immer wieder die Möglichkeit eines Wassereinbruchs herbeizureden versuchen, läßt die Bundesregierung kalt. Daß vor einigen Jahren die benachbarte Asse I schlichtweg abgesoffen ist, ist zwar schlimm oder vielleicht auch nur ärgerlich,

aber das beweist im Grunde ja gar nichts. Also, - keine Aufregung. Wozu auch. Denn von den bereits in der Asse II "versuchsweise nicht rückholbar" eingelagerten Atomabfällen ist der überwiegende Teil, so knappe 124.497 Fässer sowieso nur leichtaktiv strahlend. Dann muß das Zeug eben schwimmen lernen.

Da sollte man sich auch nicht verunsichern lassen, wenn die Bundesregierung die Salzformationen in der Asse mit der in Gorleben für vergleichbar hält. In Gorleben - für die, die es nicht mehr wissen oder noch nie davon gehört haben - gräbt die Bundesregierung u.a. ganz tiefe Löcher in die Erde, um den Salzstock auf seine Eignung für ein Endlager für hochradioaktive Atomabfälle zu prüfen. Das heißt, - geprüft wird eigentlich nicht. Da wird gebaut - komme

was da wolle. Oder sollte man sich bei der Suche nach einer ewigen Lösung für die strahlenden Abfälle von plumpen tagesereignissen beeinflußen lassen? Das vor einigen Jahren einige tonnenschwere Stahlringe aufgrund des hohen Drucks am Bohrloch abstürzten, dabei einen Arbeiter töteten und einige schwer verletzten, hat die Betreiber zwar menschlich erschüttert. Doch die Verantwortung - oder sollte man sagen, die Erwartung, die auf ihnen lastet, haben sie für keine Sekunde vergessen.
Und weil es immer wieder erhebend ist, wenn die Bundesregierung in wohlformulierten Sätzen spricht und der Autor schon immer ein besonderes Interesse am deutschen Untergrund hatte, wollen wir sie selbst zu Worte kommen lassen: "Die Salzformationen der ASSE sind ein

typisches Beispiel norddeutscher Salzaufwölbungen. Daher repräsentiert die ASSE in ihrer Entstehungsgeschichte, Salzzusammensetzung und Gesteinschichtenfolge auch den Salzstock Gorleben." Ja, so ist das. Der Salzstock Asse repräsentiert! Einfach toll.

Bitte notieren sie folgendes:

Fassen wir also erstmal zusammen: 1. Der Salzstock in der Asse ist für ein Endlager für hochaktive Abfälle nicht geeignet, sagt der Betreiber. 2. werden Endlagerversuche in der Asse durchgeführt, sagt das BMFT. 3. sollen die Versuche Rückschlüsse für ein Endlager in Gorleben erlauben, sagen die Verantwortlichen 4. repräsendiert die Asse den Gorlebener Salzstock, meint die Regierung. 5. Das versteh nun wer will, sage ich!

Reisevorbereitungen

Doch nach diesem kleinen Ausflug nun zurück zu den Eingangs erwähnten Transporten. Nach Angaben des BMFT werden die Transportbehälter "Modifikationen bereits vorhandener und zugelassener Behälterkonstruktionen" sein. Etwas genauer? Also, der Transport der Versuchsquellen erfolgt in Behältern vom Typ GNS-12 und CASTOR-GSF-5 des Herstellers "Gesellschaft für Nuklear Service" in Essen (GNS). Diese wurden am 1.11.1989 vom Bundesamt für Strahlenschutz zugelassen. Die Modifikationen wurden jedoch nicht aufgrund erhöhter Anforderungen an die Strahlenabschirmung und/oder Wärmeabfuhr notwendig, sondern allein aus transport- und handhabungstechnischen Gründen.
Die Abnahme der Behälter ist in den USA nach Angaben von Laing und Wollny noch nicht erfolgt. Die zuständigen US-Behörden gehen davon aus, daß dafür eine Zeit zwischen sechs Wochen und sechs Monaten erforderlich ist, um die Eignung und die Anforderungen für den Transport zu testen und zu begutachten. Erst nach dieser Abnahme könnten die Behälter benutzt werden.

Zwischenstationen

Für die Abwicklung der voraussichtlich drei Transporte aus den USA ist eben diese GNS beauftragt. Für die Abwicklung der Transporte in den USA hat die GNS ihren dortigen Agent beauftragt, die Edlow International. Dreimal sollen die Transportbehälter auf ihrer Reise in die BRD umgeschlagen werden: einmal an der Us-amerikanischen Westküste, dann in einem westeuropäischen Seehafen und schließlich in Karlsruhe, bevor sie endlich in der Asse eintreffen. Ob die Landtransporte auf Schiene oder Straße stattfinden, ist den Angaben des BMFT nicht zu entnehmen. Die konkrete Route soll allerdings erst im Zusammenhang mit dem Antrag auf eine Transportgenehmigung festgelegt werden. Das BMFT gibt dazu an, daß die Antragstellung spätestens zwei Monate vor dem Transporttermin erfolgen wird. Laut BMFT (SPD-Anfrage) vom 2. Februar 1990 steht ein Zeitpunkt für den Transport der Versuchsquellen noch nicht fest. Bezüglich des "westeuropäischen Umschlaghafens" ist bisher nichts neues zu erfahren gewesen. Ende letzten Jahres war von Hamburg gesprochen worden. Der Ort war von Beamten des BMFT genannt worden. Klar ist allerdings, daß es sich nicht einfach um eine westeuropäischen, sondern eher um einen bundesdeutschen Hafen handeln wird. Denn in der Anfrage der Grünen vom 6.12.89 hatte das BMFT auf die Frage, ob es bereits Überlegungen gibt, über welchen Hafen der Bundesrepublik der BRD der Import erfolgen soll, geantwortet, daß es solche Überlegungen gibt, daß dazu im Prinzip jeder Hafen geeignet sei und das eine Festlegung noch nicht erfolgt ist.

Und wann kommen sie nun?

Daß die Transporte wie Ende letzten Jahres angekündigt, noch im April 1990 auf die Reise gehen werden, ist mittlerweile nicht mehr zu erwarten. Gespräche mit Vertretern des US-DOE in Hanford (Richland) haben ergeben, so Heinz Laing, daß frühestens im Januar 1991 mit dem Abtransport aus den USA zu rechnen sei. Wie groß das Gefahrenpotential dieser Atomtransporte in den USA beurteilt wird, zeigt sich daran, daß zur Zeit an speziellen Sicherheitsberichten für diese Transporte gearbeitet wird. Zwei Routen werden geprüft. Von Hanford (Richland) aus über Straße oder Schiene durch den US-Staat Oregon zum Hafen von Portland oder querr durch die USA zum Ostküstenhafen nach Houston (Texas). Für die Oregon-Strecke liegt ein vorläufiger Bericht bereits vor. Demnach soll die Bevölkerung entlang der Strecke über die Gefahren der Transporte informiert und verschiedene Alarmübungen der zuständigen Katastrophenschutz- und Sicherheitsbehörden durchgeführt werden. Während des Transportes soll entlang der Strecke eine technische Ausrüstung bereit gehalten werden, um bei einem Unfall sofort mit Bergungsarbeiten beginnen zu können. In die Sicherheitsplanung sollen auch die Wetterverhältnisse mit einbezogen werden. 24 Stunden vor dem jeweiligen Transport wird der US-Wetterdienst eingeschaltet. Die Bundesbehörde des DOE ist inzwischen von der Oregoner Behörde aufgefordert worden, drei Monate vor dem ersten Transport die zuständigen Stellen zu unterrichten. Das in Hanford ansässige Batelle-Institut beabsichtigt im Herbst dieses Jahres das Umweltgutachten für die Transporte vorzulegen, in dem die Behältersicherheit, Transportfragen etc. behandelt werden. Während die Bundesbehörde DOE plant, daß an das Gutachten folgende Genehmigungsverfahren behördenintern abzuwickeln, drängt das Oregoner DOE auf eine öffentliche Anhörung vor Genehmigungserteilung.
Die Anti-AKW-Bewegung sollte die weitere Entwicklung im Auge behalten. Allerdings scheint zur Zeit nicht so sehr die praktische Transportverhinderung anzustehen, sondern vielmehr die Verhinderung der Versuche.
Dirk Seifert, Hamburg

Strahlenalarm vor Einkaufmärkten

Behälter aus Röntgenpraxis fielen um - Bürger hatten Glück

Strahlenalarm hat am Montag die Feuerwehr in Kamen ausgelöst. Ein Gewerbegebiet, in dem sich ein Großmöbelhaus und mehrere Einkaufsmärkte befinden, wurde zwei Stunden lang weiträumig abgesperrt: Im Laderaum eines Kleintransporters waren drei bleiummantelte Plastikbehälter mit radioaktivem Material aus der Röntgenpraxis eines Arztes umgefallen und aufgesprungen. Der Fahrer schlug Alarm. Menschen kamen jedoch nicht zu Schaden. Radioaktive Strahlung sein nicht ausgetreten, weil die Behälter fast leer waren, hieß es nach Messungen eines Strahlenschutztrupps. Die Behörden ermitteln nun, warum die Behälter aufsprangen.
Die Firma fährt hier in Duisburg für Röntgengeräte auch rum, **Transoflex Schnellliefer Dienst**, kommt aus Köln, hat auch das Radioaktivzeichen aufgeklebt am Wagen.

Die WAA ist gekippt Die Kriminalisierung hat kein Ende

Mit dem Baustop im Taxöldener Forst ist nicht nur das Thema WAA, sondern auch die Frage der Kriminalisierung von WAA-Gegnerinnen weitgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden. Dabei laufen noch immer Verfahren, zum Teil mit harten Verurteilungen. Da eine Gesamtübersicht über alle aktuellen und bereits abgeschlossenen Verfahren nicht existiert, soll versucht werden anhand einiger Einzelbeispiele den aktuellen Stand zu skizieren.

Freispruch für radi-akiv

19.2.90, Landgericht Nürnberg: Zu Freisprüchen in allen verhandelten Punkten kam es im mittlerweile dritten Strafverfahren gegen drei ehemalige presserechtliche Verantwortliche des bayerischen Anti-Atom-Magazins radi-aktiv. Die nun seit fast vier Jahren andauernde Kriminalisierungswelle ist damit jedoch noch nicht definitiv beendet: Der mit dem Verfahrensausgang unzufriedene Staatsanwalt legte fristgemäß Revision ein!
Gleich zu Beginn bot Richter Schäff eine Einstellung des Langzeitverfahrens an, das er als "Ruine" bezeichnete. Er war sichtlich bemüht, den Dampf aus der Sache zu lassen und sie relativ schnell und geräuschlos zu Ende zu führen: "Beide Seiten", so Schäff, hätten zu Hochzeiten des WAA-Widerstands in emotional aufgeputschter Weise agiert (auch die Staatsanwaltschaft bekam ihr Fett ab), die WAA Wackersdorf würde ja auch nicht mehr gebaut und Strauß sei inzwischen gestorben(!). Aus seiner Sicht bot sich eine "Befriedung" an. Staatsanwalt Breitinger wollte dem jedoch nicht folgen und forderte eine harte Bestrafung u.a. wegen der Veröffentlichung der sog. "Schwarzen Liste" der WAA-Firmen, für ihn auch ohne Heranziehung des in den bisherigen Prozessen benutzten Konstrukts (Firmenliste + dokumentiertes Bekennerschreiben eines Anschlags + Artikel einer Redakteurin, in dem diese angeblich zur "Gewalt" aufruft) zu verurteilen: einmal 7 und einmal 6 Monate Knast auf Bewährung wegen "Öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" (§ 111 STGB). Außerdem verlangte er im dritten Fall eine Verurteilung zu 1.000 DM Geldstrafe wegen Aufrufs zu "Verletzung des Dienstgeheimnisses" (fahrlässige Veröffentlichung nach bayerischem Pressegesetz).
Als großer Erfolg ist festzuhalten, daß es der Justiz auch diesmal - wie in allen vorhergehenden Verfahren - nicht gelang, die Publikation der "Schwarzen Liste" zu verurteilen, so daß den staatlichen Zensurmöglichkeiten zumindest in diesem und ähnlichen Fällen, wo es um die Dokumentation "widerstandsrelevanter" Fakten geht, Grenzen gesetzt wurden
Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Prozeßerfolg lieferte auch an diesem Tag die anwesende Öffentlichkeit (darunter immerhin ein halbes Dutzend JournalistInnen). Die Kriminalisierungswelle gegen radi-aktiv, das mittlerweile sozusagen mangels bayerischer WAA und dazugehörigem Widerstand eingestellt worden ist (vgl. atom Nr. 29), begann am 30.4.1986 mit der Beschlagnahme von 1.200 Exemplaren der Ausgabe Nr. 7, einige Tage nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Die Wohnungen der presserechtlich Verantwortlichen wurden durchsucht, AbonnentInnenlisten beschlagnahmt usw. Nachfolgend wurden vor allem die zur Bewegungs-Hoch-Zeit erschienenen Nummern des Jahres 1986 mit Ermittlungsverfahren überzogen, beschlagnahmt usw. Angeklagt wurde schließlich wegen diverser "Aufforderungen zu Straftaten" § 111, aber auch wegen "Verunglimpfung des Staates" (§90a). Von fünf angeklagten radi-aktiv-MitarbeiterInnen wurden in den ersten Jahren drei zu Geldstrafen zwischen 800 und 2.000 DM verurteilt (neben oben erähntem Langzeit-Verfahren gegen drei Leute gab es noch zwei andere Verfahren). Bundesweites Aufsehen erregte der erste radi-aktiv-Prozeß vor dem Amtsgericht Nürnberg Anfang 1987: Das von Polizei hermetisch abgeschottete Justizgebäude konnte nur nach Leibesvisitation (Metallsonden) betreten werden, es wurde gefilmt: "Wakkersdorf-Feeling" live! Die mündliche Verhandlung bezeichneten wir damals als "Gesinnungsjustiz reinsten Wassers": Ablehnung aller Beweisanträge der Verteidigung und äußerst rigide Prozeßführung, inhaltlich ein Vorgriff auf "Anti-Terror-Paragraphen" wie § 130a.

Staatsanwälte unerbittlich

Daß es auch anders geht, zeigt der Fall eines 24-jährigen WAA-Gegners. Er wurde Opfer einer bisher einzigartigen Ermittlungsmethode. Anhand von Videomaterial, das bei Demonstrationen aufgenommen wurde, hat das LKA versucht, Portraitaufnahmen herauszuschneiden. Mit diesen füllte man dann 137 Lichtbildmappen, die dann an alle bayerischen Polizeidirektionen, das Innenministerium und das LKA zur Identitätsfestellung verschickt wurden. Ziel: noch unbekannte WAA-GegnerInnen herauszufinden und evt. Prozesse anzustrengen. Bernd T. erfuhr von diesen Versuchen erst ein Jahr später, als die Polizei eine Hausdurchsuchung bei ihm machte um Kleider und Fotos zu beschlagnahmen. Erst dann wurde den entsprechenden Polizeibeamten das Filmmaterial vorgeführt um sie anschließend - mit aufgefrischtem Gedächtnis - über den Tathergang zu befragen. Daß es trotz dieser "Zeugenschulungen" zu sich haarsträubend widersprechenden Aussagen - so schwankten die Angaben über die Entfernung des "Werfers" vom Bauzaun von "höchstens 5" bis "90 Meter" - kam, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Brüchigkeit der staatsanwaltschaftlichen Beweisführung. Über den Inhalt des Filmmaterials schreibt die taz vom 14.12.89: *"Sie zeigen einen langhaarigen, unvermummten Mann, der 5 Meter aus der Menge der WAA-Demonstrantinnen hervortritt, zu Boden greift und zur Wurfbewegung ausholt. Danach hebt der Werfer in Siegerpose einen Arm und geht zur Gruppe der DemonstrantInnenzurück. Der Wurf selbst ist auf dem Videofilm nicht zu erkennen, da sich der Kameramann in diesem Moment weggeduckt hatte."*
Der Verteidiger erklärte zu dieser Art der Beweisführung: *"niemand kann mehr überprüfen, welche Beobachtungen die Beamten wirklich gemacht haben ..."*
Das alles hindert Staatsanwalt Schmalzbauer - inzwischen vom Amtsgericht Schwandorf und dort zuständig für WAA-Verfahren, nun hochbefördert zum Gruppenleiter der Staatsanwaltschaft in WAA-Angelegenheiten - nicht, 15 Monate Freiheitsstrafe ohne Bewährung wegen schweren Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung zu fordern. Herausgekommen sind dann letztendlich 7 Monate auf Bewährung. Der Tatvorwurf schwerer Landfriedensbruch wurde dabei freigesprochen.
Gerade der letzte Fall zeigt m.E. wie aktuell die Forderung nach Amnestie für alle WAA-GegnerInnen immer noch ist. Die geschilderten Ermittlungsmethoden (Videoauswertung) lassen befürchten, daß jetzt noch neue Verfahren angestrengt werden. Beide Prozesse zeigen die verschiedenen Linien der bayerischen Strafverfolger auf. Der Freispruch für radi-aktiv, aber auch die Einstellung "kleinerer" Verfahren (Beleidigung, Nötigung) zeigt, daß die Justiz zu einer "normalen" Rechtssprechung zurückgekehrt ist. Andrerseits zeigen gerade Verfahren wie o.a., die einmaligen Ermittlungsmethoden, gerade gegen solche WAA-GegnerInnen, die einem radikalen Spektrum zugeordnet werden, den ungebrochenen Willen Gesinnung zu verfolgen, Exempel zu statuieren. Hier gilt es auf diese Methoden immer wieder hinzuweisen und öffentlich zu machen.
Noch bedeutender sind m.E. die im Zusammenhang mit der WAA verabschiedeten Gesetzesverschärfungen und der Ausbau der Polizeiapparate. An oberster Stelle die Verschärfung des Anti-Terrorparagraphen 129a und 130a. Auch die Verschärfungen des Demonstrations- (passive Bewaffnung, Vermunnungsverbot, Aufruf zu verbotenen Demos) und Versammlungsrechts (Legalisierung von Bild- und Tonaufnahmen, Versammlungsverbote) müssen immer wieder in die demokratische Öffentlichkeit gebracht werden. Der Baustop im Taxöldener Forst und das nachlassende öffentliche Interesse am Thema lassen jedoch keine schnellen Erfolge erwarten.

PKA-Widerstand im Aufwind

Die Fieberkurve des Wendland Widerstandes, aktuell jener gegen die geplante Konditionierungsanlage PKA, hat einen kräftigen Trend nach oben bekommen. Dies ist Ausdruck und Folge einer ganzen Reihe verschiedenster Aktivitäten, die in den vergangenen Wochen das politische Bild im Landkreis Lüchow-Dannenberg und darum herum geprägt haben. Mittlerweile hat die Entwicklung jedoch auch ein Stadium erreicht, in dem ein wenig Bilanz gezogen werden muß, um zumindest mittelfristig Perspektiven zu entwickeln.

Auf den folgenden Seiten wollen wir einen Abriß der unterschiedlichen Formen von Protest und Widerstand geben, einige Stellungnahmen zitieren und die Frage nach der Zukunft des PKA-Widerstandes stellen.

Gorleben - Chronik
(Januar'90 - März'90)

Mittwoch, 31.1.90

* Das Niedersächsische Umweltministerium erteilt den Betreiberfirmen DWK und BLG die 1. atomrechtliche Teilgenehmigung für den Bau der PKA in Gorleben
* Zeitgleich wird das Land Niedersachsen von der Bundesregierung mit 90 Millionen DM, der sogenannten Gorleben-Pauschale, geschmiert. Von diesen Geldern sollen 36 Millionen DM zur Beruigung der Gemüter ins Wendland fließen.
* Die BI Lüchow-Dannenberg und die Grüne Liga Stendal (DDR) sowie eine Vielzahl anderer Unterzeichner rufen unter dem Motto 'Radioaktivität kennt keine Grenzen' zu einer Doppel-Demo auf. Die 1. Demo findet am 3.2.90 in Gorleben, die 2. Demo am 11.3.90 in Stendal statt.

Donnerstag, 1.2.90

* Als Reaktion auf die Erteilung der Baugenehmigung für die PKA, besetzen in den frühen Morgenstunden ca. 100 Menschen den geplanten Bauplatz. Im Verlaufe des Tages richten sich die BesetzerInnen häuslich ein und beginnen in direkter Nachbarschaft zum Zwischenlager Hütten zu bauen.
* Am gleichen Tag reichen 4 DDR- und 5 BRD BürgerInnen Klage gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) ein.

Freitag, 2.2.90

* 2. Tag der Platzbesetzung in Gorleben. Es kommen immer mehr Menschen zum Platz und die Hütten breiten sich langsam zu einem Dorf im Wald aus.

Samstag, 3.2.90

* 3. Tag der Platzbesetzung. Inzwischen gibt es ca 60 Hütten im Wald hinter dem Zwischenlager. Die Bullen greifen nicht ein, sondern beobachten das Geschehen mit Hilfe einer Videokamera und eines Richtmikrophons, welche sie auf einem Mast im Zwischenlagergelände angebracht haben.
* Am Nachmittag demonstrieren 8000 Menschen angeführt von ca. 40 Trekkern von Gedelitz zum besetzten Platz. Dies ist die erste der beiden Demos unter dem Motto 'Radioaktivität kennt keine Grenzen'. Auf der Kundgebung sprechen neben BI-Vertretern auch VertreterInnen der Anti-AKW-Bewegung der DDR. Im Anschluß an die Kundgebung kommt es am Endlager zu Auseinandersetzungen mit den Bullen, als ca. 150 Leute versuchen am Tor zu rütteln.

Sonntag, 4.2.90

* Im Hüttendorf im Gorlebener Wald campen über das Wochenendei ca. 200 Atom-GegnerInnen. Hin und wieder besuchen kleinere Gruppen das Endlagerbergwerk und verschönern die Mauer mit Sprühparolen.

Montag, 5.2.90

* 5. Tag der Platzbesetzung. Die Gerüchte, daß die Räumung für den nächsten Tag ansteht, verdichteten sich immer mehr. Die BI löst Alarm aus und in der Nacht kommen viele Menschen ins Dorf.

Dienstag, 6.2.90

* Morgens um 6.00 Uhr sind ca. 400 BesetzerInnen im Hüttendorf. Die Bullen sind mit einer 2000 Mann/Frau starken Armada mit Wasserwerfern, Räumfahrzeugen, Hundestaffeln und Hubschraubern angerückt. Um 7.00 Uhr beginnt ein ungewöhnliches Schauspiel. Die Bullen verlesen über eine auf dem Gelände des Zwischenlagers sich befindliche Lautsprecheranlage die Räumungsverfügung was ungefähr 20 Minuten dauert. Dabei wird jeder noch so popelige Paragraf aus der 'Wald-, Wiesen- und Flurverordnung', dem Bebauungsplan, und, und, und, genau aufgeführt. Anschließend wird die Verfügung des Landkreises verlesen, was ebenfalls 20 Minuten dauert. Zu guter letzt wird den BesetzerInnen eine Frist von 2 Stunden gesetzt, in der sie das Gelände ohne Personalienfeststellung oder andere Anwendung von Zwangsmittel durch die Bullen verlassen können.
Nach einer ziemlich ätzenden Diskussion bleiben die Mitglieder der Initiative 60 auf dem Platz. Alle anderen verlassen nach dem

Motto -'Wir lassen den Bullenapparat ins Leere laufen'-das Hüttendorf und fahren in einem Autokonvoi nach Lüchow, um dort den Marktplatz zu besetzen. Diese Aktion wird spontan von einigen 100 Schülern unterstützt.
Währenddessen beginnen Waldarbeiter unter Polizeischutz mit der Rodung des PKA-Geländes.

* Das OVG Lüneburg lehnt es ab von seiner Möglichkeit einen Baustopp per Zwischenverfügung anzuordnen, Gebrauch zu machen.
* In Paderborn besetzen Anti-AKW-GegnerInnen den Dom protestieren damit gegen die Räumung des Hüttendorfes in Gorleben.

Mittwoch, 7.2.90

* Die Betreiberfirmen beginnen in aller Hektik einen Metallzaun "Modell Wackersdorf" um das Baugelände aufzustellen.

Donnerstag, 8.2.90

* MitgliederInnen des Neuen Forums protestieren gegen den Baubeginn in Gorleben und überreichen im Landtag in Hannover eine Unterschriftenliste mit 1423 Einwendungen gegen die PKA.

Sonnabend, 10.2.90

* 400 DemonstrantInnen treffen sich bei der Schutzhütte. Sie umrunden das Baugelände und bestaunen den Wahnsinn.

Freitag, 16.2.90

* Der Atomsenat des OVG Lüneburg lehnt es erneut ab einen Baustopp zu erlassen, da nach atomrichterlicher Auffasssung die Rodung des Waldes sowie der Zaunbau noch keinen Baubeginn darstellen.
* In Lüneburg demonstrieren 500 Menschen. Sie ziehen durch die Innenstadt zum OVG und fordern den sofortigen Baustopp

Sonnabend, 17.2.90

* Zum inzwischen wöchentlich stattfindenden Sonnabend-Spaziergang treffen sich ca. 150 AKW-GegnerInnen, von denen ein Teil zum Abschluß des Spaziergangs noch ein bischen am Baustellen-Tor rüttelt, was sofort ein MEK und andere Bullen zur Sicherung desselben auf den Plan ruft.

Montag, 19.2.90

* 200 Personen finden sich in den frühen Morgenstunden (5.30 Uhr) zu einem 'Widerstands-Frühstück' direkt vor den Toren des Zwischenlagers und der PKA-Baustelle ein, um den für diesen Tag offiziell angekündigten Baubeginn zu verhindern. Gegen 10.30 Uhr kam es zu ersten gewalttätigen Übergriffen mit Schlagstock- und Cemical Mace Einsatz, als die Bullen versuchten einige Bauarbeiter in ihren Fahrzeugen ins Zwischenlager zu bringen.
Kurz nach 15.00 Uhr begehrte dann ein extra bestellter Baumaterial- und WC-Transport Einlaß ins Zwischenlager. Die BlockiererInnen ließen sich aber auch durch eine angedrohte Räumung nicht dazu verleiten, ihre bis dahin erfolgreiche Blokade aufzugeben.
Die Bullerei begann daraufhin mit Schlagstöcken, Cemical Mace und Hunden dem Transport eine Durchfahrt frei zu kämpfen. Nach einer halben Stunde war der Transport auf dem Gelände des Zwischenlagers, 5 DemonstrantInnen festgenommen und 2 Blokierer durch Hundebisse verletzt. Beim Abtransport der Gefangenen in die Bullenkaserne in Lüchow kam es erneut zu teils heftigen Auseinandersetzungen.
Gegen 18.00 Uhr werden die Festgenommenen in Lüchow nach Personalienfeststellung und Vernehmung freigelassen; rund 80 DemonstrantInnen hatten bis dahin die Bullenkaserne blockiert und in Lüchow für Verkehrschaos gesorgt.

* Zeitgleich mit der Blokade der Tore, versperrten 12 Personen für einige Stunden die Ausfahrt der Firma Hoppe & Stolt, die am Bau der PKA beteiligt ist
* In Dannenberg und Lüchow gingen einige 100 SchülerInnen während der Schulzeit auf die Straße und blockierten teilweise den Verkehr
* Vor dem Krankenhaus in Dannenberg machen Zivildienstleistende eine Mahnwache

Mittwoch, 21.2.90

* Vier Kirchen- und Kapellenvorstände aus dem Raum Gorleben verweigern dem Bundesamt für Strahlenschutz ihre Grundstücksrechte. Damit bleibt dem Bundesamt nur noch der Weg über die Gerichte,um die Erkundung des Salzstockes unter dem Kirchengelände durchführen zu können.

Freitag, 23.2.90

* Mehrere 100 SchülerInnen demonstrieren in Lüchow und ziehen durch ein Massensterben auf dem Marktplatz die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich.
Zeitgleich demonstrieren auch in Dannenberg wieder mehr als 100 SchülerInnen und blockieren teilweise Straßen.

Sonnabend, 24.2.90

* Spaziergang mit 150 Personen

Freitag, 2.3.90

* MitgliederInnen des Lüneburger Anti-Atom-Stammtisches stellen sich von 8.00 - 10.00 Uhr vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) zur Mahnwache auf. Sie fordern auf einem Transparent und auf Flugblättern den sofortigen Baustopp der PKA

Montag, 5.3.90 - Freitag, 9.3.90

* Jeden Morgen findet vor dem OVG eine Mahnwache statt.
* Am Freitag entscheidet das Bundesverwaltungsgericht (BVG) in Berlin, daß der Salzstock in Gorleben weiter nach Bergrecht "erkundet" werden darf. Das BVG begründet seine Entscheidung damit, daß die "Erkundung" des Salzstocks, sprich der Bau des Endlagers, ja noch keine Endlagerung darstelle und deswegen auch keiner atomrechtlichen Genehmigung bedürfe. Dabei spielt es für das Gericht keine Rolle, daß die meisten Gutachten den Salzstock u.a. auf Grund seiner Ton-, Sand-, Luft-, und Salzlakeeinschlüsse als völlig ungeeignet ausweisen.

Sonnabend, 10.3.90

* Ca. 250 WiderständlerInnen treffen sich mit Trommeln und anderen Krachinstrumenten bewaffnet zum Spaziergang. Unüberhörbar setzt sich der Zug in Bewegung. Auf der Rückseite des Baugeländes wird dann ein Teilstück des Bauzaunes, unter Zuhilfenahme von Bolzenschneidern und Metallsägen, seiner Stabilität beraubt. Die nur spärlich vorhandenen Bullen versuchen außerhalb des Baugeländes zu den Arbeitswütigen durchzudringen, scheitern jedoch an den sich ihnen in den Weg stellenden SpaziergängerInnen. Kurz bevor das gute Stück fällt, gelingt es einer Hand voll Bullen auf der Innenseite des Zaunes, durch versprühen von Cemical Mace die Arbeiten zu unterbrechen. Im Laufe des Nachmittags stoßen dann noch 50 Leute aus Wackersdorf dazu, die ihre Fahrt zur Stendal-Demo hier im Wendland unterbrechen. Im Anschluß an eine kurze Kaffee- und Kuchenpause bei der Schutzhütte, wird der Spaziergang ausnahmsweise einmal zum Endlager fortgesetzt.
Nach kurzem Staunen über die nicht vorhandene Staatsmacht, bleibt der Maschendrahtzaun ums Endlager kein unüberwindliches Hindernis mehr, und die Mauer beginnt sich mit Parolen zur PKA und dem BVG-Urteil zu zieren. Die Bilanz des Nachmittages lautet nach den Betreibern: 1 kaputtes Zaunsegment, 70 Meter Maschendrahtzaun, 70 Meter Stacheldraht somwie bemalte Mauersegmente.

Sonntag, 11.3.90

* Ungefähr 8000 Menschen demonstrieren an der Atombaustelle in Stendal (Siehe Bericht)

Donnerstag, 15.3.90

* MitgliederInnen des Anti-Atom-Stammtisches Lüneburg wollen dem Vorsitzenden des 7. Senats (Atomsenat) des OVG Lüneburg eine PKA in Tortenform mit der Aufschrift 'PKA-Macht sie nieder' überreichen. Der Vorsitzende Richter will jedoch keine Bestechungsgeschenke entgegennehmen und schleicht sich in der Mittagspause durch den Hintereingang aus dem Hause.

Montag, 19.3.90

* Die Torte für den Vorsitzenden des Atomsenats wird demonstrativ vor dem Eingang des OVGs in die Luft gesprengt.

Mittwoch, 21.3.90

* Die Kurstadt Bad Bevensen und die gleichnamige Samtgemeinde haben beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) Klage gegen die PKA eingereicht. Die Stadt bangt um ihren Ruf als Kurort und Heilquelle.

Dienstag, 28.3.90

* Aus Protest gegen die Ablehnung eines Baustopps für die PKA, durch das OVG, ketten sich 15 AKW-GegnerInnen für mehrere Stunden ans Zwischenlagertor. Weitere 50 Menschen blockieren für kurze Zeit die Zufahrt

Platzbesetzung

Zu der umstrittenen Platzräumung am 6. Februar 90 die die Besetzung des PKA-Bauplatzes beendete sind diverse Positionspapiere verfaßt worden. Alle sind bald nach der Räumung entstanden, sodaß sie mittlerweile in vielen Aspekten vom Stand der Diskussion überholt worden sind. Wir wollen daher diese Papiere hier nicht abdrukken, zumal sie bereits an anderer Stelle veröffentlicht worden sind. (siehe anti-atom-aktuell März 1990).
Einen Diskussionsbeitrag, der bisher nicht publiziert worden ist wollen wir abdrucken, denn er schlägt den Bogen der Kritik über die Platzräumung hinaus, indem er diese in einen Zusammenhang stellt mit der allgemeinen Vorbereitung der Platzbesetzung.
Das Papier wurde verfaßt von Anti-AKW-Stammtisch Lüneburg, Atomtransportegruppe Hamburg, Heidegruppe, Plenum Meuchefitz.

Erklärung zur Räumung des PKA Baugeländes

Bei vielen von uns hat die "freiwillige" Räumung des PKA Baugeländes zu Irritationen und zu zum Teil heftigem Unmut geführt. Wir meinen jedoch, daß der Abschluß der Aktion symptomatisch für deren gesamten Verlauf sowie deren Vorbereitung ist. Insofern bedarf es einer selbstkritischen Auseinandersetzung über alle Phasen der Aktion.
Als auf dem erstem Gedelitz-Treffen über das weitere Vorgehen zur PKA diskutiert werden sollte, hatte sich so gut wie keine Gruppe hierzu vorbereitet. Selbst die vorliegenden Vorschläge, obwohl mit den Einladungen rechtzeitig verschickt, waren praktisch (wie inzwischen schon allgemein üblich) nicht vordiskutiert. So wurden sie dann auch eher zerredet als diskutiert. Dennoch wurde deutlich, daß keinerlei Vorstellungen darüber existierten wohin die Reise gehen soll. Auch die vorgelegten Papiere benannten kein konkretes Ziel, welches mit einer Mobilisierungsarbeit erreicht werden sollte. Die Folge war, daß die BI ein solches benennen sollte. Sie wurde so faktisch dazu gedrungen, sich für eine Platzbesetzung zu entscheiden. Dies für sich allein genommen ist schon ein Unding. Da soll über ein gemeinsames Vorgehen beraten werden, aber lediglich eine Gruppe ist aufgefordert das Ziel dieser Aktivitäten festzulegen. So stiehlt Mensch sich aus der Verantwortung, die sie nicht bereit ist selbst zu übernehmen.
In erster Linie wurde die Entscheidung für eine Platzbesetzung somit auch nur von der BI und anderen Gruppen des Landkreises getragen. Ein entsprechender Aufruf wurde zwar auf einem weiteren Gedelitz-Treffen abgesegnet, blieb jedoch ohne nennenswerte Konsequenzen in den Städten. Die Mobilisierungsfrage war vollends vom Tisch und lag außerhalb des Wendlands eher bei Null.
Das letzte Gedelitz-Treffen fand dann vor dem Hintergrund einer geöffneten DDR und den geplanten Demonstrationen in Gorleben und Stendal statt. Zugleich verdichteten sich zu diesem Zeitpunkt die Hinweise auf einen möglichen Baubeginn Anfang Februar 90. Bei der nun aufkommenden Frage zur Platzbesetzung kommt es dann zu einzigen kontroversen Auseinandersetzung des Tages, ist die überhaupt sinnvoll? Dieser Ansatz einer Diskussion kommt wohlgemerkt zu einem Zeitpunkt, zu dem sich nicht nur die BI schon festgelegt hatte, sondern auch die Gruppen, die nun endlich darüber reden wollten, den Aufruf längst unterzeichnet haben.

Für Klarheit sorgt wieder einmal die BI, die auf jeden Fall (egal wie die Resonanz in den Städten sich noch entwickelt) auf den Platz gehen will. Darüber hinaus formuliert sie einen "Hilferuf", der ganz offensichtlich sogar Gehör fand. Der schwerfällige Apparat der "Anti-AKW-Bewegung" kommt allmählich auf Touren. Flugblätter tauche auf, die zur Demo am 3.2. und einer möglichen Platzbesetzung aufrufen. In den drei Wochen zwischen dem Treffen in Gedelitz und der Demo beginnt endlich das, was mensch mit dem Begriff Mobilisierung bezeichnen kann. Für die Kürze der Zeit ist das Ergebnis erstaunlich!
Wer hätte mit einer derartig großen Demobeteiligung gerechnet? Und auch die Platzbesetzung entwickelt sich überraschend. Nicht nur, daß viele meinten es könne problematisch werden, überhaupt auf den Platz zu kommen, rechneten zuvor auch die meisten mit ihrem baldigem Ende. Auch die Beteiligung übertraf viele Erwartungen, ein vorzeitiges Verlassen des Platzes wegen fehlender Präsenz war zumindest nicht zu befürchten.
Dennoch kann es nicht nur an dem überraschendem Verlauf liege, daß sich nun in erster Linie Pfadfindermentalität breit macht. Da fehlt es einfach an vorbereitenden Diskussionen in den Gruppen, was will mensch da draussen überhaupt?
Wie sonst erklärt es sich, daß so banale Angelegenheiten wie eine Presseerklärung der BesetzerInnen ganz einfach vergessen werden? Es schließlich bis zum 4. Tag der Aktion dauert, bis eine solche dann doch noch zustande kommt.
Kann es da noch verwundern, daß am Montag dem Plenum der Vorschlag den Platz vor einer Räumung zu verlassen zwar unterbreitet wird, er in den Gruppen aber ganz offensichtlich nicht diskutiert wird? Wird da nicht insgeheim die Ernsthaftigkeit eines solchen Vorschlags angezweifelt, oder spiegelt sich hier eher die Unfähigkeit der Gruppen, überhaupt eine Diskussion zu führen wieder? Auch wenn die Diskussion angesichts sich verdichtender Räumungsgerüchte unterblieb, bleibt zu fragen, was aus dem Vorschlag geworden wäre, am nächsten Tag. Wenn eben alles nur ein Gerücht gewesen wäre.
So jedoch war für wohl die meisten am Montagabend klar, daß der Konsens einer Räumung mit passivem Widerstand zu begegnen - weiterhin Bestand hatte. Dieser Konsens wurde von unserer Seite allerdings in keinster Weise nach außen getragen. Genauso unvermittelt blieb, weshalb es sinnvoll sein soll, sich von der Gegenseite abräumen zu lassen.
Durch die fehlende Aussprache in den Gruppen war für diejenigen, die erst ab Montagabend auf den Platz kamen, der Vorschlag zumeist nicht bekannt. Kein Wunder also, daß etliche von ihnen aus allen Wolken fielen, als er am nächsten Morgen nochmals zur Sprache kam. Zu diesem Zeitpunkt dem Plenum aber einen Vorschlag zu unterbreiten, der unausweichlich den Konsens der BesetzerInnen gefährdet, läßt zweifelsfrei die notwendige und vielbeschworene Verantwortung für das eigene Handeln vermissen. An die möglichen Konsequenzen, die dieser zwangsläufig nach sich ziehen würde, wurde ganz offensichtlich kein einziger Gedanke verschwendet.
Jetzt beginnt das eigentlich fatale: Angesichts der Räumungsdrohung wird eine Grundsatzdebatte angezettelt, deren Dauer von der Gegenseite bestimmt und auf max. 2 Std. begrenzt ist. Der Vorschlag, der noch ein gemeinsames Handeln voraussetzte, entwickelt sich immer mehr zum Selbstläufer. Da wird von selbstbestimmten Handeln geredet, davon daß mensch sich nicht die Aktion aus der Hand nehmen lassen dürfe, die Gegenseite zu reagieren

gezwungen werden könnte usw. usf.. Dies alles geschieht vor dem Hintergrund eines marterialischen Polizeiaufgebotes und führt schon damit die Argumente ad absurdum. So kann denn auch von einer konstruktiven Auseinandersetzung keine Rede sein, sondern nur davon, daß eine Stimmung entsteht, die sich immer mehr verselbständigt.
Da sind nur noch die "Flüchtlinge" und die "Hardliner" die sich gegenüberstehen, unversöhnlich wie es scheint. Am Rande beginnen hektische Debatten der Gruppen, während das

Plenum ein zur Abstimmung hochstilisiertes Meinungsbild erstellt. Worauf, dem Demokratieprinzip, dieses Staates streng folgend, die Minderheit aufgefordert wird, sich der Mehrheitsentscheidung zu beugen. Ist ein solches Vorgehen schon auf Treffen etc. umstritten, so ist es in dieser Situation absolut idiotisch, auf diesem Wege eine Entscheidung herbeizuzwingen. Die endgültige Spaltung scheint so unvermeidbar.

Dazwischen, zum wiederholtem Male das Verlesen der Landkreisverfügung, Hubschrauberlärm... was alles nur weiter für Stimmung sorgt. Der zum Verbleiben bereiten Minderheit bleibt letztendlich, sich der Stimmung beugend, nichts anderes übrig, als sich der abmarschbereiten und schon zum Demozug formierten Mehrheit anzuschließen und den Platz zu verlassen. Womit in letzter Minute eine (offene) Spaltung verhindert wurde.
Was dann folgte, war nur noch peinlich. Unter dem Geschrei der kämpferischsten Parolen räumen sich die BesetzerInnnen in Form eines Demozuges selbst vom Platz. Nach dem Motto: wir sind vorher da und wenn ihr kommt, sind wir vorher weg.
Durch das vollkommen unsolidarische Verhalten der Mehrheitsfraktion, einen vorhanden Konsens via "Abstimmung" zu kippen, ist zumindest eines erreicht worden. Das Konzept der Gegenseite ist weitestgehend aufgegangen. Lediglich durch Androhung eines Polizeieinsatzes mit sog. Zwangsmitteln sowie von Repressalien war der Platz frei, konnten die Holzfäller etc. anrücken. Nur zu einer offenen Spaltung in die ewig guten bzw. bösen AKW-GegnerInnnen hat es nicht gereicht. Womit sich wohl auch ein härteres Vorgehen in Lüchow verbot, genügte doch schon die Demonstration der Macht.
Grundsätzlich kann der Vorschlag den Platz vor einer Räumung zu verlassen und nach Lüchow zu gehen sicherlich so oder so gesehen / bewertet werden. Es hätte aber klar sein müssen, was mensch in Lüchow überhaupt will. Das ist für uns das größte Manko, denn einer Aktion das "ritualisierte Ende" zu berauben ist eine Sache, daraus aber eine neue kraftvolle Aktion zu entwickeln eine ganz andere. Das aber vor allem fehlte!
So gesehen kann ein solcher Vorschlag durchaus angebracht sein. Es bedarf dann aber einer rechtzeitigen vorherigen Diskussion und die Schaffung eines Konsens über das weitere gemeinsame Vorgehen. Beides war am Dienstagmorgen von vornherein nicht leistbar. Insofern mag es einer vollkommenen Naivität der initiierenden Gruppe geschuldet sein, anzunehmen, dies sei in der von der Gegenseite gesetzten Frist dennoch möglich.
Obwohl wir, im nachhinein betrachtet, mit einem blauem Auge davongekommen sein dürften, ist der entstandene Schaden immens. Viel Kitt wird nötig sein, um die zwar nicht offene aber dennoch wohl vorhandene und intern vollzogene Spaltung zu überbrücken oder gar ganz zu schließen. Schon allein wegen dieser Brüche, dem Risiko einer offenen Spaltung... war es durch nichts zu rechtfertigen und politisch falsch, den Platz "freiwillig" zu räumen.
Die Räumung des PKA Bauplatzes sowie die Vorgeschichte seiner Besetzung spiegelt so für uns den Zustand der Bewegung wieder. Einer Bewegung die stärker von Stimmungen und deren Schwankungen, selbst was ihren aktivsten Teil betrifft, abhängig zu sein scheint, als von einer halbwegs sachlichen, inhaltlichen Diskussion und Zielformulierung. Aus unserer Sicht der Dinge bedürfen die aufgeworfenen Fragen einer intensiven (selbst-)kritischen vor allem aber auch einer solidarischen Auseinandersetzung.

Was wir aus dieser Platzbesetzung und seiner Räumung lernen können bzw. sollten:

- Die Planung/Diskussion einer Aktion muß wieder als gemeinsames Anliegen der beteiligten Gruppen begriffen werden. Dabei gilt es den Sinn und Zweck der Aktion genauso gemeinschaftlich zu bestimmen wie deren inhaltliche Zielformulierung. Die Verantwortung hierfür darf nicht in völlig unzulässiger Weise auf einige wenige Gruppen abgewälzt werden, da damit die vorhandenen Tendenzen zu einer "Konsumierung von Widerstandshandlungen" unterstützt werde.
- Dem Ende einer Aktion müssen wir offensichtlich mehr Aufmerksamkeit widmen als bislang. Mögliche Alternativen müssen rechtzeitig durchdacht und geplant werden.
- Die möglichen Konsequenzen unserer Aktion müssen wir uns verstärkt vor Augen führen. Vielleicht ist es damit möglich, mit den psychologischen Wirkungen, die eine derartige Übermacht des Staatsapparates auf uns hat, besser umzugehen. Schließlich kann mensch auf ihre Ängste und Panikgefühlebesser reagieren, wenn sie weiß, warum sie da ist, was sie mit der Aktion will und mögliche persönliche Konsequenzen vorher bedacht hat.
- Dies muß dann aber auch von uns in die Öffentlichkeit getragen und offensiv vertreten werden.
- Trotz eines anders lautenden Beschlusses auf dem Platz halten wir es für ratsam in Zukunft einen "SprecherInnenrat" zu bilden. Dieser sollte allerdings keine Entscheidungsbefugnis haben, könnte aber verschiedene Dinge vorrecherchieren, -bereiten, -diskutieren etc.. Damit ließe sich u.U. im Vorfeld eines Plenums überlegen, wie z.B. eine Grundsatzdebatte über Demokratiepraktizierung angesichts einer Räumungsdrohung vermieden werden kann. Wir sollten auch vorher geklärt haben, wie wir uns bei spontan notwendigen Entscheidungen einigen wollen. Damit nicht auch das noch unter dem äußeren Druck ... erfolgen muß.
- Als Fehler sehen wir außerdem an, daß kein Mensch auf die Idee gekommen ist bzw. dies nicht geäußert hat, mit der Einsatzleitung Verhandlungen über die gesetzte Frist aufzunehmen.

übrigens gibt es nach unserer Auffasung genügend wichtige Gründe auf einem Platz zu bleiben und sich von der Gegenseite räumen zu lassen:
- Für sich als Aktivistin das Gefühl zu haben, eine Sache konsequent zu Ende zu bringen.
- Durch das Dableiben eine gewisse Entschlossenheit zu demonstrieren und selbst zu empfinden.
- Den Staat via Polizei durch seinen erforderlichen Gewalteinsatz (2.000 B's räumen 400 BesetzerInnen) (moralisch) ins Unrecht zu setzen.
- Sich selbst und ihr Anliegen ihre Aktion ernst nehmen. Wir haben gesagt wir sind vorher da, was nicht heißen kann, daß wir auch vorher gehen!

Vom Strohfeuer zur Sparflamme?

Über die Schwierigkeit, aus der aktuellen Mobilisierung gegen die PKA einen kontinuierlichen Widerstand zu entwickeln

Wer vor ein paar Wochen die Besetzung des PKA-Geländes mit mehreren hundert Menschen über mehrere Tage hinweg für realisierbar gehalten hätte, wäre wahrscheinlich zum gnadenlosen Optimisten abgestempelt worden. Die jüngste Vergangenheit hat jedoch bewiesen, das die Anti-AKW-Bewegung auch derzeit, zumindest regional, mehr auf die Beine stellen kann, als von vielen ihrer AktivistInnen für möglich gehalten wird.

Es hat eine Reihe erfolgreicher Aktionen gegeben.

Allen voran die Platzbesetzung, die nach längerer Zeit die erste Aktion dieser Art im Bundesgebiet war. (Stimmt nicht, bei St. Ingbert auf dem Gelände einer geplanten Stromtrasse gab es kürzlich ebenfalls eine Platzbesetzung, d. Säzzer)
Sie hat trotz der zweifelhaften "Räumung" deutlich gemacht, das die Bewegung nach wie vor in der Lage ist, gegen die Verwirklichung einer menschenfeindlichen Technologie Widerstand auch in größeren Maßstab zu organisieren. In den an das Wendland angrenzenden Landstrichen und Städten, aber auch überregional, ist das Bewußtsein für die Problematik durch die Platzbesetzung selbst und durch die damit im Zusammenhang stehende Großdemo am 3. Februar 90 wesentlich gestiegen.
Die "freiwillige" Platzräumung mit der die Besetzung beendet worden war, hatte bei vielen der Beteiligten das ungute Gefühl hinterlassen, damit ein beträchtliches Maß politischer Glaubwürdigkeit verspielt zu haben. Diese Einschätzung ist durch die Blockaden am Montag, dem 12. Februar 90 deutlich relativiert worden. Der Widerstand hat bewiesen, das er jenseits aller Verbalakrobatik und Symbolik die Kraft besitzt, durch konkrete Störaktionen den reibungslosen Betrieb der Atomindustrie zu verhindern. Die Blockaden haben das radikale Moment im Widerstand betont.
Gleichermaßen sind in letzter Zeit auch oft in Sonnabend-Spaziergängen radikalere Elemente stärker repräsentiert. Das beinahe gelungene Zerschneiden eines Segments des Bauzauns am 1o. März 90 ist ein Indiz dafür. Friedliche Aktionen und konkreter Widerstand werden wieder Nebeneinander/Miteinander praktiziert und machen die Spaziergänge so zum Kaleidoskop des Gesamtwiderstands. Viele weiter Aktionen und Aktiönchen im Umkreis von Gorleben ergänzen das Bild, so das zwar nicht von einem bewegungspolitischen Urknall, aber doch von einer vielfältigen politisch offensiven Anti-AKW-Bewegung im Wendland und den Nachbarkreisen die Rede sein kann.
Und dennoch: Wer die Diskussionen auf den vergangenen Konferenzen verfolgt hat, den beschleicht der leise Verdacht, die Dynamik, die sich um Gorleben entwickelt hat, trage möglicherweise eher den Charakter eines Strohfeuers. Wie so oft entzündet sich die Anti-AKW-Bewegung an einem Nuklear-Projekt, aber es erweist sich als schwierig, das Feuer kontinuierlich zu erhalten. Es besteht die Gefahr, das sich der Widerstand, auch der gegen die PKA, zur Sparflamme reduziert.

Das Kreuz mit der Tagespolitik

Anlaß zu dererlei Zweifeln geben die Versäumnisse der jüngsten Zeit. Weder auf den Gedelitz-Treffen im Wendland. Noch auf der Atommüllkonferenz am 17/18. März in Braunschweig wurde die Initiative ergriffen, sich als Bewegung auf ein gemeinsames Konzept gegen die PKA zu verständigen. Es mangelt an einem Entwurf, in dem die Anti-AKW-Bewegung längerfristig bestimmt mit welchen Zielsetzungen, Schwerpunkten und Methoden sie auf den verschiedenen Ebenen das PKA-Projekt zum Kippen bringen will.
Es ist politisch naiv, zumal unter den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen, darauf zu Vertrauen, ohne einen entwickelten Gesamtzusammenhang auskommen zu können. Die Vorstellung, sich von Zeit zu Zeit an einem Standort in diesem Fall in Gorleben, zu treffen, um ein wenig am Bauzaun zu rütteln und anschließend zu überlegen, was mensch zwei Wochen später machen könnte, wird den politischen Verhältnissen nicht gerecht. Ein solcher Ansatz ist nicht hinreichend um die Realisierung einer Anlage von der Qualität der PKA effektiv zu bekämpfen.
Genau dies ist allerdings die derzeitige Praxis innerhalb der Bewegung. Dabei handelt es sich um ein Phänomen, das prinzipiell nicht neu ist. Es ist die aktuelle Variation des klassischen Grundmusters vieler sozialer Bewegungen: Tagespolitik.
Wie so oft, entwickelt sich das, was schließlich zum Widerstand gerinnt, recht spontaneistisch. Die politische Zieldefinition von Aktivitäten findet häufig nur, wenn überhaupt, oberflächlich statt oder ordnet sich anderen Gesichtspunkten unter.
Die Frage, warum wir dies oder jenes in gerade dieser Form, zu eben diesem Zeitpunkt tun, wird nur allzu selten gestellt bzw. beantwortet. Aktionen finden selten in einem geplanten Zusammenhang innerhalb eines Rahmens statt, durch den die Bewegung sich Schwerpunkte setzt, oder Eskalationsphasen vorsieht, um in der öffentlichen Diskussion stärkeres Gewicht zu erlangen und die Druckkraft der eigenen Forderungen zu erhöhen. Ohne entsprechend genau die politischen Rahmenbedingungen zu analysieren und zu untersuchen wie sich diese in Wechselwirkung mit der eigenen Politik beeinflussen lassen, werden viele Aktivitäten relativ kurzfristig geplant und durchgeführt. Sie entwickeln sich oft beinahe willkürlich entlang den momentanen Möglichkeiten.
In Folge einer solchen Praxis, fällt es natürlich schwer, die eigene Politik auf eine breitere Basis zu stellen. Sie verfügt über eine Reichweite, die oft genug über den eigenen Tellerrand nicht hinauskommt. Die Analyse darüber, welche Initiativen mensch entwickeln müßte, um das politische Umfeld für die eigenen Ziele zu verbessern, fällt häufig unter den Tisch; muß unter den Tisch fallen, weil derartige Aspekte außerhalb des Blickwinkels von Tagespolitik liegen.

Dennoch wird mit jeder Veröffentlichung, mit jeder Demo oder Blockade das politische Umfeld beinflußt, und dann ist mensch plötzlich "unheimlich überrascht", das doch weitaus mehr Leute an einer Platzbesetzung teilnehmen, als dies für möglich gehalten wurde. Genauso überraschend bröckelt die Beteiligung wieder ab, wesentlich mitverursacht durch eine Politik, die die aus ihr hervorgegangen Aktionen nicht in einem längerfristigen Zusammenhang reflektiert, sondern eben tagespolitisch aneinanderreiht.
Es sind dann nicht allein die Menschen aus politisch benachbarten Spektren, die wegbleiben. Es sind allzuoft auch die AktivistInnen, die geographisch gesehen zwar von außerhalb kommen, politisch aber zur Bewegung gehören. Keinem standortgebundenen Widerstand ist es bisher gelungen, langfristig starke Kräfte

von außerhalb zu mobilisieren, vor allem dann nicht, wenn mangels eines gemeinsam entwickelten längerfristigen Prozesses die vorhandenen Energien in einzelnen Aktionen verbraucht würden. Diese Beobachtung gilt mehr oder weniger eingeschränkt, aber grundsätzlich für das Wendland ebenso wie für Wackersdorf, Brokdorf oder andere Standorte.
Kein Treffen vergeht, ohne daß nicht irgend jemand darauf hinweist: Wir würden als Bewegung ständig nur reagieren, aber fast nie agieren. Wen wundert's angesichts einer Politik, die alles in allem nicht in der Lage ist, etwas weiter vorauszuschauen als zur nächsten Blockade oder Demo. Erst eine Strategie, die eine Perspektive entwirft, in dem sie die verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen einer längerfristigen Zielbestimmung unterwirft und zu einem bewegungspolitischen Prozeß verdichtet, bietet einen Ansatz für die Verwirklichung der vermißten Attribute einer starken Bewegung: Kontinuierliche politische und aktionäre Arbeit, politische Präsenz und Interventionsfähigkeit, Agieren statt Reagieren, Verbreiterung und Radikalisierung der Bewegung usw..
All das ist hinsichtlich des PKA-Widerstand's derzeit nicht recht erkennbar. Es ist sehr die Frage, inwieweit die nächsten geplanten Aktionen dazu beitragen, dieses Problem aufzubrechen.

Strukturelle Schwächen

Der zweite Anlaß für Zweifeln an einem längerfristig starken PKA-Widerstand steht in engem Zusammenhang, quasi in Wechselwirkung mit dem Kreuz der Tagespolitik.
Was im Wendland bereits seit einiger Zeit zu beobachten ist, ist die unverhältnismäßige Beteiligung von Einheimischen und Auswärtigen an Aktionen. Dabei geht es nicht um den Aspekt der Durchführung, sondern vielmehr um die Frage der gemeinsamen Planung und Verbreitung. Eine klare Position zu den verschiedensten Aspekten einer Aktion (Zielsetzung, Charakter, Mobilisierung, organisatorische Details etc.) ergibt sich erst im Laufe eines Diskussionsprozeßes. Anders als noch vor einigen Jahren als auch auswärtige Gruppen mit eigenen Vorstellungen und Vorschlägen nach Lüchow-Dannenberg kamen, gehen derzeit alle Impulse vom Wendland selbst bzw. seiner unmittelbaren Umgebung aus. Die Besetzung des PKA-Geländes hätte wahrscheinlich nie stattgefunden, wenn nicht die WendländerInnen, ziemlich autonom, die Initiative ergriffen hätten. Der Anstoß zu weiteren Aktionen wie die Montags-Blockade oder die Gestaltung der Sonnabends-Spaziergänge erfolgte ebenfalls aus dem Landkreis heraus. Wo früher auf Konferenzen manchmal ätzend, immer aber auch produktiv und kontrovers um Standpunkte und Initiativen gerungen wurde, findet heute beispielsweise ein Blockadevorschlag sozusagen en passant Zustimmung. Politische und organisatorische Detailfragen oder taktische Aspekte werden nur noch am Rande angesprochen. Letzthin werden die Diskussion ausgesprochen oberflächlich geführt. Das führt dazu, das komplette Aufrufe (z.B. Doppeldemo Gorleben - Stendal oder Osterblockade) allenfalls noch redaktionelle Änderungen erfahren.
Vor zwei Jahren noch unvorstellbar und auch heute äußerst befremdlich. Liegt es daran, das die Vorschläge aus dem Wendland schlicht genial sind? - Wohl kaum.
Eher liegt der Schluß nahe, das es gerade die unterbleibende Auseinandersetzung der Auswärtigen mit der Problematik ist, die zu diesem unbefriedigendem Zustand führt. In dem Maße, in dem immer mehr AtomkraftgegnerInnen ohne eigene Positionen angereist kommen und ihre Teilnahme an den Vorbereitungstreffen von einem eher seminaristischen Verhalten geprägt ist, in dem Maße bleiben Unklarheiten und Fehlentwicklungen unbewußt, werden Widersprüche und Problembereiche ungenügend thematisiert.

Mensch mag diesen Phänomen begründen oder entschuldigen mit der Orientierung vieler BI's auf die Probleme vor der eigenen Haustür, die eine intensive Beschäftigung mit anderen Standortthemen, in diesem Fall mit der PKA, angesichts der personellen Schwäche nicht zuläßt. Mensch mag dies als ein inhaltliches Defizit in Folge einer strukturellen Schwäche der Bewegung akzeptieren.
Was aber nicht angehen kann, ist, daß wir die damit verbundenen Konsequenzen im Diffusen belassen. Dies geschieht oft dergestalt, daß Unklarheiten bis in eine Aktion hinein nicht ausgeräumt werden, daß ein Konsens angenommen wird, wo er nicht wirklich besteht oder das politische Standpunkte nicht genügend auf den Punkt gebracht werden. So erfreulich die Platzbesetzung insgesamt gewesen ist, so sehr ist sie gleichzeitig Indiz für die Existenz dieser Defizite. Allem voran die "Platzräumung" hat deutlich gemacht, in welch abstruse Situationen ein vermeintlich bestehender Konsens führen kann. Nicht mehr die nüchterne Analyse, sondern Aufwallende zum Teil gegeneinander gerichtete Gefühle bestimmen dann plötzlich das Geschehen. Dies ist umso unbefriedigender, als während der Besetzung über Tage hinweg die Zeit und die selbstgewählte (Nicht-)Organisationsform bestanden hat, in Gruppen und auf dem Plenum Diskussionen über Probleme der Besetzung an sich und des weiteren PKA-Widerstands intensiver zu führen. Daß dies nicht geschehen ist, kann ebenfalls v. a. als Ausdruck struktureller Schwächen gesehen werden.

Die nächsten Schritte

Die strukturelle Schwäche und das Problem der Tagespolitik sind es, die eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der PKA-Thematik stark erschweren. Die Konzentration auf den Schwerpunkt Wendland im Rahmen einer gemeinsam entwickelten Konzeption wird derzeit vom Gorleben-Widerstand nicht geleistet. Die Überwindung dieser Defizite aber werden meines Erachtens wesentlichen Einfluß auf die Frage haben, inwieweit die Anti-AKW-Bewegung langfristig nennenswerten Widerstand gegen die PKA leisten kann. Alle weiteren Initiativen und Veranstaltungen sollten sich daran messen lassen, inwiefern sie von ihrer Logik, ihrer Vorbereitung und ihrer Durchführung her zum Abbau der oben dargestellten Schwächen beitragen können. Wichtig in dieser Hinsicht wird sein, ob sich über unsere Aktivitäten eine politische Kontinuität, eine Verbreiterung der Bewegung und oder ihre Radikalisierung entwickeln läßt.
Als feste "Institution" bestehen seit einiger Zeit die Sonnabend-Spaziergänge. Wie oben erwähnt hat sich die Bandbreite der in ihnen organisierten Aktionsformen vergrößert, sodaß die Spaziergänge als ganzes an Dynamik und Reiz dazugewonnen haben. Dies war dringend notwendig angesichts der Tatsache, daß bereits hier und da Unmut darüber laut wurde den weiten Weg nach Gorleben zu machen nur um gemeinsam das Zwischenlager- PKA-Gelände zu umrunden und anschließend Kaffee zu trinken. (Das könnte an der Elbe in viel reizvollerer Weise geschehen). Es ergibt sich die Notwendigkeit die Spaziergänge vorzubereiten. Daß die WendländerInnen überfordert sind, dies jedesmal zu übernehmen, liegt auf der Hand und kann auch nicht im Interesse der Bewegung sein. Insoweit ist es folgerichtig, Auswärtige in die Vorbereitung einzubinden, indem mittelfristig die Gestaltung auf verschiedene Gruppen verteilt wird. Sollte diese Vorstellung umgesetzt werden können, besteht gute Aussicht, die Spaziergänge auch langfristig zu einem Brenn-

punkt des Gorleben-Widerstands zu entwickeln und von ihm Impulse auf andere Aktionen ausgehen zu lassen.
Die einzige Veranstaltung, die darüber hinaus zum jetzigen Zeitpunkt, eine knappe Woche nach de. Frühjahrskonferenz in Braunschweig, konkret umrissen ist, ist die Osteraktion. Eine Demo am Gorlebener Entsorgungs-Komplex bildet den Auftakt am Ostermontag. daraus hervorgehen sollen bereits am Montag, vor allem aber am Dienstag erneut Blockaden stattfinden. Dieses mal soll die Behinderung des Baustellen- und Lagerverkehrs jedoch vor allen Betriebstoren stattfinden, also auch vor dem Endlager. Zeitpunkt und Konzept scheinen gut gewählt zu sein, verspricht doch ein arbeitsfreier Arbeitstag einen breit getragenen Auftakt, an den sich an dem darauffolgenden Werktag (an diesem Tag sind in Niedersachsen noch Ferien) der konkrete Eingriff in den nuklearen Normalbetrieb anschließt. Symptomatisch ist aber einmal mehr die Art der Planung: Vom Wendland initiiert, außerhalb kaum diskutiert, wurde ein entsprechender Aufruf in Braunschweig schon akzeptiert. Von gemeinsamer Vorbereitung kann dabei nicht die Rede sein, und das bei einer Aktion, deren Charakter schließlich nicht x-beliebig ist.
Ansonsten bestehen keine formulierten Vorstellungen darüber, in welche Richtung der PKA-Widerstand geht. Was sich an die Osteraktion anschließt, ob sich im Sommer Schwerpunkte ergeben, wie, wo, was: alles unklar. Vielleicht können entsprechende Diskussionen im Rahmen des Ost-West-Camp's zwischen Himmelfahrt und Pfingsten geführt werden, aber dann ist schließlich schon Juni.

Wie weiter?

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Probleme scheint es m.E. dringend notwendig, ja überfällig, eine Strategiediskussion zu führen. Ein entsprechender Diskurs hätte die Aufgabe, eine Widerstandsperspektive für einen überschaubaren Zeitraum zu entfalten. In einer entsprechenden Strategie müssen, von der Zieldefinition hergeleitet, die verschiedensten Aktivitäten in einen zeitlichen oder räumlichen, immer aber inhaltlichen Zusammenhang integriert und zu einem politischen Prozeß zugespitzt werden, an dessen Ende die Anti-AKW-Bewegung die öffentliche Meinung dominiert und ein entsprechend starker Druck auf die politischen Entscheidungsträger besteht.
Der Rahmen eines solchen Konzepts muß genau bestimmt werden. Es ist die Frage, ob eine Widerstandsstrategie gegen die PKA allein unter den derzeitigen Bedingungen überhaupt sinnvoll ist. Möglicherweise ist es wesentlich richtiger, einen Plan gegen das "Entsorgungsprogramm" der Atommafia zu umreißen. Das bedeutet, die Standorte Gorleben, Schacht-Konrad incl. Asse und Ahaus in einem zu thematisieren.
Anknüpfungspunkt wäre die identische technisch-organisatorische Funktion dieser Standorte: Innerhalb der nuklearen Produktionslogik bilden sie eine Einheit, da sie gemeinsam die letzte Prozeßphase, die Beseitigung der radioaktiven Abfälle sicherstellen sollen. Jeder Standort bildet durch die ihm eigenen alternativlose Bestimmung eine tragende Säule des sog. Entsorgungskonzepts. Welch besondere Bedeutung die Projekte für die Existenz der Atomindustrie haben, machen die rechtlichen und politischen Eiertänze, nicht zuletzt das jüngste Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Endlager Gorleben und des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg zur PKA Gorleben besonders deutlich. Bricht einer dieser Säulen weg, stürzt ein Kartenhaus in sich zusammen.

Fehlende Alternativen zu diesen Standorten würden langfristig zu schweren organisatorischen Engpässen der Atomindustrie führen. Im Falle des Endlagers Gorleben müßte das Aus auf juristischer Ebene die Stillegung diverser AKW's zur Folge haben.
Noch gravierender wären die Konsequenzen aber in politischer Hinsicht. Das Scheitern eines Entsorgungs-Projekts machte den wahren Charakter dessen deutlich, was seit Jahren als Konzept zur sicheren Verwahrung des Atommülls proklamiert wird: Das Fehlen jedweden verantwortbaren Entsorgungskonzepts stellt die Entsorgung als Lüge stärker denn je bloß. Die ideologische Funktion des ganzen Konstrukts wäre eklatant.
Die inhaltlichen Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Entsorgungsstandorten sind also in jeder Hinsicht gegeben. Eine politische Offensive der Anti-AKW-Bewegung kann jeder Zeit auf eine entsprechend geschlossene Argumentation gegen die Entsorgungslüge aufbauen. In einem solchen Begründungszusammenhang läßt sich auch eine PKA einordnen, denn sie ist für alle Entsorgungsprojekte von größter Bedeutung, da durch diese Anlage erst der kontinuierliche Betrieb der Endlager Gorleben und Schacht Konrad sowie des potentiellen Langzeit-Zwischenlagers Ahaus vorstellbar wird.
Die Möglichkeiten der Einflußnahme wären nicht nur auf der politisch institutionellen Ebene, sondern vor allem auf der Ebene von außerparlamentarischen Veranstaltungen und Aktionen deutlich größer als wenn jeder Standort mehr oder minder isoliert Atompolitik betreiben würde. Es könnten eine Menge dezentraler Aktivitäten verwirklicht werden, die unter einem gemeinsamen Motto, mit einer gemeinsamen politischen Stoßrichtung regional und überregional in die politische Debatte eingreifen und den Entsorgungspopanz in Angriff nehmen. Es könnten Tage organisiert werden, an denen die an den Atomprojekten beteiligten Baufirmen blockiert würden, es könnten niedersachsenweit und darüber hinaus Go-ins und Besetzung von Behörden stattfinden. Dies um so eher, wenn auch die Problematik der Atomtransporte einbezogen würde. Sie sind ja als Lebensnerven wesentlicher Bestandteil des Entsorgungssektors. In diesem Zusammenhang wären auch wieder koordinierte Bahnaktionen denkbar. Viele happeningartige Aktionen und Infoveranstaltungen sowie konkrete Widerstandsaktionen würden auf der Grundlage konzentrierter inhaltlicher Aussagen (gemeinsame Presseerklärungen) und Organisation ein politisches Klima schaffen, in dem die Anti-AKW-Bewegung wesentlich stärker präsent wäre, als es zur Zeit der Fall ist.
Im Rahmen der Zielbestimmung könnten Schwerpunkte gesetzt werden, unter denen die PKA sicherlich ein herausragender wäre. Im Zusammenhang damit würden x-Brennpunkte entstehen, über die, ohne die Gefahr des kurzfristigen Aufflammens und Ausglühens, Eskalationsphasen entwickelt werden könnten, um somit den politischen Druck weiter zu verstärken. Aktionen wie Großblockaden à la Wendlandblockade wären im Rahmen einer längerfristigen Strategie durchaus vorstellbar. Ausdruck sich einer sich derart entfaltenden Dynamik könnte dann auch eine zentrale Großdemo sein. Meines Erachtens hätte eine solche Demo nur dann einen Sinn und würde nur dann ihren Anspruch gerecht werden können, wenn sie in einen politischen Prozeß wie dem oben grob angerissen eingebettet wäre. (anders also die letz- und diesjährig öfter diskutierte Endlagerdemo in Hannover oder dem Schacht Konrad). Es ist genau zu analysieren, inwieweit ein solcher standortübergreifender Ansatz sinnvoll *und* realisierbar ist. Möglicherweise sprechen mehr Argumente dafür, die Aktivitäten weiterhin auf einzelne Projekte zu begrenzen. Auch für die PKA wäre eine solche Herangehensweise vorstellbar, allerdings nicht losgelöst von den gleich nebenan befindlichen End- und Zwischenlagern und ebensowenig von den Atom(müll)transporten. Aber selbst in dem Fall muß der Wendland Widerstand über den Tag hinaus denken und Vorstellungen entwickeln, wie er kontinuierlich Widerstand leisten, sich Verbreitern und unter Umständen radikalisieren will. Eine dementsprechende Konzeption ist die Voraussetzung, um nicht bald wieder, tagespolitisch kurzsichtig, in die Defensive zu geraten. Sollte aber eine Strategie gegen die PKA (ebenfalls im Rahmen einer übergeordneten Kampagne) entwickelt werden, dann muß völlige Klarheit darüber herrschen das die Strategie gemeinsam als Bewegung und nicht als eine Ansammlung von Standorte BI's getragen wird. Die Erfahrung der Atomtransporte-Kampagne, die, m.E. inhaltlich richtig, von einigen Gruppen entwickelt, aber nie in der Bewegung verankert worden ist, muß nicht wiederholt werden. Die Reorganisation eines tatsächlich gemeinsamen Zusammenhangs ist daher die Voraussetzung für unseren Erfolg.

p.s.: dieser Artikel wurde vor dem Gedelitz-Treffen am 24. März 90 verfaßt, in der Hoffnung das sich dort etwas entscheidendes tut.

Angewandter Politikunterricht

Im Rahmen des Anti-PKA-Protest haben sich auch die SchülerInnen im Wendland zu Wort gemeldet. In zwei Aktionen blockierten sie jeweils mit einigen Hunderten den Straßenverkehr in Lüchow und Dannenberg. Angesichts der Besonderheit der Initiative geben wir hier ein Interview mit einer maßgeblich daran beteiligten Schülerin wieder. Ihren Namen wollen wir an dieser Stelle nicht nennen.

Was habt Ihr gemacht? Wie verliefen die Aktionen?

Es haben Aktionen am 19. und 23. Februar stattgefunden, als Reaktion auf den OVG-Entscheid (1. TEG) zur PKA. Die erste Blockade der Dannenberger Straßen unterschied sich allerdings etwas von der zweiten.
Zur Aktion am Montag, den 19. Februar hatte die Schülergruppe "Kritische Schüler im Wendland" aufgerufen und geplant war die Besetzung einer Kreuzung in Dannenberg (Dbg.). Die SchülerInnen gruppierten sich und gingen zugmäßig zur Kreuzung, der Verkehr staute sich gleich und die unsensiblen Kraftfahrer wurden sehr schnell aggressiv. (...) Als wir nach 10 Minuten ein Ultimatum von 5 Minuten von der Polizei erhielten wanderten wir geschlossen zur nächsten Kreuzung in der Nähe des Marktplatzes wo wir uns niederließen. Auch dort - wie erwartet - forderte uns die Polizei auf, den Platz zu räumen, doch ein wenig verweilten wir noch - bis zur Ende der großen Pause, denn auch in unserer "Ankündigung" hatten wir uns selbst dieses Limit gesetzt, da es ja auch unsere erste Aktion war und wir die Resonanz vorher nicht einschätzen konnten. Wir waren auf den Straßen nicht nur nicht zu sehen, sondern auch zu hören, denn die Aktionen wurden mit "Gesang" begleitet (wie z.B.: Aufruhr, Widerstand - keine PKA ins Land).

Die zweite Aktion (am Freitag, den 23. Februar) war schon etwas mehr gestaltet worden. Viele waren völlig schwarz gekleidet und hatten sich weiße Gesichter geschminkt, weiterhin war eine Kartonbarierre auf dem Marktplatz aufgebaut worden. Zu Beginn waren wir auch wieder durch die gleichen Straßen gezogen und installierten uns an besagter Marktplatzkreuzung. Dieses Mal begleitete uns die Polizei nur und regelte den Verkehr, ließ uns gewähren. (...) Der erste Teil der Aktion endete an der Schule und die entgleiste ein wenig, denn die SchülerInnen teilten sich und einige wenige gingen auf die DBG (Dannenberger Umgehungsstraße) zur großen Ampelkreuzung. Dort wurde es dann auch von Seiten der Kraftfahrer besonders aggressiv, sodaß man nicht länger als 5 Minuten sich aufhielt und die Kreuzung in Richtung Innenstadt wieder verließ. Dieser zweite Teil

viel voll in die 5. Stunde, sodaß die restlichen BlockiererInnen am Anfang der 6. Stunde wieder am Unterricht teilnahmen.
Von diesem (teils riskanten) zweiten Teil der Aktion haben sich kurz danach auch recht viele SchülerInnen (auch ich) per Unterschrift distanziert (es hing nur ein Zettel an der Eingangstür - den eben jeder mal lesen sollte).

Wer war daran beteiligt?

Unsere Schule besitzt so 360 SchülerInnen und an den Aktionen nahmen verhältnismäßig viele teil. Es waren jedesmal mindestens 100 und beim 2. mal mind. 150 SchülerInnen zugegen. (...) Jahrgangsmäßig waren die SchülerInnen recht breit gestreut - alles vorhanden: Unter-, Mittel-, Vor-, und Oberstufe.

Wie ist es zu diesen Aktionen gekommen (Entstehungsgeschichte: Absicht, spontan/ vorbereitt, wer hat die Initiative entwickelt)?

So richtige Entstehungsgeschichten gibt es eigentlich nicht, oder nein, doch. Ich würde die PKA Platzräumung als letztendgültigen Anstoß ansehen, denn in Lüchow nach der Räumung vor dem Kreishaus und der anschließenden Marktbesetzung waren recht viele SchülerInnen beteiligt. (...) Doch es war eben nicht so, daß nach dem 6.2. (Platzräumung) die Aktionen vom 19. oder 23. Feb. gleich geplant wurden. Die Spontanität hatte da den Spielraum von 2 - 4 Tagen vorher - erst dann stand fest, daß wir Aktionen "planten" - erstmal für uns selbst klargestellt und dann ran an die Schulöffentlichkeit. Die erste Aktion war wohl sehr von der SchülerInnengruppe angeregt worden, doch die 2. war zusammen mit den LüchowerInnen "geplant" - verabredet worden. (...) Die 2. Aktion hatte so etwas wie einen Automatismus entwickelt - jeder, der noch etwas dazu beitragen wollte, tat es eben auch, - ganz selbstverständlich. Daher konnte man sagen, daß es keine Initiatoren gab, sondern alles von der Masse getragen worden war.
Die Absicht war das Aufsehen erregen, zu zeigen, daß die "Kinder" aufgepaßt haben und nicht alles mit sich machen lassen, also einfach bekunden, daß man Widerstand gegen die Atommafia leistet.

Wie habt Ihr für die Aktionen mobilisiert?

Die erste Aktion haben wir fälschlicherweise an unserem Brett angekündigt und damit einen Aufruf gestartet, was uns später zum Verhängnis hätte werden können - wie uns unsere Rektorin gleich am nächsten Tag darauf hinwies, daß wir herangezogen würden, wenn etwas passieren würde und wir uns als Veranstalter herausstellten.
Ansonsten und insbesondere bei der zweiten Aktion sprach sich unser Vorhaben per Mundpropaganda herum - man sprach Leute an, von denen man auch überzeugt war, daß sie mitmachen und jene erzählten das "Geplante" auch wieder weiter - ich fand es irgendwie erstaunlich, daß sich die Leute so spontan mobilisieren lassen, aber das kann uns nur recht und billig sein.

Wie waren die Reaktionen seitens der anderen SchülerInnen, die nicht beteiligt waren, der Schulleitungen, der Öffentlichkeit allgemein (Presseecho)

Die Reaktionen waren unterschiedlich. Nichtbeteiligte SchülerInnen sahen die zu spät kommenden mit seltsamer Minie an, (...). Doch man/frau wurde einfach - ohne große Beachtung - geduldet. Nachfragen zum Verlauf der Aktionen gab es nicht, wäre ja auch fast peinlich für den Fragesteller gewesen.
Die Schulleitung reagierte sehr massiv mit Protest, sodaß unser Widerstand auf Widerstand stieß. Nach der ersten Aktion wurden wir gleich am nächsten Tag ins Sprechzimmer unserer stellvertretenden Direktorin gerufen, um dort zu Ohren zu bekommen, daß gleich am ersten Mittag die Polizei in der Schule angerufen hätte, um zu erfahren, ob die Schule derartiges Verhalten der SchülerInnen genehmigt hätte. Nein - die Schulleitung wußte nichts - also wurde nach den Initiatoren gesucht und gefunden durch den besagten Zettel, der dazu auf-

rief. Also wußten wir danach, daß wir demnächst (...) immer per Mundpropaganda durchführen dürfen und können. Nach der 2. Aktion wurden den Schülern und den Eltern der nicht Volljährigen SchülerInnen Angst gemacht mit Zitaten aus Gesetzestexten (nds. Schulgesetz). (...) Die Bezirksregierung bekundete per Schreiben vom 11.4.88, daß die Beurlaubung eines Schülers zu einer Demonstration durch die Eltern nicht genehmigt werden kann und dieses Fernbleiben vom Unterricht als unentschuldigt gilt. Aus eigener Erfahrung haben ich und drei andere für obig Angesprochenes einen Schulverweis erhalten. (...) Als nächstes kam die Reaktion von den Lehrern, daß sie ihrer Aufsichtspflicht massiv hinterherkamen. Kein Nichtvolljähriger Schüler wird während der Pause vom Schulgelände gelassen, die Lehrer stehen dann dort (...). Die Öffentlichkeit allgemein wurde sozusagen durch die Presse gestaltet. Wir hatten zwar die EJZ angerufen, bevor wir unsere zweite Aktion gemacht haben, doch da haben die Lüchower eben den lokalen Vorteil, sodaß die

Zeitungsleute immer zu deren Aktionen zugegen war. Doch durch Leserbriefe sahen wir eine Resonanz der Öffentlichkeit, die besagte, daß es schon schlimm sei, daß die Schüler - sozusagen unsere Kinder - erst darauf hinweisen müssen, wo hier die Ungerechtigkeit waltet. Ansonsten haben sich eigentlich viele gefreut, daß mal so etwas gestartet worden ist. (So war auch die BI Resonanz).

Haben die Blockaden den Impuls für weitere Aktivitäten gegeben? Plant Ihr weitere Anti-AKW-Aktion für die nächste Zeit?

Es hat bei mir den Impuls ausgelöst, nun endlich eine Info-Veranstaltung in der Schule (außerhalb der Schulzeit versteht sich) anzustoßen. Doch das stieß wiederum auf gehörigen Widerstand der Schulleitung, die der Meinung war, daß die BI , die wir zu Gast durch Wolfgang Ehmke einladen wollten, zu einseitig sei. Schließlich wurde die Info-Veranstaltung doch noch genehmigt - außerhalb der Schulzeit versteht sich. (...) Weiterhin sind Treffen mit den Lüchowern abgehalten worden, aber noch nichts konkretes gemeinsames geplant worden. Doch eine Vorankündigung hat die Schulleitung schon für eine Podiumsdiskussion gemacht, die in der Schulzeit (bestenfalls einen Samstag) mit Politikern aller Gruppierung stattfinden soll. Es steht der Termin um Pfingsten im Gespräch.

Welche Empfehlungen würdet Ihr anderen SchülerInnen / Gruppen in Hinsicht auf ähnliche Aktionen geben?

Man/frau braucht drei GründerInnen für eine geplante politische Schülergruppe, die dann als Ansprechpartner gelten. Für Aktionen wäre es günstig, so etwas auch nur per Mundpropaganda anzukündigen, um hinterher nicht für etwas haften zu müssen. Ansonsten wäre es gut, daß man auf Anti-AKW-Veranstaltungen informativer wie auch aktionärer Art immer wieder hinweist und aufruft - evtl. auch Mitfahrgelegenheiten anspricht, um sich mit sympatisierenden Leuten auch mal in seiner freien Zeit zu treffen, zusammen dann was ausklüngeln und durchführen - insgesamt gesehen muß man die Resonanz und die Beteiligung in etwa einschätzen können, um nicht gänzlich auf den Bauch zu fallen. Info-Veranstaltungen und Podiumsdiskussion sollten nicht so schwer durchzubekommen sein, wenn man immer wieder darauf zuköck kommt und nicht locker läßt. Ansonsten kann man auf seine Erfahrungen aufbauen, aber man muß sie zwangsläufigerweise machen. (...)

Vielen Dank für das Gespräch

Streit um Schutzhütte hält an

Verwaltungsgericht wies Einspruch gegen Abrißverfügung zurück

Gorleben. Die Schutzhütte der Bürgerinitiative Umweltschutz, die im Oktober vergangenen Jahres im Rahmen von Aktionstagen als Zeichen des Protestes gegen die Pilotkonditionierungsanlage unweit des Gorlebener Zwischenlagergeländes errichtet wurde, muß nach nach Ansicht des Verwaltungsgerichtes Stade, Kammer Lüneburg, beseitigt werden. Am 8. März wiesen die Richter einen Einspruch von Dieter Schaarschmidt gegen eine vom Landkreis Lüchow-Dannenberg ausgestellte Verfügung zur Beseitigung der Hütte als unbegründet zurück.

Wie BI-Sprecher Wolfgang Ehmke mitteilt, hatte die Rechtsabteilung des Landkreises argumentiert, daß die Hütte einer baurechtlichen Überprüfung nicht standhalte. Dieter Schaarschmidt war als einer der Erbauer polizeilich identifiziert und als „Handlungs- und Zustandsstörer" aufgefordert worden, für den Abriß der Hütte zu sorgen. In einer zwölfseitigen Verfügung und mit rund 70 Beiblättern hatten die Landkreis-Juristen gegenüber Dieter Schaarschmidt detailliert zu begründen versucht, warum er als „alleiniger Handlungsstörer" anzusehen sei.

Auf Anforderung des Landkreises hatte Schaarschmidt zunächst rund 150 Personen benannt, die sich ebenfalls als Erbauer der Hütte ausgaben. Nach Auffassung des Landkreises kamen davon aber nicht alle als „Handlungsstörer" in Betracht. 74 Personen weiblichen Geschlechts, vier Bürger aus der DDR und „im Kreisgebiet ansässige und allseits bekannte Persönlichkeiten" wie der Landtagsabgeordnete Kempmann scheiden nach Ansicht des Landkreises als Erbauer(innen) aus. Darüber sei kaum vorstellbar, „daß die hier örtlich ansässigen und ortsbekannten Kreistagsabgeordnete Marianne Fritzen und Bundestagsabgeordnete Lilo Wollny, jeweils über 60 Jahre alt, in dem Holzgebälk herumturnten und die Balken zusammenschraubten", befand die Rechtsabteilung des Landkreises.

Die BI habe zwar die Hütte als „Versammlungs- und Konferenzraum" genutzt, sei aber nicht alleinige Nutzerin. Bei einer Personenkontrolle seien zwei Berliner Atomkraftgegner angetroffen worden, die behaupteten, einen Beobachtungsposten eingerichtet zu haben. Sie hätten bekundet, der Fortgang der PKA-Bauarbeiten solle unter der Kontrolle der AKW-Gegner bleiben.

„Ohne Zerstörung wirtschaftlicher Werte können die Nägel entfernt und die Hütte in Einzelteile zerlegt werden", schlägt der Landkreis laut BI-Mitteilung vor; ein Wiederaufbau sei dann jederzeit möglich.

BI-Sprecher Ehmke monierte, daß in der akribischen Auflistung der Nutzungsmöglichkeiten die Einrichtung einer Futterstelle für Wild fehle. Auf jeden Fall werde sich die BI der Sache annehmen. „Schaarschmidt soll stellvertretend für uns alle als Handlungsstörer inkriminiert werden; wir stehen aber hinter ihm." Gegen die Abrißverfügung werde Widerspruch eingelegt werden.

Elbe-Jeetzel-Zeitung v. 28.3.90

Wendland

OVG: Aussetzungsantrag abgelehnt

Öffentliches Interesse überwiege Interesse der Kläger – „Keine Rechtsverletzung"

Lüchow. Der Vollzug der ersten atomrechtlichen Teilgenehmigung zur Errichtung der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben wird bis zum Abschluß des Klageverfahrens nicht ausgesetzt: Dies beschloß der 7. Senat das Oberverwaltungsgerichts jüngst in Lüneburg. Damit wurde der Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz von fünf Lüchow-Dannenbergern und vier DDR-Bürgern im grenznahen Gebiet abgelehnt. Zur Erinnerung: Die geplante Anlage soll Techniken zur Vorbereitung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle für eine Endlagerung erproben.

Auszüge aus der Begründung des OVG: Auch die DDR-Einwohner seien grundsätzlich klagebefugt. Denn der vom bundesdeutschen Atomrecht vermittelte Schutz erstrecke sich auch auf sie. Der Aussetzungsantrag sei jedoch insgesamt in der Sache erfolglos: Durchgreifende Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Genehmigung, soweit diese Rechte der Antragsteller berühre, bestünden nicht, meint das OVG. Das niedersächsische Umweltministerium als Genehmigungsbehörde habe das Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren nicht neu durchführen müssen, nachdem die innerdeutsche Grenze im November 1989 geöffnet worden sei. Dieses Verfahren sei in der ersten Jahreshälfte 1988 ordnungsgemäß durchgeführt und abgeschlossen worden. Daß die klagenden DDR-Bewohner am damaligen Erörterungstermin nicht hätten teilnehmen können, habe nicht im Verantwortungsbereich der bundesdeutschen Behörden gelegen, hieß es in der Begründung weiter.

Eine Wiedereröffnung des Termins sei zumindest in diesem Verfahren nicht erforderlich gewesen, weil keine neuen Tatsachen vorlägen, welche die Genehmigungsbehörde nicht bereits gewürdigt habe. Andererseits führe der besondere Umstand, daß die DDR-Antragsteller seinerzeit an der Teilnahme gehindert gewesen seien, dazu, daß sie nunmehr im gerichtlichen Verfahren noch alle sie bewegenden Einwände geltend machen dürften.

Angefochten sei keine Betriebs-, sondern eine Errichtungsgenehmigung. Diese brauche lediglich ein vorläufiges Urteil darüber zu enthalten, ob die Genehmigungsvoraussetzungen im Hinblick auf den Betrieb der Anlage vorliegen werden, meint das OVG. Auch insoweit hätten die Antragsteller aber nur eine eingeschränkte Klagebefugnis. Sie könnten die Verletzung lediglich solcher Vorschriften rügen, die speziell zu ihrem Schutz bestünden. Damit sei von vornherein die Prüfung von Vorschriften ausgeschlossen, welche die Entsorgung der geplanten Anlage, den Zu- und Abtransport der zur Konditionierung vorgesehenen Stoffe sowie die spätere Kontrolle des Spaltstoffflusses beträfen.

Kernfrage sei, so das OVG, ob die Anlage nach Standort und Konzept voraussichtlich eine Rechtsverletzung der Antragsteller erwarten lasse, also ihr Leben, ihre Gesundheit oder ihre Sachgüter durch ionisierende Strahlung gefährdet würden. Das sei nach Meinung des OVG voraussichtlich nicht der Fall. Die Anlage sei so konzipiert, daß von ihr sowohl im Normalbetrieb als auch in einem eventuellen Störfall weitaus weniger Strahlung ausgehen werde, als die Umgebungsbevölkerung nach der geltenden Strahlenschutzverordnung hinzunehmen habe.

Im übrigen habe es die Genehmigungsbehörde bei der noch vorzunehmenden Festsetzung der definitiven Abgabewerte in der Hand, unter Berücksichtigung des aktuellen Stands von Wissenschaft und Technik einen hinreichend sicheren Betriebsumfang im einzelnen zu bestimmen. Unter diesen Umständen überwiege das öffentliche Interesse und das Interesse der Betreibergesellschaft an der zügigen Umsetzung der Errichtungsgenehmigung das Interesse der Antragsteller an einem Aufschub.

Das öffentliche Interesse bestehe vor allem in der unverzögerten Erprobung und Vorbereitung von Techniken, die eine vom Gesetz nicht ausgeschlossene Endlagerung radioaktiver Abfälle auch ohne vorherige Wiederaufarbeitung beträfen, begründet das Oberverwaltungsgericht abschließend.

Elbe-Jeetzel-Zeitung v. 28.3.90

Das OVG - ein schwarzes Kapitel

„Druck verstärken"

MdL Kempmann zur PKA-Entscheidung

Gorleben. Als „zutiefst bedauerlich und im Kern unverständlich" hat der Grünen-Landtagsabgeordnete Hannes Kempmann die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Lüneburg bewertet, den Bau der PKA in Gorleben nicht zu stoppen.

Obwohl der Beschluß keine endgültige Entscheidung werde damit einmal mehr der Schaffung von Sachzwängen Vorschub geleistet, erklärte Kempmann. Die endgültige Gerichtsentscheidung werde frühestens in einem Jahr getroffen, bis dahin seien aber bereits wesentliche Teile des Bauvorhabens realisiert.

Die Begründung für eine Verzögerung des Baustopps seien gesprochen dürftig, meint der nen-Politiker. So habe das cht sich schlicht geweigert, zu wesentlichen Fragen in Sachen PKA, insbesondere zur Entsorgung, der Transportrisiken und der Spaltstoffflußkontrolle irgendwelche Aussagen zu treffen. Schleierhaft sei auch, so Kempmann, wie das Gericht zu der Einschätzung gekommen sei, daß die Anlage die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung einhalten könne. Dazu seien jedenfalls Mindestangaben über Art und Menge der in der PKA zu bearbeitenden radioaktiven Stoffe notwendig. Genau diese Angaben seien in der beklagten Genehmigung jedoch nicht enthalten.

Es komme nun darauf an, meinte Kempmann, den „Druck von unten" so zu verstärken, daß die PKA politisch nicht durchsetzbar werde.

Elbe-Jeetzel-Zeitung v. 28.3.90

Atomgegner ketteten sich an

GORLEBEN, 28. März (Reuter). Mehrere Stunden lang haben sich am Mittwoch 15 Atomkraftgegner aus Protest gegen den Bau der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) für abgebrannte Kernbrennstäbe in Gorleben am Eingangstor zum Zwischenlager angekettet. Die Aktion wurde nach Angaben von Teilnehmern am Mittag beendet, ohne daß es zu einer Konfrontation mit der Polizei kam. Weitere 50 Personen hatten kurze Zeit die Einfahrt zum Zwischenlager blockiert.

Die Demonstranten wollten nach eigenen Angaben gegen die am Vortag bekanntgewordene Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg protestieren.

Frankfurter Rundschau v. 29.3.90

Angeschlagen: Lahmeyer International

»Lahmeyer ist ein Unternehmen für Energietechnik«. Dies erfuhren zumindest die Tagesspiegel-Leser in Berlin zum Anschlag auf Lahmeyer International in Frankfurt. Da es sich um eine „AP"-Meldung handelte, dürften auch die übrigen ZeitungsleserInnen nicht mehr über diese Firma erfahren haben. Zu dem Brandanschlag der laut AP einen Sachschaden von Zweieinhalb Millionen DM verursachte, bekannten sich die „Revolutionären Viren". Einen Tag später knallte es bei RWE – durch eine Bombe der „kämpfenden einheit cepà gallende".

Ob Zufall oder nicht, ist egal, es blieb in der Familie! „Lahmeyer International GmbH (LI)" ist eine 50%ige Tochter der „Lahmeyer AG (LAG)", deren Mehrheitssanktionär RWE ist. Bereits 1977 schrieb Schmidt in seiner KKW-Fibel: »...Wichtigstes Kind der Mutter RWE ist allerdings die LI, eine Beraterfirma, die bei nahezu allen europäischen AKW-Projekten ihre helfende Hand drin hat. In diesem Hause entstehen die Unbedenklichkeitsbescheinigungen (in Fachkreisen „Sicherheits-Gutachten" genannt) der Betreiber...«

Die LAG ist direkt oder indirekt an ca. 30 Firmen beteiligt, die größtenteils im Energiesektor arbeiten. So z.B. die Lech-E.-Werke AG, Main-Kraftwerke AG oder die Kraftanlagen AG (KAH) in Heidelberg. Die KAH ist dikke im Atomgeschäft; war in Wackersdorf beteiligt und mischte im Transnuklear-Skandal mit. LI ist sicher die wichtigste Tochterfirma (neben LAG – 50 % – sind Deutsche Bank und Dresdner Bank und die AG für Industrie und Verkehrswesen – je 12,5 % – Anteilseigner).

LI besitzt wiederum zu 52 % die „Nuclear Ingenieur-Service GmbH (NIS)", die unter anderem am Aoriß von Niederraichbach beteiligt ist. Auf die NIS in Hanau wurde 1986 ein Anschlag verübt.

Die personelle Verflechtung von LAG umfaßt so ziemlich alle Konzerne, die im Atomgeschäft stecken, alle wichtigen Banken und Teile der Rüstungsindustrie (F. Gieske, F.-J. Spathoff, J. Sarrazin).

Die Revolutionären Viren machen LI konkret für Projekte auf den Philippinen, in Guatemala und den türkischen Atatürk-Staudamm in Kurdistan verantwortlich. Der Atatürk-Staudamm gehört zum „Südöstlichen-Anatolien-Projekt" (GAP), das 21 Staudämme und 17 Wasserkraftwerke umfaßt und die endgültige Bezwingung Kurdistans bedeuten würde. Des weiteren droht die türkische Regierung Syrien offen mit Wasserentzug, da der Euphrat, der durch den Atatürk-Damm gestaut wird, nach Syrien fließt und dort die wichtigste Lebensader bildet. Syrien soll der PKK Unterschlupf gewähren, behauptet die türkische Regierung und fordert eine umfassende Grenzsicherung

durch Syrien. Der Gesamtplan GAP ist ein Projekt der „Low-Intensity Warefare" und soll die kurdische Bevölkerung vertreiben, spalten, trennen – letztendlich wegspülen. So stellen die „Viren" treffend fest: »Zwischen Giftgas und GAP – so ist der Schraubstock imperialistischer Vernichtung und Verwertung in Kurdistan.«

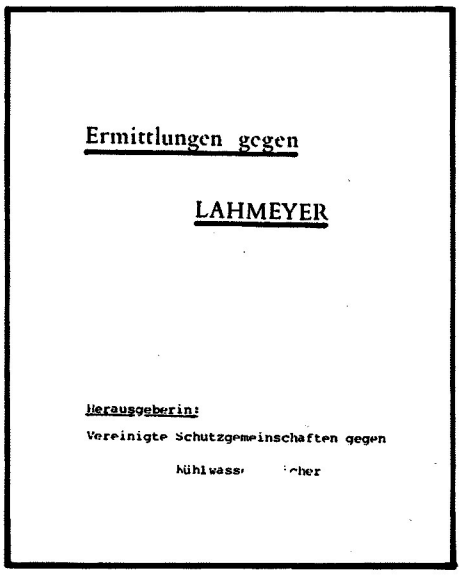
Ob allerdings LI, speziell am Atatürk-Damm eine wichtige Rolle spielt, sollte nochmals geprüft werden. Anderen Informationen zu Folge (BERGEN – medico) arbeiten hnier Voest-Alpine (Österreich), Brown-Bovery (BRD) und TIBB (Italien) unter der Federführung der Schweizer Firma Sulzer-Escher-Wyss. Womit LI nicht in Schutz genommen werden soll. Die haben gewiß genug Dreck am Stecken.

LI ist in allen relevanten „Dienstleistungsbereichen" im AKW-Geschäft tätig. Weltweit planen und leiten sie Staudammprojekte für Wasserkraftwerke, als Trinkwasserspeicher oder als Kühlwasserspeicher für Kohle- und Atomkraftwerke.

In Guatemala haben sie an mindestens 4 Projekten mitgemischt. Auf den Philippinen sollen sie an 40 (!) Projekten beteiligt gewesen sein. In Peru planten sie das Projekt Ene und in Malaysia den Sarawak-Stausee. Beide Projekte konnten durch (fast) weltweite Unterstützung verhindert werden. Dies sollte in Bezug auf das GAP-Projekt zu denken geben!

In der BRD wurde Lahmeyer vor allem im süddeutschen Raum bekannt durch die geplanten Kühlwasserspeicher fürs AKW Nekkarwestheim II (GKN). Eine ganze Latte von Projekten war geplant (7 Staudämme standen nach oder nebeneinander zur Auswahl). Alle Projekte konnten bislang durch gut organisierten Widerstand verhindert werden. Nach Inbetriebnahme vom GKN Ende '89 schien der Spuk erstmal ein Ende zu haben. Nach dem letzten heißen Sommer in dem das AKW wegen Wassermangels im Neckar heruntergefahren werden mußte, plant nun das Baden-Württembergische Umweltministerium, erneut einen Kühlwasserspeicher zu bauen – und Lahmeyer reibt sich die Hände.

Die „Vereinigten Schutzgemeinschaften gegen Kühlwasserspeicher" haben im letzten Jahr eine Materialsammlung „Ermittlungen gegen Lahmeyer" herausgegeben, die für 4,– DM in Briefmarken bei Jens Dobler, Cuvrystr. 21, 1000 Berlin 36, bestellt werden kann.


Ermittlungen gegen

LAHMEYER

Herausgeberin:

Vereinigte Schutzgemeinschaften gegen

Kühlwass[illegible]cher

P.S.: Die genannten Zahlen und Fakten stammen aus den Jahren 1985-1987, deshalb kann im einzelnen keine Gewähr übernommen werden – im gesamten aber lieber ein Gewehr...

Jens Dobler

Am 19. Oktober 1989 schrammte Spanien knapp an einem Super-Gau vorbei. Im AKW Vandellòs I kam es zu einer Explosion im Turbinenhaus, in deren Folge der Reaktor für kurze Zeit außer Kontrolle geriet.
Der folgende Artikel wurde uns vor kurzem zugesandt und ist eine gekürzte Fassung einer Reportage, die bereits am 29. Oktober 89 in der katalanischen Tageszeitung 'El Pais' abgedruckt war. Da über den Unfall in Vandellòs allgemein nur sehr spärlich berichtet wurde, finden wir den Beitrag nachträglich noch wichtig.
Desweiteren drucken wir einen Artikel ab, welcher sich mit Atomtransporten in Spanien befasst. Dabei handelt es sich um eine Zusammenstellung aus mehreren katalanischen Tageszeitungen und von Texten der 'Alternatia Verda'.
Die 'Alternativa Verda' ist eine katalanische Organisation, die am ehesten mit unserer Anti-Akw-Bewegung vergleichbar ist. Die Leute von der 'Alternativa Verda' sind im Hinblick auf die Europäisierung der Atomwirtschaft sehr an einer Vernetzung bzw. einem Info-Austausch mit Gruppen in der BRD interessiert.

Vandellòs

Donnerstag, 19.10.1989
um 21.44 Uhr. Es ist Nacht in Tarragona. Im Rathaus ist es ruhig. In 30 km Entfernung, ganz in der Nähe der beiden Atomkraftwerke von Vandellòs, beobachtet eine Familie am Fenster gewaltige Qualmsäulen, die aus dem Reaktor emporsteigen. Die Frau möchte alle Zweifel ausräumen und ruft im Rathaus an. Dort weiß man von nichts, niemand aus der Anlage hätte dort vorher angerufen. Minuten später meldet sich der Regierungsdirektor über eine Direktleitung im AKW und fordert eine Erklärung. Ohne Details und völlig konfus erfährt er, daß es dort brenne. Möglicherweise liege die Ursache dafür in einigen Heiztanks. Der Techniker der Anlage fügt hinzu, daß der Direktor, Palomero, nicht im AKW sei.
Ein Polizist im Rathaus informiert die Feuerwehr. Drei Fahrzeuge aus Tarragona, Reus und Cambrils setzen sich in Bewegung, ohne zu wissen, um welche Art von Brand es sich eigentlich handelt. Bereits um **21.39 Uhr** wäre, nach Angaben der Anlagenleitung, die Notsirene ausgelöst worden.
Alle hörten den ohrenbetäubenden Knall, der sogar noch in der 8 km entfernten Wohnung des Direktors Palomero zu hören war. Dieser rief darauf hin in der Anlage an, aber niemand nahm ab. Der elektische Strom war ebenfalls bereits ausgefallen. Schließlich wurde er informiert. *"Es ist so, Herr Palomero, daß wir hier einen wirklich schlimmen Brand haben."* Darauf hin setzte sich der Direktor in sein Auto und fuhr zum AKW.
Der Schaden ereignete sich im Turbogenerator der ersten Gruppe, als ein Lager der Turbinenachse brach. Die starke Vibration verursachte eine Explosion, die 14 km weit zu hören war. Wasserstoff war in Verbindung gekommen mit Sauerstoff. Im Kontrollraum, in dem 12 Personen Schicht hatten, machte sich Angst breit. Die Nähe zum Reaktor, weniger als 15 m, füllte sich mit schwarzem Dampf, der so dicht war, daß er durch das Belüftungssystem ging. Sauerstoffmasken waren notwendig, damit überhaupt gearbeitet werden konnte, und Absauggeräte um sehen zu können. Als die Techniker feststellten, daß zwei der insgesamt acht paneles(Gebläse?) nicht funktionieren, wächst ihre Angst. Die Zeiger stehen auf Null. Es sind zwei der vier Turbogebläse, die den Reaktor kühlen sollen, um zu verhindern, daß Radioaktivität freigesetzt wird. Dieser Schaden, dies bestätigte der Nukleare Sicherheitsrat, zerstörte weiterhin einige Wasserleitungen zum Meer. Im Hauptraum, der aus einem Wirrwarr von elektrischen Kabeln besteht, steht das Wasser meterhoch. Diese Überschwemmung setzt wieder verschiedene Sicherheitssysteme des atomaren Komplexes außer Betrieb.
Um **21.52 Uhr** war der Brand der Polizei mitgeteilt worden. Die zentrale Verwaltung der Polizei verfügt aber nicht über einen eigenen Informationskanal, weil vor Monaten eine unweit vom AKW installierte Kontrollstation verschwand. Der Zivilschutz stellte dann die Verbindung her zwischen den Bürgermeistern der fünf umliegenden Ortschaften Tivissa, Pratdip, Vandellòs, Montroig und Ametlla de Mar. In Tivissa versammelte sich zur gleichen Zeit eine Gruppe von Regierungsmitgliedern. Als das Telefon klingelte, wurde der kommunistische Bürgermeister Fermín Pellicier verlangt. *"Der Ton, in dem mir von dem Brand berichtet wurde gefiel mir überhaupt nicht. Normalerweise versuchen sie, die Vorfälle herunterzuspielen, aber jetzt war ich völlig verwirrt."* Ähnlich empfand dies der Bürgermeister von Pratdip, Josep Fortuny, den die Nachricht beim Abendessen ereilte. *"Sie erwichten meine Frau, und als sie mir sagte, es sei der Zivilschutz, sprang ich vom Stuhl auf. So etwas passiert fast zweimal im Monat, aber man gewöhnt sich einfach nicht daran. Ich war ziemlich beunruhigt, als sie sagten, sie wüßten nicht, ob es gefährlich sei."* In Montroig war die Situation eine andere. Der Bürgermeister Josep María Aragonés genoß gerade mit Freunden ein Abendesen an frischer Luft. *"Plötzlich, ich weiß nicht genau wann, hörten wir viele Sirenen, und ich dachte ein Verkehrsunfall sei passiert."* Um 23.00 Uhr konnte ihn der Zivilschutz ausfindig machen: *"Sie sagten mir es sei nichts passiert, es sei nur eine Kleinigkeit. Ich bin dann schlafen gegangen und schlief wie ein Stein."* Auch der Bürgermeister von Ametlla, Pere Margalef, erhielt sehr konfuse Informationen, aber sie betonten, daß überhaupt keine Gefahr bestehe. Nur einige Anwohner hatten wenig beruhigende Ratschläge erhalten. Gegen 22.00 Uhr wurde Pilar Nolla von einer Person aus dem AKW angerufen, die nicht genannt werden möchte: *"Er sagte uns, es habe einen schlimmen Brand in Vandellòs gegeben, und wir sollten abhauen."* Pilar weckte ihre beiden Töchter benachrichtigte ihre Eltern und ihre Schwester und verließ mit ihnen das Dorf. Viele andere machten es genauso wie Pilar.
Während der Direktor die Anlage von Vandellòs erreicht, versucht das Wartungspersonal bereits den Brand zu löschen. Aber in Vandellòs

Brennt !

gibt es, so wie es der Vorschrift entspricht, keine Feuerwehrstation. *"Nachdem ich den Vorfall analysiert hatte, glaubte ich nicht, daß es nötig sei Fachleute einzuschalten"*, erklärte Palomero. Nachdem er mit einer Taschenlampe den Turbinenraum kontrolliert hat, betritt er den Kontrollraum, von wo aus er erstmalig den Nuklearen Sicherheitsrat benachrichtigt, dies 30 Minuten, nachdem Feueralarm ausgelöst worden war.

Um **22.00 Uhr** fordern Feuerwehrleute eine Aufklärung von seiten der Regierung. Sie erhalten lediglich spärliche Informationen über einige Öltanks.

Um **22.15 Uhr** teilt ein Angestellter der Firma Lavaflix, die mit gefährlichen Gütern handelt, dem Zivilschutz mit, daß die Feuerwehr ihn um Schaum zum löschen gebeten habe. *"Wir haben zwar diesen Stoff auf unseren Fahrzeugen, aber wir brauchten viel viel mehr,"* argumentiert Riocabo, der Einsatzleiter der Feuerwehr.

Um **22.21 Uhr**, 42 Minuten nachdem die ersten Anzeichen des Unglücks wahrgenommen wurden, erfährt die Regierung erstmalig von den näheren Umständen. Die Informationen werden ihr von einem Polizisten vermittelt. Unterdessen bricht in der Bevölkerung Panik aus. Die Zentrale im Rathaus bricht zusammen. Die Regierung veranlasst eine erste Pressemitteilung um **22.45 Uhr**. Zu diesem Zeitpunkt sind an den Löscharbeiten in der Anlage 25 Fahrzeuge mit 53 Feuerwehrleuten beteiligt. Die Instruktionen, die sie erhalten, sind konfus und keiner weiß, wie er sich verhalten soll. *"Die Techniker sagten mir dauernd: Wirf das Wasser hierhin, und wenig später nein, nicht hier, geh dahinten hin"*, erklärt ein Feuerwehrmann.

"Die Sirenen, die Lichter, die Wasserkanonen und vor allem die Angst vor der Radioaktivität - das schien das Ende der Welt zu sein. Wir trugen weder spezielle Kleidung noch hatten wir die entsprechende Ausrüstung für diesen Brand. Wir sind völlig verarscht worden," erzählt Luís, ein Feuerwehrmann. Und Riocabo der Einsatzleiter: *"Meine einzige Sorge war austretende Radioaktivität, denn dann, dann hätte ich sofort angeordnet zu verschwinden. Es war klar, daß wir den Reaktor nicht betreten hätten."* Jetzt nach all dem weiß Riocabo, daß die Unwissenheit größer war, als bei irgendeinem Hausbrand.

Um **23.00 Uhr** wußten die offiziellen Stellen, daß die Anlage große Probleme mit der Kühlung hatte. Der Kontakt mit dem Kontrollraum brach ab. Jesús Gil, Techniker vom Nuklearen Sicherheitsrat, konnte nicht mehr mit Vandellòs sprechen.

Um **23.18 Uhr** wurde bekannt, daß noch zwei Turbogebläse funktionieren und der Brand zum Stillstand gekommen sei. Zwei Minuten später wurde eine zweite Pressemitteilung verbreitet. Die Informationen sind bruchstückhaft und konfus bis Mitternacht. Selbst der Regierungspräsident befürchtet radioaktiven Austritt. *"Und ohne Messungen und Daten können wir logischerweise keine Evakuierung vornehmen."*

Um **23.33 Uhr** wird bekannt, daß die Kühlung Unterbrechung hat. Um **23.36 Uhr** ist der Brand unter Kontrolle, aber nicht gelöscht.

"Das schlimmste waren nicht die Flammen, sondern die 4 Millionen Liter Wasser, die die Sicherheitssysteme noch mehr schädigen konnten", erklärt Eduardo Gil, Techniker der radiologischen Gruppe des Nuklearen Sicherheitsrates. Die Regierung befürchtete das Schlimmste

Um **00.16 Uhr** hat sich die Situation etwas beruhigt, aber der Nukleare Sicherheitsrat ist beunruhigt. Der Regierungspräsident aber versucht die Ruhe zu behalten, *"obwohl ich später explodierte, weil die Leute von der Anlage nur an sich dachten und vergaßen, daß sie auf die Umwelt achten müssen"*. [Was in der Reportage nicht erwähnt wird, aber in anderen in Bacelona zu diesem Zeitpunkt erscheinenden Tageszeitungen berichtet wird, ist, daß einige Techniker der Anlage in ihrer Panik weggefahren/weggelaufen sind. (Anm. d. Übersetzerin)]

Es wurde viel improvisiert undzu keiner Zeit Katastrophenalarm ausgelöst. Um **00.35 Uhr** setzt der Nukleare Sicherheitsrat die Regierung darüber in Kenntnis, daß es Probleme geben könne mit einigen Heiztanks. Vandellòs I antwortet nicht mehr. Um **00.45 Uhr** verbreitet der Direktor der Anlage, Palomero, die Nachricht, daß der Brand fast gelöscht sei, dies wird um **1.09 Uhr** vom Nuklearen Sicherheitsrat bestätigt. Am nächsten Tag versichern verschiedene Techniker der Presse, daß überhaupt keine Gefahr bestand. Es scheint als hätten sie einen anderen Film gesehen.

Einen Tag später kamen die ersten Reaktionen. Pilar Bravo, Generaldirektorin des Zivilen Bevölkerungsschutzes, gesteht, daß gravierende Gefahr bestand. Der Unfall habe verdeutlicht, daß Vandellòs I keine der vom Nuklearen Sicherheitsrat vorgeschriebenen Reformen durchgeführt habe. [Nach dem Unfall von Tschernobyl 1986 ersuchte der Nukleare Sicherheitsrat die Betreiberfirma "HIFRENSA", technische Veränderungen des Brandschutzes vorzunehmen und eine Wechselschaltung für das Notkühlsystem zu installieren. Dies ist nicht geschehen und seitdem vom Nuklearen Sicherheitsrat auch nicht kontrolliert worden. (Anm. d. Übersetzerin)]

Der Direktor jedoch ist zuversichtlich und versichert, daß Vandellòs I innerhalb von einigen Wochen oder Monaten wieder ans Netz gehen wird. [Auf Anweisung des Energie- und Industrieministeriums wurde Vandellòs I im November aufgrund massenhafter Proteste in der Bevölkerung vorübergehend abgeschaltet. (Anm. d. Übersetzerin)]

Matrínez Val, Physikprofessor an der Technischen Universität Madrid, möchte nach dem Unfall keine Parallele zu Tschernobyl zeihen. Der Brand in dem sowjetischen Reaktor, der mit Uran angereichert war und mit Wasser gekühlt wurde, entwickelte sich nach einer Explosion im Reaktor, die sofortige radioaktive Emmission zu Folge hatte. Vandellòs I hingegen ist ein Graphitreaktor, der mit Kohlendioxyd gekühlt wird und bislang keinen Schaden aufwies, weil er durch eine ein Meter dicke Betondecke geschützt wird. Außerdem war das Feuer außerhalb des Reaktorgewölbes. Laut Martínez Val wurde das Kühlsystem zu keinem Zeitpunkt unterbrochen, weil sich der Reaktor mit dem eigenen Dampf kühlte, der im Reaktorinnern erzeugt wird.

"Nachdem es begonnen hatte zu brennen, stand der Reaktor genau 32 Sekunden still. Es existiert die Eintragung 21.39.28, die anzeigt, daß der zweite Turbogenerator ausschied und 30 Sekunden danach war der Reaktor abgeschaltet. Es ist nicht bekannt, ob dies automatisch oder durch Menschenhand geschah. Der Reaktor hätte sich auch ausgeschaltet, wenn alle Kühlsysteme ausgefallen wären, aber in diesem Falle schmolz das Uran, und es mag Spaltprodukte gegeben haben, die freigesetzt wurden."

Victor Pérez Pita, Generalsekretär des Energie- und Industrieministeriums, glaubt nicht an die endgültige Abschaltung von Vandellòs I. *"Der Reaktor ist in der Blüte seines Lebens. Er leistet was er soll, und er könnte noch lange am Netz bleiben."*

Die Position der französischen Teilhabergesellschaft Electicité de France, die im eigenen Land Zwillingsreaktoren hat, ist klar: *"Wir tun alles, was in unserer Hand ist, damit der Reaktor bis zum Jahr 2003 funktioniert"*, sagte uns ihr Pressesprecher Jean Pierre Chaussade. *"In Frankreich verfügen wir über Anlagen, die billigere Energie produzieren, deshalb trennen wir uns von den Graphit-Reaktoren. Trotzdem, dies gilt nicht für Spanien."*

Diese Reportage wurde erarbeitet von Tasio Camiñas, Javier Martín, Carles Cols und Sebastià Serrano. Übersetzung Sabine Kollage. Der Text wurde von der Übersetzerin gekürzt.

Atomtransporte in Spanien

Um 20.30 Uhr am Abend des 9.12.1987 hält eine Lok mit zwei strahlenden Behältern im Gepäck und einem Personenwaggon als Eskorte ungefähr drei Minuten in der nordspanischen Stadt Gerona. In dem Begleitwaggon sind einige Männer von der Guardia Civil, ein Ingenieur des AKW Vandellòs, ein Nuklear-techniker der Generalitat (katalanische autonome Regierung), ein Techniker der RENFE (staatl. spanische Eisenbahngesellschaft) und ein Mitglied des Nuklearrates CSEN.
In den beiden Behältern befinden sich abgebrannte Brennelemente aus dem AKW Vandellòs/Tarragona. Der Zug bringt das abgebrannte Uran nach La Hague, in die WAA. In dem Moment, in dem der Zug in den Bahnhof einrollt, ruft eine Gruppe der ökologischen Organisation "Alternativa Verda": "Der Nuklearzug kommt." Gleichzeitig werden Flugblätter verteilt. Die Aktion wird gut aufgenommen, sowohl von den Reisenden, als auch von den Angestellten der RENFE. Als der Zug weiterfährt, ruft die Gruppe: "Der Nuklearzug ist abgefahren". Einige hundert Leute halten sich auf dem Bahnsteig auf. "Alternativa Verda" rollt drei Transparente aus: Das eine grüne mit ihrem eigenen Emblem, dann die katalanische Fahne und schließlich ein Transparent mit der Aufschrift: "Es reicht. Schluß mit den radioaktiven Transporten."

Alle 15 Tage fährt solch ein Zug mitten durch Katalonien, von Vandellòs bis zur französischen Grenze in Richtung La Hague. Französische LKWs fahren über die Autobahnen in Richtung Juzbado/Salamanca, von wo aus die nuklearen Gebrauchsartikel, von Urantabletten bis zum Hexafluorid-Pulver, verteilt werden.
Laut Information von "World Information Service on Energy" sind u.a. die Provinzen Katalonien, Aragon, Castilla La Mancha, Extremadura, Andalusien, das Baskenland und Cantabrien von diesem nuklearen Transportnetz betroffen. Etwa 200 Transporte im Jahr versorgen die acht atomaren Anlagen in Spanien. Die radioaktiven Transporte bestehen aus drei Teilen: die Anlieferung des angereicherten Urans in Juzbado, die Verteilung auf die spanischen Atomkraftwerke und der Abtransport des Atommülls.
Auf dem Seeweg kommt Uranoxid in pulverisierter Form über die Häfen von Valencia, Cadiz und Santander.
Das größte Problem der spanischen Nuklearindustrie ist die Beseitigung des Atommülls. Die Zuständigkeit für alle radioaktiven Transporte und die gesamte Vernetzung mit anderen europäischen Staaten liegt beim CSEN in Madrid. Der Nuklearzug aus Vandellòs fährt fahrplanmäßig los in Tarragona und hält dann einige Zeit auf dem internationalen Bahnhof von Portbou, bevor er nach Cerbere/Frankreich weiterfährt. Die Ankunft in Portbou ist immer nachts, damit die Bewohner nicht alarmiert werden. Der Zivilschutz von Gerona, der selbst keine spezielle Ausbildung hat im Hinblick auf diese Transporte, hat jetzt gefordert, daß die Bahnhofsvorsteher von Tarragona und Portbou über die Durchfahrt dieser Züge informiert werden. Im Falle eines Unfalls verfügt nur die Guardia Civil über direkte Informationen über den Streckenverlauf und An- und Abfahrtszeiten. Bei Abfahrt des Zuges informiert die Leitung von Vandellòs den Nuklearrat CSEN, dieser teilt es der Sicherheitsabteilung des Energie- und Industrieministeriums der Generalitat mit, die dann ihrerseits die Guardia Civil und den Zivilschutz von Tarragona informieren. Ein Katastrophenplan für den Fall eines Unfalls existiert nicht, umso gravierender, weil entlang der Strekke nach Portbou einige größere Städte liegen, wie Tarragona, Gerona oder Figueras. Die Guardia Civil verfügt für den Notfall über 30 radioaktive Meßgeräte, deren technischer Standard völlig veraltet ist. Alternativa Verda macht auf diese Zustände immer wieder aufmerksam und fordert Bürgermeister und Gemeinden der betroffenen Ortschaften auf, die Bevölkerung über die Durchfahrt dieser Züge zu informieren, fragt öffentlich an, welche Art von Vorsorge für Unfälle getroffen werden, welche Kompetenzen in einem solchen Fall der Zivilschutz, das Rote Kreuz und die Polizei hat.

Diese Informationen sind entnommen:
"Hora Nova", L'Émporda und Alternativa Verda.
Übersetzung aus dem Katalan.

Vandellòs

Bereits im Mai 1988 beklagte "Alternativa Verda" öffentlich die fehlende Kontrolle über Atommüll aus Vandellòs. Die abgebrannten Brennelemente würden zur WAA nach La Hague transportiert und später wieder nach Spanien zurückgebracht, ohne daß über deren endgültige Verwendung eine Kontrolle bestehe. Der Müll von Vandellòs wird in Frankreich verwandelt in Plutonium 239, das dann militärisch nutzbar ist. Santiago Vilanova von "Alternativa Verda" erklärt im Oktober 1989, daß seine Organisation über Daten verfüge, die bestätigen, daß das Plutonium von der Betreiberfirma illegal kommerziell genutzt und auf dem internationalen Schwarzmarkt verkauft werde. Schon im Februar 1987 hat "World Information Service of Energy" auf eine mögliche militärische Nutzung des in Vandellòs produzierten Plutoniums hingewiesen. Ebenso wird bemängelt, daß die Betreiberfirma die Forderung zurückgewiesen hat, eine internationale Spezialtruppe solle die Aufzeichnungen und Register über die Atommülltransporte überprüfen. Die katalanische Regierung versicherte aufgrund einer Parlamentsanfrage im Februar 1988, daß das Plutonium von Vandellòs kontrolliert und nicht für militärische Zwecke benutzt würde.
Im November 1989 wies Josep Puig, Industrie-Ing., Schriftsteller und Physikprofessor an der Universität Barcelona, darauf hin, daß Vandellòs I an dem Punkt war, sich in ein zweites Tschernobyl zu verwandeln. Nordamerikanische Wissenschaftler würden für das Ende des Jahrhunderts eine Reihe von Unfällen dieser ältesten Atomtechnologie prophezeien.

CENTRALES NUKLEARES EN ESPAÑA

TSCHERNOBYL
DIE SCHWELLE

Der erste Film, der von Augenzeugen und Opfern der Katastrophe gedreht wurde.

Eine Produktion des Dovshenko-Studio, Kiew Deutsche Bearbeitung Joseph Vilsmaier

Hinweis: Auf einigen Aufnahmen dieses Films sind Lichtblitze erkennbar. Sie entstanden durch die hohe Gamma-Strahlung der das Filmmaterial ausgesetzt war.

Collectie Stichting Laka
www.laka.org
Gedigitaliseerd 2016

INTERVIEW

Tschernobyl: „Junge Männer bewegen sich wie Greise“

Der sowjetische Physiker und Drehbuchautor Wladimir Schowkoschitnyi zu den allmählich erkennbaren Spätfolgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl

In der vergangenen Woche ist in der Bundesrepublik der sowjetische Film „Die Schwelle“ angelaufen. Er zeichnet den Unfall von Tschernobyl nach, aus der Sicht der Betroffenen im Jahr 2 nach dem großen Knall. Trotz Glasnost in der Sowjetunion lag der Streifen fast eineinhalb Jahre lang (seit Herbst 1988) auf Eis, ehe er öffentlich gezeigt werden durfte. Wladimir Schowkoschnityi (33), von Beruf Physiker und Geologe, leitete von Juni 1986 bis September 1987 eine Aufräumgruppe am Ort der Katastrophe. Er ist einer der Drehbuchautoren und Mitwirkenden in dem dokumentarischen Film.

taz: ***Sie haben Ihren Film 1988, zwei Jahre nach der Katastrophe in Tschernobyl gedreht. Warum so spät, warum erst zu diesem Zeitpunkt?***

Wladimir Schowkoschitnyi: Es gibt ein Gleichnis, das sagt: Das Gesicht kann das eigene Gesicht nicht sehen. Das geht nur mit einem gewissen Abstand. Es gab vorher keine Gelegenheit für ein Dokument, das nicht nur Fakten wiedergibt, sondern zeigt, was wirklich passiert ist, wie die Menschen diesen Einschnitt erlebt und empfunden haben. Und zwar die Menschen, die im Epizentrum des Unglücks waren.

Gerade in diesen Tagen hat uns eine Meldung erreicht, wonach weitere 118.000 Menschen aus Belorußland evakuiert werden müssen. In einer solchen Situation läßt sich das Ausmaß der radioaktiven Verwüstung eigentlich nicht mehr verheimlichen.

Man hat von Anfang an gewußt, daß so etwas nicht zu verheimlichen ist. Aber es wird wie immer ablaufen. Es wird eine Evakuierung geben, und wieder wird niemand dafür zur Verantwortung gezogen, daß das viel zu spät passiert.

In der „Schwelle“ kommt eine Ärztin zu Wort, die behauptet, sie habe Tausende Kinder untersucht. Nicht bei einem einzigen sei eine Veränderung des Blutbildes nachzuweisen. Die Kinder seien gesund.

Ich erzähle Ihnen etwas über meine eigenen drei Kinder. Am 3. Mai 1986 (*eine Woche nach dem Unfall, Red.*) hat man ihnen Blut abgenommen. Es wurden halbsoviel Thrombozyten (*s. Anmerkung*) festgestellt wie normal. Alle Männer, die an den Aufräumarbeiten beteiligt waren, konnten sich nicht rasieren, weil schon kleinste Ritzer nicht mehr aufhören wollten zu bluten. Unsere Medizin fand einen genialen und typischen Ausweg aus dieser Situation: Man hat einfach den Normalwert für die Thrombozyten im Blut halbiert, und schon war alles in Ordnung.

So war das auch bei den Kindern, von denen die Ärztin im Film gesprochen?

Genau so. 1988 wurde erneut eine Blutbilduntersuchung bei den Kindern vorgenommen. Dabei wurden erste Leukämie-Symptome festgestellt. Es handelt sich um Kinder aus den Familien, die am Rand der damals evakuierten 30-Kilometer-Zone leben und jetzt umgesiedelt werden sollen.

Gibt es Statistiken und Zahlen über die Häufigkeit der Leukämie-Fälle?

Die offiziellen Daten, über die die Mediziner verfügen, werden bis heute geheimgehalten. Eine Aussage beispielsweise, von tausend Kindern haben soundsoviele dieses Krankheitsbild, gibt es nicht. Es ist immer noch die offizielle Position der obersten sowjetischen Gesundheitsbehörden, daß sämtliche Krankheiten, die bei den betroffenen Kindern auftreten, in keiner Weise im Zusammenhang mit dem Unfall stehen. Wir bekommen unsere Informationen von Ärzten, die den hippokratischen Eid ernst nehmen — es sind nicht viele — und die die evakuierten Kinder aus den verstrahlten Zonen untersucht haben. Sie sagen, daß sie bei absolut allen diesen Kindern eine allgemeine Abwehrschwäche gegen Krankheiten feststellen können.

Was waren Ihre Aufgaben bei den Aufräumarbeiten?

Am 26. April habe ich nach meiner Rückkehr aus Moskau — dort hatte ich am Tag des Unfalls meine letzten Prüfungen abgelegt — von meiner Frau von der Explosion erfahren. Ich versuchte dann an diesem und dem folgenden Tag zum Atomkraftwerk durchzukommen. Aber man konnte nicht mal telefonieren. Ich gehörte nicht zu denen, die für den Betrieb oder die Überwachung der anderen Reaktorblöcke eingeteilt wurden, die also dableiben mußten. Ich selbst bin erst im Juni 1986 auf das AKW-Gelände gekommen. Bis September 1987 war ich dann einer der Leiter der Aufräumarbeiten und habe während dieser Zeit in den gefährlichsten Zonen in Block III nud IV gearbeitet. Dort, wo der „Sarkophag“ gebaut wurde.

Sind Sie über das Ausmaß der Verstrahlung damals aufgeklärt worden?

Ich mußte darüber nicht aufgeklärt werden, weil ich selbst Atomphysiker bin und wußte, wie gefährlich meine Arbeit dort war.

Wie ist es denn den Arbeitern und Soldaten ergangen, die dort eingesetzt waren? Wurden sie ausgetauscht, wenn sie eine bestimmte Strahlendosis überschritten hatten?

Ich habe mir meine Gruppe selbst zusammengesucht. Es waren meist Freunde und Fachleute, die da mitgeholfen haben. Wir haben die Leute regelmäßig, manchmal nach einem, manchmal nach zwei Monaten, manchmal auch schon nach einem Tag ausgewechselt, wenn sie eine bestimmte Strahlendosis erhalten hatten.

Wissen Sie, wieviele dieser Aufräumarbeiter später erkrankt sind?

Ich kenne keinen einzigen, der dort in dieser Zeit gearbeitet hat und nicht krank geworden wäre. Sie haben Schmerzen am Herz, an den Nieren, der Leber und am Hals, an der Schilddrüse. Sie haben Gelenkschmerzen vor allem in den Beinen und leiden unter einer furchtbaren Müdigkeit. Das Schlimmste ist, daß die offiziellen Stellen den Zusammenhang all dieser Krankheiten mit dem Unfall noch immer leugnen. Gerade in diesen Tagen gibt es einen Hungerstreik in einem der Sanatorien, wo die Kranken untergebracht sind. Sie wollen, daß ihre Arbeitsunfähigkeit, die Tatsache, daß sich junge Männer wie Greise bewegen, endlich als Folge des Unfalls anerkannt wird. Wenn der Hungerstreik weitergeht, werde ich mich nach meiner Rückkehr anschließen.

Es gibt hier in der Bundesrepublik von Seiten der AKW-Befürworter die Behauptung, Tschernobyl habe gerade bewiesen, daß die Gefährdung durch Atomkraftwerke auch nach schweren Unfällen begrenzbar ist. 31 Menschen seien umgekommen, weniger als bei manchen Grubenunglücken überall in der Welt. Wieviele Opfer hat es wirklich gegeben? Wieviel wird es geben?

Abgesehen von den 31 Opfern, die gleich nach dem Unfall bis Juni 1986 gestorben sind, gibt es inzwischen allein unter den Beschäftigten des Atomkraftwerks weitere 35 Tote. Gar nicht zu reden von den Menschen, die außerhalb des AKWs in den verstrahlten Gebieten gelebt haben. Bis heute sterben junge Männer, Soldaten, die damals im Alter von 18 oder 20 Jahren den hochradioaktiven Graphit praktisch mit bloßen Händen weggeräumt haben. Ich kenne den Fall eines jungen Mannes, dessen Mutter sich mit einem Brief an die Behörden gewandt hat. Der junge Mann ist drei Jahre nach dem Unfall gestorben. Er hat praktisch sämtliche für Strahlengeschädigte typische Krankheiten gehabt. Der Mutter hat man nicht mal gesagt, daß er in Tschernobyl gewesen ist. Sie hat keine Entschädigung erhalten, ihr Sohn keinerlei Wertschätzung oder Ehrung dafür, daß er versucht hat, diesen Wahnsinn mit seinem eigenen Leib zu stoppen.

Das Gespräch führte Gerd Rosenkranz

Anmerkung: Thrombozyten sind Blutbestandteile, die bei der Blutgerinnung eine wesentliche Rolle spielen. Ihre Entwicklung reagiert besonders empfindlich auf Strahlenbelastungen.

Der Film ist am 8. März angelaufen. Wer Interesse hat, wende sich bitte an: Senator-Film-Verleih, Gudrun Horstmeier, Herzog-Wilhelm-Str. 27, 8 München 2, Tel. 089/23111832 o. 33. Plakate, Handzettel uhd weitere Informationen zum Film bitte erfragen.

Bürgerprotest in Gorkij (UdSSR)

Vor einigen Jahren wurde in Gorkij an der Wolga mit dem Bau eines AKW für Wärmeförderung (AKWW) begonnen. Die Behörden und die offiziellen Medien begrüßten begeistert die Errichtung des »ersten Atomkesselraums« in der Sowjetunion.
Beeinflußt durch die Katastrophe in Tschernobyl, gab es ab 1986/87 jedoch die ersten Proteste. Eine Gruppe begann, Unterschriften für einen Appell an den Obersten Sowjet zu sammeln. Im Juni 1988 gab es eine Demonstration im Stadtzentrum von Gorkij, bei der ein Baustop für das AKWW gefordert wurde. Weitere Menschen schlossen sich der Bewegung an. Im August wurde eine große Kundgebung organisiert, und Ende September kam es zu einer ersten Blockade des Baugeländes.
Am 25. Dezember 1988 vereinigten sich mehrere Initiativen und Einzelpersonen zu einer Organisation mit dem Namen »Bewegung für Atomsicherheit«. Sie wählten einen 25köpfigen Führunsrat; Vorsitzender wurde Professor Troitzkij, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. In die neue, inoffizielle Umweltorganisationen entsandten die Städte Gorkij (1,5 Mio. Einwohner), Dzershinsk (300.000), Bor und Kstowo (je 100.000) Delegierte.
Im Winter 1988/89 wurde v.a. Informationsarbeit geleistet. Es gab weitere Unterschriftensammlungen, Treffen mit Arbeitern aus den Fabriken und einige Berichte im Rundfunk und in der Presse. Im Frühjahr wurde der Tschernobyl-Film »Die Schwelle« gezeigt. In den Städten wurden weitere Kundgebungen organisiert. Den Protesten schlossen sich auch Deputierte an, die im Gorkij-Gebiet ins Sowjet-Parlament gewählt wurden.
Der Kampf geht weiter, die Bevölkerung steht heute kurz vor dem Sieg. Die Leute haben verstanden: Man darf der Regierung keine Ruhe lassen.
Kontaktadresse:
Sergej Fomitschjow,
606005 Gorkowskaja oblast,
Dzershinsk, ul. Teresckowoj 28A, kw. 49

Foto: Teilnehmer einer Anti-AKW-Kundgebung in Gorkij

Foto: Platzbesetzung in Gorkij

CSSR: AKW-Stopp

Die CSSR will ihr Atomprogramm einfrieren. Zwei von vier bei der südböhmischen Stadt Temelin geplanten sowjetischen 1.000-Megawatt-Reaktoren sollen vorerst nicht gebaut werden. Die beiden im Bau befindlichen sollen laut Energieminister Pinc dem Stand westlicher Sicherheitsnormen angepaßt werden. Gegen die Atomzentrale von Temelin war vor der Wende in der CSSR auch aus dem benachbarten Österreich protestiert worden. Der ursprünglich in Temelin vorgesehene AKW-Komplex ist praktisch identisch mit den Plänen für vier 1.000-Megawatt-Reaktoren in Stendal (DDR).

Steigt KWU in Polen ein?

Nach Informationen der Grünen im Bundestagn will sich Siemens/KWU durch die Lieferung westlicher Technik im Wert von 180 Millionen US-Dollar an der Fertigstellung des polnischen AKWs Zarnowiec bei Gdansk beteiligen. Obwohl Polen ursprünglich auf den Weiterbau des Reaktors verzichten wollte, drängt Siemens jetzt auf die Fertigstellung. Nach einem Vertrag, der bereits vom 19. August 1989 datiert, soll Polen die von Siemens investierte Summe durch Stromlieferungen zurückzahlen. Wohl nicht zu Unrecht vermuten die Grünen, daß Siemens bei diesen Machenschaften Rückendeckung durfch die Bundesregierung erhält. So soll das Projekt Zarnowiec Bestandteil der Wirtschaftsverhandlungen zwischen der BRD und Polen gewesen sein. Im Klartext: Um in den Genuß westdeutscher Finanzhilfe zu kommen, muß die polnische Regierung das AKW fertigbauen!
Wir dokumentieren nachfolgend Auszüge einer Kleinen Anfrage von Lilo Wollny (Grüne) an die Bundesregierung.

1. Wurde das AKW Zarnowiec bei den Verhandlungen der Bundesregierung über Wirtschaftshilfen für Polen als zu förderndes Projekt einbezogen und wurde u.a. von der Fertigstellung des AKWs die Bewilligung bundesdeutscher Wirtschaftshilfe abhängig gemacht?

2. Wird die beabsichtigte Investition von Siemens/KWU in das AKW Zarnowiec durch Bürgschaften der Bundesregierung abgesichert?

...

6. Über welchen Zeitraum müßte das AKW Zarnowiec Strom an die Bundesrepublik liefern, um die von Siemens/KWU investierte Summe abzuzahlen und hält die Bundesregierung den ausgehandelten Preis von weniger als 5 Pfg. pro gelieferter Kilowattstunde ab DDR/Polen für einen fairen Preis?

...

8. Werden die Stromlieferungen für die Bundesrepublik bestimmt sein oder verhandelt die Bundesregierung mit der DDR über die Abnahme des Atomstroms aus Zarnowiec?

9. Zu welchen Bedingungen wird der DDR der Strom aus Zarnowiec angeboten und wie ist zur Zeit der Verhandlungsstand in dieser Angelegenheit?

10. Wird von Seiten der Bundesregierung über das von Siemens/KWU verhandelte Geschäft hinaus ein Engagement von Siemens zum Reaktorbau in Polen befürwortet und in Wirtschaftsverhandlungen mit Polen gefördert?

Baustop in Bulgarien

Nach massiven Protesten hat die bulgarische Regierung einen vorläufigen Baustop für das Atomkraftwerk Belene an der Donau verhängt (in dem Land sind derzeit insgesamt acht AKWs im Bau, bzw. in Betrieb). Bereits am 25. Januar überbrachten mehrere hundert Personen den Parlamentsabgeordneten eine Petition mit 28.000 Unterschriften, in der gegen den Bau des 1000 MW-Reaktors sowjetischer Bauart protestiert wird. Nach Auskunft von Mitgliedern der bulgarischen Umweltgruppe »Ökoglasnost« liegt die geplante Anlage in einer erdbebengefährdeten Zone.
Am Februar traten mehrere tausend Menschen in der nahe gelegenen Stadt Swischtow ebenfalls aus Protest gegen den Bau des AKWs in einen Generalstreik.
Ministerpräsident Lubanow, der daraufhin einen vorläufigen Baustop verfügte, hat eine »Untersuchung« des Vorhabens angekündigt.
Jugoslawische Zeitungen haben unterdessen über einen schweren Unfall im bulgarischen AKW Kosludju berichtet, bei dem eine Person getötet und eine weitere schwer verletzt worden sein sollen. Dies soll bereits der zweite Störfall in dem AKW innerhalb eines Monats gewesen sein.
R.

Atommüllager für C(S)SR

Mit einer Blitzaktion will die tschechoslowakische Atomlobby ein Endlager für hochradioaktive Brennelemente in Hradec nahe der österreichischen Grenze durchsetzen. Als Standort ist eine ehemalige Uranmine vorgesehen.
Die Versicherung der Betreiber, die Brennelemente sollten »nur« für 50 Jahre in der Mine bleiben, hat die Besorgnis der Bevölkerung eher noch verstärkt.
In den Stollen der Uranmine steht bereits jetzt Grundwasser, das direkt mit dem Fluß Nezarka verbunden ist. Die Stadt Hradec holt sich hier ihr Trinkwasser. Nach Mitteilung von österreichischen Grünen belegen Untersuchungen, daß das Gebiet um Hradec geologisch stark in Bewegung ist. Pro Jahr hebt sich das Massiv um einen Millimeter. Dadurch entstehen Spalten, Wasser dringt ein und bringt die Fässer zum Korrodieren, so daß radioaktives Material ins Grundweasser gelangen kann.
Der bisherige Umgang der CSSR-Behörden mit Sicherheitsfragen gibt wenig Anlaß zur Beruhigung. Die Praxis etwa, radioaktives Material in Weihern aufzubewahren (s.o) bzw. in die Moldau einzuleiten, ist den tschechoslowakischen Umweltgruppen ebenso präsent wie die jüngste Kette von Störfällen in den beiden AKWs der CSSR.
R.

Nicht nur mit der DDR (siehe letzte atom) und Polen soll die Zusammenarbeit bei der »friedlichen Nutzung der Kernenergie« intensiviert werden. Nachfolgend ein knapper, sicher unvollständiger Überblick.

Sowjetunion

Nuclear Power International (NPI, ein Zusammenschluß von Framatome und Siemens) und das sowjetische Ministerium für Kernenergie und -industrie wollen bei der Weiterentwicklung des sowjetischen Druckwasserreaktors zusammenarbeiten. Vereinbart wurde bisher die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die die nähere Ausgestaltung der Kooperation festlegen soll.
Im November 1989 wurde zwischen der KWU und der sowjetischen Atomenergoexport ein Vertrag unterzeichnet, in dessen Rahmen sämtliche sowjetischen Druckwasserreaktoren mit Diagnosesystemen von Siemens ausgerüstet werden sollen. Ferner wurde die Zusammenarbeit bei der diagnostischen Überwachung und zerstörungsfreien Werkstoffprüfung von Reaktorkomponenten vereinbart.
Die KWU wurde vom zuständigen sowjetischen Ministerium mit der Berechnung zur Erdbebensicherheit von in Bau befindlichen AKWs beauftragt.
Eine Auswirkung des beim Kohl-Besuch 1988 in Moskau unterzeichneten *Generalvertrages über Industrielle Zusammenarbeit, Planung und Bau von Hochtemperaturreaktoren kleiner Leistung* macht sich trotz Devisenmangels der RGW-Länder nun doch bemerkbar. Tschechoslowakische Firmen und ein Moskauer Forschungs-Institut erstellen eine Studie über Technik, Auslegung und Wirtschaftlichkeit des HTR für die Länder des RGW. In dem o.g. Vertrag war die Einbeziehung von »Drittländern« vorgesehen. Die Studie soll 1991 vorliegen und Entscheidungsgrundlage für den Bau kleiner, in der BRTD erst mal auf Eis gelegter, »Kernheizreaktoren« sein.

Ungarn

Die französische EdF hat mit Ungarn einen Vertrag über den Bau von zwei AKWs abgeschlossen. 70% der Baukosten sollen von Frankreich übernommen werden, die Bauherren sind uns nicht bekannt. In Ungarn befinden sich derzeit vier sowjetische AKWs in Betrieb, so daß es nur eine Frage der Zeit zu sein scheint, wann auch hier Siemens »nachbessern« darf.

Bulgarien

In Bulgarien sind derzeit acht AKWs in Bau, bzw. Betrieb. Alle sind Druckwasserreaktoren des sowjetischen Typs.

Rumänien

Als »Akt der Solidarität« schenkt die RWE Rumänien für 50 Mio. DM Strom. Er wird über Österreich, die CSSR, Ungarn oder Jugoslawien geliefert. Andernorts wird so etwas Werbegeschenk genannt. Die Konditionen dürften entsprechend sein.

Schwerer Unfall in tschechischer Uranerzaufbereitungsanlage

Katastrophale Ergebnisse brachten Recherchen von Greenpeace bei der tschechischen Uranerzaufbereitungsanlage MAPE in Mydlovary, 12 km von Budweis entfernt, zu Tage. Sowohl durch einen bislang vertuschten Unfall Anfang der 60er Jahre als auch durch Emissionen aus dem Normalbetrieb verursacht die MAPE eine gewaltige radioaktive Verseuchung Südböhmens.

Über Jahrzehnte hinweg wurden die Vorfälle in der MAPE vertuscht und geheimgehalten. Arbeiter und Bevölkerung wurden über die sie bedrohenden radioaktiven Gefahren vollkommen im Unklaren gelassen.
Bei dem Unfall müssen große Mengen an Radioaktivität ins Freie gelangt sein. Entdeckt wurde dies, als ein starker Anstieg von Leukämiefällen und Mutationen vor allem bei Kühen in der stark landwirtschaftlich genutzten Umgebung der Anlage festgestellt wurde. 1962/63 beauftragte schließlich der Schlachthof der Region Tierärzte aus dem Budweiser Veterinärinstitut, die Ursache der plötzlichen Häufung von Leukämiefällen und Mißgeburten zu untersuchen (auf einzelnen Höfen waren mehr als 80% der Tiere von Leukämie und Mißbildungen betroffen). Das Ergebnis war vernichtend: Die Untersuchungen der Tierärzte führten die radioaktive Kontamination der Kühe eindeutig auf den Betrieb der MAPE zurück.
Die Dokumentation der Untersuchungen wurde sofort für geheim erklärt und verschwand in den Akten. Weder die Bevölkerung noch die zuständigen Gesundheitsbehörden wurden informiert. Das Innenministerium übernahm umgehend die Zuständigkeit für die Vorgänge um die MAPE, sämtliche Maßnahmen wurden unter strengster Geheimhaltung durchgeführt. Einzige Sofortmaßnahmen: Schließung der Trinkwasserbrunnen in Mydlovary (allerdings ohne die Bevölkerung, den Bürgermeister und die Gesundheitsbehörden über die wahren Hintergründe zu informieren) und Sperrung eines radioaktiv verseuchten Teiches in unmittelbarer Nähe. Dieser wurde dann nach einigen Jahren mit Sand zugeschüttet. Jetzt befindet sich rund um den Teich allerdings ein Naherholungsgebiet für Budweis - direkt neben der Anlage!
Aber auch der Normalbetrieb der MAPE sorgt für eine katastrophale radioaktive Verseuchung der Umgebung. Von 1965 bis 1985 wurden die radioaktiven Abwässer aus der Uranerzaufbereitungsanlage durch einen 20 km langen unterirdischen Kanal direkt in die Moldau geleitet. Erst 1985 wurde die Bewilligung dazu nicht mehr erteilt. Seither werden die kontaminierten Abwässer und Schlämme in offene ehemalige Kohlengruben direkt neben der Anlage eingeleitet. Greenpeace erhielt offizielle Messungen des tschechoslowakischen Hygieneinstitutes von 1979 - 81, die bei acht Meßstellen in einem Umkreis von acht Kilometern um die Anlage stark erhöhte radioaktive Werte feststellten. Einzige Gegenmaßnahme: Die Aufzeichnungen der vier Stationen, die die höchsten Einzelwerte erbracht hatten, wurden eingestellt.
Nach Bekanntwerden der Greenpeace-Informationen haben die Grünen im Bundestag die Einstellung der Uranerztansporte aus dem Schwarzwald in die CSSR verlangt.
Seit dem vergangenen Sommer wird Uranerz aus dem Bergwerk bei der Gemeinde Menzenschwand im Schwarzwald in die MAPE zur Aufbereitung transportiert. Zuvor war das Schwarzwälder Uranerz in der rheinland-pfälzischen Anlage Ellweiler verarbeitet worden, die wie die Menzenschwander Grube der »Gewerkschaft Brunhilde« gehört. Die Mainzer Landesregierung verfügte im Sommer 1989 die Schließung des Werks in Ellweiler, in dessen Umgebung überhöhte Strahlendosen gemessen worden waren. »Brunhilde« kündigte nach dem Aus für Ellweiler auch die Schließung des Menzenschwander Bergwerks bis Ende dieses Jahres an. Eine Vereinbarung mit dem Stuttgarter Wirtschaftsministerium sieht vor, daß »Brunhilde« noch mehrere tausend Tonnen Uranerz, die nach Angaben der Firma bereits erschlossen sind, fördern darf. Dieses Gestein wird nach den Recherchen von Greenpeace in die MAPE geschafft.

Uranarbeiter organisieren sich

Auf Einladung der Streikkomitees trafen sich am 21.1.1990 über 500 Uranbergarbeiter zu einer Versammlung in Pribram, im Zentrum eines der großen Uranabbaugebiete in der Tschechoslowakei. Die Arbeiter verlangten die Offenlegung von gesundheitlichen Gefahren und Strahlenbelastungen an ihren Arbeitsplätzen sowie eine bessere soziale Absicherung. Da die Verwaltung in Betrieben und Ministerien immer noch die alte ist und nicht ihr Vertrauen genießt, nehmen die Arbeiter nun ihre sozialen Angelegenheiten selber in die Hand.
»Wir waren eine Gruppe von 18 Arbeitern, 17 davon sind an Lungenkrebs gestorben, nur ich bin übriggeblieben,« sagte ein ehemaliger Uranarbeiter, der seit 1947 30 Jahre unter Tage gearbeitet hatte. »Als bei mir eine strahlenbedinbgte Blutkrankheit festgestellt wurde,« berichtete ein anderer, »haben die Ärzte mir kein Untersuchungsergebnis mitgeteilt. Sie stellten falsche Diagnosen, um eine Anerkennung als Berufskrankheit zu verhindern. So wurde ich auf einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz umgesetzt. Erst nach siebenjährigem Gerichtsstreit wurden meine Ansprüche anerkannt.«
Erst seit wenigen Wochen können die Probleme offen ausgesprochen werden. Jahrzehntelang unterlag alles, was mit dem Uranabbau zusammenhängt, der Geheimhaltung.
Insgesamt gibt es in der CSSR 30.000 Beschäftigte im Uranbergbau, davon ist etwa die Hälfte unter Tage oder bei der Erzverarbeitung direkt mit dem Uran in Kontakt. Da die Verwaltung der Betriebe und der dem Gesundheitsministerium unterstehende hygienische Dienst alle Daten zurückhalten, haben die Streikkomitees nun begonnen, mit einer groß angelegten Fragebogenaktion bei aktiven und ehemaligen Uranarbeitern sich selbst einen Überblick über die gesundheitliche und soziale Lage der Kollegen zu verschaffen.
Viele kamen wegen der höheren Löhne in der Uranbergbau, doch nicht alle kamen freiwillig: Lange Zeit wurden Häftlinge als Zwangsarbeiter eingesetzt, erst seit ca. 6 Jahren geschieht dies nicht mehr. Und für viele Kriegsdienstgegner war die zehnjährige Verpflichtung zur Arbeit im Uranbergbau die einzige Möglichkeit, dem Militärdienst und damit einem Konflikt mit dem Staat zu entrinnen. Wer 3200 Schichten unter Tage gearbeitet hat - d.h. ca. 15-17 Jahre -, wird anschließend über Tage eingesetzt. Die Arbeitsjahre, die ein Arbeiter als Häftling eingesetzt war, blieben bei dieser Berechnung unberücksichtigt. In Rente gingen Uranarbeiter früher mit 50 Jahren; 1968 wurde das Rentenalter auf 55 heraufgesetzt.
Eine Arbeitslosenversicherung existiert nicht. Falls also, wie es sich abzeichnet, der Uranabbau in den nächsten Jahren mangels Nachfrage aus der UdSSR reduziert oder ganz eingestellt werden sollte, wären die Arbeiter ohne jede soziale Absicherung. Die Streikkomitees haben dem Gesundheitsministerium bereits einen Forderungskatalog vorgelegt. Für den Fall, daß ihre Anliegen nicht ernst genommen werden und nicht die geforderte Parlamentskommission eingesetzt wird, soll gestreikt werden.

Peter Diehl

(Der Text wurde von der Redaktion gekürzt und überarbeitet)

Aus Indianerland wurde die "Hanford Nuclear Reservation"

Nachdem Albert Einstein den US-Präsidenten Roosevelt vor dem NAZI-Griff zur Bombe gewarnt hatte wurde 1943 das riesige, 1450 Quadratkilometer große Atomwaffengelände Hanford im US-Bundesstaat Washington aus dem Boden gestampft. zu dem gigantischen Komplex gehören insgesamt 9 Reaktoren, u.a. ein 27 Jahre alter, graphitmoderierter Brutreaktor,der dem Katastrophenreaktor von Tschernobyl ähnlich ist - jedes Jahr ereignen sich etwa 25 Störfälle, bei denen der Reaktor abgeschaltet werden muß - sowie eine WAA, diverse Versuchsanlagen und unzähligen Atommüll-Lagern. etwa ein Drittel des für die Atomwaffenproduktion benötigten Plutoniums kommt aus diesem Anlagenkomplex. Heute ist Hanford das größte, und wohl verseuchteste Atommüll-Lager der Welt. Man hatte sich ein Gelände am Columbia-River ausgesucht, das 1855 der Indianernation der Yakima vermacht worden war. 1.200 Bauern wurden vertrieben, die Yakima-Nation, die von den Fischen des Columbia-River nicht nur lebte, sondern diese als Elemente der Indianerreligion auch verehrte, wurden in ein kleines benachbartes Reservat gedrängt. Seit 1958 sind aus 26 der 162 unterirdischen Stahltanks, die den flüssigen, hochaktiven Müll der Hanford-WAA enthielten, mehr als 2,25 Mio. Liter ausgesuppt. Nachdem der Lagerraum für Atommüll erschöpft war, hatte man weitere 126 Mio. Liter (mit einer Radioaktivität von 1,3 Mio. Curie) einfach in Gräben eingeleitet, die direkt hinter dem Brütergebäude liegen. Das Wasser versickerte langsam. Radioaktive Spaltprodukte werden im Boden und im Grundwasser angereichert. An anderer Stelle werden offene, mit Bitumen ausgelegte Tümpel mit strahlenden Flüssigkeiten gefüllt. Die Folge: Nicht nur das Gelände, auch der Fluß, die Lebens- und Kulturgrundlage der Yakimas, ist hochgradig verseucht, der Fischgenuß lebensgefährlich.

Diese Anlagen und das militärische Nuklearprogramm verkauft das Energieministerium der USA mit der Abwehr gegen die militärischen Gefahren von außen. Gleichzeitig vergiften sie aber diejenigen, die sie zu schützen vorgeben, von innen.

Dazu eine "Zeugenaussage" einer Frau, die am Columbia River flußabwärts des Atomgiganten Hanford aufgewachsen ist und 20 Jahre dort gelebt hat.

Zeugenaussage

" Ich bin Millie Smith"

US-Repräsentantenhaus, Unterkomitee für Transport und gefährliche Materialien
23. Februar 1989

Ich bin Millie Smith, geboren und aufgezogen wurde ich in Pasco, Washington, mehrere Meilen flußabwärts der Hanford Anlage. Ich wohnte dort von 1947 - 1967 und ich bin eines der 20.000 Kinder, von denen die Zentren für Krankheitskontrolle glauben, daß sie den geheimen radioaktiven Freisetzungen von Hanford ausgesetzt waren, von denen berichtet wurde, daß sie zu den umfangreichsten in der Welt gehörten. Die Regierung hat es nicht nur unterlassen, uns zu waren und Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, die Freisetzungen wurden auch über 40 Jahre geheim gehalten. Falls die Freisetzungen nicht öffentlich bekannt gemacht worden wären, wie dies 1986 durch das Gesetz über die Freiheit der Information geschah, würde ich wahrscheinlich heute nicht mehr leben. Nach Jahren der Schwäche und schlechter Gesundheit, in denen ich von Doktor zu Doktor ging und keine Antwort erhielt, wurde ich schließlich auf Schilddrüsenkrebs hin untersucht, der in einem metastasierten Zustand gefunden wurde, und zwar erst nach der Kenntnis über die Freisetzungen. Diese Entdeckung des Krebses erfolgte am 23. Dezember 1986. Am nächsten Tag, dem Heiligen Abend wurde mir mitgeteilt, daß wenig Hoffnung bestehe. Die fünfstündige umfangreiche Operation am 23. Januar 1987 brachte einen umfangreichen Krebsbefall des ganzen Halses, der Halsvenen, der Kehlkopfnerven, der Luftröhre, entlang meiner Speiseröhre, zwischen meinen Lungen und in meinem ganzen oberen rechten Brustkorb zu Tage. Zwei meiner Nebenschilddrüsen wurden entfernt. Sie regulieren den Kalziumspiegel und ihr Fehlen kann lebensbedrohend sein, kann das Herz in Mitleidenschaft ziehen und dauerhaften Hirnschaden verursachen. Ich habe das Fehlen vorübergehend nach der Operation am eigenen Leibe erfahren, aber dies konnte wieder unter Kontrolle gebracht werden.

Mein Arzt sagte mir, daß ich diesen Krebs wohl schon seit 20 Jahren habe, da er normalerweise langsam wächst. Wenn Schilddrüsenkrebs in einem früheren Stadium entdeckt wird, kann er leicht behandelt werden. Da meiner aber umfangreich war, sagte mein Arzt, daß es schwierig sei, ihn zu heilen. Und ich habe ein hohes Risiko für neue Krebsknoten und weitere Operationen. Nach der Operation war ich für beinahe 1 Jahr bettlägrig und für die letzten beiden Jahre auf eine Haushaltshilfe angewiesen. Ich erlitt einen schweren Verlust meines Kruzzeitgedächtnisses und den Mangel an Konzentration. Eines meiner Stimmbänder war vorübergehend gelähmt.

Im November 1987 wurde das neuerliche Auftreten eines bösartigen Tumors in meinem Hals entdeckt. Ich wurde mit radioaktivem Jod 131 behandelt. Ich bekam eine kleinere Dosis, um eine Isolation im Krankenhaus zu vermeiden. Ich wurde jedoch unterrichtet, daß mein Ham für drei Tage radioaktiv werde, daß ich niemand küssen sollte und daß ich mich von Säuglingen fernhalten sollte. Man teilte mir ebenfalls mit,

daß derartige Behandlungen mein Risiko erhöhen würde, an Leukämie zu erkranken. Als Folge der Behandlung litt ich an Übelkeit und während der nächsten Monate fielen mir die Haare büschelweise aus und ich hatte Hautausschläge.

Im Augenblick geht es mir besser als vor einem Jahr, aber ich warte immer noch um zu sehen, ob sich mein Zustand verbessern oder verschlechtern wird. Ich fühle mich noch sehr schwach und habe Schwierigkeiten durch Gedächtnisausfälle und ein langsames Denkvermögen. Ich muß Schilddrüsenmedikamente für den Rest meines Lebens zu mir nehmen, da ich ohne diese nicht leben kann. Ich würde mich nicht wundern wenn ich noch mehr, noch nicht entdeckte, Krankheiten in mir hätte.

Seit meiner Operation habe ich versucht, so viel Informationen wie möglich über Strahleneffekte und die Dinge, die uns passiert sind, herauszufinden. Je mehr ich gelernt habe, umso fester wurde mein Glaube, daß meine Gesundheitsprobleme auf die Hanford-Freisetzungen zurückzuführen sind. Im letzten Sommer erklärte mir ein japanischer Strahlenspezialist, daß meine Gesundheitsgeschichte seit meiner frühen Kindheit praktisch identisch ist mit deren Strahlenopfern. Meine Lebensgeschichte beinhaltet eine große Empfänglichkeit für Infektionen und Krankheit, Abgeschlagenheit und Schwäche, geringe körperliche Leistungsfähigkeit, häufig Schwindel, Übelkeit und Erbrechen, häufig schweres Nasenbluten und Schmerzen in meinen Armen und Beinen. Insbesondere erinnere ich mich, daß ich an Übelkeit und einem üblen Geschmack nach dem Trinken von Milch litt. Im Alter von 9 Jahren wurde mir meine Gymnasialreife atestiert, jedoch im Laufe der Zeit am Gymnasium verlangsamte sich meine geistige Entwicklung. 1964 wurde eine Schilddrüsenunterfunktion entdeckt und ich bekam zeitweise Schilddrüsenmedikamente. Auch wurden Geburtsfehler in meinen Fortpflanzungsorganen entdeckt, die kleinere Operationen und Hormonbehandlungen erforderlich machten. 1980 wurden leichte Wirbelsäulendefekte entdeckt, eine leichte Wirbelsäulenspalte und eine Mißbildung von Halswirbeln. Ich hatte Anomalien der Monatsregel und erlitt drei Fehlgeburten.

Ich war nicht in der Lage zu arbeiten. Bevor mein Krebs entdeckt wurde, hatte ich das Gefühl, ich sei 80 Jahre alt. Mein Leben war ein Kampf der Mühsal und der Rückschläge, denen sich viele ausgesetzt sehen, bei denen es bergab geht. Ich habe eine bleibende Narbe, die man um meinen Hals sehen kann - meine wirkliche Narbe ist jedoch unsichtbar. Wegen meiner Gesundheitsprobleme habe ich den größten Teil meines Lebens in Armut zugebracht. Da gab es Zeiten, wo alles, was ich zu essen hatte, über Monate aus Reis und Popcorn bestand. Da gab es viele Winter, in denen ich ohne Heizung auskommen mußte. Da gab es Zeiten, in denen ich keine Bleibe hatte - obwohl ich Geld für die Miete besaß, wollte keiner an mich vermieten, da ich keine Arbeit hatte. Im Moment habe ich nicht genug Geld für Rechnungen und für die Bedürfnisse meiner Tochter.

Wir mußten zu Lebensmittelausgabestellen und zur Heilsarmee gehen. Ich habe nicht das nötige Geld für die Ernährung. Dennoch bin ich gerade eine von vielen, deren Leben Schaden zugefügt wurde. Meine Mutter erzählte mir, daß praktische jeder, den sie in der Tri-City Gegend kannte, mindestens eine Person in seiner Familie mit Schilddrüsenkrebs hatte. Mein Hausarzt hat mir bestätigt, daß er viel zu viele Schilddrüsenerkrankungen in der Gegend behandelt. Meine Mutter und viele meiner alten Nachbarn hatten schwere Lungenprobleme. Meine Schwester hatte Hautkrebs und Geburtsfehler. Zwei Tanten und fünf Cousinen hatten Krebs. Ich habe Leute in der Gegend gehört, die sich darüber äußerten, daß jemand entweder Leukämie, Hirntumore oder Krebs hatte. Ich erinnere mich an zwei nahe Freunde und zwei andere Schulkameradinnen, die an Krebs starben, als sie noch zur Schule gingen. Nachdem ich mir einen Überblick über die Gesundheit meiner früheren Mitschülerinnen verschafft hatte, erfuhr ich über weitere Krebstodesfälle und vielfache Gesundheitsprobleme. Im Siedlungsgebiet unmittelbar an der Hanford Reservation waren 24 von 28 Familien von Krebs betroffen, ferner von Schilddrüsenproblemen und schweren Geburtsfehlern, wie das Fehlen von Augen, kein Schädel, keine Hüften. Es tauchen mehr und mehr Geschichten auf, einschließlich solchen von ehemaligen Hanford-Arbeitern. Erst neulich erfuhr ich von einer Frau, die zehn Babys verloren hatte.

Für mich gibt es keinen Zweifel, daß wir durch den Hanford Holocaust betroffen sind. Die Energiebehörde streitet jegliche Effekte der Freisetzung ab und verlangt Beweise. Wir sind der Auffassung, diese sollte beweisen, daß unsere Krankheiten nicht von der Strahlung kommen. Wissenschaftler haben abgeschätzt, daß die Bewohner in der Gegend von Hanford 10mal mehr Strahlung erhalten haben als die Leute in Tschernobyl. Wie kann irgend jemand abstreiten, daß wir betroffen sind?

Ich glaube, daß wir auch auf andere heimtückische Weise getroffen wurden, was möglicherweise Schaden für unser Immunsystem verursacht hat. Es wurde festgestellt, daß keine 2 Personen dieselbe Art der Verletzung durch Strahlung erleiden werden, ebensowenig wie ein Molekül oder eine Zelle. Wie können wir also tatsächlich das Ausmaß unseres Schadens wissen?

Es bedarf keines Experten um festzustellen, daß unser Land und unsere Leute kontaminiert worden sind. Das Versagen der Energiebehörde wurde in alarmierender Weise offenkundig über das ganze Land. Ich fürchte, daß unser Land auf dem Weg der selbstmörderischen Zerstörung ist, indem es seine eigenen Leute im Namen von "Verteidigung" und "nationaler Sicherheit" tötet. Wir haben jedoch keine Sicherheit, unsere Körper haben keine Verteidigung. Wir sind wie mißbrauchte Kinder, Opfer unseres Lebens. Wir können alle Waffen dieser Welt haben - dennoch können wir nicht ein starkes Land sein, ohne innerhalb des Landes stark zu sein.

Ich kam hierher, um meine Geschichte zu erzählen in der Hoffnung, daß mit mehr öffentlichem Wissen etwas unternommen wird, um weitere Kontamination zu verhüten und daß wir Hilfe bekommen. Es ist nicht nur, daß die Energiebehörde sich weigert uns anzuerkennen und die Verantwortung für ihre Aktivitäten zu übernehmen oder uns einen Ausgleich zuzubilligen - die Energiebehörde ignoriert uns. Die Ansprüche, die wir aufgelistet haben, wurden zurückgewiesen und wir dürfen nicht den Rechtsweg beschreiten. Viele wissen immer noch nicht über die Freisetzung Bescheid. Wir aus der Hanford Gegend möchten Anerkennung als Hanford-Hibakusha-Atombombenüberlebende wie die Japaner es sind. Wir wollen ebenso, daß unsere Regierung Abbitte tut. Wir wollen und brauchen ein medizinisches Strahlenforschungszentrum und Krankenhaus, wo wir sofort kostenlose Gesundheitsfürsorge durch Strahlenspezialisten bekommen, wie sie es in Japan haben. Wir brauchen ebenfalls eine gebührenfreie Telefonnummer, wo Leute auf dem absteigenden Ast eine genaue Auskunft bekommen können. Wir wollen ebenfalls eine Aufhebung der Warner-Gesetzesänderung und das Recht auf Kompensation. Wir wollen die volle Wahrheit über das wissen, was mit uns geschah. Wir wollen, daß die Energiebehörde für ihre Taten verantwortlich ist. Wir wollen Gerechtigkeit für alle Abschußkandidaten.

Vor 2 Jahren kämpfte ich um mein Leben. Heute kämpfe ich um das Leben von uns allen und um das Leben unseres Landes. Ich möchte gerne einen großen indianischen Führer zitieren, der für das Herz der Nation der Indianer in seiner Botschaft an unsere Regierung vor über 100 Jahren spricht. Unglücklicherweise ging seine Weisheit unbeachtet verloren. Auch die Indianer wurden durch unsere Regierung verraten und Opfer in ihrem eigenen Land.

"Wenn wir Euch unser Land verkaufen, müßt Ihr immer daran denken, daß es heilig ist. Wir sind ein Teil der Erde und sie ist ein Teil von uns. Wenn wir Euch unser Land verkaufen, müßt ihr immer daran denken, daß die Luft wertvoll ist, daß die Luft mit ihrem Geist Anteil hat an all dem Leben, was sie unterstützt. Der Wind muß auch unseren Kindern den Geist des Lebens geben. Wenn wir Euch unser Land verkaufen, müßt ihr es heilig halten."

"Die Erde ist unsere Mutter; was immer die Erde befällt, befällt die Söhne der Erde. Die Erde gehört nicht den Menschen, der Mensch gehört der Erde. Alle sind miteinander verbunden. Der Mensch hat nicht das Gespinst des Lebens gewebt - er ist lediglich ein Faden. Was immer er dem Gespinst antut, tut er sich selbst an. Fahre fort, Dein Bett zu verunreinigen und Du wirst eines Nachts an Deinem eigenen Unrat ersticken. Wenn wir Euch unser Land verkaufen, liebt es wie wir es geliebt haben gebt acht, wie wir es taten, bewahret es für Eure Kinder."

Ich frage Sie, welches Vermächtnis haben wir für unsere Kinder? Wir Abschußkandidaten wurden dem Wind des Todes ausgesetzt. Ich möchte hoffen, daß unsere künftigen Generationen noch leben können.

Gefährliche Atomabfälle

RICHLAND, 25. März (AP). In 20 Behältern mit atomaren Abfällen in der Endlagerungsstätte Hanford im US-Staat Washington hat sich nach offiziellen Angaben Wasserstoff gebildet, der schlimmstenfalls die Tanks sprengen und Radioaktivität freisetzen kann. Der Geschäftsführer der Anlage, Mike Lawrence, sagte auf einer Pressekonferenz in Richland, das Risiko einer Explosion infolge der Wasserstoffentwicklung in den Behältern, die in den 70er Jahren gelagert wurden, sei gering, könne aber auch nicht völlig ausgeschlossen werden.

Im vergangenen Jahr berichtete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, 1957 seien in der UdSSR Behälter mit Atomabfall explodiert. 10 000 Menschen seien damals evakuiert worden. In anderen Berichten hieß es, damals habe es Hunderte von Todesopfern gegeben.

Sellafield:

Gen-Veränderungen durch Strahlenbelastung

Von dpa-Korrespondent Jobst Knigge

Ende der 70er Jahre wurden erstmals Sorgen wegen der hohen Zahl von Leukämiefällen bei Kindern in der Umgebung der nordenglischen Atomfabrik Sellafield laut. Folge war eine ganze Serie von Untersuchungen, die zwar die weit über dem nationalen Durchschnitt liegende Erkrankungszahl bestätigten, aber keinen schlüssigen Nachweis für den Zusammenhang mit der Nuklearanlage liefern konnten.

Eine in diesen Tagen vorgelegte neue Studie hat nun erstmals eine klare Verbindung hergestellt, die tiefgreifende Auswirkungen auf die gesamte internationale Atomindustrie haben könnte. Der angesehene Prof. für Medizin-Statistik, Martin Gardner, untersuchte 52 Leukämifälle, die in den vergangenen 35 Jahren bei Kindern im Gebiet von Sellafield aufgetreten waren. In zehn Fällen hatten die Väter in dem Atomwerk gearbeitet. Bei einer weitergehenden Analyse fiel auf, daß die Leukämiehäufigkeit am größten war, wenn die Väter vor der Zeugung größeren Strahlendosen ausgesetzt waren. Gardner schloß daraus, daß die Strahlung wahrscheinlich zu Mutationen im Samen geführt haben könnte, die wiederum das Blutkrebsrisiko bei den Kindern erhöhte.

Sellafield-Betreiber British Nuclear Fuels (BNF) bemüht sich, behördlichen Richtlinien, nach denen die Strahlungsbelastung der Beschäftigten 15 Millisieverts nicht überschreiten soll, einzuhalten. Dies wird aber immer noch nicht in allen Bereichen der Wiederaufarbeitungsanlage erreicht. Wenn die Ergebnisse der Gardner-Studie in weiteren Forschungen bestätigt werden, dann müßten wahrscheinlich die Grenzwerte noch wesentlich gesenkt werden, was mit großen Kosten verbunden sein könnte.

Weitere drei Untersuchungen werden jetzt in Großbritannien mit Vorrang vorangetrieben: Das Studium erhöhter Leukämie-Zahlen um den Schnellen Brüter im schottischen Dounreay und in der Umgebung der beiden Atomwaffenfabriken Aldermaston und Burghfield. Auf die Betreiber könnten auch große Entschädigungszahlungen zukommen.

35 Familien streben einen Musterprozeß gegen BNF an, und eine 19jährige Studentin, die vor zehn Jahren an Leukämie erkrankte, kündigte ein Verfahren gegen die britische Atomenergie-Behörde an, die die Versuchsanlage von Dounreay betreibt.

Die britische Regierung und die Gewerkschaften, die die rund 12.000 Beschäftigten in Sellafield vertreten, zeigten sich *"äußerst besorgt"* über die Ergebnisse. Gesundheitsminister Kenneth Clarke sagte, **Leukämie sei kein annehmbarer Preis für Atomkraft.** Greenpeace verlangte die sofortige Schließung von Sellafield, und die deutsche Sektion der internationalen Umweltorganisation forderte die Bundesregierung auf, ihre Pläne, abgebrannte Brennstäbe aus deutschen Atomkraftwerken nach Sellafield zu schicken, aufzugeben, wenn sie nicht *"mitschuldig an Krankheit, Leiden und Tod der Kinder"* werden wollte.

BNF besteht auf weiteren Forschungen mit dem Hinweis auf die Untersuchungen von Hiroshima und Nagasaki, wo bei 7.000 Kindern, die nach den beiden Atombombenexplosionen geboren wurden, keine erhöhten Leukämiezahlen aufgetreten seien.

Keulenschlag für die Atommafia

Im Folgenden dokumentieren wir einen Beitrag von Gerd Kröncke aus der SZ v. 23.2.90:

London, 22. Februar - Arbeiter in Sellafield, der britischen Wiederaufbereitungsanlage mit dem miserablen Ruf, sollten besser darauf verzichten, Kinder in die Welt zu setzen. Ganz so deutlich haben es die Wissenschaftler zwar nicht gesagt, aber dies ist die Botschaft, die sich aus eben veröffentlichten und nun heftig diskutierten Untersuchungen ergibt.
35 Familien, die den Betreiber der Anlage British Nuclear Fuels Limited (BNFL) verklagt haben, sehen sich seit dem Report von Professor Martin Gardner, einem Professor für Medizinische Statistik an der Universität Southampton, in ihrer Ansicht bekräftigt, daß die Krankheit ihrer Kinder mit der Atomanlage zusammenhängt. Doch während früher die Häufung von Leukämie-Fällen auf die Strahlenbelastung der Kinder zurückgeführt wurde, glauben die Wissenschaftler neuerdings, daß durch die Strahlenbelastung der Väter eine genetische Veränderung in deren Sperma verursacht wird. Auf die Frage, welchen Rat denn einem Arbeiter zu geben sei, der sich wegen des Reports von Professor Gardner beunruhigt zeigt, antwortete Roger Berry, der Gesundheitsdirektor der Anlage: *"Viele Arbeiter konsultieren unser medizinisches Personal. Und wenn jemand ganz besonders beunruhigt ist, dann könnte es der richtige Rat für ihn sein, keine Familie zu gründen"*. Berry fügte freilich hinzu, daß dieser Rat sicher nicht sonderlich häufig gegeben werde, und daß es die Aufgabe des Unternehmens sei, die Belastung der Arbeiter zu senken, *"was wir ziemlich dramatisch und schnell tun"*.
Die Wahrscheinlichkeit, daß ein Kind an Blutkrebs, also Leukämie erkrankte, beträgt laut Professor Gardner derzeit eins zu zweitausend. Doch das Risiko erhöht sich offenbar, je höher die radioaktive Belastung des Vaters ist. Für die noch ungeborenen Kinder eines Sellafield-Arbeiters beträgt es 300 zu eins. Der Professor selbst will keinen direkten Rat an die möglichen Betroffenen daraus ableiten; er sagt nur: *"Das ist eine Größenordnung, die jeder für sich selbst interpretieren kann"*.
Sprecher von Umweltschutzorganisationen äußerten sich empört. *"BNFL muß seine gefährliche Praxis ändern, es ist nicht Sache der Arbeiter, ihre Lebensplanung zu ändern"*, sagte ein Greenpeace-Sprecher, und die "Friends of the Earth" erklärten: *"Es liegt in der Verantwortung von BNFL sicherzustellen, daß die Belegschaft nicht einer Strahlen-Dosierung ausgesetzt wird, die ein Risiko bedeuten könnte"*.
Inzwischen gibt es erste psychologische Auswirkungen in anderen Bereichen der Atom-Industrie. Vor einem Unterhaus-Ausschuß warnten Gewerkschaftssprecher davor, die Waffenfabrik Aldermaston, wo der Nuklear-Sprengkopf für die Trident-Raketen hergestellt wird, zu privatisieren. Denn private Unternehmer, die zum Teil schon jetzt Kontrakte in Aldermaston ausführten, neigten zu einem laxeren Umgang mit den Sicherheitsbestimmungen. Zumindest auf den ersten Blick seien die Probleme *"erschreckend"*, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende von Aldermaston. *"Die Analyse von Professor Gardner hat die Atom-Industrie wie ein Keulenschlag getroffen"*, fügte er hinzu.

"Das Untersuchungsergebnis ist eindeutiger als erwartet"

Der nach der Studie des Krebsforschers Martin Gardner benannte "Gardner-Bericht" weist nach, daß radioaktive Strahlung eine Mutation der Spermien auslöst

Im Nachfolgenden eine Dokumentation aus der taz v. 1.3.90

Besorgnis über die Zahl von Leukämiefällen bei Kindern in der Umgebung von Atomanlagen in Großbritannien herrscht seit 1983, als in einer Sendung des Yorkshire-Fernsehens nachgewiesen wurde, daß die Leukämierate in der Umgebung von Sellafield erhöht ist. Verschiedene Untersuchungen sind seitdem durchgeführt worden. Diese Untersuchung ist eine Fallstudie von Leukämie und Lymphoma bei jungen Leuten in West-Cumbria.
Die Fragestellung lautet, ob bekannte Ursachen oder Faktoren, die in Zusammenhang mit der Nuklearanlage stehen, für die nachgewiesene erhöhte Rate verantwortlich sein können. Alle identifizierten Leukämie- und Lymphomafälle bei Menschen, die in West-Cumbria geboren wurde, und die im Alter von unter 25 Jahren zwischen 1950 und 1980 diagnostiziert wurden, sind mit nach Geschlecht und Geburtsdaten sortierten Kontrollgruppen verglichen worden.
Hauptergebnis der Studie ist, daß die externe Dosis ionisierender Ganzkörperstrahlung, die von Vätern während ihrer Arbeit in Sellafield aufgenommen wurde, in Zusammenhang mit der Leukämie bei ihren Kindern steht. Der Zusammenhang erklärt statistisch die beobachtete geographische Häufung. Wir interpretieren das Ergebnis dahingehend, daß die Strahlung...eine Mutation der Spermien auslöst, wodurch bei späteren Kindern Leukämie hervorgerufen wird. Andere Erklärungen sind möglich, wie die interne Aufnahme von Radionukliden. Die Kontaminierung der Wohnungen mit radioaktivem oder anderem Material, das während der Ausübung des Berufs aufgenommen wurde, kann relevant sein, obwohl es dafür keine Beweise gibt.
Das Ergebnis der Untersuchung (die erste ihrer Art mit menschlichen Daten) ist eindeutiger, als mit unserem bisherigen Wissen erwartet werden konnte. Eine Untersuchung von 7.387 Männern, die eine geschätzte Dosis von 492 Millisievert nach dem Abwurf der Atombomben in Japan ausgesetzt waren, zeigte keine erhöhte Leukämierate. Die Strahlendosis in Hiroshima und Nagasaki war jedoch einmalig im Gegensatz zu der jahrelang akkumulierten Dosis bei den Sellafield-Arbeitern. Die Untersuchung belegt, daß das höchste Risiko bei denjenigen besteht, die der höchsten akkumulierten Strahlung vor der Zeugung ausgesetzt waren.
Das Untersuchungsergebnis weist eine erhöhte Rate von Leukämie- und anderen Krebsraten unter Kindern nach, die in Seascale geboren sind, jedoch nicht unter Kindern, die nach der Geburt dort hingezogen sind und die örtliche Schule besucht haben. Es erscheint wichtig, die Folgestudien von der Zeit nach 1983 und vor 1950 auszudehnen, was zur Zeit geschieht.
Das Resultat der Untersuchung läßt andere Resultate unwahrscheinlich erscheinen - zum Beispiel, daß Infektionsepidemien für die Leukämie verantwortlich seien.
Die Internationale Kommission für Strahlenschutz hat 1965 eine Jahreshöchstdosis von 50 Millisievert für Arbeiter in der Atomindustrie empfohlen. Diese Zahl ist in Großbritannien noch immer gültig, obwohl die nationale Strahlenschutzbehörde 1987 vorgeschlagen hat, die Jahreshöchstdosis auf 15 Millisievert zu reduzieren. 1987 waren 1.100 Arbeiter in Großbritannien einer künstlichen Strahlendosis von mehr als 15 Millisievert ausgesetzt. Die meisten arbeiteten an der Aufbereitung von Nuklearbrennstoffen. Das hat wichtige Implikationen für die Radiobiologie und für den Schutz von Arbeitern, die der Strahlung ausgesetzt sind, sowie ihrer Kinder.

Startbahn

In den abgetrennten Startbahn-Verfahren vor dem Oberlandesgericht Frankfurt wurden am 22. März die Urteile verkündet. Strafmaß und Begründung waren so skandalös wie der Prozeßverlauf selber, auch wenn der Vorwurf der „terroristischen Vereinigung" (§ 129a) sich vor Gericht nicht halten ließ und zwei der drei Angeklagten „nur" nach § 129 (kriminelle Vereinigung) verurteilt wurden. Die Verhandlung gegen Andreas Eichler und Frank Hoffmann u.a. wegen der Tötung zweier Polizisten an der Startbahn läuft weiter.
Im folgenden drucken wir in gekürzter Form die Mitschrift zur Urteilsbegründung ab, die vollständig in der SOLIDARITÄT, Prozeßinfo zum Startbahnprozess, Nr. 40, erschienen ist. Danach folgt eine Einschätzung zum Prozeßverlauf von Frankfurter StartbahngegnerInnen.

Urteilsverkündung

Vor dem Gerichtsgebäude befand sich an diesem Tag die übliche Menge an Polizisten (in Zivil und Uniform). In den Seitenstraßen wartete ein Wasserwerfer.
Der Zuhörerraum war an diesem Tag voll. Die Freunde und Freundinnen, Startbahngegner und Startbahngegnerinnen, Genossen und Genossinnen hatten Riesen-Luftballons mitgebracht, die mit § 129a beschriftet wurden und im Zuhörerraum ein wahres Happening auslösten. Keiner konnte sich dem Spiel mit den §§ 129a entziehen. Richter Schieferstein betrat den Gerichtsraum und forderte die Ballons zu entfernen. Sie platzten. Das stehende Gericht wollte Urteil sprechen, im Namen des Volkes. Stehende Prozeßbesucher/innen riefen Parolen. Richter Schieferstein forderte die Stehenden auf, den Raum zu verlassen. Die unruhigen Polizisten/innen hinderten anfangs die zum Verlassen des Raumes Bereiten, da sie die Lage nicht erkannten. Das Urteil wurde schließlich vor stehenden und sitzenden Prozeßbesucher/innen verkündet. Danach entspannte sich die Lage, und die Mehrheit verließ weiterhin Parolen rufend das Gebäude.

Das Urteil

Ina Then - verurteilt nach § 129 (kriminelle Vereinigung) in Tateinheit mit 316 b (Störung öffentlicher Betriebe) wegen dem Fällen von 2 Strommasten zu 2 Jahre auf 4 Jahre Bewährung. 5000,— DM an die Albert Schweitzer Stiftung, jeder Wohnungswechsel muß angegeben werden. Der Haftbefehl und der Haftverschonungsbefehl sind aufgehoben.

Rainer Hübner — verurteilt nach § 129 in Tateinheit mit 316b weger. des Fällens von 2 Strommasten und der Mitwirkung an der Schrift "Abbau von Strommasten" zu zwei Jahren und neun Monaten.

Andreas Semisch — verurteilt wegen dem Verstoß gegen das Waffengesetz und Hehlerei zu 2 Jahren.

Die Urteilsbegründung

Sie haben sich beide in der Startbahnbewegung betätigt. Nach Tschernobyl kamen sie zu dem Ergebnis, was tun zu müssen. Sie beschlossen Anschläge gegen Energieversorgungsunternehmen auszuführen.

Am 20. Juli 86 das Strommast bei Mörfelden Walldorf

Mit früheren Mitangeklagten haben sie ein Objekt ausgesucht. Eine genaue Planung lag nicht vor. Vor dem Anschlag wurde der

Prozeß

Text einer Tatbekennung verfaßt. Sie sollte den politischen Zusammenhang herstellen. 20 bis 25 Personen parkten in der Nacht des 20. Juli gegen 22.30 Uhr in der Donnersbergstraße in Walldorf, ohne erkannt zu werden. Sie begaben sich zu dem Mast, dem Anschlagsobjekt. Mit Handsägen, die mit Öl gekühlt wurden, wurde der Mast durchgesägt. An den Eckstützen wurden schräge Schnitte angesetzt. Diese spitz zulaufenden Eisenstücke wurden rausgeschlagen. Der Mast kippte in nördliche Richtung. Er ist auf eine andere Leitung gefallen. Es entstand ein Kurzschluß durch automatische Abschaltung gegen 1 Uhr morgens.
Es entstand ein Sachschaden von 120.000 DM. Die Tatbekenntnis war unterzeichnet mit "Revolutionäre Heimwerker". Für die Beteiligung Rainer Hübners an dem Anschlag haben sich keine hinreichenden Beweispunkte ergeben.

9. Juli 1986, Hasselroth

Durch das Geständnis Mike Kurth ist belegt, daß Hübner und Then an der Besichtigung beteiligt waren. Kurth und andere hielten den Mast für ungeeignet, da er "auf einer grünen Wiese" stehe. Hasselroth entsprach eher ihrer Absicht, da es Masten der Frima Preußen Elektra waren. "Der Mast wurde allgemein akzeptiert."
Then und Hübner sägten, kühlten die Sägeblätter und haben die herausgesägten Eckteile herausgehauen. Gegen 2.30 Uhr kippte der Mast. Es gab einen Kurzschluß und eine Störung von 6 Minuten. Es entstand ein Sachschaden von 50.000 DM.
Entsprechend der Absprache wurde ein Selbstbezichtigungsschreiben verschickt. Es wurde die Abschaltung von Nukem Alkem gefordert, Preußen Elektra für Brokdorf und Stade verantwortlich gemacht. Es wurde die Stillegung aller Atomkraftwerke gefordert und mit "Revolutionäre Heimwerker" unterzeichnet. Die Beteiligung Hübners ist durch die Geständnisse von ... belegt. Then hat den Abschlag ebenfalls gestanden.

26. August, Offenthal

Ende Juli hat ein früherer Mitangeklagter und Hübner die Beteiligten von Hasselroth für einen neuen Anschlag gewonnen. Es fand eine Besichtigung in der Gemarkung Offenthal statt. Ein Mast wurde ausgewählt. In der Nacht vom 25. auf den 26. August gingen Hübner, Then und die übrigen Täter zu Fuß mit Metallsägen und Ersatzsägeblättern zu dem Mast.
Mit Farbe wurden die Stützpfeiler markiert vom Mast 390 und einem weiteren. Beide Masten wurden angesägt. Then und Hübner haben beim Kühlen und Sägen mitgewirkt. Als das nördliche Standbein von einem Mast durchgesägt war, kippte der Mast unvorhergesehen in die falsche Richtung, da er nur einseitig belastet war. Jemand rief "Weg weg, das Mast fällt". Alle liefen zurück zu den Autos. Als sie dort ankamen, merkten sie, daß J. fehlte. Rainer Hübner suchte, fand sie und sagte: "Die J. liegt das und ist ganz verkohlt."
Mit einem PKW wurde J. nach Frankfurt geschafft und vor einem Anwesen abgelegt. Anwohner brachten sie in die Uni-Klinik. Sie hatte eine Überlebenschance von 20%. 53% der Körperoberfläche waren verbrannt. Bis zum Frühjahr 1987 lag sie stationär im Krankenhaus, bis Mitte 1988 wurde sie ambulant behandelt. Sie hat dauerhaft Schäden.

Am 25.8.86 ging ein Selbstbezichtigungsschreiben bei dpa und FR ein. Der Anschlag wurde mit de RWE begründet und war mit "Säg weg den Scheiß" unterzeichnet. Es entstand ein Sachschaden von 72.000 DM. Es gab einen Stromausfall.

"Kriminelle Vereingung"

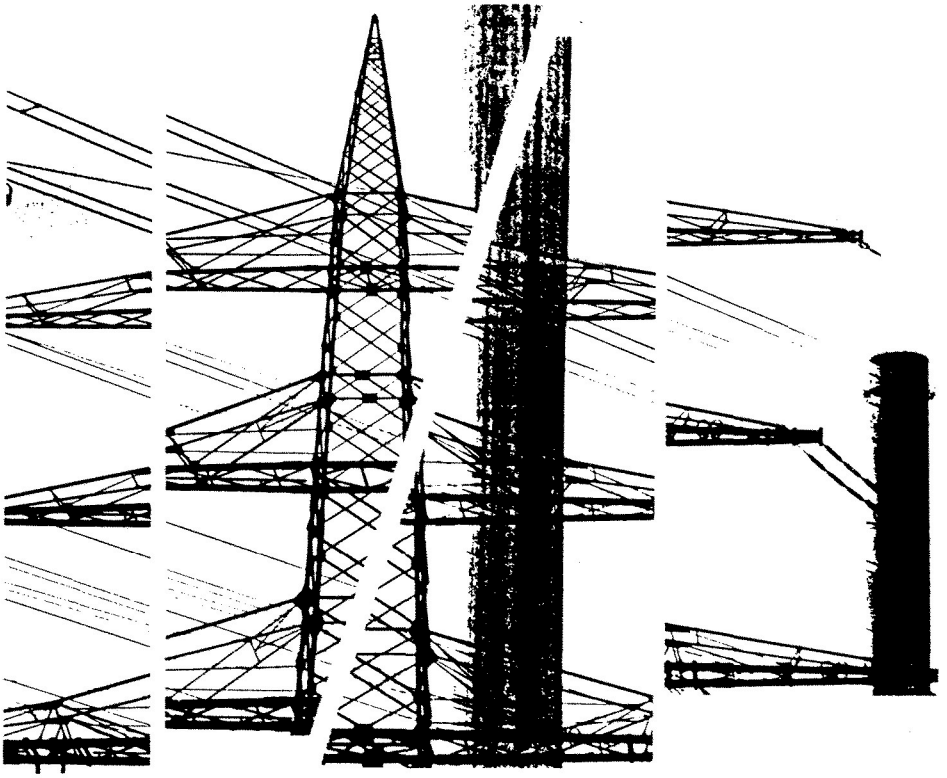
Von Juni 1986 bis August 86 bestand eine kriminelle Vereinigung nach § 129. Hübner und Then waren Mitglieder und sind später eingestiegen. Ihr Ziel waren Aktionen gegen die Atomindustrie und den von ihr erzeugten Strom. Sie hielten Anschläge für erforderlich, um die Öffentlichkeit auf die Gefahren hinzuweisen, insbesondere nach dem Unfall von Tschernobyl. (..., unleserlich), sie suchten die eigene Person zu schonen und die Gefährdung Dritter zu vermeiden.

Um weitere Fehler zu vermeiden, erstellte Rainer Hübner mit einem früheren Mitangeklagten die Schrift "Abbau von Strommasten". Nach dem Chaos am 20.6.86 wurden die Fehler am 9.Juli 86 verwertet. Es gibt Parallelen vom Anschlag 20.6. und 9.7., z.B. Kennzeichnen der Schrittstellen.
Die Vereinigung war bestrebt, das Anschlagsziel öffentlich zu machen. Der Grund: die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen.
Die Gruppe hat den Anschlagsort besichtigt. Der Anschlag wurde geplant. Das Bekennerschreiben war mit einem Gruppennamen unterzeichnet, was darauf hindeutet, daß auf Dauer geplant wurde. Es war mit weiteren Anschlägen zu rechnen.

Startbahn

Waffenbesitz

Daß Ina Then im Besitz der Sig Sauer war, läßt sich nicht hinreichend nachweisen. Die Aussagen von Mike Kurth vom 14.3.88 reichen nicht aus.
Die Aussage von Andreas Eichler im Januar 88, daß Eichler, Then und Semisch im Brückenkopf waren, Semisch die Waffe bis April 87 gehabt habe, lassen Zweifel an deren Exaktheit offen. Kurth konnte nicht genau sagen, um welche Waffe es sich handelte, da er sie nicht genau kennzeichnen konnte. Es könnte sich auch um die 84er Waffe gehandelt haben. Da nicht geklärt ist, welchem Waffentyp die 84er Waffe entspricht, ist auch nicht zu klären, ob sie unter das Waffengesetz fällt.
Bezüglich Andreas Semisch ist den widerspruchsfreien Aussagen von Mike Kurth zu glauben. Er hat die Waffe in Hanau im Besitz gehabt und sie bis 1987 verwahrt. Kurths Aussagen sind glaubhaft, da er sich einer eigenen Tat selbst belastet. Andererseits ist an den Aussagen nicht ersichtlich, daß er sich selbst entlasten wollte. Er habe Ausschmückungen vermieden und roh den Sachverhalt als eigene Wahrnehmung dargestellt. Er sei den Beamten nicht entgegengekommen. Die Aussagen von Mike Kurth wurden von Andreas Eichler bestätigt. Mike Kurth habe seine Aussagen mit lebensnahen Tatsachen erklärt. Eichlers Aussagen sind zutreffend. Sie entsprechen den Ermitlungen. Den Vorhalten wurde nichts hinzugefügt.



Andreas Semisch habe gegen das Waffengesetz verstoßen und sich der Hehlerei schuldig gemacht. Eine Begünstigung war nicht nachweisbar, da er die Waffe nicht für andere aufbewahrt hat.
Er hat sich nicht des § 129 oder § 129a schuldig gemacht. Der Strommast 86, die Brandanschläge 17.6.87/18.9.87 und 10.10.87 konnten ihm nicht nachgewiesen werden. Es gab weder genügend Anhaltspunkte für eine direkte Beteiligung noch für das Mitverfassen der Bekennerschreiben. Indizien, die eine Beteiligung nahelegen, sind nicht ausreichend.

Strafzumessung

Rainer Hübner — Mitglied einer kriminellen Vereingung nach § 129. Zugunsten für ihn spricht, daß er nicht vorbestraft ist und die Taten nicht bestritten hat. Er hat erheblichen Tatbeitrag geleistet. Er hat seine fachlichen Kenntnisse eingesetzt und anderen vermittelt. Er hat das Tatwerkzeug beseitigt. Außerdem war er wesentlich an der Schrift "Abbau von Strommasten" beteiligt.
Seine Mitgliedschaft ging nur über wenige Monate. Allerdings hat er keine Reue gezeigt und seine Taten nicht eingeräumt. Die Gründe, warum er an weiteren Aktionen nicht beteiligt war, sind nicht bekannt, was nicht für ihn spricht.
Er bekommt 2 Jahre und 9 Monate.

Andreas Semisch — ist vorbestraft und hat eine offene Bewährung. Er hat vom 8.11.86 bis Januar 87 eine Waffe besessen.
Er hat keine Reue und Rechtfertigung gezeigt. Zu seinen Gunsten ist nichts in Sicht. Es gibt keine Strafaussetzung, da es keine Anhaltspunkte für eine Besserung gibt.

Ina Then — Sie ist Mitglied der kriminellen Vereinigung nach § 129.
Für sie spricht das Kind, daß sie nicht vorbestraft ist, für den Unterhalt des Kindes aufkommen muß und eine Stellung gefunden hat. Sie ist strafempfindlich.
Aus Angst vor Schäden (an Menschen) hat sie nach dem 26.6.86 keine Anschläge mehr begangen. Sie hat frühzeitig ein Geständnis abgelegt. Gegen sie spricht der erhebliche Tatbeitrag, der durch andere Aussagen bestätigt wurde. Sie hat gute soziale Bindungen leichtfertig aufs Spiel gesetzt.
Sie bekommt 2 Jahre, aufgrund ihrer günstigen sozialen Zukunftsprognose auf 4 Jahre Bewährung.

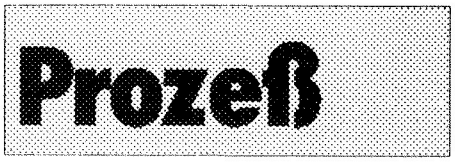
Von Ina

Auf diesem Wege möchte ich mich bei all den Leuten bedanken, die mir in den letzten zwei Jahren beigestanden haben. Ganz besonders natürlich bei meiner Verteidigung, ohne die ich heute wahrscheinlich in einer ganz anderen Situation wäre.
Ohne den Beistand von Euch allen hätte ich die Zeit nach dem 2.11.87 bis heute nicht so durchgestanden, wie es der Fall war und ist.
Es ist ein wahnsinnig gutes Gefühl zu wissen, daß man Freunde hat, die auch und gerade in solchen Zeiten zu einem halten.
Es wird zwar noch lange dauern, bis ich diese Zeit verkraftet habe, aber das Bewußtsein, nicht allein zu sein, ist eine enorme Unterstützung.
Mit vielen lieben und solidarischen Grüßen Ina

Einschätzung zum Prozeßverlauf:

Wie man eine Anklage zimmert

Wir müssen davon ausgehen, daß die Bundesanwaltschaft (BAW) kein losgelöster, selbständig gewordener Apparat (Stasi-Syndrom) ist, auch wenn es ab und zu Anzeichen für solch eine Entwicklung gibt. Gerade in der Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten und den Spezialabteilungen der Landeskriminalämter hat sich eine breite Grauzone etabliebt, die einer direkten Kontrollmöglichkeit entzogen ist. Das widerspricht jedoch nicht der Tatsache, daß die BAW in hohem Maße eine Behörde mit politischer Funktion ist. Gewissermaßen eine Agentur zur Bekämpfung jeglichen Widerstands gegen diejenigen gesellschaftlich herrschenden Kräfte, die sich entsprechend ihrer Ziele (als da sind: auf jeden Fall die bestmöglichen Verwertungsbedingungen für das Kapital zu schaffen) die jeweils notwendig erscheinenden Gesetze schaffen.
Im Verlauf der Auseinandersetzungen um die Erweiterung des Flughafens Rhein-Main an der Startbahn 18 West hatte sich eine Widerstandsbewegung entwickelt, die mit allen Mitteln des Staatsapparates bekämpft wurde: Politisch durch Diskriminierung als "Kriminelle, Chaoten und Asoziale" (so der damalige hessische Innenminister Eckard Gries); juristisch durch Kriminalisierung mittels tausenden von Verfahren gegen Gegner der Erweiterung; exekutiv durch prügelnde Polizeiknüppel. Trotz vieler Versuche von Seiten bestimmter Politiker und nicht zuletzt der BAW selbst ist es aber nicht gelungen, mit dem Instrumentarium des § 129a, d.h. mit den besonderen Ermittlungsmethoden und juristischen Folgen, die diesem zugeordnet sind, die breiten, vielfältigen Widerstandsformen zu greifen: Die gesetzliche Grundlage war nicht interpretationsfähig genug.



Das Projekt Flughafenerweiterung mußte gegen den Widerstand einer ganzen Region mit "konventionellen" Mitteln durchgezogen werden, auch wenn ein gewisser Gesichtsverlust dabei eingehandelt wurde. Aber egal, eine der Grundvoraussetzungen für den ökonomisch überaus lukrativen Ausbau des Flughafens Frankfurt zu einem Zentrum des gesamteuropäischen Luftverkehrs und den damit verbundenen Profiterwartungen war geschaffen. Unbestreitbar hatten die Kapitalvertreter mit der Inbetriebnahme der Startbahn im Jahr 1984 einen Erfolg verbucht, der die weitere Entfaltung ihrer Interessen in Hinsicht auf eine führende Rolle im zukünftigen europäischen Imperialismus ermöglichte. Die gleichen Interessenvertreter (sprich Banken udn Großkonzerne) haben selbstverständlich gleichzeitig auch in anderen wirtschaftlichen Bereichen mit hohen Profiterwartungen ebenso ihre Projekte durchgezogen. Ebenso rücksichtslos und menschenverachtend wurde der Ausbau der Atomindustrie vorangetrieben, mit den gleichen politischen, juristischen und exekutiven Mitteln.

Der Höhepunkt der Widerstandsbewegung gegen die Flughafenerweiterung war überschritten, als 1986 durch den Unfall von Tschernobyl das ganze Ausmaß der wirtschaftlich Expansion in ihrer lebensbedrohlichen Auswirkung offensichtlich wurde. Der Widerstand dagegen wurde zunehmend direkter in Form von zahlreichen Anschlägen auf Stromversorgungseinrichtungen und auf Firmen, die an Großprojekten wie z.B. Startbah 18West beteiligt waren.
Während Generalbundesanwalt Rebmann im Jahr 1986 noch feststellt, daß autonome Gruppen der Verfolgungszuständigkeit der Bundesanwaltschaft aufgrund des § 129a StGB entzogen sind, weil die erforderlichen Strukturelemente sich bei dieser "Guerilla Diffusa" nicht nachweisen lassen, beginnen Politiker, Verfassungsschützer und Medien mit einer breiten Diskussion über die Ausweitung des § 129a. Tenor: Ist eine Bekämpfung des "diffusen" Widerstands mit Hilfe der so überaus effektiven Verfolgungsbehörde BAW nicht möglich, weil die erforderlichen Strukturelemente für die Zuständigkeit fehlen, so muß eben das Ziel dieses Widerstands zum Inhalt des Straftatbestands gemäß §129a gemacht werden.
Innerhalb kürzester Zeit wurde der Katalog der Straftaten für den § 129a erweitert und am 1. 1. 1987 in Kraft gesetzt. Erklärtes Ziel: Zerschlagung des bisher nicht unmittelbar greifbaren Widerstandes mittels der "Son-

derbehörde" Bundesanwaltschaft und ihrer Sonderrechte in Verbindung mit dem § 129a.

Nach allem, was bisher gesagt wurde, sollte klargeworden sein, daß die BAW mitnichten ein verselbständigter "Verfolgungsverein" ist, der sich unabhängig entwickelt und bewegt. Sie ist das, was am Anfang des Artikels gesagt wurde: Eine politisch-juristische Agentur zur Durchsetzung der Interessen der Kräfte, die die materielle und damit die politische Macht haben. Daß diese Behörde dabei eine gewisse Eigendynamik entwickelte, widerspricht nicht der politischen "Gebundenheit". (So ist der Posten des Generalbundesanwalts auch immer ein politisch besetzter, wie sich bei dem z.Zt. stattfindenden Wechsel von Rebmann zu von Stahl wieder einmal zeigt.)

Ermittlungen durch die BAW

Die Ermittlungstätigkeit der BAW begann folgerichtig an der Startbahn schon lange vor den Schüssen vom 2.11.87. Vor dem Hintergrund vierjähriger Ermittlungstätigkeit in Startbahnkreisen stellt sich für uns die Frage, wie die Ziele im Prozeß, aber nicht nur dort, konkret verfolgt wurden

ums offenbaren eine eindeutige Zielrichtung:

"Anarchisten, Autonome, Sozialrevolutionäre und Gruppen im terroristischen Umfeld halten meist vielfältige Kontakte untereinander. Anhänger der örtlichen Gruppierungen kennen sich häufig auch persönlich, sie wohnen oft in besetzten Häusern zusammen. ... Autonome haben kein einheitliches ideologisches Konzept; sie folgen verschwommenen anarchistischen, bisweilen auch nihilistischen Vorstellungen. Gemeinsam ist ihnen ein ausgeprägter Haß auf Staat und Gesellschaft. ... Atonome befürworten dazu militante Kampfformen: Gewalt gegen Sachen und Personen. ... Ein Teil der Autonomen verübt auch Brandstiftungen und andere aus dem Verborgenen geführte Anschläge."

Diese Darstellung aus dem Bericht 1988, also nach den Schüssen, vervollständigt das Bild, was in der Öffentlichkeit gezeichnet wurde. Es wurde in dem Bericht aber nach wie vor beklagt, daß diese Zusammenhänge nicht klar greifbar sind. So hieß es denn auch schon im Bericht 1986: "Wichtig ist den Autonomen, unberechenbar, phantasievoll und beweglich zu sein. Die eigene Stärke liege in der Vielfalt; alle Formen des Widerstandes könnten sich gegenseitig unterstützen und ergänzen."

Auch 1987 wurde festgestellt: "Ein gemeinsames Kampfprogramm haben die Autonomen nicht."

Der Hemmschuh für den politischen Knüppel § 129a ist deutlich umrissen.

Hierzu ist es auch hilfreich, sich an die ersten Pressemeldungen nach dem 2.11.87 zu erinnern. Sie konzentrierten sich auf Autonome und diskriminierten noch vorhandene Widerstands-Strukturen an der Startbahn. Es war die Rede vom "Abklatsch der Sonntagsspaziergänge", hauptsächlich bestimmt von Autonomen, von Gruppen, die aufgrund der Übermacht des Staatsapparates sich hin zu konspirativen Kleingruppen verlagert hätten. Es war die Rede von Wackersdorf, Hafenstraße und Berlin.

Aber nicht nur in den Medien und nicht erst seit dem 2.11.87 wurden die Autonomen aufs Korn genommen. Die Verfassungsschutzberichte des Bundesinnenministeri-

Prozeß

Fazit: Gibt es keine terroristische Vereinigung, dann macht man sie. Denn was nützt eine Verurteilung nach § 316b (Störung öffentlicher Betriebe), wenn es doch gar nicht um die 120.000 DM Sachschaden geht. Da wird dann ein Mathematiker zum Linguisten, eine offene Plastiktüte zum Depot, Funkgeräte zur Pistole, ein Testament zur Vereinskartei, einzelne Sätze zusammenhanglos zum Indiz, ein enges Verhältnis zur Mitgliedschaft, Bücher und Kopien von Artikeln zu schriftlichen Unterlagen und last-not-least eine Bettdecke zum Unterschlupf. (Weil Andreas Eichler zum Zeitpunkt seiner Verhaftung bei seiner Verlobten Ina Then im Bett lag, argumentierte der Bundesanwalt, Ina habe dem Hauptangeklagten Unterschlupf gewährt.) Ebenso war in der Anklageschrift auch schon folgendes festgeklopft: Entweder handelt es sich um Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung namens "Gruppe um Andreas Eichler", dessen rädelsführender Geist Andreas Semisch ist, oder falls das nicht so ganz hinhaut, muß wenigstens wegen Unterstützung der gerichtsnotorischen terroristischen Vereinigung "RZ" verurteilt werden. Wenn nicht so, dann eben so; die BAW wollte ein Urteil nach § 129a haben. Wie die berühmte Katze, die sich in den eigenen Schwanz beißt, drehte die BAW sich auch im Kreise mit ihren Argumentationen und "biß" sich letztendlich in denselben.

Die notwendig nachzuweisende organisatorische Struktur wurde kurzerhand vorausgesetzt: "Eine organisatorische wirksame Bindung von Mittätern ist dann anzunehmen, wenn die einzelnen Mitglieder durch eine gemeinsame ideologische Grundhaltung verbunden sind und ihre Zielsetzung über das bloße Verüben von Straftaten hinausgeht. ... Die Gruppe um Andreas Eichler verstand sich innerhalb der autonomen Szene als Teil des militanten AKW- und Startbahnwiderstands. Vorrangiger Zweck ihrer Anschläge war es, die Nutzung der Atomenergie sowie den Bau der Startbahn 18 West zu unterbinden." Das Ziel (Anschläge gegen Einrichtungen der Atomstromindustrie) wird zum Inhalt, der Inhalt bedingt die Struktur (beides rechtfertigt die Zuständigkeit der BAW).

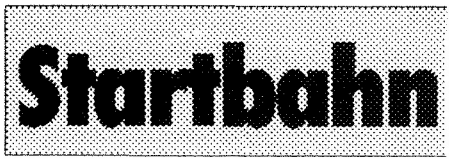
Mit lautem Wortgeklingel entwickelte die BAW ein Szenario, das vom Umsägen von Strommasten mit einfachsten Mitteln, über Brandanschläge mit enormen Sachschaden, weiter über die Anleitung und Aufforderung anderer Gruppen zu ähnlichen Taten, noch weiter über eine ganze Anzahl immer schwererer Straftaten schließlich zur Beschaffung und Verwahrung einer gefährlichen Schußwaffe führte. Dies alles verdeutlicht angeblich, daß die Gruppentätigkeit mit ihrer Sogwirkung und der geistigen Motivierung unter den Mitgliedern eine derartige Entwicklung hinsichtlich der Häufigkeit und Gefährlichkeit von Straftaten ermöglichte.

Autonome als "Vereinigung"

So betrachtet, verwundert es dann nicht mehr, wenn die BAW in diesem Verfahren nach über einem Jahr Beweisaufnahme ein Plädoyer hielt, das fast ausschließlich aus

einer Wiederholung der Anklageschrift bestand, mit anderen Worten stur auf der eingeschlagenen Linie beharrte.
Daß der Senat letztendlich der Argumentation der BAW nicht folgte, was den Vorwurf der **terroristischen** Vereinigung betrifft, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der Verurteilung von Ina Then und Reiner Hübner wegen Mitgliedschaft in einer **kriminellen** Vereinigung zumindest ein Teilerfolg der BAW festgeschrieben ist. (Schließlich ist die terroristische Vereinigung noch nicht ganz vom Tisch, weil in dem Rest-Verfahren für Andreas Eichler und Frank Hoffmann, in Verbindung mit weiteren, bisher unbekannten Mitgliedern, eine Verurteilung nach diesem Vorwurf noch möglich ist.) Heißt dieses Urteil doch, daß innerhalb der autonomen Zusammenhänge die juristischen Erfordernisse einer Vereinigung nunmehr festgeschrieben sind. Sollte das Urteil rechtskräftig werden, ist damit das erklärte Ziel der BAW, gemäß ihrem politischen Auftrag, prinzipiell erreicht. Daß in dem vorliegenden Urteil die Vereinigung nachweislich nur für 1986 festgeschrieben wurde, versagt der BAW zwar die unmittelbare Genugtuung, den § 129a für autonome Zusammenhänge durchgesetzt zu haben, durch die juristische "Normierungskraft" eines OLG-Urteils ist dadurch aber das Tor für die Anwendung des § 129a weit aufgestoßen worden, denn mit dem erweiterten Straftatenkatalog seit Januar 1987 scheint einer analogen Anwendung des Urteils auf entsprechende Straftaten und (autonome) Zusammenhänge nichts mehr im Wege zu stehen. Wir dürfen auf die schriftliche Urteilsbegründung des Senats gespannt sein, denn diese wird das "Handwerkszeug" für zukünftige Kriminalisierungen liefern.

Zum Schluß noch eine kurze Betrachtung der Ermittlungsergebnisse, die sich in vierjähriger Ausforschung im Vorfeld und in Zusammenhang mit diesem Prozeß angesammelt haben.
Wir müssen feststellen, daß abgesehen von der "geronnenen Form" des Urteils, der BAW darüberhinaus ein weitaus größerer Erfolg beschieden war. Die Beliebigkeit, mit der in diesem Verfahren "irgendwelche" Menschen aus dem Widerstand der sozialen Bewegungen mit "irgendwelchen" Vorwürfen beschuldigt wurden, läßt sich (nicht nur) anhand der Person Andreas Semisch erschreckend deutlich nachvollziehen: Zunächst klagte man ihn wegen der gestohlenen Polizeiwaffe an und setzte halt zur Sicherheit als Vorwurf noch alle Anschläge drauf. Reicht das nicht, um ihn als "Dritten Mann" für eine terroristische Vereinigung festzunageln, wird halt was anderes konstruiert. Am Ende bleibt nur eine äußerst windige Beschuldigung wegen der Waffe übrig, dafür gibt es dann wenigstens eine saftige zweijährige Haftstrafe ohne Bewährung.



Diese Beliebigkeit der Vorwürfe und verschiedenen Konstruktionen hat ihren Ursprung in der Denkstruktur der anklagenden Beamten und in den jeweilig angenommenen politisch-gesellschaftlichen Erfordernissen. Inhaltlich aufgefüllt werden diese Konstruktionen allerdings mit dem, was diese Beamten sich an Herrschaftswissen angeeignet haben. So im Falle Andreas Semisch beispielsweise das Wissen um seine geschriebenen Briefe, die verschiedenen Briefe, die verschiedenen "Einschätzungen" und "Beurteilungen" seiner Persönlichkeit, die ja im Zuge der Aussageflut sozusagen frei Haus geliefert wurden usw.

Mit der Fülle der erforschten Fakten glaubte die BAW in der Lage zu sein, eine Anklage gegen Menschen aus einer Widerstandsbewegung zu konstruieren, die ihrer Meinung nach schlüssig war und den momentanen politischen Bedürfnissen zu entsprechen schien. (Der Teilerfolg gibt ihr wohl recht.) Jedoch dürfen wir uns nicht darüber täuschen lassen, daß diese Anklage gleichsam nur die Spitze eines Eisberges ist. Unter der Wasseroberfläche liegen die restlichen sechs Siebtel, die bei "irgendwelchen" anderen Umständen zu Anklagen gegen andere Menschen mit "irgendwelchen" anderen Vorwüfen geführt hätten. Der riesige Pool an Erkenntnissen ist vor allem auch weiterhin vorhanden und wird in aufbereiteter Form weiter zur Verfügung gehalten. Als Beispiel mag hier nur angedeutet werden, daß linguistische Gutachten (nicht nur von Perret) sozusagen reihenweise erstellt wurden. So in Einzelfällen über Texte (beschlagnahmt bie Hausdurchsuchungen) von Personen, die aufgrund ihres Berufes im Gesundheitswesen daraufhin überprüft wurden, ob sie evtl. Verfasser von medizinischen Texten in einer RZ-Broschüre sind.
Eine ungeheure Menge von Fakten kam in diesem Verfahren nicht zur Verwendung in der Anklageschrift; sie sind dennoch konkreter Bestandteil des Herrschaftswissens geworden.

Zur Aussageverweigerungs-Kampagne

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu den Aussageverweigerungs- und Aussagerücknahmekampgnen.
Die teilweise Handhabung dieser Begriffe als Prinzip, dessen beharrliches Einfordern anscheinend dafür entscheidend war, um die politische Integrität Einzelner zu beurteilen, hat zu den verschiedensten Ergebnissen geführt. Die ehemalige Mitangeklagte Uschi J. hatte nach ihrem Unfall während einer Mastaktion, obwohl sie von den Mitbeteiligten irgendwo abgelegt und im Stich gelassen wurde und obwohl ihr von den Behörden die größten Versprechungen gemacht wurden, über ein Jahr lang den Mund gehalten. (Ohne Kampagne Arthur) Erst durch die Konfrontation mit den Aussagen von zwei anderen Mitbeteiligten nach dem 2.11.87, war ihr Schweigen gebrochen worden und sie machte Aussagen. Wenn in Veröffentlichungen — auch in letzter Zeit noch — Uschi dann mit allen anderen, die Aussagen gemacht haben, "in einen Topf geworfen" wird, so ist das beschämend.
Genauso war es ein Stück weit an der Realität vorbei, wenn eine "Aussagenrücknahme" zum politischen Maßstab erhoben wurde. Als Beispiel mögen hier die Aussagen von Baldur O. und Frank W. gelten. Obwohl "zurückgenommen", werden sie im Verfahren nach Belieben verwendet oder nicht. Eine einmal gemachte Aussage kann nicht zurückgenommen werden, sie kann allenfalls durch weitere Aussagen entkräftet oder widerlegt werden. Es ist durchaus denkbar, daß eine Aussage, ob zurückgenommen oder nicht, einfach nicht unwidersprochen stehenbleiben darf.
Das Urteil zeigt eindringlich, wie unerheblich die Rücknahme einer einmal gemachten Aussage ist.

Über den Erfolg der "Arthur-halts-Maul-Kampagne" mag noch so begeistert geschrieben worden sein. Es steht fest, daß sie zwar Schlimmeres verhütet hat, aber ihr größter Fehler war, daß sie zu Beginn der Ereignisse nach den Schüssen nicht existierte und erst Monate später "ins Leben gerufen wurde". Ein joviales Schulterklopfen diesbezüglich ist völlig fehl am Platz. Eine eher nachdenkliche Selbstkritik zu diesem Thema wäre angebracht. Nichts kann über den politischen und menschlichen Flurschaden hinwegtäuschen, der durch Aussagen jeglicher Art (auch aus autonomen und sonstigen Kreisen) angerichtet wurde.
In diesem Zusammenhang sei erinnert an eine Erkenntnis, die sich nach dem 2.11.87 zwar schmerzhaft, aber umso deutlicher herauskristallisierte. Die Fehler wurden schon vor dem 2.11.87 gemacht. Mangelnde Auseinandersetzung über Form und Inhalt von Widerstand war die Ursache.

Genau auch in diese Lücke zielt auch die Ausweitung des § 129a und nicht zuletzt auch das Urteil in diesem abgetrennten Verfahren.

Der Radikalisierungsprozeß innerhalb einer sozialen Bewegung, wo sich bestimmte Widerstandsformen und -aktionen verallgemeinern, darf nicht zu allererst getragen sein von einer verbreiterten Aneignung handwerklichen Könnens und dem entsprechenden Know-How (überall in der BRD entstand 1986 ein Backrezept-Widerstand: Man nehme eine Säge...), sondern muß eingebettet sein in eine umfassende Bestimmung von Ziel, Inhalt und nicht zuletzt von politischer und menschlicher Moral. Die mangelnde Auseinandersetzung hierüber führte z.B. zu einem Verhalten einiger (bereits abgeurteilter) Angeklagter, das eine gemeinsame offensive Prozeßstrategie ausschloß. Der Keil des § 129a drang in die gesamte Bewegung ein und das gewünschte Abschwören wurde belohnt bzw. sofern nicht zu erkennen, mit entsprechendem Zuschlag bestraft. Warum sonst erhielt Reiner Hübner wegen zweier Masten erheblich mehr aufgebrummt als andere vorher. (Die Unterstellung, er habe das Mastsäge-Anleitungspapier mitverfaßt, ist das juristische Feigenblättchen, das sich der Senat schamvoll vorhält und beruht ausschließlich auf einer nackten Behauptung von Mike Kurth, der

wiederum ein von einer dritten Person geäußertes "wir" eigenmächtig mit Reiner Hübner interpretierte.)

Sicher muß noch berücksichtigt werden, daß in diesem speziellen Fall durch die Verquickung mit den Schüssen an der Startbahn ein weiter reichender Entsolidarisierungsprozeß stattfand, als "normalerweise" zu erwarten gewesen wäre. Die grundsätzlichen Mängel lassen sich trotzdem nicht wegschweigen und müssen besonders unter Berücksichtigung der nun ausgeweiteten Rechtsprechung in Bezug auf Vereinigungen aufgearbeitet werden.

Zum weiteren Verfahren gegen Andreas Eichler und Frank Hoffmann

Nachdem das Verfahren gegen Reiner Hübner, Ina Then und Andreas Semisch abgetrennt worden war, begann der nächste Verhandlungstag mit einer Überraschung. Andreas Eichler machte Einlassungen zu den Komplexen Waffe und Ablauf des 2.11.87. Wir verweisen hier auf die ausführlichen Solidaritäts-Infos ab Nr. 38, die natürlich auch weiterhin von der BI herausgegeben werden.

Eichler brachte eine komplette, in sich scheinbar schlüssige Erklärung über den Weg der Waffe vom Raub in Hanau 1986 bis zur Beschlagnahme am 3.11.87. Hierbei, ebenso wie bei seiner Version zum Ablauf des 2.11.87, waren alle bekannten Ermittlungsergebnisse und Aussagen eingebaut, so daß sich folgendes Bild ergab:
Die Waffe sei ihm in Hanau von Frank Hoffmann in einer Plastiktüte übergeben worden. Er habe sie unter den Vordersitz seines Autos gelegt und eine Woche später, bei einem Sonntagsspaziergang an der Startbahn, zurückgegeben. Im Oktober 1987 habe Frank Hoffmann ihn aufgefordert, mit ihm ein Zielscheibenschießen zu machen, welches in einer Schonung in der Nähe der Startbahn im Anschluß an einen Sonntagsspaziergang stattgefunden habe. Frank Hoffmann habe die Waffe wieder mitgenommen und in der Nacht des 2.11.87 während des Rückwegs von der Startbahn auf einem Waldweg ihm in den Rucksack gesteckt. Er habe nicht gewußt, daß es eine scharfe Waffe gewesen sei. Mit den Schüssen habe er selbst nichts zu tun. Er habe sich zu Einlassungen entschlossen, weil er auf Frank Hoffmann wütend sei, da der ihn hintergangen hätte. Er könne eher mit dem Vorwurf leben, ein Verräter zu sein, als mit dem Mordvorwurf.

Diese Version bedeutet zwar eine schwere Belastung für Frank Hoffmann, und würde man sie als wahr unterstellen, hieße das für ihn wohl lebenslänglich.
Das Ganze hat jedoch erhebliche Widersprüche, denn nach seiner Verhaftung hatte Eichler mehrmals längere Aussagen gemacht, die teilweise andere Versionen und Vorwürfve beinhalteten. Da war die Rede davon, daß er selbst einen Schützen gesehen haben wollte, daß Frank Hoffmann bei der Übergabe der Waffe gesagt haben soll: "Ich habe damit geschossen" und anderes mehr. Diese Behauptungen wiederholte Eichler in seiner Version jetzt nicht mehr und "entlastete" Frank Hoffmann insofern wieder. Seine ganze Einlassung führte jedoch zu einer eingehenden Befragung durch den Senat, die BAW und die Verteidiger von Frank, die ihm seine alten Aussagen vorhielten. Diese dauerte zunächst zwei komplette Verhandlungstage und am Schluß blieben mehr Fragen offen, als vorher da waren. Er wird auch jetzt von Fall zu Fall weiter befragt.

Als Beispiel für das Aussageverhalten von Eichler und die Reaktionen der anderen Prozeßbeteiligten mag folgende, wenn auch eher nebensächliche Passage genügen:

Sachverständiger Schuhmacher (Schu): "Eine Verständnisfrage: Im Protokoll steht: 'Frank Hoffmann sagte sinngemäß, kannst Du das Ding mal aufheben.' Stimmt das?"
Eichler (E): "In dieser Form ja. Das hat er gesagt. Das folgende nicht." (Ich habe damit geschossen.)
Schu: "Hat er das Wort 'Ding' benutzt?"
E: "Erinnern kann ich mich an das Wort 'Gegenstand'. An das Wort 'Ding' kann ich mich nicht erinnern."
Richter Klein (ungehalten): "Da will ich aber jetzt mal eine Klarstellung. Stellen Sie sich doch mal die Situation vor. Mitten im dunklen Wald, es wird gerannt, Sie werden von der Seite angesprochen, da sagt jemand: 'Kannst Du diesen Gegenstand mitnehmen?' Liegt das Wort 'Ding' nicht wirklich näher? Herr Eichler, bitte."
E.: "Nein."
Klein: "Ich bin bereit, Ihnen vieles abzunehmen, aber es gibt eine Grenze."
E.: "Ich kann mich nicht konkret erinnern. Wenn das da so steht, werde ich das so gesagt haben, mit dem Wort 'Ding'."
RA Golzem (Verteidiger von Eichler) schüttelt stumm den Kopf.
Schu: "Was hat denn nun Hoffmann gesagt?"

Prozeß

E: "Er hat irgend ein Wort benutzt."

Die Strategie, die eingeschlagen wurde, scheint folgende zu sein: Rücknahme aller "spekulativen" Aussagen aus den Protokollen und Bekräftigung obiger "Kurzversion". Damit wäre erreicht, daß der Mordvorwurf fallen müßte und ein Gesamturteil unter Lebenslänglich möglich wäre. Denn, so die Logik, zwischen dem Zielscheibenschießen im Oktober 87 und dem Zeitpunkt, als Frank Hoffmann ihm die Waffe in den Rucksack steckte, habe er - Eichler - die Waffe nicht mehr gesehen und kann somit auch nichts mit den tödlichen Schüssen zu tun haben.

Die Verteidigung von Eichler scheint allerdings mit dem Verhalten ihres Mandanten nicht ganz glücklich zu sein und auch der Senat scheint mit großer Skepsis zu reagieren. Die BAW sitzt of schweigend dabei und läßt Senat und Franks Verteidiger ruhig fragen. Hat sie doch auch allen Grund dazu: Es gibt angeblich eine Waffe, mit der zwei Polizeibeamte erschossen wurden und diese Waffe wurde bei Eichler im Rucksack gefunden. Das ist konkret und alles andere sind nur Aussagen, Vermutungen und Spekulationen. Das allerdings so reichlich, daß es nur eine Frage der Zeit und des sich entwickelnden Verfahrens zu sein scheint, wie welche Version zusammengebaut werden muß, damit möglichst beide lebenslänglich hinter Gittern verschwinden.

Die nächsten Schritte sind unternommen, die Vernehmungsbeamten der jeweiligen Vernehmungen Eichlers wurden bereits geladen und führen jetzt all das von seinen Aussagen ein, was der BAW ins Konzept paßt.

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstützung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an:
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6. monatlich (Kündigung vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: .....

.....

.....

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. ..... bei der (Bank oder

Sparkasse) .....

BLZ ..... abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

.....

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

NEU
ERSCHEINUNG

„DAS FÜNFHUNDERT-JÄHRIGE REICH"

Eroberung, lateinamerikanische Identität & Emanzipation 1492 - 1992

Ein unverzichtbares Buch für jeden, der informiert sein will über die Bedeutung des 500. Jahrestages der „Entdeckung".

Beiträge von:
Bonasso / Branscheidt / Chomsky / Guzmán / Dieterich / Egaña / Gottwald / Reemtsma / Roth / Schmidt.

(Auszugsweiser Vorabdruck in der Mai-Ausgabe von „konkret")
280 S., DM 19.80 + 3.- Porto
Bestellungen an:

medico SERVICE international

Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Telefon: 069 / 4990041/2/3

DAS BILD PALÄSTINAS

IM ZUSTAND DER AUFHEBUNG SEINER VERLEUGNUNG

KADIR VAN LOHUIZEN hat Bilder von Palästina entwickelt, die ihrer Genauigkeit wegen internationale Beachtung fanden. Medico International will die komplette Fotoausstellung ab sofort für die BRD zur Verfügung stellen.
Das sind 25 metallgerahmte Bilder hinter Glas, die ihres Charakters wegen zur längerfristigen Ausstellung in geeigneten Räumen gedacht sind. Bitte Termine rasch verabreden und Verleihbedingungen erfragen.

INFOMATERIAL kann mit oder ohne Ausstellung bezogen werden.
MEDICO REPORT 5: »Medizinische Versorgung & Menschenrechte in Palästina«.
Ca. 30 S., 5 DM (Rabatte möglich).

medico international

Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1
Telefon 069 / 4990041 / 2

Kampfversuche in der Fabrik,
Jobber- und Häuserkampf,
Aktionen gegen Zwangsarbeit
und Knast --
... daher kommt die **Wildcat.**
Zu den proletarischen
Kämpfen in aller Welt bringen
wir Streikberichte,
Interviews, Thesen.

Kita-Streik
Bankarbeiterstreik
Fabrikkampf
Bewegung
Knastkampf
Gewerkschaften?

Im April erscheint **Wildcat** 50 die siebziger, die achtziger, die neunziger

Bewegungen, Erfahrungen,
Ausblicke (und im Hintergrund
ein unaufhörlicher Krieg:)
Arbeiter-innen im
und gegens Kapital. Streiks,
Musik, Antifa in Ost und West.

in
Turin,
Berlin,
Ludwigshafen,
Bochum.

Abo: 10 Mark für 4 Nummern. Einzelheft 3,50 DM inkl. Porto. Bestellen durch überweisen auf:
Sonderkonto Zeitung H. Dietrich
Postgiro Berlin, Kto. 315 02-109
Kontakt: SISINA
Postfach 360 527
1000 Berlin 36

TheKla 12

Produktive Sabotage, 1972
vom Midnight Notes Collective:
Arbeit, Entropie, Apokalypse
Soll und Haben der Krise
Nachtflug
7 Mark

ak

Alle reden von der Krise der Linken. Wir auch.

Aber zugleich entwickelt sich in der marxistischen Linken eine Offenheit für streitbaren Dialog, die es jahrelang nicht gegeben hatte. Blicke über die Zäune der eigenen Schrebergärten sind angesagt. Dabei kommt mann/frau am ARBEITERKAMPF nicht vorbei.

Wir berichteten, kommentierten und diskutierten in den letzten Monaten u.a. zu diesen Themen:

- Die **Wahlen in der DDR** warfen alle Prognosen über den Haufen. Wir analysieren die Ergebnisse, stellen die von der BRD aus gesteuerten Filialen von CDU/CSU, SPD und FDP sowie die alternativen Wahlbündnisse vor.
- Stichwort **„Währungsunion"**: wie schnell kommt sie, wie sieht sie konkret aus? Wird die DDR zum abgewirtschafteten Billiglohn-Land oder blüht ein zweites Wirtschaftswunder? Oder wäre vielleicht ein „Sowohl-als-auch" möglich?
- In Hamburg gründeten DKP-Hardliner eine **PDS**, von der man in Ostberlin erst aus der Presse erfuhr. Weitere Gründungswillige wurden bereits in den Startlöchern gesichtet. Bei den Grünen sorgte der Vorschlag, über eine künftige Zusammenarbeit mit der PDS nachzudenken, für hysterische Ausbrüche. Aber will die PDS sich überhaupt nach Westen ausdehnen?
- **Litauen** — ein Staat mehr in Europa, oder Beginn einer militärischen Eskalation der Widersprüche in der UdSSR?
- Gorbi, wat nu: **Welche Perspektive hat die Perestroika?**
- Auf dem Weg in die Freiheit: in **Ungarn** gewinnen die Rechten die Wahl, in **Bulgarien** stößt der Abbau der Diskriminierung der türkischen Minderheit auf heftigen Protest „von unten".

Außerdem: Kurdistan, Hungerstreik politischer Gefangener in Spanien, „Dialog"-Politik in Guatemala, eine Übersicht zur Nazi-Presse in der BRD, Antifa-Arbeit in der DDR, Diskussion zur „deutschen Frage" in der radikalen Linken.

Der **ARBEITERKAMPF** erscheint vierwöchentlich als Zeitschrift des **KOMMUNISTISCHEN BUNDES** mit 40 Seiten im Zeitungsformat zu einem Preis von DM 5 pro Ausgabe. Er ist zu erhalten in allen linken Buchläden sowie in gut sortierten Zeitungsläden oder direkt bei der

Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Schulterblatt 58
2000 Hamburg 36, Tel. 040 / 43 53 20

Der **ARBEITERKAMPF** kostet im Abonnement jährlich DM 60; halbjährlich DM 33 (Einzelbestellungen DM 5 + DM 1 Porto). Kostenloses Probeexemplar bestellen!

Kettenreaktion:

**Die Herren des Ostens fallen,
und wir weinen ihnen keine Träne nach;
die Herren des Westens
träumen großdeutsch,
aber die Realität bringt Widersprüche
- und da liegen unsere Aufgaben!**

DIREKTE AKTION

Nr. 80 ist da!

Kompromißlos für Selbstbestimmung!

*** Direkt-demokratische Gewerkschaftsinitiativen in der DDR**
*** Schleppende Auflösung der StaSi**
*** UDSSR: Anarchosyndikalistische KAS hat Zulauf**
*** »Autonomia« und die Situation in Ungarn**
*** Polens Untergrundgesellschaft**

hier...

*** DGB: Sozialpartner bis zum Untergang**
*** Krupp-Rheinhausen: »Linke« und die Betriebsratswahlen**
*** Tarifrunde 90 und der Streit entbrennt**
*** Faschistoider Alltag in Göttingen**

...und international:

*** Großbritannien: Gewerkschaftliche Strategie der DAM**
*** Der Kampf gegen die Indianer in Guatemala**

und schließlich: das Letzte:

*** Genosse Boris, hör die Signale!**

Kostenloses Probeheft anfordern!
DA, Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 36

direkte aktion

Anarchosyndikalistische Zeitung

Umweltzerstörung und Widerstand

Nr.133/1990

Rainer Grießhammer
Ökoimperialismus
„Weltweite Schicksalsgemeinschaft"?

Achim Schmottlach
Ätzend
Koordination gegen BAYER

Burkhard Luber
Krieg auch gegen die Umwelt
Einsatz von Herbiziden

Christine Moser
„Armut ist Umweltverschmutzung"
Agrobusiness und Verelendung am Beispiel Brasilien

Martin Schäfer
Zwischen Realität und Erwartung
Ein Öko-Landwirt im „Entwicklungsland BRD"

Henry Mathews
Zwang zur Lösung
Costa Rica sucht einen Weg aus der Pestizid-Falle

Christine Moser/ Claudio Moser
In der Regel fehlt Geld
Interv. mit PT-Umweltdezernenten

Claudia Heid
Schadensbegrenzung
Das peruanische Umweltinstitut IDMA

Christoph Korn
„Unsere Waffe ist die Organisation"
Interv. mit Julio Barbosa, Führer der Kautschukzapfer

Außerdem Berichte über Kuba und Peru, sowie Diskussionsbeiträge zu Nicaragua, El Salvador und die Folgen der Entwicklungen in Osteuropa.

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika
erscheint 10x im Jahr, DM 4

ila

Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016